

POLITISCHE KONZEPTIONEN

VON

HIZB-UT-TAHRIR

POLITISCHE KONZEPTIONEN
VON
HIZB-UT-TAHRIR

AUS DEN VERÖFFENTLICHUNGEN VON

HIZB-UT-TAHRIR

Vierte Ausgabe

1425 n. H. – 2005 n. Chr.

(gültige, autorisierte Ausgabe)

Inhalt

Einleitung	5
Politik ist Idee und Methode	8
Die politischen Pläne und Stile	15
Die weltpolitische Lage.....	25
Die internationalen Konventionen und das Völkerrecht	41
Die Motive zwischenstaatlicher Konflikte	74
Die großen Weltfragen	82
1. Die Europafrage.....	122
2. Die Nahostfrage.....	132
3. Das Fernostproblem.....	159
4. Die zentralasiatische Frage	169
5. Das Problem des indischen Subkontinents	178
6. Die Afrikafrage.....	181
Die Gründe für das Unheil auf der Welt	204
Wie die Weltpolitik beeinflusst werden kann	225
Das politische Bewusstsein	228

Einleitung

Politik ist die Wahrnehmung der Angelegenheiten der Umma nach innen wie nach außen. Sie wird sowohl vom Staat als auch von der Umma ausgeübt. Der Staat übernimmt die praktische Wahrnehmung, während die Umma den Staat zur Rechenschaft zieht.

Die innere und äußere Betreuung der Angelegenheiten (Interessen) der Umma erfolgt seitens des Staates durch die Implementierung der Ideologie im Inneren, was die Innenpolitik verkörpert.

Was die Betreuung der Angelegenheiten der Umma durch den Staat nach außen anlangt, so wird sie einerseits durch seine Beziehung zu anderen Staaten, Völkern und Nationen und andererseits durch das Verbreiten der Ideologie in der Welt verkörpert. Dies stellt die Außenpolitik dar.

Ein außenpolitisches Verständnis ist von essentieller Wichtigkeit für die Wahrung der Struktur von Staat und Umma und von grundlegender Bedeutung für das Tragen der *Da'wa*¹ in die Welt. Es ist eine Aufgabe, die zur korrekten Regelung der Außenbeziehungen der Umma unerlässlich ist.

Aufgrund der Tatsache, dass die Umma damit beauftragt ist, die islamische *Da'wa* an alle Menschen heranzutragen, sind die Muslime dazu verpflichtet, mit der Welt in Kontakt zu treten. Dabei müssen sie sich der in der Welt herrschenden Situation bewusst sein. Sie müssen die Probleme in der Welt begreifen, die Triebkräfte ihrer Staaten und Völker kennen, die politischen Aktionen, die sich in der Welt abspielen, verfolgen, und die politischen Pläne der Staaten ge-

¹ Verkündung der islamischen Botschaft

nau beobachten, wie sie umgesetzt werden, in welcher Beziehung die Staaten zueinander stehen und wie politische Manöver von ihnen ausgeführt werden. Daher müssen die Muslime die wirkliche Situation in der islamischen Welt im Lichte eines korrekten Verständnisses der internationalen Situation begreifen. Auf diese Weise können sie Klarheit über den erforderlichen Tätigkeitsstil zur Errichtung des islamischen Staates und zum Tragen ihrer Botschaft in die Welt erlangen.

Es muss allerdings deutlich sein, dass die Position von Staaten nicht konstant bleibt, sondern sich aufgrund von Veränderungen der internationalen Lage entsprechend wandelt.

So bleibt aus internationaler Sicht die Position eines jeden Staates nicht in einem Zustand haften. Vielmehr gerät ein Staat im Hinblick auf seine Stärke oder Schwäche, der Stärke seines Einflusses oder dessen Nichtvorhandensein in verschiedenste Zustände. Gleiches gilt auch für die Veränderlichkeit und Unterschiedlichkeit seiner Beziehungen zu anderen Staaten. Deshalb ist es nicht möglich, feststehende Richtlinien für die internationale Lage und eine konstant bleibende Ideen über die Position irgendeines Staates in der Welt zu geben. Vielmehr kann man Richtlinien über die internationale Lage zu einem bestimmten Zeitpunkt darlegen, mit dem Wissen, dass diese sich jederzeit verändern kann. Ebenso ist es möglich, die Position eines Staates innerhalb der ihn umgebenden Umstände zu beschreiben, im Bewusstsein, dass sich diese Position ändern kann. Daher ist es für einen politischen Menschen unabdingbar, die politischen Handlungen, die sich in der Welt abspielen, stets zu verfolgen und mit seinen politischen Vorkenntnissen zu verknüpfen, damit er die Politik richtig verstehen kann und erkennt, ob die internationale Lage sich verändert hat. Dadurch kann er auch die Position eines jeden Staates in Erfahrung bringen und feststellen, ob diese sich verändert hat oder nicht.

Eine Veränderung der internationalen Lage ist stets auf den veränderten Zustand einzelner Staaten zurückzuführen, und zwar aufgrund ihres Erstarkens bzw. ihrer Schwächung oder aufgrund der Stärke oder Schwäche ihrer Beziehungen zu anderen Staaten. Daraus resultiert eine Veränderung im internationalen Gleichgewicht, weil eine Veränderung im Kräfteverhältnis der Staaten in der Welt stattgefunden hat. Deswegen bildet das Verstehen der Situation eines jeden Staates, der Einfluss auf die internationale Lage ausübt, die Basis, um die internationale Lage verstehen zu können. Aufgrund dessen muss besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, über jeden Staat umfassende Informationen zu erhalten, denn diese sind die wichtigste Stütze für ein korrektes politisches Verständnis. Die Kenntnis der Situation eines jeden Staates ist nicht allein mit der Kenntnis seiner Position auf dem internationalen Parkett verknüpft. Vielmehr umfasst sie alles, was mit seiner Innen- und Außenpolitik in Verbindung steht. Somit ist es unabdingbar, die fundamentale Idee zu kennen, auf welcher die Politik der Staaten, die einen Einfluss auf die internationale Lage ausüben, gründet, um den Standpunkt festlegen zu können, den die islamische Umma ihnen gegenüber einzunehmen hat. Genauso ist es unabdingbar, die Pläne und Vorgehensweisen zu kennen, deren sich diese Staaten bedienen. Auch muss diesen Plänen und Vorgehensweisen immerzu nachgegangen werden, um jedwede Veränderung zu erkennen und die Motive zu begreifen, die zu dieser Veränderung geführt haben, bzw. die Gründe, welche die Staaten dazu genötigt haben, ihre Pläne und Vorgehensweisen zu ändern. Gleichzeitig müssen die Faktoren, die diese Staaten beeinflussen oder sie zu einer Veränderung ihrer Pläne und Vorgehensweisen bewegen, richtig erfasst werden.

Politik ist Idee und Methode

Die Idee, auf der die Politik des Staates beruht, ist jene Idee, auf deren Grundlage die Beziehungen zu anderen Völkern und Nationen aufgebaut werden. Die Ideen derjenigen Staaten, denen eine Ideologie fehlt, sind verschiedenartiger und widersprüchlicher Natur. Sie sind zudem Veränderungen ausgesetzt. Auf Staaten wie diese ist die genaue Betrachtung der politischen Pläne und Vorgehensweisen anzuwenden und nicht der politischen Idee.

Bezüglich der Staaten, die eine Ideologie verinnerlicht haben, so ist ihre Idee konstant und unveränderlich, nämlich das Verbreiten ihrer Ideologie in der Welt mit einer gleich bleibenden, beständigen Methode, auch wenn die Mittel und Stile (*Uslūb*) wechseln und sich ändern mögen. Bei solchen Staaten trifft das Studium ihrer politischen Idee zu.

Auf dieser Grundlage müssen alle heute auf der Welt existierenden Staaten betrachtet werden. Jeder von ihnen handelt in seiner Beziehung zu anderen Völkern und Nationen nach einer grundlegenden Idee, die gleich bleibend oder veränderlich sein kann. Er setzt diese Idee nach einer spezifischen Methode um, die ebenso gleich bleibend oder veränderlich sein kann. Im Lichte seiner Idee und Methode zeichnet der Staat nun Pläne und bedient sich gewisser Mittel und Stile (*Uslub*), und zwar in einer Weise, die ihn der Verwirklichung seiner Ziele näher bringt. Allerdings lassen sich die heute auf der Welt existierenden Staaten bei der Wahl ihrer Mittel und Stile nicht einschränken. So können sie sich durchaus einer Vorgehensweise bedienen, die der eigenen Methode widerspricht, solange sie nur den Zweck erfüllt; frei nach dem Prinzip: *Der Zweck heiligt die Mittel*.

Wie dem auch sei legen sämtliche Staaten politische Pläne für sich fest, die sich entsprechend den Erfordernissen ändern können. Sie verfolgen Mittel und Stile, die je nach den Umständen variieren und sich verändern.

Mit ihren politischen Handlungen nehmen die Staaten die Interessen ihrer Bürgergemeinschaft wahr und bauen ihre Außenbeziehungen gemäß diesen Interessen auf. Allerdings unterscheiden sie sich darin enorm. Für einen Staat, der keine bestimmte Ideologie trägt, stellt der eigene Nutzen den einzig wirksamen Faktor in den internationalen Beziehungen dar. Für einen Staat mit einer bestimmten Ideologie, die er zudem weltweit verbreiten möchte, ist gerade diese Ideologie eine wirksame Triebkraft in seinen internationalen Beziehungen. Der Nutzen, den die Ideologie vorgibt, stellt einen auf diesem Weg unterstützenden Faktor dar. Deshalb ist es unerlässlich, den Staat bezüglich seiner Ideen zu kennen. Handelt es sich um einen Staat, der eine Ideologie verinnerlicht hat oder nicht? Dementsprechend werden auch die Faktoren, die in den internationalen Beziehungen eines Staates eine Rolle spielen, ersichtlich. Da die jeweilige Ideologie den Staat und somit die internationalen Beziehungen wie auch die internationale Lage beeinflusst, ist es nötig, die Ideologien zu kennen, die gegenwärtig die Welt beherrschen. Des Weiteren ist es notwendig, den tatsächlichen sowie den potentiellen Grad des Einflusses festzustellen, den jede dieser Ideologien heute und in Zukunft auf die Weltpolitik ausübt bzw. ausüben kann. Im Lichte dieser Ideologien und unter dem Aspekt ihres Einflussgrades sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft können dann die internationalen Beziehungen verstanden werden.

Betrachten wir heute die Welt, so herrschen lediglich drei Ideologien vor: Islam, Kommunismus und Kapitalismus. Jede dieser Ideologien wird von Millionen von Menschen getragen, wobei der Islam zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings keinen Staat besitzt.

Daher ist er weder in den internationalen Beziehungen noch auf der heutigen weltpolitischen Bühne präsent. Die Aktionen, die weltweit von den Staaten unternommen werden, um die Rückkehr des Islam als real existierenden Staat zu verhindern, nachdem eine wachsende Unruhe in der islamischen Umma spürbar geworden ist, haben mit der weltpolitischen Lage nichts zu tun und üben auch keinen Einfluss auf die internationalen Beziehungen aus. Denn ein Einfluss auf die weltpolitische Lage und die internationalen Beziehungen setzt die Existenz eines Staates voraus, der den Islam als Ideologie trägt, auf deren Grundlage er Außen- und Innenpolitik ausrichtet.

Was nun an der Kursrichtung der internationalen und besonders der amerikanischen Politik zu beobachten ist – etwa der Versuch einer Neuformung der islamischen Region durch Hegemonialpläne wie der „Plan zum großen Mittleren Osten“ aus dem Jahr 2003 –, so entspringt dies der steigenden Sorge jener Staaten über eine bevorstehende Entstehung des islamischen Staates, und nicht der Vorstellung, dass der Islam einen Einfluss auf die internationale Politik hätte, als gäbe es tatsächlich einen Staat des Islam.

Was die übrigen zwei Ideologien betrifft, so wird jede von ihnen von einem Staat oder vielmehr von vielen Staaten getragen. Aus diesem Grund üben sie einen Einfluss auf die internationalen Beziehungen, auf die weltpolitische Lage und auf die internationale Politik aus, insbesondere als die Sowjetunion noch existierte - vor ihrem Zusammenbruch – und als Folge die Welt in zwei Blöcke geteilt war, in einen kommunistischen und einen kapitalistischen Block. Doch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Lagers und dem Zerfall des Warschauer Paktes endete die Politik der zwei Pole in der Welt, und die kommunistische Ideologie wird als Staat – wenn auch nur formal – nur noch in China und Nordkorea umgesetzt. Damit war die Auseinandersetzung auf internationaler Ebene beendet, um danach regional fortgesetzt zu werden. Durch den Zusammenbruch der

Sowjetunion hatte die kommunistische Idee ihren Einfluss auf die Weltpolitik verloren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Idee, auf deren Grundlage die Außenpolitik beruhte und die in der Verbreitung des Kommunismus bestand, nicht mehr umgesetzt wurde. Diejenigen Staaten, die noch immer an der kommunistischen Ideologie festhalten, betreiben eine Außenpolitik, die nicht auf dieser Idee basiert. So beruht die chinesische Politik nicht auf der Grundlage einer Verbreitung des Kommunismus in der Welt, was auf das Wesen des chinesischen Volkes zurückzuführen ist, das sich mit dem Einfluss auf die asiatische Nachbarschaft zufrieden gibt und im Laufe seiner Geschichte niemals Ambitionen auf einen weltweiten Einfluss zeigte. Aufgrund dieses Charakterzugs des chinesischen Volkes hat China niemals danach gestrebt, sich und seine Kräfte dazu zu rüsten, eine einflussreiche Stellung in der Weltpolitik einzunehmen. Alle Unternehmungen Chinas sind noch immer darauf ausgerichtet, nur eine regionale Einflussosphäre in der unmittelbaren Nachbarschaft aufzubauen.

Was das kapitalistische Lager anlangt, so besteht die Idee, auf deren Grundlage seine Politik beruht, in der weltweiten Verbreitung der kapitalistischen Ideologie, nämlich der Trennung von Religion und Leben. Trotz der Vielzahl und der Unterschiede unter den Staaten, die die kapitalistische Ideologie tragen, haben sie alle das Ziel, dass sich der kapitalistische Leitgedanke weltweit ausbreitet und ihre Lebensanschauung die weltweit führende Anschauung wird.

Was die Methode betrifft, die das kapitalistische Lager zur Durchsetzung seiner Idee anwendet, so ist es der Kolonialismus. Mit anderen Worten: Es ist die politische, militärische, kulturelle und wirtschaftliche Beherrschung der besiegten Völker, mit dem Ziel, sie auszubeuten. Diese Methode, der Kolonialismus, ist gleich bleibend und unveränderlich, egal wie oft Regierungen wechseln und Gesetze sich ändern mögen. Der Kolonialismus ist nicht, wie Lenin es

ausdrückte, „*die höchste Stufe des Kapitalismus*“, sondern ein Bestandteil der kapitalistischen Anschauung an sich und die Methode, mittels derer der Kapitalismus unter Völkern und Nationen verbreitet wird. Daher ist die Außenpolitik des kapitalistischen Lagers sowohl in ihrer Idee als auch in ihrer Methode feststehend. Sie wird weder durch die Unterschiedlichkeit der Staaten noch durch ihre Differenzen untereinander verändert. So baut die Politik Großbritanniens wie die der USA, Frankreichs, Italiens oder irgendeines anderen kapitalistischen Staates darauf auf, die kapitalistische Ideologie und Lebensanschauung durch die Kolonialisierung der Völker und Nationen zu verbreiten.

Um die Methode des westlichen Lagers zu verstehen, muss allerdings beachtet werden, dass es sich zwar unveränderlich um den Kolonialismus handelt, jedoch haben sich die Mittel zu seiner Verwirklichung und ebenso seine Betrachtungsweise mit der Zeit etwas entwickelt, und zwar im Hinblick auf die Verbindung des Kolonialismus als Methode mit dem Kapitalismus als Idee. Zu diesen Entwicklungen gehören Veränderungen in der Wahl der Mittel und ein Wandel in der Betrachtungsweise des Kolonialismus. Was die Änderung der Mittel betrifft, so hat sich das kapitalistische Lager in der Vergangenheit auf den so genannten alten Kolonialismus, nämlich die militärische Beherrschung, gestützt, während es sich beim neuen Kolonialismus auf andere Aspekte verlässt. So stützen sich die USA nun auf den wirtschaftlichen Aspekt in Form von Krediten und so genannten Entwicklungsprojekten sowie auf Experten und andere Mittel, gleichzeitig üben sie politischen Druck aus und setzen Störmaßnahmen. Schließlich haben die USA neben den benannten Mitteln auch wieder auf das Mittel der militärischen Beherrschung der Völker und Nationen zurückgegriffen, um sie ihrer Kontrolle und ihrem Willen zu unterwerfen. Und sie gingen wieder dazu über, militärische Stützpunkte in ihren Kolonien zu errichten, um ihre

Kontrolle aufrechtzuerhalten. England wiederum setzt auf den Aufbau von Personen, die als seine Agenten fungieren, auf Männer des englischen Geheimdiensts, auf Herrscher, die für England als Vasallen tätig sind, und auf zweifelhafte Handelsgeschäfte. Aufgrund seiner schwachen finanziellen Lage konnte sich England immer weniger auf die Vergabe von Krediten verlassen. Auch setzte es wegen seines schwachen internationalen Einflusses immer weniger auf Militärbasen, auch wenn es sich noch an die Präsenz von militärischen Einheiten und Stützpunkten klammert, die sich in seinen ehemaligen Kolonien - wie auf Zypern - oder in der Nähe seiner Kolonien befinden. Somit ist eine Veränderung der Mittel und Stile eine Begleiterscheinung des Kolonialismus.

Was nun die veränderte Betrachtungsweise des Kolonialismus betrifft, und zwar in seiner Verbindung als Methode zum Kapitalismus als Idee, so schwankt diese Verbindung in ihrer Intensität. Einerseits kann sie sehr stark sein, indem der Kolonialismus allein der Verbreitung des Kapitalismus dient. Das bedeutet, dass das Augenmerk beim Kolonialismus vorrangig auf die ideologische Verbreitung des Kapitalismus gelegt wird. Oder die Intensität dieser Verbindung lässt nach, indem der Kolonialismus selbst im Vordergrund steht und erst an zweiter Stelle der Kapitalismus forciert wird. In diesem Fall wird der Kolonialismus selbst fast zum Ziel. Die Stärke bzw. Schwäche dieser Verbindung hängt von den Ländern ab, welche die kapitalistischen Staaten unter ihre Kontrolle bringen wollen. Hierbei stellt sich folgende Frage: Handelt es sich um ein Land mit einer Kultur, die überwunden werden muss, um an ihrer Stelle die verdorbene kapitalistische Kultur einzuführen, damit die Beherrschung des Landes erleichtert wird und seine Reichtümer geplündert werden können? Oder ist es ein Land, das keine zu überwindende Kultur besitzt und lediglich zum Zwecke der Ausbeutung seiner Reichtümer und seiner Beherrschung kolonialisiert wird? Dies wird

anhand der Tatsache deutlich, dass es beim Ringen der westlichen Staaten um die Kolonialisierung Afrikas verschärft um die Ausbeutung ging. Das Streben zur Ausbreitung der kapitalistischen Ideologie war fast nicht vorhanden. So kostete der jahrelange Bürgerkrieg in Uganda und Ruanda hunderttausende Menschenleben, auch die Ereignisse in Zaire (Demokratisch Kongo) offenbarten lediglich die materielle Gier und den Kampf um Einfluss zwischen Europa und den USA. Großbritannien, seine europäischen Verbündeten und auch die USA blickten in Afrika auf nichts anderes als auf die materiellen Interessen. Der Kolonialismus in Afrika war damit eher ein Ziel als eine Methode. Was jedoch die islamische Welt betrifft – der Nahe Osten, Nordafrika sowie Zentral- und Südostasien –, so versuchen die kolonialistischen Staaten mit den USA an der Spitze – zusätzlich zu ihrem Streben nach politischer, militärischer und wirtschaftlicher Kontrolle in der islamischen Welt – die Ideologie des Kapitalismus in vielen Bereichen zu verbreiten. Dazu gehört ihr großes Interesse an den Konferenzen zur „Befreiung der Frau“ bzw. zur „Befähigung der Frau“ sowie das, was im „amerikanischen Projekt für den Mittleren Osten“ erwähnt wird, und das Durchsetzen der westlichen kulturellen Vorherrschaft, was später unter der Bezeichnung „Wiederaufbau der Kulturen“ bekannt wurde. Ebenso zählen dazu der Aufruf zum interreligiösen Dialog, zur „Begegnung der Kulturen“ und die Betonung der Notwendigkeit zur Änderung bzw. Modifizierung der Lehrpläne, um die Muslime von ihrer Kultur und Geistesbildung zu trennen.

Somit entwickelte sich die Methode im Kapitalismus mit der Zeit. Nichtsdestotrotz stellt der Kolonialismus einen Eckstein im Kapitalismus dar, ob er nun die Methode zur Verbreitung des Kapitalismus verkörpert oder als Methode eher einem Ziel nahe kommt.

Die politischen Pläne und Stile

Die politischen Pläne und Stile (*Uslūb*), mit denen diese Pläne umgesetzt werden, unterliegen je nach Interessensfordernis Veränderungen, auch wenn die Pläne hiervon seltener betroffen sind als die Stile. Der Unterschied zwischen Plänen und Stilen, wie aus der Verfolgung der internationalen Politik erkennbar ist, liegt darin, dass der Plan eine allgemeine Politik darstellt, die vorgezeichnet wird, um eines der für die Ausbreitung der Ideologie bzw. für die Methode ihrer Ausbreitung erforderlichen Ziele zu verwirklichen. Bei einem Stil handelt es sich hingegen um eine spezifische Politik in bestimmten Teilbereichen, die der Verwirklichung des (allgemeinen) Planes und seiner Festigung dient.

Der US-Plan für den Irak sah beispielsweise vor, ihn mit oder ohne internationalen Beschluss zu besetzen. Anschließend sollte eine Regierung installiert werden, die mithilfe der Vereinten Nationen der Besetzung eine internationale Legitimität verleiht, obwohl die Vereinten Nationen zu Beginn der Besetzung von den USA ignoriert wurden. Eine weitere (nationale) Legitimation sollte die Okkupation durch irakische Wahlen bzw. Pseudowahlen erhalten. Die gewählte Regierung sollte dann (stellvertretend) für die Bürger des Irak das Einverständnis zur weiteren Präsenz der Besatzungstruppen urkundlich absegnen, um ihnen so das Attribut der Legitimität zu verleihen, da ihre Anwesenheit nun auf der Zustimmung der Bürger und ihrem Wunsch sowie auf einer internationalen Resolution beruhe.

Dies würde die übrigen Staaten und den Sicherheitsrat von einer Einmischung in die Angelegenheiten des Iraks abhalten und die USA zum einzigen Akteur auf irakischem Boden machen. Damit würde der Besetzung ein legitimes Gewand verliehen. Denn derjenige, der

die Präsenz und den Verbleib der Besatzungsmacht billigen würde, wäre kein anderer als die legitime, „gewählte“ Regierung des Irak. Der Irak würde eine neue Verfassung unter der Aufsicht der Besatzungsmacht erhalten, welche die Spaltung besiegeln und den Staat unter dem Vorwand des Föderalismus zerstückeln würde. Das Feuer des Bürgerkrieges unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen würde entfacht werden, und die Muslime würden miteinander anstatt mit der Beseitigung der Besatzung beschäftigt sein. Daher bedienten sich die USA aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und Stile, um den Irak nach einem vorgezeichneten Plan zu besetzen. Anschließend sollte diese Besetzung legitimiert werden, indem ihr eine völkerrechtliche Grundlage sowie eine Grundlage nach nationalem Recht verliehen wird.

Demgegenüber sah der französische Plan die Bildung einer Achse aus Großmächten unter seiner Führung vor, um dem amerikanischen Plan entgegenzutreten. Er sah weiterhin vor, den Sicherheitsrat an der Verabschiedung klarer Resolutionen zu hindern, die den US-Plänen zur Invasion des Irak grünes Licht gegeben hätten. Somit wurde den USA die Trumpfkarte des Sicherheitsrats komplett aus der Hand genommen. International standen sie nun als krimineller Staat da, der gegen das Gesetz verstieß, als Gewaltmacht, die sich über das Recht hinwegsetzte, anstatt sich wie in der Vergangenheit als Schutzmacht des Völkerrechts zu präsentieren. Frankreich gelang es auch, die Emotionen der Deutschen so weit anzuheizen, dass die USA über deren Verhalten verärgert waren. Zudem stellte sich Russland ebenfalls auf die Seite Frankreichs, um die USA an der Nutzung des Sicherheitsrats zur Durchsetzung ihrer Pläne zu hindern. Somit war der französische Plan erfolgreich - nicht etwa in der Verhinderung der amerikanischen Invasion des Irak, sondern in der Bloßstellung der amerikanischen Ziele dieser Invasion.

Was den britischen Plan betraf, so war dieser kompliziert und hinterlistig. Äußerlich sah er die Unterstützung der USA vor, um am Beutefang teilzuhaben und auf internationaler Bühne an der Seite der USA aufzutreten, sollte sich die Waagschale zugunsten der USA bewegen. Gleichzeitig aber wurde den USA der Dolch in den Rücken gestoßen, sobald sich die Gelegenheit dazu bot. So zog Großbritannien mit den USA mit, da deren Waagschale weltpolitisch schwerer wog. Andererseits jedoch veranlasste es die USA dazu, den bevorstehenden Angriff auf den Irak vor den Sicherheitsrat zu bringen, um eine Resolution zu erwirken, obwohl es bereits im Vorfeld wusste, dass aufgrund der Position Frankreichs, Russlands und Deutschlands die Verabschiedung einer Resolution nicht möglich sein würde. Somit wurde die Absicht der USA entlarvt, den Irak mit oder ohne Resolution anzugreifen. Großbritannien untermauerte diesen Kurs durch die Anwesenheit Blairs bei einem Gipfeltreffen mit Chirac und Schröder am 20. September 2003, um mit der britischen politischen Verschlagenheit die Position beider Staaten gegen die Haltung der USA zu stärken und zu festigen. Dies konnte etwa dadurch geschehen, dass beide Staatschefs durch einige Auffassungen, die Blair während der Zusammenkunft vortrug, zu noch größerer Härte angestachelt wurden, ohne dass sich Großbritannien damit offen gegen die USA stellen musste. Selbst nach der Besetzung des Irak und nachdem die USA Vorschläge vor die UNO gebracht hatten, um der Okkupation die Legitimation zu verleihen, setzte Großbritannien die gleiche Politik fort.

Ein weiteres Beispiel ist der von den USA festgelegte Plan, um das Zusammenschmelzen der Europäischen Union zu einer Einheit, die den USA gefährlich werden könnte, zu verhindern. Dieser Plan basiert auf den folgenden drei Eckpunkten:

Erstens: Die Erweiterung der Europäischen Union um die osteuropäischen Staaten, welche ein williges Werkzeug der USA sind

und ihre Speerspitze darstellen, um so den amerikanischen Einfluss in der EU geltend zu machen. Dies wurde offenkundig, als diese Staaten die US-amerikanische Sichtweise bezüglich des Angriffs auf den Irak unterstützten, was auch der Anlass für Rumsfelds hämische Äußerung über das neue und das alte Europa war. Das Verhalten dieser Staaten rief den Zorn des französischen Staatschefs Chirac hervor, der seinerseits ihnen nahe zu legen versuchte, dass ihre Parteinahme für die USA ihre endgültige Aufnahme in die EU behindern würde. Trotzdem wurde ihr Beitritt zur Europäischen Union während der entscheidenden EU-Sitzung über die Aufnahme neuer Mitglieder bestätigt. Frankreich war außerstande, dies zu verhindern.

Zweitens: Die Aufrechterhaltung der NATO trotz Auflösung des Warschauer Pakts und die anschließende Ausdehnung des strategischen Aufgabenbereichs des Bündnisses, um in die Sicherheitskonflikte Europas intervenieren zu können, statt ausschließlich der äußeren Verteidigung Europas zu dienen, wie es bei seiner Entstehung gedacht war. Als Europa die Gefahr der NATO, die faktisch von den USA geführt wird, zu spüren begann, regten Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg die Bildung eines eigenen europäischen Korps an. Dagegen legten jedoch die USA Protest ein, und sie werden auch weiterhin den Europäern Steine in den Weg legen, bis die europäische Kampftruppe tatsächlich das Licht der Welt erblickt hat.

Drittens: Die Ausnutzung der Position Großbritanniens durch die USA. Mit seiner wohl bekannten Arglist ist Großbritannien nicht gewillt, in der EU als einheitliche Macht zu verschmelzen, um etwa wie Luxemburg zu einem unbedeutenden Staat zu verkommen. Großbritannien trägt im tiefsten Innern noch immer den Hochmut des „Empires, in dessen Reich die Sonne niemals untergeht“. Aus diesem Grund konnte man beobachten, wie es der Gründung der EU Hindernisse in den Weg legte und ihr erst dann beitrug, als sie zur un-

widerruflichen Realität geworden war. Großbritannien trat zudem der EU bei, um sie zu schwächen. Bis jetzt weigert es sich, an der gemeinsamen europäischen Währung, dem Euro, teilzunehmen. Diese Empire-Mentalität treibt Großbritannien dazu an, eine eigene Rolle auf der internationalen Bühne zu suchen – auf welchem Weg auch immer.

Dagegen sah der französische Plan vor, die Europäische Union zu stärken und sie zu einem geeigneten Schirm aufzubauen, der dem amerikanischen Schirm die Stirn bieten kann. Auch soll eine von der NATO unabhängige europäische Armee (Eurokorps) errichtet werden. Es gelang ihm, Deutschland für dieses Vorhaben zu gewinnen. Frankreich ging im Einvernehmen mit Deutschland mit solcher Raffinesse vor, dass Großbritannien sich dazu gezwungen sah, sich ihnen anzuschließen, um nicht den Anteil an der Beute zu verpassen, sollte das gemeinsame Vorhaben Frankreichs und Deutschlands gelingen. Letztendlich war Frankreich - zusammen mit Deutschland und Großbritannien - bei der Grundsteinlegung des Eurokorps doch noch erfolgreich, trotz des intensiven amerikanischen Drucks auf Deutschland und England, um die Gründung einer solchen Armee zu verhindern.

Ebenso gelang der Plan der drei Staaten, eine langfristige Politik für die Europäische Union vorzugeben, und zwar jenseits der Einmischung kleiner oder nach Einfluss trachtender Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien.

Auf diese Weise gelang es Frankreich, eine Pforte zu schaffen - auch wenn sie am Anfang der Stärkung der EU diente - indem im Einvernehmen mit Deutschland und Großbritannien ein unabhängiger militärischer Kern in Europa gebildet wurde. Hätten diese Staaten nicht den Kapitalismus verinnerlicht, der das individuelle Interesse eines jeden Staates an die Spitze seiner Wertetabelle setzt, wären

sie imstande gewesen, eine starke EU zu schaffen, die in der Lage wäre, den USA die Stirn zu bieten. Nichtsdestotrotz stellt der bloße Erfolg Frankreichs in der Unterbreitung des Plans an die starken Staaten Europas (Deutschland und Großbritannien) einen effizienten Schachzug gegen die USA dar, den diese nicht außer Acht lassen können.

Ein anderes Beispiel ist der US-Plan, Russland so weit einzudämmen, dass ihm der Einfluss selbst auf regionaler Ebene genommen wird. Der Plan sieht vor, Russland aus seinen Einflussgebieten am Balkan, in Osteuropa und in Zentralasien zu verdrängen. Zudem sollte die Effizienz seines nuklearen Arsenalts zunichte gemacht werden, das neben seiner Überlegenheit in der Eroberung des Weltraums einen der Machtfaktoren Russlands darstellt. Zahlreiche Vorgehensweisen und Stile wurden hierfür von den USA angewendet. Dazu zählt die Bombardierung der Armee Jugoslawiens (Serbien und Montenegro), das ja durch die slawische Ethnie mit den Russen verbunden ist, wobei sie die Kosovo-Krise dafür nutzten. Die USA nahmen außerdem wirtschaftliche und militärische Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten auf, um sich einen Zutritt zu ihnen zu verschaffen. Anschließend nahmen sie viele dieser Staaten in die NATO auf. Sie nutzten den Kampf gegen den Terrorismus, um Militärstützpunkte in den Staaten Zentralasiens zu errichten, nachdem es ihnen gelang, einige Herrscher dieser Länder durch Wirtschaftshilfen für sich zu gewinnen. Sie besetzten schließlich Afghanistan und widmeten sich auch der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems, das die Eigenschaft besaß, russische Interkontinentalraketen mit nuklearen Sprengköpfen abzufangen. Den USA ist es ebenfalls geglückt, sich die herrschende Armut in Georgien zu Nutze zu machen, um ihre dortigen Vasallen an die Spitze der Herrschaftspyramide zu hieven. Dadurch verschwand die Pufferzone zwischen Russland und der NATO in der Türkei. Auch überzeugten sie Russland davon, seine

Weltraumstation MIR aufzugeben und sich dafür an der internationalen Raumstation ISS zu beteiligen, um so die russische Überlegenheit im Wettrennen um die Weltraumeroberung einzuschränken. Auf diese Weise arbeiteten die USA weiter an ihren Plänen, Russland zu umzingeln, damit es nur mehr als Staat mit gekapptem regionalem Einfluss bestehen bleibt, zumal ihm bereits mit dem Zerfall der Sowjetunion sein internationaler Einfluss genommen wurde.

Ähnlich verhält es sich mit China. So erachten es die USA als notwendig, China zu unterwerfen und zu einem gewöhnlichen Staat zu machen, insbesondere da China nicht die notwendigen Voraussetzungen für eine Großmacht besitzt. Trotzdem ist es mit dem ihm zur Verfügung stehenden Potential seit Mitte der Neunzigerjahre zu einer regionalen Großmacht aufgestiegen. Es verfügt über ein Vetorecht im Sicherheitsrat und hat regionale Machtinteressen und Ambitionen, was nicht auf das Wohlgefallen der USA stößt. In den Augen der USA stellt China einen enormen Absatzmarkt dar, den es auszunutzen gilt, und einen Populationsriesen, der gebändigt werden muss, damit er sich nicht zu einer Gefahr für die US-Interessen in der Region Ostasiens entwickelt. Deshalb mussten die USA nach Ende des Kalten Krieges einen Plan entwickeln, um China einzugrenzen, ihm bestenfalls ein enges vitales Einflussgebiet zuzugestehen, sollte es ihnen nicht gelingen, ihm seine vitale Einflusssphäre vollständig abzuschneiden. Aus diesem Grund haben die USA ein Interesse daran, ihre Beziehungen zu Vietnam zu normalisieren, um einen Stolperstein für China aufzubauen, sobald sich die amerikanisch-vietnamesischen Beziehungen stabilisiert haben. Die USA bemühen sich des Weiteren, die koreanische Halbinsel zu einer wachsenden Gefahrenzone um China auszubauen, indem sie unter dem Vorwand der Achse des Bösen den Druck auf Nordkorea erhöhen. Gleichzeitig sorgen die USA dafür, dass ihre dortigen Militärstützpunkte erhalten bleiben - an den Grenzen Chinas und direkt vor seiner Haustür. Ferner versu-

chen sie Indien zu einem Rivalen Chinas aufzubauen und bemühen sich um strategische Verbündete und regionale Militärbündnisse in Zentralasien und im Nahen Osten. Weiterhin errichteten sie in Zentralasien an der westlichen Grenze Chinas jenseits des Himalajas militärische Stützpunkte.

Auf diese Weise werden politische Pläne und Stile zur direkten Umsetzung entwickelt. Allerdings ist es für einen Staat nicht ungewöhnlich, angewandte Stile zu ändern und neue zu entdecken, sobald die alten aufgefliegen sind oder ihren Zweck nicht mehr erfüllen. Ebenso kann der Plan geändert werden, sollte er sich als nutzlos erweisen oder dem Staat durch seinen Fortbestand Schwierigkeiten bereiten, die nicht in seinem Interesse liegen. Ändert ein Staat jedoch seinen Plan, so ersetzt er ihn stets durch einen anderen. Auch wenn er seinen Stil ändert, ersetzt er ihn durch einen anderen. Ein Staat hört erst dann auf Pläne und Stile festzulegen, wenn er dazu nicht mehr in der Lage ist und seine Position auf der weltpolitischen Bühne verloren hat. So erging es einigen Staaten, die bereits seit geraumer Zeit ihre politische Effizienz verloren haben, wie Japan, Italien, Holland, Belgien, Spanien und Portugal.

Ein Beispiel für das Ändern von Plänen ist die Variierung der US-amerikanischen Strategien bezüglich Deutschlands. So sah der US-Plan zuerst die Wiederbelebung des deutschen Militarismus und die Gründung einer westdeutschen Republik vor. Danach änderte sich der Plan dahingehend, die Bundesrepublik zu schwächen, eine Föderation zwischen ihr und der DDR zu schaffen und die deutsche Rüstung zu begrenzen. Schließlich erwogen die USA 1990 die Wiedervereinigung Deutschlands, um einen starken europäischen Rivalen für Frankreich und Großbritannien zu schaffen, der ihnen den Platz streitig macht und mit ihnen um die Führung der Europäischen Union konkurriert. Auf diese Weise wollten sie die Möglichkeit der Vereinigung Europas zu einer einheitlichen Macht verringern.

Ein weiteres Beispiel ist der für China festgelegte Plan der USA. Zunächst erwogen die USA, China zu fördern, es zu einem internationalen Machtpol aufzubauen, die eigenen Beziehungen zu ihm sowie die japanisch-chinesischen Beziehungen zu verbessern, so dass China zu einem Pfeiler der bestehenden Weltordnung wird. Dadurch sollte einerseits die Position der Sowjetunion in der Weltpolitik geschwächt und andererseits die Kluft zwischen den beiden verfeindeten kommunistischen „Verbündeten“ vergrößert werden. Nach dem Ende des Kalten Krieges revidierten die USA ihre Pläne jedoch. Sie waren nun der Ansicht, dass die neue Situation die Eingrenzung und Zurückdrängung Chinas hinter die große chinesische Mauer erforderte. Die USA entwarfen daraufhin einen Plan, China als Bedrohung für die US-Interessen in Ostasien auszuschalten, insbesondere da China über die dafür nötigen Faktoren verfügt.

Ein Beispiel für die Veränderungen der Stile ist die Vorgehensweise der USA in den Ländern der islamischen Welt. Nachdem sie sich in der Vergangenheit auf Militärputsche verließen, um ihre Vasallen an die Macht zu hieven, auf Wirtschaftshilfen in Form von Krediten und so genannten Entwicklungsprojekten, auf die Entsendung von Experten und andere Formen der Einflussnahme sowie auf das Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche, d. h. auf Anreiz und Abschreckung, vertrauen sie heute verstärkt auf militärische Lösungen und Einschüchterung. So stützen sie sich wieder auf militärische Bündnisse und Militärbasen, nachdem sie davon Abstand genommen hatten, was die Ära des militärisch geprägten Kolonialismus und des westlichen Imperialismus neuerlich ins Gedächtnis rief.

Auch Großbritannien hat seine Stile und Vorgehensweise abgewandelt und seine militärischen Abkommen und Stützpunkte aufgegeben und sich auf seine Vasallen gestützt, die sich an der Macht befanden, sowie auf Wirtschafts- und Rüstungsabkommen. Offenbar versucht Großbritannien nun auf den amerikanischen Zug aufzu-

springen und auf Militärstützpunkte als neue alte Mittel wieder zurückzugreifen.

Dies war eine Darstellung der politischen Pläne und Stile. Aus diesem Grund muss den Muslimen zweifelsfrei bewusst sein, dass das westliche Lager weder seine politische Idee noch seine politische Methode ändert, sondern lediglich Pläne und Stile, um sie durch neue zu ersetzen, damit ihm die Ausbreitung seiner Ideologie gelingt. Würde man seine Pläne vereiteln und seine Stile zunichte machen, wären seine Projekte, zu deren Verwirklichung die Pläne und Stile entwickelt wurden, zum Scheitern verurteilt. Deswegen ist der politische Kampf auf die Pläne und Stile zu richten, indem sie aufgedeckt und bekämpft werden. Gleichzeitig ist er auch auf die Bekämpfung der politischen Idee und ihrer Methode an sich gerichtet. Daher ist es für die Muslime unabdingbar, die vorgezeichneten Pläne für die Politik eines jeden Staates zu kennen und sich Klarheit über deren Stile zu verschaffen.

Die weltpolitische Lage

Das Begreifen der weltpolitischen Lage unterscheidet sich vom Verständnis der Politik eines einzelnen Staates. Wie zuvor bereits dargelegt, liegt dies in der Tatsache begründet, dass das Verstehen der Politik der einflussreichen Staaten mit dem Verstehen von Idee und Methode zusammenhängt, auf deren Grundlage die Politik jener Staaten beruht. Die weltpolitische Lage hingegen stellt das Gerüst der maßgeblichen internationalen Beziehungen dar, d. h. sie ist der Zustand, in welchem sich die Weltführungsmacht und die mit ihr konkurrierenden Mächte befinden. Anders als die Politik der einzelnen Staaten hängt sie nicht mit Idee und Methode zusammen. Sie ist vielmehr mit den internationalen Beziehungen und dem endlosen Konkurrenzkampf zwischen den Staaten um die Position der Weltführungsmacht und den Einfluss auf die Weltpolitik verknüpft. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, die weltpolitische Lage zu erfassen.

Es muss jedoch klar sein, dass die politische Weltlage kein statischer Zustand ist, sondern Veränderungen und Wandlungen ausgesetzt ist, die von den herrschenden Umständen, Situationen und Ereignissen in der Welt abhängen. Trotzdem ist es möglich, ein klares Bild davon zu zeichnen und auch grobe Richtlinien zu liefern. Es ist auch möglich, detailliert über ihren Zustand zu berichten. Allerdings handelt es sich stets um die Darstellung des jeweils aktuellen Zustandes, wie er sich im Moment der Aufnahme den Menschen zeigt. Die Beschreibung trifft also auf eine aktuelle Situation zu. Ändert sich die Weltlage, so gilt die zuvor gelieferte Beschreibung nicht als falsch. Vielmehr bezieht sie sich auf einen Zustand, der vorhanden war und verschwand und nun Teil der Geschichte geworden ist. Unweigerlich muss dann die aktuelle Situation, d. h. die neue Weltlage,

beschrieben werden. Die weltpolitische Lage, die wir aufzeichnen oder in Form grober Richtlinien bzw. auch in der Behandlung von Details beschreiben werden, umfasst somit die Beschreibung eines vergangenen, eines aktuellen oder erwarteten Zustandes, der aber nicht gleichbleibend ist. Daher obliegt es dem politischen Menschen, Kenntnisse von der weltpolitische Lage und der Weltpolitik zu besitzen. Er muss diese Kenntnisse mit dem aktuellen Geschehen verknüpfen, um auf diese Weise ein klares Bild zu erhalten und ein richtiges Urteil fällen zu können.

Um die weltpolitische Lage zu verstehen, ist es für die Muslime erforderlich, die Position der Weltführungsmacht sowie der übrigen Staaten in Bezug zu dieser Weltführungsmacht und im Bezug zur Weltpolitik zu kennen. Des Weiteren ist es notwendig, jene Staaten zu kennen, die sich in der Hemisphäre anderer Staaten befinden, sowie über die abhängigen und die unabhängigen Staaten Bescheid zu wissen.

Was die abhängigen Staaten betrifft, so sind es Staaten, die in ihrer Außenpolitik und in gewissen innenpolitischen Fragen an einen anderen Staat gebunden sind, wie z. B. Ägypten an die USA und (derzeit) Kasachstan an Russland. Staaten, die sich in der Hemisphäre anderer Staaten befinden, sind hingegen solche, die sich in ihrer Außenpolitik aus eigenem Interesse heraus - und nicht aus Abhängigkeit - an einen anderen Staat binden, wie z. B. die Bindung Japans an die USA, die Bindung Australiens an die USA und Großbritannien, die Bindung Kanadas an die USA, Großbritannien und Frankreich sowie die Bindung der Türkei (derzeit) an die USA und Großbritannien. Was die unabhängigen Staaten anlangt, so sind es solche, die außen- wie innenpolitisch nach eigenem Ermessen entsprechend ihrem Interesse handeln, wie Frankreich, China und Russland.

Darüber hinaus gibt es Umstände, die nicht zur Weltpolitik zählen. Es sind Ereignisse, die durch den Rückzug der Kolonialstaaten aus den kolonialisierten Ländern entstanden. Diese Ereignisse werden weder im Zusammenhang mit der Weltpolitik behandelt, noch werden dafür Richtlinien aufgestellt. Vielmehr wird jedes dieser Ereignisse in seinem jeweiligen Kontext untersucht und beurteilt. Als die Engländer beispielsweise den Irak verließen und es am 14. Juli 1958 zum Umsturz kam, der sämtliche Abkommen und Bündnisse außer Kraft setzte, wurde der Irak international ein unabhängiger Staat gleich Frankreich, Großbritannien und jedem anderen unabhängigen Staat. Doch weil dessen Regent zum damaligen Zeitpunkt ein US-Vasall war, wurde der Irak faktisch zu einem Staat, der sich in US-Abhängigkeit befand, auch wenn er völkerrechtlich gesehen unabhängig war. Als es jedoch am 17. Juli 1968 neuerlich zum Putsch kam und die Vasallen der Briten die Macht übernahmen, geriet der Irak in die Abhängigkeit Großbritanniens.

Folglich können sich unabhängige Staaten in abhängige verwandeln, sobald deren Herrscher ein Vasall wird bzw. ein Vasall dort die Macht übernimmt. Der Staat tritt dann in Abhängigkeit zu jenem Staat, dessen Vasall an der Macht ist.

Eben davon sind sämtliche Staaten heimgesucht worden, die ehemals kolonialisiert waren. Sie wurden je nach Wechsel der Regenten von einer Abhängigkeit in die andere gereicht. Völkerrechtlich sind diese Staaten - oberflächlich betrachtet - unabhängig, de facto jedoch abhängig. Trotzdem handelt es sich hierbei um Einzelfälle. Sie sind das Ergebnis der Befreiung der Kolonien aus der Kolonialherrschaft, der Bemühungen der Kolonialstaaten, in die Kolonialgebiete zurückzukehren und des Trachtens anderer Staaten, den Platz des ehemaligen Kolonialstaates einzunehmen.

Unabdingbar ist es, über die Position der Weltführungsmacht Bescheid zu wissen, da dies für das Begreifen der Weltpolitik und der weltpolitischen Lage von großer Wichtigkeit ist. In Friedenszeiten hat die Weltführungsmacht bezüglich der weltpolitischen Lage international das Sagen. Auf den zweiten Rang kommt dann der zweite und darauf folgend jeder andere Staat entsprechend seiner Fähigkeit, weltpolitischen Einfluss auszuüben.

Der Einfluss der übrigen Staaten ergibt sich vor allem durch deren Einflusspotential auf die Weltführungsmacht. Dieses Einflusspotential fällt entsprechend ihrer eigenen und ihrer weltpolitischen Stärke unterschiedlich aus. Je nach Stärke eines Staates und dem Grad seines weltpolitischen Gewichts gestaltet sich das Ausmaß seines Einflusses auf die Weltführungsmacht und damit international auf die Weltpolitik.

Das deutlichste Beispiel für den Versuch, Einfluss auf die Weltführungsmacht und damit auf die Weltpolitik auszuüben, ist gegenwärtig (2004) das Beispiel Großbritanniens. Sein weltpolitischer Einfluss auf internationaler Ebene rührt von der Tatsache her, dass es einen partiellen Einfluss auf die Weltführungsmacht USA und einen permanenten Einfluss auf seine ehemaligen Kolonialgebiete ausübt. Gleiches gilt für Frankreich, Russland und Deutschland, die sich nach dem anglo-amerikanischen Krieg gegen den Irak zusammenschlossen, um einen gewissen Einfluss auf die Führungsmacht und folglich auch international auf die Weltpolitik ausüben zu können.

Zu den Staaten, die keinerlei Einfluss auf die Führungsmacht und somit keinen Einfluss auf die Weltpolitik ausüben, gehört der abhängige Staat. Ein Einfluss auf die Führungsmacht ist ihm nur in dem Maße möglich, wie ihn der Staat, von dem er abhängig ist, instrumentalisiert. Ebenso verhält es sich mit den Staaten, die sich in

der Hemisphäre anderer Staaten befinden. Diese beziehen ihren Einfluss von jener Großmacht, in deren Hemisphäre sie kreisen.

Was die übrigen Staaten betrifft, die sich weder in einem Abhängigkeitsverhältnis befinden noch zu den Hemisphärenstaaten gehören und somit unabhängig sind, wie z. B. die Schweiz, Spanien, die Niederlande, Italien und Schweden, so sind sie in der Lage, international auf die Weltpolitik Einfluss zu nehmen, indem sie die Interessen der Weltführungsmacht schützen oder sie bedrohen. Dazu gehört beispielsweise, dass Italien und Spanien den USA ein wichtiges Interesse sicherstellten, als sie die USA 2003 bei der Besetzung des Irak unterstützten.

Aus diesem Grund ist ein Staat, der die Weltpolitik beeinflussen und gemäß seinen Interessen lenken will, gezwungen, einen der beiden folgenden Wege zu beschreiten: Entweder er bedroht effektiv die tatsächlichen Interessen der Weltführungsmacht, oder er bewahrt diese für sie, indem er dabei sein eigenes Interesse aushandelt.

Der Weg der effektiven und wirksamen Bedrohung ist derjenige, der unweigerlich Erfolg verspricht. Es ist der Weg, der eines echten Staates, der nach Wahrung seines Einflusses sucht und sich Gehör in der Weltpolitik verschaffen möchte, würdig ist. Was den zweiten Weg anlangt, der auf Sicherstellung von Interessen hinzielt, so ist er nebulös und nicht frei von Stolpersteinen. Er kann zum Ziel, aber auch ins Verderben führen. Denn er ist ein Spiel mit der Staatsstruktur einer Nation und ein törichtes Abenteuer, bei dem das Schicksal eines Staates riskiert wird. Denn die Sicherstellung der Interessen der Führungsmacht seitens irgendeines Staates hindert die Führungsmacht nicht daran, diese Interessen gegen ein lukrativeres Abkommen mit einem anderen Staat, der eine untere Stellung einnimmt und über weniger Fähigkeiten verfügt, einzutauschen.

So geschah es 2003, als die USA sich über ihre traditionellen westeuropäischen Bündnispartner hinwegsetzten, nachdem sie diese als „altes Europa“ bezeichnet hatten, und an ihrer Stelle für die Allianz gegen den Irak nach Verbündeten unter den Staaten Osteuropas suchten. Sie sendeten sogar an England Negativsignale aus, nachdem es versucht hatte, sie von einer Invasion des Irak ohne völkerrechtlich legitimierte Zustimmung der Vereinten Nationen abzuhalten. Der US-Verteidigungsminister Rumsfeld äußerte daraufhin: *„Amerika ist auch ohne Großbritannien imstande, in den Irak einzumarschieren.“*

Zur Bedrohung von Interessen und zum Aufbau von effektivem Einfluss müssen dem Staat Verteidigungsmöglichkeiten und Kapazitäten für eine vollständige Kontrolle im Innern zur Verfügung stehen. Hierzu muss er sich in einer stetigen Aufwärtsentwicklung befinden. Das heißt, er muss eine Ideologie verinnerlicht haben und eine globale *Da'wa* tragen, die in den Nachbarstaaten ihren Anfang nimmt. Der Staat schützt sich damit nach innen vor einem Interventionskrieg; er beschränkt sich nicht nur auf die Verteidigung seiner Grenzen, sondern breitet sich mit seiner Ideologie und seiner Einflussphäre aus, um weltpolitisch mit der Führungsmacht zu konkurrieren.

Um die Führungsmacht von ihrer zentralen Position zu stürzen, muss ein Staat imstande sein, die politische Atmosphäre zu seinen Gunsten umzuwandeln und die übrigen Staaten politisch für sich und seine Idee zu gewinnen, so, wie im Falle Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg. Ist dies einem Staat gelungen, gerät die weltpolitische Lage ins Wanken, bis die Position der Führungsmacht neuerlich von einem Staat eingenommen wird. In den meisten Fällen tritt dies dann erst ein, wenn es zu einem Krieg gekommen ist, der die weltpolitische Lage verändert - sei es ein Welt- oder ein regional begrenzter Krieg. Möglich ist aber auch, dass die Führungsmacht

von einem wahrscheinlichen Krieg bedroht ist und den konkurrierenden Staat auf ihrer Seite benötigt.

Die Position der Weltführungsmacht stellt nichts Neues dar. Sie existiert bereits seit frühester Zeit. Im Altertum galt Ägypten als Weltführungsmacht, wobei das irakische Assyrien ihm diese Position streitig machte. Rom stellte die Weltführungsmacht dar, während Persien als sein Rivale galt. Der islamische Staat war von der Ära der rechtgeleiteten Kalifen an bis zu den Kreuzzügen die Weltführungsmacht, ohne dass ihm irgendjemand diese Position streitig machte. Auch Frankreich verkörperte die Weltführungsmacht. Sein Rivale war Großbritannien. Der osmanische Staat in seiner Eigenschaft als islamisches Kalifat war beinahe drei Jahrhunderte lang, bis Mitte des 18. Jahrhunderts, konkurrenzlos die Weltführungsmacht. In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg hatte Deutschland die Position der Weltführungsmacht inne, während Frankreich und Großbritannien ihm diese streitig machten. Nach dem Ersten Weltkrieg stieg Großbritannien zur Weltführungsmacht auf und Frankreich konkurrierte mit ihm. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war Großbritannien noch immer die Weltmacht mit Deutschland als Rivalen, das auch beinahe dazu aufgestiegen wäre, als es zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kam. Die USA traten in den Krieg ein. Dieser endete damit, dass die USA im Bestimmen der Weltpolitik und der weltpolitischen Lage die Führungsmacht waren. So waren sie von allen Staaten am meisten in der Lage, die Weltpolitik in ihrem Sinne zu formen. Sie beherrschten auch weiterhin die weltpolitische Lage, sodass ohne ihren Willen keine politische Angelegenheit stattfand oder durchgeführt wurde. Nichtsdestotrotz hörten die Bemühungen der damaligen Sowjetunion sowie Großbritanniens und Frankreichs nicht auf, mit den USA zu rivalisieren. Bis zu einem gewissen Grad beteiligten sie sich an der Einflussnahme auf die Weltpolitik,

abhängig von der Stärke dieser Staaten, besonders aber die Sowjetunion und in geringerer Form Großbritannien.

Was die Sowjetunion betrifft, so gelang es ihr, an die Seite Amerikas als Partner und Verbündeter zu treten, während sich Großbritannien rückwärts bewegte und immer weiter absackte, bis es die heutige Stufe erreichte. Dies geschah auf folgende Weise: Großbritannien begann nach dem Zweiten Weltkrieg sich vom Kriegsschaden zu erholen und unternahm Bemühungen, die USA von der Weltführungsposition zu stoßen. Es begann politische Aktionen zu setzen, um Einfluss auf die USA zu nehmen. Am Koreakrieg nahm es bloß symbolisch teil und gab Kriegsinformationen über die USA an China weiter. Denn eigentlich führte China den Koreakrieg. Großbritannien gelang es mit seinen geheimen und hinterlistigen Mitteln, die internationale Position der USA im Koreakrieg zu beeinflussen und an ihr zu rütteln. Ebenso stellte sich Großbritannien während der Genfer Konferenz zur Indochina-Frage auf die Seite des Ostblocks. So wurden Beschlüsse zu Gunsten des Ostblocks verabschiedet. Des Weiteren hat Großbritannien Militär- und Spionageinformationen der USA an die Sowjetunion übermittelt. Darunter fällt die Weiterleitung von Informationen über das U2-Flugzeug an die Russen, was zu dessen Abschuss führte. Auch die Haltung McMillans während der Konferenz von Paris zeigte dies, als er sich an die Seite Chruschtschows und gegen Eisenhower stellte und versuchte, ihn als Präsidenten der Vereinigten Staaten zu demütigen. Dies brachte die Konferenz zum Scheitern und führte zur Schwächung der Position Amerikas. Auf diese Weise unternahm Großbritannien zahlreiche Aktionen, um den USA einen Schlag zu versetzen, im Bestreben an ihrer Führungsposition zu rütteln. Doch all dies haben die USA wahrgenommen. Schließlich kam es zum Treffen zwischen Chruschtschow und Kennedy in Wien, und von jenem Tag an verwandelte sich die Rolle Großbritanniens von der des Angreifers auf die USA in die des

Selbstverteidigers. Die Sowjetunion begann nun gemeinsam mit den USA, Großbritannien von der Weltbühne zu verdrängen.

Es war die Sowjetunion, die den Kalten Krieg gegen das westliche Lager auflodern ließ und ihn im besonderen Maße gegen die USA richtete. Die Sowjetunion versuchte, dem westlichen Militärblock die Initiative zu entreißen. Ihr Ziel war es, die USA aus der Position der Weltführungsmacht zu verdrängen, um sie selber einzunehmen. Einige ihrer Aktionen waren auch erfolgreich. So gelang es der Sowjetunion in Bezug auf die Lösung internationaler Probleme die USA weg von ihrer Hochburg, den Vereinten Nationen, hin zur Einberufung von Konferenzen außerhalb der UNO zu bringen. Ebenso bestärkte die Sowjetunion Großbritannien darin, die USA zu bedrängen, um ihre Position als Weltführungsmacht zu schwächen. Auch die Kluft zwischen beiden Staaten sollte vertieft werden, um diese Position zu schwächen. In gleicher Weise wurde die Kluft zwischen Frankreich und den USA vertieft. Internationale Aktivitäten waren davon stark beeinflusst. Daneben machte die Sowjetunion große Fortschritte auf dem Gebiet der Weltraumforschung, worin sie die USA sogar übertraf. Auch in der Entwicklung der Nuklearwaffen und der Langstreckenraketen erzielte sie große Fortschritte. Sie errichtete sogar einen sowjetischen Militärstützpunkt auf Kuba, um die USA zu bedrohen. Viele der amerikanischen Vorgehensweisen im Kongo, in Ägypten, Algerien und anderswo wurden von der Sowjetunion bloßgestellt. Doch obgleich all dies auf die USA einen immensen Einfluss hatte, konnten sie von der Position der Weltführungsmacht nicht verdrängt werden. Es waren vielmehr politische Teilerfolge in einigen internationalen Fragen. Nichtsdestotrotz verlor die Sowjetunion bei dem Angriff auf die USA mit den Mitteln des Kalten Krieges nicht die Hoffnung, bis es im Jahr 1961 zu dem Treffen zwischen Chruschtschow und Kennedy kam. Sie trafen sich im Juni des Jahres

in der österreichischen Hauptstadt Wien, wo sie sich auf die Aufteilung der Welt unter sich einigten. Von diesem Zeitpunkt an verschwanden sowohl Großbritannien als auch Frankreich aus der Weltpolitik. Die Sowjetunion und die USA konnten nun im Alleingang diese Politik bestimmen. Alle weiteren Unternehmungen Großbritanniens, ein Mitspracherecht in der Weltpolitik zu erlangen, waren von nun an zum Scheitern verurteilt. Ebenso wenig gelang es Frankreich, nicht einmal in der Zeit De Gaulles, ansatzweise eine Möglichkeit für sich zu finden, an der Erörterung der Weltpolitik teilzuhaben. Dieser Zustand hielt bis ins Jahr 1989 an, als es zum Fall der Berliner Mauer kam und die Sowjetunion sich zwei Jahre später offiziell auflöste. Der Kalte Krieg war nun beendet, und Russland trat Anfang der 1990er Jahre das Erbe der Sowjetunion offiziell an. In der Weltpolitik stieß man es aber vom Rang der zweiten Weltmacht herunter, und ein neuer internationaler Zustand war geboren, in welchem sich die Vereinigten Staaten zum ersten Mal ohne internationalen Partner wiederfanden. Die Welt trat in eine neue, noch nicht da gewesene Phase ein. Und so versuchten die USA gegen Ende der Regierungszeit von Bush Senior eine neue, unilaterale Weltpolitik aufzuzeichnen. Bush propagierte daher die so genannte „Neue Weltordnung“, die sich jedoch nicht durchsetzen konnte. Der Begriff und ebenso die weltpolitische Lage blieben nebulös, bis Clinton im Jahr 1992 an die Regierung kam und eine neue internationale Ordnung verankerte. Diese stützte sich nicht auf Unilateralismus, sondern auf Überlegenheit. So begann die Clinton-Administration, die Säulen dieser neuen Ordnung zu errichten, zu deren wichtigsten Pfeilern die Politik der Partnerschaft mit den anderen Großmächten zählte. Diese trat deutlich in der Beendigung des Balkan-Problems in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo zutage sowie in der Auflösung der Nuklearwaffen in der Ukraine und in Weißrussland im Einvernehmen mit Russland. Des Weiteren kam es zur Unterzeichnung gemeinsa-

mer Absichtserklärungen zwischen den USA und den ehemaligen Ostblockstaaten, wobei sich Großbritannien und Deutschland an der Unterzeichnung einiger dieser Vereinbarungen beteiligten. Dank dieser Partnerschaftspolitik gelang es auch den USA in diesem Zeitraum, die NATO auszudehnen. Dies geschah in Kooperation mit den westeuropäischen Staaten, die zudem von der Erweiterung der EU profitierten. Beides fand auf Kosten Russlands und seines Einflusses statt.

Diese Phase war auch von der Erstarkung Deutschlands gekennzeichnet. Denn die Schwächung der Sowjetunion, der Fall der Mauer und das Verschwinden der Stützung Ostdeutschlands gingen mit der Wiedervereinigung Deutschlands in Rekordzeit einher. Deutschland stieg zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas auf und wandelte sich zu einer aktiven und einflussreichen politischen Macht, um deren Gunst sich sowohl die USA als auch Europa bemühten. Es kam sogar auf amerikanischer, europäischer und internationaler Ebene zur Diskussion, ob Deutschland einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat erhalten sollte.

Begleitet wurde die neue politische von einer neuen wirtschaftlichen Lage. So wurde die Politik des Marktes in starkem Maße aktiviert, was sich in der Globalisierungspolitik äußerte, die sich der Welt aufzwängte. Konzerne schlossen sich zusammen, wurden zu Wirtschaftsriesen und diktierten den Regierungen ihre Politik. Die multinationalen Konzerne wurden so zum Gesprächsthema der Ökonomen. Das GATT-Abkommen wurde 1995 in die Welthandelsorganisation (WTO) umgewandelt, die der Globalisierungspolitik einen legalen Schutzmantel überzog. Des Weiteren wurde die Rolle des Weltwährungsfonds und der Weltbank aktiviert, so dass dieses „Dreiergespann“ – Welthandelsorganisation, Weltwährungsfond und Weltbank – von den Großmächten als Instrument zur Einmischung und zur Druckausübung auf die Wirtschaftspolitik von Staaten ver-

wendet wurde. So räumten sowohl der ehemalige US-Außenminister Laurence Eagleburger als auch Michel Camdessus, Präsident des Weltwährungsfonds, ein, den Weltwährungsfonds dazu genutzt zu haben, um das Suharto-Regime zu stürzen, indem man es zur Währungsfreigabe zwang und ihm die Kredite verwehrte, sollte es dieser Politik nicht entsprechen. Suharto fügte sich der Forderung, gab die Währung frei und wurde gestürzt.

Ferner wurde die Rolle der G7 aktiviert, die aus den sieben führenden Industrienationen besteht, denen auch Russland hinzugefügt wurde (G8). So brachten diese acht Staaten, nämlich die USA, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada und Russland, die weltweite Wirtschafts- und Finanzpolitik unter ihre Kontrolle. Wenn wir zu diesen acht Staaten noch China hinzuzählen, wegen seines immensen wirtschaftlichen Gewichts, seiner nuklearen Stärke, seines großen menschlichen Potentials und seines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat, d. h. wegen all dieser Stärken, können wir mit einiger Vereinfachung behaupten, dass die heutigen Großmächte auf der Welt aus diesen neun Staaten bestehen. Doch aufgrund der unterschiedlichen Kräfteverhältnisse unter diesen Staaten fallen zwei Staaten heraus, nämlich Italien und Kanada, und zwar wegen fehlendem politischen und geopolitischen Potentials, was sie disqualifiziert, eine Rolle auf der Weltbühne zu spielen. Somit verbleiben sieben Staaten mit weltpolitischem Einfluss: die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland, China und Japan. Allerdings gibt es zwischen diesen Staaten, was ihren internationalen Einfluss betrifft, große Unterschiede. So trachten die ersten fünf Staaten nach Einfluss in verschiedenen Regionen der Welt, wobei die USA den übrigen vier Staaten um ein Vielfaches überlegen sind. China konzentriert sich hingegen auf eine Einflussnahme in seinem regionalen Umfeld, während Japan dies wiederum in den verschie-

densten Gebieten der Welt versucht, allerdings nur auf wirtschaftlicher Basis.

Der ehemalige Außenminister Frankreichs, Hubert Védrine schreibt in seinem Buch „Die Karten Frankreichs im Zeitalter der Globalisierung“: *„Diese einzige Macht (die USA), die alle wirtschaftlichen, technologischen, militärischen, finanziellen, sprachlichen und kulturellen Bereiche dominiert, stellt etwas in der Geschichte noch nie Dagewesenes dar.“* Anschließend klassifiziert Védrine die Staaten entsprechend ihrer Stärke und ihrem Einfluss und schreibt: *„Die Vereinigten Staaten belegen in der Welt konkurrenzlos den ersten Rang. Ihnen folgen in der zweiten Reihe sieben Staaten mit internationalem Einfluss: Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Russland, China, Japan und Indien, vorausgesetzt es beginnt, seinen Blickwinkel zu erweitern, der noch immer regional ausgerichtet ist.“* Er sagt weiter: *„Der Maßstab für diese Einteilung ist vielschichtig. Dazu gehört das Bruttoinlandsprodukt, das technologische Niveau, die Nuklearwaffen, das quantitative und qualitative Rüstungsniveau, die Bindung an internationale Organisationen und Vereinigungen wie den UN-Sicherheitsrat, die G-8-Staaten, die Europäische Union und schließlich die Verbreitung der Sprache und der althergebrachte kulturelle Einfluss.“*

Doch präziser als die Ansicht Védrines ist die Tatsache, dass nach der Supermacht USA, an die zu Beginn des 21. Jahrhunderts kein anderer Staat herankommt, drei wirkliche Großmächte folgen: Russland, Großbritannien und Frankreich. Im direkten Anschluss daran kommt Deutschland. Diese vier Staaten haben internationale Ambitionen in vielen Regionen der Welt. Danach folgt China, das in seinem regionalen Umfeld eine Großmacht darstellt. Hätte es international nicht so ein enges Blickfeld, könnte es mit allen bzw. einigen der zuvor erwähnten vier Staaten konkurrieren. Was Japan betrifft, so ist es wirtschaftlich gesehen der stärkste Staat nach den

USA. Somit gestaltet sich die nach Stärke der Staaten geordnete Reihenfolge folgendermaßen: USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, China und Japan. Diese sieben Staaten können als Großmächte bezeichnet werden. Im Falle Indiens, Kanadas und Italiens hingegen ist es nicht angemessen, sie als Großmächte zu bezeichnen, obwohl sie direkt auf diese sieben Staaten folgen und mit ihnen zusammen die zehn führenden Staaten der Welt bilden.

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts und mit Beginn des 3. Christlichen Jahrtausends versuchte die US-Administration unter George W. Bush die Spielregeln zu verändern. Sie ließ die von Clinton eingeführte Beteiligungspolitik fallen und begann den Großmächten ihre Politik aufzuzwingen. Sie zog sich zudem aus zahlreichen internationalen Abkommen zurück, wie dem Kyoto-Protokoll, dem Internationalen Strafgerichtshof, dem Salt-Abkommen zur Eindämmung ballistischer Waffen und anderer. Mit den Ereignissen vom 11. September und den Anschlägen auf das New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Washington verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den USA und den anderen Großmächten zunehmend. Die Ereignisse gaben den USA einen erneuten Ruck in Richtung Alleingang. Sie nutzten diese Anschläge als Rechtfertigung, um den so genannten Terrorismus zu bekämpfen und besetzten unter diesem Vorwand Afghanistan und den Irak. Getrieben von politischer Arroganz, vertrat die amerikanische Regierung nun die Politik des „Entweder-mit-uns-oder-gegen-uns“. Diese neue Politik rief unter den Europäern und anderen zornige Reaktionen hervor, und sie bezichtigten die USA der Vereinfachung und der Einfältigkeit. Sie forderten die Amerikaner dazu auf, zur Politik der Beratung und Beteiligung zurückzukehren. Die USA lehnten es jedoch ab, zu den von Clinton eingeführten Prinzipien der Beratung und Beteiligung zurückzukehren. Den so genannten Neokonservativen unter Führung von Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld,

dessen Stellvertreter Wolfowitz, des Vorsitzenden des Verteidigungsrats Richard Pearle, Douglas Feith, John Bolton, Condoleeza Rice und anderen gelang es, auf die Entscheidungen Bushs Einfluss zu nehmen. Sie stellten all ihre Kräfte, ihren Einfluss und die sie unterstützenden Konzerne in den Dienst dieser Politik.

Das Prägnanteste an dieser Politik war das Ignorieren der Vereinten Nationen und ihrer Legitimierung der Beschlussfindung. Priorität wurde allein dem amerikanischen Interesse gegeben. Kollidierte das Interesse mit dem Völkerrecht, wurde dieses ignoriert. Kollidierte das Völkerrecht nicht mit dem Interesse, wurde es aktiviert. In dieser Weise behandelten sie auch den UN-Sicherheitsrat. Gelang es ihnen, dem Sicherheitsrat Beschlüsse zu entlocken, war es recht, wenn nicht, wurde er ignoriert und übergangen.

Europa, vertreten durch Großbritannien, versuchte die US-Administration von der Umgehung des Völkerrechts abzubringen. Dieser Versuch fand beim amerikanischen Außenminister Colin Powell Unterstützung. Auch Präsident Bush war ihm zugeneigt. Doch der Block der Neokonservativen brachte diesen Versuch zum Scheitern; die USA ignorierten weiterhin die Beteiligungspolitik und unterließen es, der internationalen Organisation eine aktive Rolle zuzugestehen.

In jedem Fall gelang es der Bush-Administration nicht, Großmächte wie Großbritannien, Russland, Frankreich und Deutschland von einer aktiven Rolle in der Weltpolitik auszuschließen. Vielmehr hat die von der US-Administration eingeschlagene Politik diese Staaten eher gestärkt als geschwächt, weil sie danach trachteten, ihre Reihen zu einen, um sich gegen die wilden amerikanischen Attacken zu verteidigen. So bildete sich die Achse Frankreich-Deutschland-Russland heraus, welche mit den Briten heimlich kooperierte. Diesen Staaten gelang es, einerseits durch Widerstand und andererseits

durch Nachgiebigkeit, ihre Positionen als bis zu einem gewissen Grad aktive Großmächte in der Weltpolitik zu festigen.

Die internationalen Konventionen und das Völkerrecht

Der Wettlauf um die Position der Weltführungsmacht stach in den vergangenen Zeiten nicht durch politische Aktionen hervor, die an ein Völkerrecht gebunden waren, da dieses nicht existierte. Vielmehr dominierten seit Anbeginn der Geschichte stets die militärischen Aktionen im Rahmen von Kriegen, Feldzügen und Gebietsannexionen. Dieser Zustand hielt bis Mitte des 18. Jahrhunderts an, als das internationale Recht sich ausdehnte oder – richtiger gesagt – in Form von Gesetz und Recht ins Leben gerufen wurde. Von dem Zeitpunkt an begannen politische Aktionen einen wichtigen Platz in den internationalen Beziehungen und bei der Lösung internationaler Probleme einzunehmen. Sie ersetzten nun die militärischen Aktionen bei der Lösung von Problemen, beim Zurückdrängen der Hegemonie der Weltführungsmacht und beim Ringen um ihre Position. Von nun an entschied zunehmend das internationale Recht (später: Völkerrecht) in den internationalen Beziehungen. Gleichermaßen nahmen auch die politischen Aktionen als Instrument zur internationalen Problemlösung zu – allein oder in Kombination mit Kriegen und Feldzügen. Dies verstärkte sich deutlich nach 1919, als der Völkerbund gegründet wurde und man immer öfter auf das Völkerrecht und die internationalen Konventionen zurückgriff. Bei der Durchführung politischer Handlungen seitens der Staaten im Allgemeinen als auch seitens der Konkurrenzkräfte zur Weltführungsmacht und insbesondere seitens der Weltführungsmacht selbst berief man sich nun auf die internationalen Konventionen und das Völkerrecht. Aufgrund dessen ist es notwendig, einen kurzen Blick auf die internationalen Konventionen und das Völkerrecht zu werfen, um den Sachverhalt

politischer Aktionen und ihre Durchführungsweise vom internationalen Aspekt her begreifen zu können.

Was die internationalen Konventionen betrifft, so existieren sie schon seit frühester Zeit, seitdem es Staaten, Fürstentümer und staatliche Gebilde gibt. Es handelt sich um die Gesamtheit von Regeln, die sich aus den Beziehungen innerhalb menschlicher Gemeinschaften in Kriegs- und Friedenszeiten ergeben haben. Da sich die Gemeinschaften durch die Zeiten hindurch an sie hielten, entwickelten sie sich zu internationalen Normen. Schließlich war diese Gesamtheit der Regeln so weit bei den Staaten verankert, dass sie sich freiwillig diesen Normen verpflichtet fühlten und diese eher einem Gesetz gleich kamen. Ihre Einhaltung beruhte auf ideeller denn auf materieller Basis. Die menschlichen Gemeinschaften befolgten diese Normen freiwillig und aus Angst vor der öffentlichen Meinung. Denn wer sie nicht befolgte, riskierte den Groll der öffentlichen Meinung und wurde dafür an den Pranger gestellt. Von dieser Art, also von der Art internationaler Konventionen bzw. Normen, war die Übereinkunft der vorislamischen Araber, das Töten in den heiligen Monaten zu verbieten. Deswegen stellten die Quraischiten den Gesandten (s.) öffentlich an den Pranger, als im Zuge des Feldzuges von *‘Abdullah ibn Ġaḥš ‘Amr ibn al-Ḥaḍramiy* getötet und die Handelskarawane erbeutet wurde und man darüber hinaus zwei Männer der Quraischiten gefangen nahm. Sie ließen überall verkünden, dass Muhammad und seine Gefährten gegen den heiligen Monat verstoßen hätten, indem sie Blut vergossen, Beute machten und Männer gefangen nahmen. Auf diese Weise richteten sie die öffentliche Meinung gegen ihn, da er gegen internationale Konventionen verstoßen hatte.

Und so existierten unter den menschlichen Gemeinschaften Regeln, auf die man sich geeinigt hatte und die man in Kriegs- wie auch in Friedenszeiten befolgte. Dazu zählen Entsandte bzw. so genannte Botschafter, Kriegsbeute und anderes. Allerdings gibt es

unter diesen Konventionen einige, die allgemeiner Natur sind und von allen Menschengemeinschaften befolgt werden, wie im Falle der Botschafter bzw. Entsandten, und andere, die speziell für bestimmte Gemeinschaften gelten. Diese Konventionen entwickelten sich gemäß den Bedürfnissen der Staaten, der Fürstentümer und der politischen Gebilde, d. h. gemäß den herrschenden Beziehungen unter den menschlichen Gemeinschaften. Bei diesen internationalen Konventionen unterwarfen sich die Menschen dem Urteil der öffentlichen Meinung. Jener, der gegen sie verstieß, wurde an den Pranger gestellt. Sie wurden freiwillig und ohne Zwang nur aufgrund moralischen Drucks befolgt. Es existierte keine materielle Macht, die sie zur Anwendung brachte. Auf der Basis dieser Konventionen haben Menschengemeinschaften politische Handlungen gesetzt.

Was das so genannte Völkerrecht betrifft, so wurde es als Gegenpol zum islamischen Staat, als dieser vom osmanischen Staat verkörpert wurde, ins Leben gerufen. Dies geschah, als der osmanische Staat in seiner Eigenschaft als islamischer Staat nach Europa vordrang und den Christen Europas den Krieg erklärte. Er begann, ihre Länder eines nach dem anderen zu eröffnen. So nahm er Griechenland, Rumänien, Albanien, Jugoslawien, Ungarn und Österreich ein, bis er vor den Toren Wiens stand. Er versetzte sämtliche Christen Europas in Angst und Schrecken. Bei ihnen entstand die allgemeine Vorstellung, dass die islamische Armee unbesiegbar sei und die Muslime den Tod im Kampf nicht scheuten, da sie die Überzeugung trügen, im Falle ihres Todes warte das Paradies auf sie, und sie an Vorherbestimmung und die festgelegte Lebensfrist glaubten. Der Mut der Muslime und ihre Kampfhärte trieben die Christen in die Flucht, was den Muslimen die Einnahme der Länder und ihre Unterwerfung unter die Herrschaft des Islam erleichterte. Die christlichen Länder Europas bestanden seinerzeit aus Fürstentümern und Feudalstaaten. Es handelte sich somit um

zerstückelte Staaten; jeder Staat war in einzelne Fürstentümer geteilt, von denen jedes einzelne von einem Feudalherrn regiert wurde, der sich die Macht mit dem König teilte. Daher war der König nicht in der Lage, diese Fürstentümer zum Kampf zu zwingen. Ihm war es auch nicht möglich, sie im Angesicht der Invasoren in allen Angelegenheiten der Außenpolitik zu vertreten, was den Muslimen den Einmarsch und die Eröffnung der Länder erleichterte. Dieser Zustand der europäischen Staaten dauerte bis nach dem Ende des Mittelalters an, ungefähr bis Ende des 16. Jahrhunderts. Im 16. Jahrhundert begannen sich dann die europäischen Staaten zu vereinen, um eine geschlossene Staatenfamilie zu bilden, die in der Lage sein sollte, dem islamischen Staat die Stirn zu bieten. Hierüber sollte die Kirche die Oberhoheit haben und das Christentum das einigende Element sein. Und so unternahmen die europäischen Staaten Versuche, eine christliche Familie aus ihrer Staatengruppe zu bilden und ihre Beziehungen untereinander festzulegen. Daraus gingen Prinzipien hervor, auf die man sich zur Regelung der wechselseitigen Beziehungen einigte. Dies war die Geburtsstunde dessen, was man später als Völkerrecht bezeichnen sollte. Die Basis für die Entstehung des Völkerrechts war also die Tatsache, dass die christlichen Staaten Europas sich auf Grundlage der christlichen Bindung zusammenschlossen, um dem islamischen Staat entgegenzutreten. Dies führte zur Bildung der so genannten christlichen Staatengemeinschaft, die sich auf gewisse Regeln untereinander einigte. Dazu zählt die rechtliche Gleichstellung der Menschen in diesen Staaten sowie die Tatsache, dass diese Staaten gleiche Überzeugungen und gemeinsame Ideale tragen und sich in ihrer Gesamtheit trotz ihrer unterschiedlichen Konfessionen dem katholischen Papst als geistigem Oberhaupt unterwerfen. Diese Regeln stellten den Ursprung des Völkerrechts dar. Allerdings zeigte das Zusammenkommen dieser christlichen Staaten anfangs keine

Wirkung, da die vereinbarten Regeln sie nicht zu einen vermochten. So stellte das Feudalsystem weiterhin ein Hindernis für die staatliche Macht dar und für die Möglichkeit, außenpolitische Beziehungen aktiv aufzunehmen. Auch machte die Herrschaft der Kirche über die Staaten diese von ihr abhängig und stahl ihnen ihre Souveränität und Unabhängigkeit. Als Folge kam es zu einem Machtkampf innerhalb des Staates, um die Feudalherren in die Knie zu zwingen. Es endete damit, dass der Staat sich durchsetzte und das Feudalsystem verschwand. Zeitgleich fand ein Kampf zwischen Staat und Kirche statt, der zur Beendigung der kirchlichen Macht über die inneren und äußeren Staatsangelegenheiten führte, die bis dahin von der Kirche beherrscht wurden. Der Staat blieb jedoch christlich; es wurde lediglich die Beziehung des Staates zur Kirche auf eine Weise geregelt, die dem Staat seine Unabhängigkeit garantieren sollte. Dies führte zur Entstehung starker Staaten in Europa. Nichtsdestotrotz gelang es ihnen nicht, sich dem islamischen Staat entgegenzustellen. Dieser Zustand blieb bis Mitte des 17. Jahrhunderts erhalten, d. h. bis 1648. In diesem Jahr hielten die christlichen Staaten Europas den **westfälischen Friedenskongress** ab. Dort wurde ein festes Regelwerk zur Regelung der Beziehungen zwischen den christlichen Staaten Europas festgelegt und die christliche Staatenfamilie als Gegenpol zum islamischen Staat gebildet. Dieser Kongress legte die konventionellen Grundlagen für das so genannte Völkerrecht (Internationale Recht) fest, das allerdings keine Allgemeingültigkeit hatte, sondern lediglich die Staaten des christlichen Europas betraf. Dem islamischen Staat wurde der Eintritt in die Staatengemeinschaft verwehrt und das internationale Recht hatte für ihn keine Gültigkeit. Seit jener Zeit existiert die so genannte Staatengemeinschaft, die ohne Unterschied zwischen Monarchien und Republiken bzw. zwischen katholischen oder evangelischen Staaten ausnahmslos aus den christlichen Staaten Europas bestand. Zunächst war sie auf die

Staaten Westeuropas beschränkt, der sich später alle übrigen christlichen Staaten Europas und schließlich auch außereuropäische christliche Staaten anschlossen. Dem islamischen Staat blieb der Eintritt jedoch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts weiterhin verwehrt. Zu dieser Zeit befand er sich in einem Zustand der Schwäche und wurde als „kranker Mann“ bezeichnet. Der osmanische Staat bat um die Aufnahme in die Staatengemeinschaft, was abgelehnt wurde. Er beharrte jedoch weiterhin darauf, so dass ihm schließlich harte Konzessionen abverlangt wurden. Dazu gehörten die Nichtanwendung des islamischen Rechts in seinen internationalen Beziehungen und die Einführung einer Anzahl europäischer Gesetze. Der osmanische Staat stimmte diesen Bedingungen zu und fügte sich ihnen. Nach seinem Einverständnis in den internationalen Beziehungen auf seine Eigenschaft als islamischer Staat zu verzichten, wurde er 1856 in die Staatengemeinschaft aufgenommen. Im Anschluss daran traten auch andere nichtchristliche Staaten, wie z. B. Japan, der Staatengemeinschaft bei. Deswegen gilt der **Westfälische Frieden** von 1648 als jenes Abkommen, in dem das traditionelle Regelwerk für das Völkerrecht festgelegt wurde. Auf Grundlage dieser Regeln kam es nun in signifikanter Weise zu politischen Handlungen und zu gemeinschaftlichen internationalen Aktionen.

Zwei gefährliche Ideen stachen dabei aus diesem Regelwerk hervor: Die erste ist die **Idee des internationalen Gleichgewichts** und die zweite **die Idee der internationalen Konferenzen.**

Was die Idee des internationalen Gleichgewichts betrifft, so besagt sie, dass beim Versuch eines Staates, sich auf Kosten anderer Staaten auszudehnen, die übrigen Staaten sich zu einem Block zusammenschließen, um eine solche Ausdehnung zu verhindern. Damit soll das internationale Gleichgewicht gewahrt bleiben, welches ein Garant für die Verhinderung von Kriegen und für die Verbreitung des Friedens sein soll. Hinsichtlich der Idee der

internationalen Konferenzen besteht die Konferenz aus den verschiedenen europäischen Staaten und wird zum Zwecke der Erörterung ihrer Probleme und Angelegenheiten im Lichte europäischer Interessen abgehalten. Diese Idee entwickelte sich schließlich zu Konferenzen der Großmächte, die abgehalten wurden, um weltweite Angelegenheiten unter dem Aspekt ihrer eigenen Interessen zu erörtern. Beide Ideen stellen die grundlegende Ursache für die Schwierigkeiten dar, mit denen die Welt zu kämpfen hat, um sich von der Kontrolle der Kolonial- und Großmächte zu befreien.

Das erste Mal, in denen beide Ideen Anwendung fanden, war in der Zeit Napoleons am Anfang des 19. Jahrhunderts. Als die Französische Revolution ausbrach und die Ideen von Freiheit, Gleichheit und die Anerkennung der Rechte des Individuums und der Völker verbreitete, gelang es ihr, die politische Landkarte Europas zu verändern, neue Staaten zu gründen und alte aufzulösen. In jener Zeit rotteten sich die europäischen Staaten unter dem Vorwand der Erhaltung des Gleichgewichts gegen Frankreich zusammen. Nachdem Napoleon schließlich besiegt war, trafen sich diese Staaten 1815 zum **Wiener Kongress** und diskutierten die Wiederherstellung des Gleichgewichts und die Regelung der Angelegenheiten der christlichen Staatengemeinschaft. Die Monarchie in Preußen und Österreich wurde wiederhergestellt, ein föderaler Bund zwischen Schweden und Norwegen gegründet und Belgien den Niederlanden angeschlossen, um als einheitlicher Staat eine Ausdehnung Frankreichs zu verhindern. Die Schweiz wurde in eine immer währende Neutralität versetzt. Zur Durchsetzung der Beschlüsse dieser Konferenz schlossen die teilnehmenden Staaten ein Bündnis untereinander, nämlich das Bündnis zwischen den Monarchen Preußens, Russlands und Österreichs mit Zustimmung des englischen Königs. Später schloss sich ihnen Frankreich an. Es war also ein Bündnis unter den Großmächten, um die übrigen Staaten zu beherrschen. 1818 wurde

das **Aachener Abkommen** zwischen Russland, England, Preußen, Österreich und Frankreich geschlossen. In diesem Abkommen einigte man sich darauf, militärisch zu intervenieren, um jede revolutionäre Bewegung zu zerschlagen, die die Resultate des Wiener Kongresses bedrohen sollte. Die fünf Großmächte haben sich damit selbst zur Schutzorganisation ernannt, die für Sicherheit und Ordnung in der Völkergemeinschaft, d. h. in der christlichen Völkerfamilie, sorgen sollte. Deren Macht wurde anschließend ausgeweitet und umfasste nun einige islamische Regionen, nachdem der osmanische Staat schwächer wurde. Es kam nun zu zahlreichen Interventionen seitens dieser Staaten unter dem Vorwand der Friedenssicherung. So intervenierten sie 1821 in Neapel, 1827 in Spanien, 1826 in Portugal und 1840 in Ägypten. Auch in Amerika versuchten diese Staaten zu intervenieren, als sie Spanien bei der Rückforderung ihrer Kolonien unterstützen wollten. Die Vereinigten Staaten, inzwischen ein starker Staat, mit dem man zu rechnen hatte, konnten dies allerdings verhindern. So erließ 1823 US-Präsident James Monroe seine als „Monroe-Doktrin“ berühmt gewordene Erklärung, in der es heißt: *„Die Vereinigten Staaten von Amerika erlauben keinem europäischen Staat, sich in die Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents einzumischen und einen Teil von ihm zu besetzen.“* Damit wurden diese Staaten von jeder Intervention abgeschreckt.

Dies ist der Ursprung des Völkerrechts, der die Rechtfertigung für Interventionen lieferte und den Großmächten die Möglichkeit verlieh, andere Staaten zu beherrschen. Ihm zugrunde liegen die politischen Handlungen, die von den Staaten ausgeführt werden, um ihre Interessen zu verwirklichen bzw. ihren Weltmachtambitionen nachzugehen. Allerdings wurde dieses internationale Regelwerk gewissen Modifizierungen unterzogen, die jedoch alle zugunsten der Großmächte ausfielen und der Regelung ihrer Begierden dienten.

Anders ausgedrückt, dienten sie der Aufteilung der Weltressourcen untereinander auf eine Weise, die keine Kriege und bewaffneten Auseinandersetzungen nach sich ziehen würde. Denn das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert des Kolonialismus; die Staaten stürmten in alle Gegenden der Welt los, um schwache Länder zu kolonialisieren. Im Verlauf dessen wurden Auseinandersetzungen geführt, die nicht den Status eines großen Krieges erreichten. England, Frankreich und Russland bemerkten allerdings, dass Deutschland mit seiner gewaltigen Macht eine Bedrohung für sie darstellte. Sie erkannten, dass Deutschland im Begriff war, das islamische Erdöl aus dem Irak unter seine Kontrolle zu bringen und England in seinen Erdölfeldern im Iran und der arabischen Halbinsel bedrohte. Aus diesem Grund verbündeten sich diese drei Staaten gegen Deutschland und erklärten ihm den Krieg. Daraufhin trat der osmanische Staat an der Seite Deutschlands und gegen die Alliierten in den Krieg ein, aus dem die alliierten Staaten schließlich als Sieger hervorgingen. Nachdem Russland dieses Bündnis verließ, blieben Frankreich, England und die Vereinigten Staaten übrig. Allerdings zogen sich die USA wieder in ihre Isolation zurück, wodurch das Feld nur Frankreich und Großbritannien überlassen blieb. Beide Staaten riefen dann zum Zwecke der Neuordnung des Kolonialismus untereinander und zur Verhinderung bewaffneter Auseinandersetzungen den Völkerbund ins Leben. Die Angelegenheiten der Staaten sollten geregelt und Kriege untereinander verhindert werden. Doch neben der Tatsache, dass der Völkerbund in einem seltsamen Klima der Widersprüchlichkeiten entstand, begann er zu straucheln, da sich die Politik der Großmächte an sich nicht geändert hatte. Bei der Friedenskonferenz galt ihre Sorge der Realisierung des Gleichgewichts zwischen den unterschiedlichen Mächten, dem Schutz ihrer Interessen und die Aufteilung der Besitztümer Deutschlands sowie des osmanischen Staates. Die kolonialistischen Staaten ließen es nicht zu, dass ihre

Souveränität in irgendeiner Weise angetastet wurde. Sie behielten weiterhin ihre Kolonialgebiete und fügten ihnen eine neue Art Kolonialgebiete hinzu, denen sie den irreführenden Namen „Mandatsgebiete“ verpassten. Das Resultat war, dass der Völkerbund bei dem Versuch, einen internationalen Ausgleich zu schaffen und Sicherheit herzustellen, gestrauchelt ist. Er bemühte sich darum, multilaterale Abkommen zur „Friedenssicherung“ zu schließen, d. h. zur Sicherung des Stopps der Auseinandersetzungen um die Kolonialgebiete. So wurde 1924 unter der Schirmherrschaft des Völkerbundes das Genfer Protokoll beschlossen, mit dem Ziel, alle Auseinandersetzungen friedlich beizulegen und der zwingenden Verpflichtung zur Anrufung des Schiedsgerichts. Daraufhin kam es 1925 zum **Locarno-Abkommen**, in dem gegenseitige Garantien und gemeinsame Hilfen beschlossen wurden. 1928 kam es zum **Briand-Kellogg-Pakt**, der das Zurückgreifen auf einen Krieg verbietet. Im selben Jahr kam es zum **Genfer Abkommen**, das sich spezifisch mit der zwingenden Anrufung des Schiedsgerichts beschäftigte. Doch all diese Abkommen konnten ein Scheitern der Mission des Völkerbundes nicht verhindern. Zahlreiche Kriege fanden unter den Augen des Völkerbundes statt, wie der chinesisch-japanische Krieg von 1933, der italienisch-äthiopische Krieg 1936, die deutsche Invasion Österreichs und der Tschechoslowakei 1938 sowie der deutsche Angriff auf Polen 1939, bis es schließlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im selben Jahr kam.

Dies sind die Veränderungen, die die zwischenstaatlichen Beziehungen betrafen. Sie wandelten sich von Konferenzen zu einer internationalen Organisation, die die Wahrung der globalen Sicherheit übernahm. Diese Entwicklung konnte jedoch an der Realität nichts ändern. Die Auseinandersetzungen der Großmächte um Beute hielten weiter an, bis es zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kam. Nach dessen Ende gelangten die Großmächte zur Ansicht, dass die Grün-

derung einer internationalen Organisation das beste Mittel sei, ihre zwischenstaatlichen Beziehungen zu regeln. Zu Anfang war es eine Organisation, die jenen Staaten vorbehalten war, die sich am Krieg beteiligt hatten. Später wurde sie ausgedehnt und so weit internationalisiert, dass sie jedem Staat der Welt offen stand. Die internationalen Beziehungen wurden nun durch die Charta dieser Organisation geregelt. Auf diese Weise verwandelten sich die internationalen Beziehungen von einer Konferenz der Großmächte zur Beherrschung der Welt, zur Aufteilung der Beute untereinander und zur Verhinderung der Entstehung einer neuen Großmacht in eine internationale Organisation, um die Beziehungen der Großmächte untereinander zu regeln und ihre Kontrolle zu gewährleisten. Schließlich entstand eine internationale Organisation, die wie ein globaler Staat agiert, der die Angelegenheiten der Staaten leitet und sie beherrscht.

Die weltpolitische Lage spiegelte sich nach dem Wiener Kongress von 1815 in den vier Großmächten Preußen, Russland, Österreich und England wider. Als Frankreich den Versuch unternahm, diese Staaten von ihren Positionen zu verdrängen, die Weltkarte neu ordnete, die weltpolitische Lage veränderte und zur Weltführungsmacht aufstieg, schlossen sich die Großmächte und andere Staaten gegen Frankreich zusammen und bereiteten dessen Ambitionen ein Ende. Anschließend ließen sie Frankreich an der Beherrschung der Welt teilhaben. Von nun an spiegelte sich die weltpolitische Lage in diesen fünf Staaten wider. England begann nun Schritt für Schritt hervorzutreten, bis es zur Weltführungsmacht wurde. Als Deutschland versuchte, mit der Weltführungsmacht zu konkurrieren und sich des Erdöls der islamischen Länder zu bemächtigen, schlossen sich England, Frankreich und Russland zusammen, um gegen Deutschland vorzugehen. Deutschland wurde bekämpft und seinen Bestrebungen Einhalt geboten. Nun kolonialisierten diese Staaten allein den größten Teil der Welt. England

erhielt dabei den Löwenanteil, speiste Frankreich mit den Tafelresten ab und erkannte ihm einige Kolonien zu. Die weltpolitische Lage wurde jetzt durch England, Frankreich und zusätzlich Italien repräsentiert, wobei England weiterhin die Weltführungsmacht blieb. Dann wurde der Völkerbund ins Leben gerufen, dessen eigentlicher Zweck darin lag, die Position der Weltführungsmacht zu wahren, andere Staaten davon abzuhalten, ihr diese Position streitig zu machen und jeden anderen Staat daran zu hindern, eine Großmacht zu werden. Dies, obwohl der Völkerbund unter dem Vorwand gegründet wurde, den Weltfrieden zu sichern. Als Deutschland erneut versuchte mit der Weltführungsmacht zu konkurrieren und zur Großmacht aufstieg, verbündeten sich zunächst England und Frankreich und schließlich England, Frankreich, Russland und die USA gegen Deutschland. Sie führten den Zweiten Weltkrieg gegen das deutsche Reich, bis es schließlich vernichtet war.

Doch die Resultate des Krieges fielen für Großbritannien dieses Mal negativ aus. Es ging stark geschwächt aus dem Krieg hervor, wohingegen die USA die eigentlichen Sieger waren. Die globale Macht ging von der Hand Großbritanniens in die Hände der USA über, die nun zur Weltführungsmacht aufstiegen. Die weltpolitische Lage kam nun dadurch zum Ausdruck, dass die USA die Weltführungsmacht verkörperten und die Sowjetunion mit ihr konkurrierte. England und Frankreich waren nur mehr Staaten zweiter Klasse. Das heißt, sie spielten nur mehr eine zweitrangige Rolle auf der weltpolitischen Bühne.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat bezüglich der weltpolitischen Lage ein neuer Faktor hinzu: die globale Aufteilung der Welt in zwei militärische Blöcke. Dies bedeutete eine Verschärfung der globalen Auseinandersetzung und eine Verkomplizierung der weltpolitischen Lage – ein zuvor nie da gewesener Zustand. Sicherlich war die weltpolitische Lage vor dem Ersten Weltkrieg von Blockbildungen

geprägt, es handelte sich jedoch nicht um militärische Blöcke. Vor dem Zweiten Weltkrieg stellte sich die Lage so dar, dass die Fronten zwischen den Demokratien auf der einen Seite und den nationalsozialistischen und faschistischen Diktaturen auf der anderen Seite bestanden. Trotzdem handelte es sich auch hier nicht um ideologisch geprägte Militärblöcke, da weder der Nationalsozialismus noch der Faschismus Ideologien darstellten oder die Stufe einer Ideologie erreichen konnten. Daher existierten vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges keine Blöcke im ideologischen Sinne. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg ließ sich die Welt global in zwei Blöcke aufteilen: in den westlichen und östlichen Block. Die USA galten als die führende Macht des westlichen Lagers, während die Sowjetunion als die führende Macht des Ostblocks galt. Und obwohl die Auseinandersetzungen der beiden Lager auf ideologischem Boden stattfanden und sie um miteinander kollidierende Interessen stritten, hatten beide Blöcke ein global geprägtes Fundament. Denn der Hauptkern der Aufteilung in zwei Lager war nicht allein die Ideologie, sondern ebenfalls globale Interessen. Doch stellte es sich so dar, dass die globalen Interessen des Ostblocks sich an der kommunistischen Ideologie orientierten und den Erfordernissen der Verbreitung der Ideologie unterworfen waren. Im westlichen Lager unterstanden die globalen Interessen zwar ebenfalls der Ideologieverbreitungspolitik, orientierten sich aber an nationalstaatlichen Interessen auf Grundlage der kapitalistischen Ideologie, die den Nutzen zum Maßstab aller Handlungen im Leben erhebt. Aus diesem Grunde fand man im westlichen Lager Staaten vor, die nicht die Ideologie des Westens trugen, deren Interessen jedoch an die Interessen des Westens gebunden waren. Ähnliches existierte im östlichen Lager nicht, weswegen die Staaten des Ostblocks durchweg und ohne Ausnahme kommunistisch und somit auch ideologisch Teil des Blockes waren. Denn ihr zentrales Fundament war die Ideologie. Das westliche Lager hin-

gegen war aufgeteilt, womit es möglich gewesen wäre, darin Spaltungen zu erzeugen, Staaten daraus herauszulösen und dem Ostblock einzugliedern. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, dass sich aus dem westlichen Lager ein neuer Block herausbildet, der sich von den beiden existierenden unterscheidet und als Einheit die weltpolitische Lage in Kriegs- als auch in Friedenszeiten beeinflusst.

Wer das westliche Lager genau untersuchte, stellte fest, dass es eine Spaltung innerhalb des Lagers gab, die aus dem Aufstieg Amerikas zur Weltführungsmacht resultierte, nachdem Großbritannien diesen Status inne hatte und die USA von der weltpolitischen Bühne isoliert waren. Diese Spaltung war offensichtlich und nicht verborgen; sie war auch der Grund für die Verzögerung des Ausbruchs eines Weltkrieges. Weltpolitisch agierte die Weltführungsmacht nicht als Oberhaupt des Blockes, wie seinerzeit Großbritannien, als es die Position der Weltführungsmacht innehatte, sondern als Kommandierende, die den Soldaten ihre Führung aufzwang. Aufgrund dessen machten sich bei den Staaten, die der Weltführungsmacht an Stärke am nächsten waren, wie beispielsweise Großbritannien, mehr Groll und Widerstand breit als bei den schwachen Staaten. Dies ist auf die Politik der USA selbst zurückzuführen. So waren die USA nach ihrem Sieg im Zweiten Weltkrieg entschlossen, allen Staaten die Herrschaftsgewalt zu entreißen, und der Welt ihre eigene aufzuzwingen. Als nämlich die USA ihre eigene Macht und ihren gewaltigen Reichtum wahrnahmen, wurden sie von Arroganz befallen und sahen sich auserwählt, die gesamte Welt beherrschen zu müssen, nachdem die Staaten und Völker auf der Welt um ihre Hilfe baten und auf ihr Wohlwollen hofften. Daher überzogen sie Europa mit politischen Aktionen und Finanzprojekten und sorgten anschließend für Militärputsche in den ehemaligen europäischen Kolonien, insbesondere in denen Großbritanniens, der einstigen Weltführungsmacht, welche die meisten Kolonien besaß, und danach in denen

Frankreichs und der Niederlande. Die USA haben, anstatt in die Kolonien einzufallen, die Kolonialstaaten selbst attackiert, nämlich durch den Marshall-Plan und die Gewährung von Unterstützung und Krediten. Nachdem ihnen dadurch die Kontrolle dieser Staaten gelang, gingen sie zu den ehemaligen Kolonien über und brachten sie Schritt für Schritt unter ihre Herrschaft, mit dem Ziel, sie letztlich alle den Kolonialmächten zu entreißen. Die USA wählten aber hierbei eine andere Vorgehensweise als jene, die bei ihrem Angriff auf die übrigen europäischen Staaten zum Einsatz kam.

Dies verstärkte die Differenzen zwischen den Staaten des westlichen Lagers. Diese Differenzen waren nicht neu, vielmehr waren sie schon seit langem vorhanden. Innerhalb des westlichen Lagers nahmen sie bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ihren Anfang. Allerdings waren es keine Streitigkeiten innerhalb eines Blocks, sondern wirtschaftliche Streitigkeiten zwischen zwei Staaten, die schließlich in eine politische Auseinandersetzung innerhalb eines Blocks mündeten. Diese Streitigkeiten sind auf die wirtschaftlichen Probleme, insbesondere die des Erdöls, zurückzuführen. Denn die diesbezüglichen Abkommen wurden zwischen Großbritannien und den USA geschlossen. Und die Tatsache, dass Großbritannien der Unterstützung der USA bedurfte, führte zu den Differenzen zwischen diesen beiden Staaten und daraus resultierend zwischen den Staaten des westlichen Lagers. Nachdem sich nämlich die Position Großbritanniens nach dem Ersten Weltkrieg als Weltführungsmacht gefestigt hatte, wurde ihr diese Position von Frankreich in offensichtlicher Weise strittig gemacht. Zur Schwächung Frankreichs stärkte Großbritannien einerseits Deutschland und förderte andererseits nationalistisch-patriotische Bewegungen in den Kolonien. Dadurch verursachte es Schwierigkeiten für Frankreich und beschäftigte es fortan mit der Abwehr der deutschen Gefahr.

Nun trat jedoch Italien auf der weltpolitischen Bühne in Erscheinung und Deutschland entpuppte sich als eine Macht, die sowohl die Position Großbritanniens als auch die Frankreichs bedrohte. Es entstand nun die Achse Berlin-Rom. Und so war Großbritannien gezwungen, die USA aus ihrer Isolation herauszuholen und ihr Interesse am Erdöl des Orients zu wecken. So kam es zum Abschluss der Erdölabkommen. Als jedoch die USA damit begannen, nach Erdöl zu bohren, wurde den US-Firmen der Wert des orientalischen Öls bewusst, und zwar nicht nur für den wirtschaftlichen Profit, sondern auch für das amerikanische Staatsgebilde an sich. Deshalb begannen sie die Erdölfelder und die diesbezüglichen Konzessionen den britischen Konzernen zu entreißen. Allmählich stellte sich sogar eine amerikanische Überlegenheit ein. Und so entbrannte ein Konkurrenzkampf zwischen den britischen und den amerikanischen Konzernen um das orientalische Öl. Mit dem Vordringen der amerikanischen Konzerne in den Orient traten auch die USA aus ihrer Isolation heraus. Dann kam es zum Zweiten Weltkrieg, und die USA stiegen zur Kolonialmacht Nummer eins auf, während Großbritannien, Frankreich und die Niederlande einen Abstieg erlebten. Die Niederlande waren so weit geschwächt, dass sie ganz an Bedeutung verloren, während Großbritannien an Einfluss im Orient, in den Mittelmeergebieten und in einigen kleineren Staaten verlor, was eine Degradierung im internationalen Status bedeutete. Die USA verfolgten jedoch weiterhin das Ziel, dem britischen Einfluss in der Welt ein Ende zu bereiten. Was Frankreich betraf, so war es nach dem Verlust seiner Kolonien in Fernost und Afrika geschwächt. Trotz seiner Versuche, Frankreich emporzuheben und zu internationalem Einfluss zu verhelfen, gelang es De Gaulle nicht, das Land wie einst auf die internationale Bühne zurückzuführen. Dennoch zählt Frankreich weiterhin zu den Großmächten.

Aus all diesen Ausführungen geht hervor, dass die Spaltung des westlichen Lagers und seine Zersplitterung nach dem Zweiten Weltkrieg und während des Kalten Krieges mit Ausnahme der USA alle seine Staaten schwächten. Durch die systematische Demontage der anderen westlichen Staaten und die Übernahme ihrer Kolonien, durch ihre eigene Macht und ihren Einfluss blieben die USA die Weltführungsmacht und bauten ihre Position sogar aus. Eine Zeit lang setzte Großbritannien seine politischen Manöver fort und unternahm vereinzelte militärische Aktionen, um an der Position seines Verbündeten, der USA, zu rütteln und sie als Weltführungsmacht zu verdrängen. Nachfolgend begnügte sich Großbritannien damit zu versuchen, seine Interessen zu wahren, ohne die Position seines amerikanischen Verbündeten anzutasten. Denn Großbritannien war bewusst geworden, wie geschwächt es war und wie sehr es von seiner Macht eingebüßt hatte, insbesondere in der Konfrontation mit einer Supermacht wie den USA, die über ein gewaltiges militärisches und wirtschaftliches Potential verfügen. Demzufolge war das westliche Lager, in seiner Eigenschaft als Block, zersplittert und von Differenzen geprägt. Unter seinen Staaten herrschten Uneinigkeit und Streitigkeiten. Sie rangen miteinander um Interessen und hintergingen einander.

Was den Ostblock anlangte, so war er bis zu Beginn der Sechzigerjahre des letzten Jahrhunderts allein auf einem ideologischen Fundament aufgebaut. Er wurde von der Sowjetunion (Russland) ideologisch und militärisch angeführt. Die Sowjetunion trat einerseits als Lehrer und Vormund, andererseits als Wächter und Führer auf. Deswegen fand sich unter den Staaten dieses Blockes keiner, der mit der Sowjetunion (Russland) um die ideologische und politische Führung konkurrierte. Vielmehr wagte es keiner seiner Staaten, der sowjetischen Politik zu widersprechen. Kam dies vor, wurde der Widerstand im Keim erstickt, notfalls mit militärischer Gewalt. Die Politik

des Ostblocks beruhte im Innern seit der Zeit Stalins auf der Stärkung des Staatsapparates und darauf, die kriegerisch-militärische Macht gleichzeitig für Verteidigung und Angriff auszubauen. Seine Außenpolitik beruhte auf der Grundlage, dass keine friedliche Koexistenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus möglich sei. Er vertrat die Ansicht, dass es unumgänglich sei, den Kapitalismus fortdauernd als politischen Gegner zu betrachten, da es sich im Grunde um einen ideologischen Gegner handelte. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verbündete sich die Sowjetunion (Russland) mit Großbritannien, Frankreich und den USA, und sie lebten eine Zeit lang Seite an Seite miteinander. Dies war allerdings eine notwendige Ausnahmesituation, die sich auflöste, sobald der Krieg beendet war und der Kalte Krieg zwischen der Sowjetunion (Russland) und den westlichen Staaten zurückkehrte. Daneben blieben die politischen Kontakte allerdings erhalten. Diese Kontakte wurden innerhalb der Vereinten Nationen, im Rahmen internationaler Konferenzen und in Form des diplomatischen Höflichkeitsaustausches gepflegt, zusätzlich zu den wechselseitig vorhandenen diplomatischen Vertretungen. Dies bedeutete keine Veränderung in der elementaren kommunistischen Politik, sondern war lediglich die Anwendung eines der vielfältigen politischen Stile (*Uslūb*). Was hingegen die grundsätzliche kommunistische Politik gegenüber dem westlichen Lager betraf, so entsprang sie der fundamentalen Idee, auf der die Sowjetunion beruhte, die unter anderem beinhaltet, dass ein friedliches Nebeneinander von Kommunismus und Kapitalismus unmöglich sei und am Ende eine der Ideologien über die andere siegen müsse. So stellen alle kommunistischen Bücher fest, dass ein Zusammenstoß beider Ideologien unausweichlich sei. Sowohl Lenin als auch Stalin waren einhellig dieser Ansicht und sämtliche Kommunisten stimmten in dieser Frage überein. Keinem kommunistischen Politiker – ob Herrscher oder nicht – stand es zu, eine Politik der friedlichen

Koexistenz zwischen Kommunismus und Kapitalismus zu verfolgen, weil er sonst als Abtrünniger von der kommunistischen Idee in der Außenpolitik betrachtet wurde.

So sah die Realität der beiden Blöcke aus ideologischer, politischer und internationaler Sicht aus. Doch 1961 traten für beide Blöcke Veränderungen auf internationaler Ebene ein, die zu einem Wandel ihres tatsächlichen Zustandes und der weltpolitischen Lage führten. Dies lag daran, dass seit der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre, d. h. seit 1956, es in beiden Blöcken zu Bewegungen und aufmüpfigen Unruhen kam, die sich so weit zuspitzten, dass sich die Blöcke vollständig auflösten. Beide Blöcke bestanden jetzt nur mehr aus zwei Staaten, der USA und der Sowjetunion, ohne dass irgendeiner der beiden auf die übrigen Staaten seines Blockes irgendwelche Rücksicht nahm.

Was den Ostblock betrifft, so ist der kommunistische Staat nicht auf einer nationalen, sondern auf einer ideologischen Grundlage entstanden, d. h. auf der Basis, ein universeller Staat für die gesamte Welt zu sein. Diese Basis forderte dem Staat zwei Dinge ab. Zum einen musste er sich im Innern in einem Zustand permanenter Mobilisierung befinden und den Ausbau seiner wirtschaftlichen und militärischen Macht ernsthaft vorantreiben, damit er den Sozialismus ausbreiten konnte. Dies erforderte einen fortwährenden starken Druck auf die Bevölkerung auszuüben, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Daher stellte der kommunistische Staat für das russische Volk einen anhaltend schlimmen Alptraum dar. Wirtschaftlich gesehen blieben den Russen Luxusgüter und sogar einige notwendige Grundgüter vorenthalten; all dies um den Sozialismus in der Welt zu verbreiten. Zum anderen war der kommunistische Staat gezwungen, seine fest verwurzelte feindliche Haltung gegenüber allen westlichen Staaten in ihrer Eigenschaft als kapitalistisch-imperialistische Staaten beizubehalten. Der mit ihnen geführte Kalte

Krieg musste fortwährend entfacht bleiben und auf einen „heißen“ Krieg musste man jederzeit vorbereitet sein. Dadurch wurde die Welt in zwei erbittert feindliche Lager aufgeteilt, zwischen denen der Ausbruch eines tatsächlichen Krieges jederzeit möglich war. Doch die sich häufenden Mängel des Kommunismus machten es seinen Anhängern nicht möglich, die kommunistischen Theorien bis zu ihrer Erfüllung weiterzuführen. Ende der Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts kamen daher Vertreter einer neuen Schule an die Macht, die den Kommunismus neu interpretierten, so dass er sich mit den Interessen Russlands vereinbaren ließ – eine Interpretation, die dem nationalen Gedanken näher kam als dem Kommunismus. Innenpolitisch schafften sie damit sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine Entspannung für die Menschen. Sie verringerten den Druck auf die Bürger und ließen schrittweise Konsumwaren zu. Was die Außenpolitik betraf, begannen sie sich den USA anzunähern und intensivere Beziehungen zu ihnen aufzunehmen. Zwischen der Sowjetunion (Russland) und den USA wurden nun schnelle Kontakte aufgenommen, um sich auf die Verhinderung eines Krieges zwischen beiden Supermächten zu einigen. Diese Kontakte begannen sich dann auszuweiten, bis sie alle internationalen Fragen umfassten, die unter ihnen strittig sein könnten. Als diese Kontakte ausgereift waren, kam es im Jahre 1961 zu dem folgenschweren Treffen zwischen Chruschtschow und Kennedy (in Wien). Man einigte sich dabei in umfassender Weise auf sämtliche internationale Fragen. Demnach verzichtete die Sowjetunion (Russland) auf eine aus internationaler Sicht wichtige Idee, nämlich die von einer dauerhaften Feindschaft zwischen Kommunismus und Kapitalismus, und eignete sich die Idee einer friedlichen Koexistenz im kapitalistischen Sinne an.

Was das westliche Lager anlangte, so hatten die USA begriffen, dass Großbritannien gegen sie arbeitete und versuchte, ihnen ihre

Beute streitig zu machen. Sie waren zur Einsicht gelangt, dass der Zustand des Kalten Krieges zwischen dem westlichen und östlichen Block kräftezehrend ist. Man befand sich weder im Zustand des Krieges, wo die militärische Vorbereitung vor dem wirtschaftlichen Wachstum Vorrang hätte, noch im Zustand des Friedens, wo es genau umgekehrt wäre. Es war eine Situation zwischen Krieg und Frieden, die gewaltige Ressourcen des Staates aufbrauchte, um sich für etwas Hypothetisches – einen möglichen Krieg – militärisch zu rüsten, der möglicherweise nie ausbricht. Daneben wurde den USA bewusst, dass insbesondere Großbritannien das Feuer des Kalten Krieges nährt und fördert. Sie erkannten, dass Großbritannien darauf spekulierte, dass die USA durch die Beibehaltung dieses Zustandes ihre Ressourcen und ihr Potential verlieren und damit schrittweise schwächer werden würden. Das internationale Gleichgewicht würde in diesem Fall ins Wanken geraten. Den USA wurde somit klar, dass ihr Interesse in einer Annäherung an (das kommunistische) Russland gegen (das kapitalistische) Großbritannien bestand. Da sich nun auch die Mängel des Kapitalismus häuften und der Nutzen sich an oberster Stelle des Wertemaßstabs der Kapitalisten befindet - sie also keine festen Werte besitzen, sondern nur materiellen Interessen hinterherhecheln -, suchten auch die USA eine Annäherung an die Sowjetunion (Russland) und waren bemüht, mit ihr in Verhandlungen zu treten. Dies war seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre der Fall, also seit der Zeit Eisenhowers und noch vor der Zeit Kennedys. Und kaum war Kennedy an der Macht, ergriff er die Initiative, um die Annäherung zwischen den USA und der Sowjetunion zu besiegeln. Und nach weniger als einem Jahr der Regierungsübernahme kam es zwischen ihm und Chruschtschow im Juni 1961 zur Konferenz von Wien. Im Rahmen dessen einigte man sich vollständig über sämtliche internationale Fragen, die zwischen den beiden Supermächten strittig sein könnten. Damit distanzieren sich auch die USA von ei-

ner wichtigen Idee, die sie beinahe ein halbes Jahrhundert lang verfolgten, nämlich der Zerstörung des Kommunismus und seiner Eliminierung von der Weltkarte. Und so begannen sie mit der schrittweisen Annäherung an die Sowjetunion im Rahmen der so genannten friedlichen Koexistenz. Dies setzten sie mehr als zwei Jahrzehnte lang fort, bis Reagan in den Achtzigerjahren die US-Präsidentschaft übernahm und das Projekt zur Vernichtung der Sowjetunion wiederbelebte.

Somit war das übereinstimmende Interesse der Führungsmächte beider Blöcke, das internationale Geschehen alleine zu bestimmen und das Emporkommen irgendeines anderen Staates zu verhindern. Auch scheint es, dass sie sich auf eine Politik der Vereinnahmung Chinas und der Vertreibung Großbritanniens aus seinen Kolonialgebieten einigten. Zudem wollte man Großbritanniens Einfluss im Nahen und Fernen Osten eliminieren und Deutschland daran hindern zu einer Nuklearmacht zu avancieren. Des Weiteren einigte man sich auf eine friedliche Koexistenz, auf eine so genannte Entspannungspolitik, und vereinbarte, dass bei der Lösung von Problemen untereinander nicht auf militärische Mittel zurückgegriffen wird. Sie einigten sich auch auf eine Aufteilung der Welt und eine Festlegung der jeweiligen Einflussphären sowie auf den Umfang der gegenseitigen Unterstützung im Einflussgebiet des jeweils anderen. Anders ausgedrückt wurden sie zu zwei Verbündeten, die eine einzige globale Macht bildeten. Mit all diesen Vereinbarungen änderten sich der Zustand auf der Welt und die internationale Lage tiefgreifend.

Was die internationale Lage betraf, so war die Welt nicht mehr in zwei gegnerische Blöcke geteilt, die sich politisch wie wirtschaftlich bekämpften und deren gegenseitige Beziehungen von vielfältigen Problemen geprägt waren wie vor 1961. Vielmehr bestand die Welt ideologisch aus zwei Blöcken, denn die Idee des Kommunismus blieb in jenem Zeitraum in den kommunistischen Staaten ver-

körpert und die Idee des Kapitalismus in den kapitalistischen. Beide Ideen sind miteinander unvereinbar, und die Welt war in dieser Hinsicht zweifellos in zwei Lager geteilt. Aber vom internationalen Aspekt her verschwanden beide Blöcke; die Welt bestand nunmehr aus einer einzigen Macht, die von den USA und der Sowjetunion gemeinsam verkörpert wurde. Beide Supermächte beherrschten nun alleine die Welt, wobei die USA als erste Weltmacht - bzw. als Weltführungsmacht - einen Vorsprung hatten.

Demzufolge waren beide Blöcke, sowohl der West- als auch der Ostblock, verschwunden, und es existierten auf der Welt keine echten internationalen Zusammenschlüsse mehr. Die weltpolitische Lage hatte sich grundlegend geändert und den Zustand von vor dem Ersten Weltkrieg wieder angenommen. Sie bestand nun aus einzelnen Staaten, die nach Beute streben und darauf aus sind, andere Staaten zu schwächen. Streitigkeiten wurden wieder unter Staaten ausgefochten, nicht mehr unter Blöcken. Der Unterschied zwischen dem Entspannungszustand nach der Wiener Konferenz und der Lage vor dem Ersten Weltkrieg bestand darin, dass die weltpolitische Lage nun von zwei Supermächten beherrscht wurde. Die übrigen Staaten versuchten, sich vor diesen Mächten zu schützen, Zusammenschlüsse zu bilden, um sich als geeinte Kraft beiden Staaten entgegenzustellen. Dies im Unterschied zur Situation vor dem Ersten Weltkrieg, als die Großmächte in ihrer Stärke fast ebenbürtig waren, auch wenn die Weltführungsmacht von allen die stärkste war. Doch genau diese Ebenbürtigkeit brachte das Kräftegleichgewicht ins Wanken und führte zu heftigen Auseinandersetzungen um die Beute, was schließlich den Ersten Weltkrieg auslöste.

In der Phase der Entspannungspolitik hingegen war die Stärke der beiden Supermächte gemeinsam um ein Vielfaches größer als die Stärke jedes anderen Staates auf der Welt, ja sogar aller Staaten zusammen. Aus diesem Grund ist es zu keinem großen Weltkrieg im

herkömmlichen Sinne gekommen. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Bündnis der übrigen Staaten zu solchen Spannungen und dann zu einem Weltkrieg führen könnte, war gar nicht erst gegeben. Ebenso verhält es sich mit der weltpolitischen Lage zur Zeit der Entspannungspolitik im Vergleich zu jener vor dem Zweiten Weltkrieg. Denn vor dem Zweiten Weltkrieg war die Lage von Einzelstaaten geprägt, auch wenn sich Fronten gebildet hatten. Doch in jedem Fall handelte es sich zunächst um Mächte ähnlicher Stärke. Daraufhin kam es zu einer Verschiebung des Kräftegleichgewichts, indem Deutschland, Italien und Japan an Stärke gewannen, Großbritannien und Frankreich jedoch nicht. Die USA befanden sich zu dieser Zeit in ihrer Isolation. Als Ergebnis dieser Gleichgewichtsverschiebung preschten Italien, Deutschland und Japan - und zwar jeder für sich - los, um andere Länder mit Mitteln des Krieges einzunehmen. Dies hatte starke zwischenstaatliche Spannungen zur Folge, die schließlich im Zweiten Weltkrieg mündeten. Im Gegensatz dazu stellt sich die Situation in der Zeit der Entspannungspolitik dar. Die weltpolitische Lage manifestierte sich in den zwei Supermächten und ihrer Übereinkunft. Es lag eine Situation vor, in der keine internationale Auseinandersetzung möglich war, die in einem Weltkrieg hätte enden können. Vielmehr konnte es höchstens zu Konflikten zwischen einigen Staaten und den zwei Supermächten bzw. zwischen den Staaten untereinander kommen. Auch wenn daraus lokale Kriege entstehen konnten, so waren die beiden Supermächte mit ihrer Stärke in der Lage, den Kriegsherd wann immer sie wollten zu löschen.

Die Politik der friedlichen Koexistenz (Entspannungspolitik), die mit dem Abkommen von 1961 zwischen den USA und der Sowjetunion begonnen hatte, bedeutete nicht das Ende der Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Diese Politik hatte ihre Rechtfertigung und Gründe. Beide Seiten waren nämlich vom Kalten Krieg zermürbt, von den Vorbereitungen auf etwas Un-

bekanntes, was vielleicht niemals eintreffen würde. Deshalb einigten sie sich auf die friedliche Koexistenz und die Aufteilung der Welt, so dass jeder sich der Ordnung seiner inneren Angelegenheiten widmen konnte. Mit Ende des Vietnamkrieges begann die Politik der Koexistenz jedoch an Bedeutung zu verlieren. Nachdem Frankreich seiner Kolonien entledigt wurde, wendete es sich Europa zu, um sich durch Europa zu stärken. Auch Großbritannien wurde sich seiner Schwäche bewusst und versuchte ebenso, sich durch Europa zu stärken, um zu retten, was noch zu retten war. Die Sowjetunion war zu einer militärischen und strategischen Supermacht geworden und konnte in der Eroberung des Weltraums sogar einen Vorsprung erzielen. Ihr war es zudem gelungen, ihre Präsenz auf Gebiete auszudehnen, die außerhalb ihres vitalen Einflussbereichs lagen. Sie war also zu einer aktiven globalen Macht aufgestiegen.

Die Mehrheit der politischen Lager in den Vereinigten Staaten - sowohl von Seiten der Rechten als auch der Liberalen - begannen nun die Entspannungspolitik anzugreifen, und die USA fingen an, sich von dieser Politik zu lösen. Zurückzuführen ist dies auf die Tatsache, dass die Sowjetunion ein gewaltiges Arsenal an Massenvernichtungswaffen aufbauen konnte, das den USA Sorgen bereitete und eine Bedrohungsquelle für sie darstellte. Die Zeit der absoluten Sicherheit der USA war damit vorbei. Sicherheit basierte jetzt nur noch auf gegenseitige Abschreckung, auf die Verknüpfung des eigenen Schicksals mit dem des Gegners. Zu den Nebenwirkungen der Entspannungspolitik zählte auch die Tatsache, dass sich die europäischen Staaten zusehends von den USA abkoppelten und eine unabhängige Politik in ihrer Beziehung zur Sowjetunion verfolgten. Das veranlasste Kissinger dazu, das Jahr 1973 als das Jahr Europas zu bezeichnen. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass mit Anbruch des Jahres 1973, in welchem das Pariser Vietnam-Abkommen unterzeichnet wurde, die USA und die Sowjetunion Frankreich aus

den meisten seiner weltweiten Kolonien vertrieben hatten. Großbritannien hatten sie zur Auflösung des Großteils seiner Militärbasen rund um den Globus gezwungen und es aus vielen seiner Kolonien hinausgedrängt. Darüber hinaus wurde China vereinnahmt. Somit hatte die Politik der friedlichen Koexistenz (Entspannungspolitik) ihre Rechtfertigung verloren. Die USA sind ohne Zweifel aus dieser Politik als stärkere militärische Supermacht hervorgegangen, als sie es vorher schon waren. Ihr politischer Einfluss war aufgrund der Vertreibung Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande aus ihren Kolonien und der Einnahme ihrer Plätze von beträchtlichem Ausmaß. Die Politik der friedlichen Koexistenz hat den USA also großen Nutzen gebracht, was nicht heißen soll, dass sie ohne Nachteile war. Doch diese waren mit den Vorteilen für die USA nicht zu messen. Allerdings verlor diese Politik 1973 ihre Rechtfertigung, und die USA widmeten sich nun der Beseitigung der negativen Auswirkungen, die sich aus der Entspannungspolitik ergaben. Sie setzten sich nun Prioritäten für ihr weiteres Vorgehen: die Eindämmung der Expansion der Sowjetunion auf Gebiete, die nicht zu deren vitalen Einflussphäre zählten, die wirtschaftliche Erschöpfung der Sowjetunion und die Rückführung Europas unter die Schirmherrschaft der USA.

Was die Expansion des sowjetischen Einflusses über seine vitale Sphäre hinaus betrifft, so war dies eine bröckelige Angelegenheit, wegen der bröckeligen Natur der sowjetischen Wirtschaft. Somit war es leicht diesen Einfluss jederzeit zu beenden. Er verlieh jedoch der UdSSR das Recht, an internationalen Fragen teilzuhaben, was die USA allerdings anders sahen. Sie erachteten die Entspannungspolitik als Mittel, die Sowjetunion zu vereinnahmen, nicht zum Mitstreiter der USA auf gleicher Augenhöhe zu machen. Deswegen sahen sie es als notwendig an, die Sowjetunion aus ihren außerhalb ihres vitalen Bereiches liegenden Einflussgebieten zu vertreiben.

Bezüglich der wirtschaftlichen Erschöpfung der Sowjetunion waren die USA der Ansicht, dass ein Wettrüsten die sowjetische Wirtschaft beeinträchtigen und zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen würde. Dies nahm Ende der Siebzigerjahre in der Regierungszeit Carters seinen Anfang. Aber erst unter der Reagan-Administration wurde diese Strategie verstärkt und zum hervorstechendsten Merkmal der Reagan-Ära. Er war es, der den Rüstungswettlauf entfachte. So setzte er jene Programme fort, die sein Vorgänger Carter ins Leben gerufen hatte und deren wichtigstes das bewegliche MX-Raketensystem war. Hinzu kam das so genannte SDI-Programm zur strategischen Abwehr (Strategic Defence Initiative) das auch als „Star-Wars-Projekt“ bekannt wurde. Dieses Programm beinhaltete die Entwicklung einer Technologie zur Abwehr feindlicher Raketen, was die Sowjetunion glauben ließ, dass ihr Nuklearwaffenarsenal wirkungslos sein würde, wenn es zu einem Atomkrieg käme. Dies würde eine Störung des Mächtegleichgewichts bedeuten und die USA dazu ermutigen, einen Atomkrieg zu initiieren. Und so wurde die Sowjetunion zum Versuch veranlasst, ihre Abwehrsysteme weiterzuentwickeln. Denn gemäß den neuen Gegebenheiten wäre es nicht mehr möglich gewesen, ein Wettrüsten auf dem Gebiet der Offensivwaffen zu führen. Deswegen verlagerte sich der Wettlauf von der Entwicklung der Angriffs- zur Entwicklung der Abwehrwaffen. Doch während das Reagensche SDI- bzw. Star-Wars-Projekt zu Beginn noch einige Fortschritte verzeichnen konnte, hat man das Ziel einer effektiven Technologie zum Bau dieses Raketenabwehrsystems nicht erreicht. So ist wissenschaftlich erwiesen, dass es so gut wie unmöglich ist, Laserkanonen zu entwickeln, die Laserstrahlen in der notwendigen Intensität ausstoßen, um Interkontinentalraketen noch im Weltraum zerstören zu können, bevor sie in die Atmosphäre wieder eindringen. Doch Reagan gab die Übernahme dieser Abwehrinitiative bekannt, obwohl sie sich

noch am Anfang der Entwicklung befand. Ihm war es aber gelungen, die Sowjetunion damit zu verunsichern und sie erneut in ein Wett-rüsten hineinzutreiben, das ihre ohnehin schon lädierte Wirtschaft gar nicht ertragen konnte. Dies, obwohl das SDI-Programm dem 1972 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossenen Ab- kommen zur Raketenabwehr widersprach. Reagan beharrte aber auf die Vereinbarkeit dieses Programms mit dem Abkommen, was die Beziehung zur Sowjetunion weiter anspannte. Man kann durchaus sagen, dass Reagan mit seinem SDI-Programm die letzten Merkmale der Entspannungspolitik beendete.

Diese Vorgehensweise Reagans hat die Sowjetunion in ein er- neutes Wettrüsten hineinmanövriert, nur dass es diesmal um die Ent- wicklung der Abwehr-, nicht der Angriffssysteme ging, und zwar mit dem Ziel, die Sowjetunion wirtschaftlich zu zermürben und sie in ih- ren im Wiener Abkommen von 1961 vereinbarten Vitalbereich zu- rückzudrängen bzw. sie überhaupt in den Zusammenbruch zu treiben.

Hinsichtlich Europas, das die Zeit der Entspannung dazu genutzt hatte, sich aus dem Klammergriff der USA zu lösen, haben die US- Politiker den Fokus ihrer Tätigkeit darauf gesetzt, es erneut der US- Schirmherrschaft zu unterstellen, nachdem es seit 1973 – Kissinger zufolge dem Jahr Europas – den US-Schirm fast verlassen hatte. Damals begannen die europäischen Staaten immer wieder zu beto- nen, dass ihre Interessen nicht gleich den US-Interessen seien, und hielten sich selbst von einer Teilnahme an einem Krieg an der Seite Amerikas fern, der nur der Verteidigung von US-Interessen diene. Unter dem Vorwand, die Sowjetunion würde Mittelstreckenraketen in Europa stationieren und sich weigern, diese abzuziehen, begannen die USA 1982 mit der Stationierung von Pershing II und Cruisemis- sile-Mittelstreckenraketen auf europäischem Boden. Somit gelang es den USA unter dem Vorwand der Verteidigung Europas, die Sicher-

heit der europäischen Staaten an ihre eigene zu binden und damit das Schicksal Europas auf unlösbare Weise mit dem der USA zu verknüpfen.

Mit Beginn der zweiten Amtszeit Reagans gelangte Gorbatschow 1985 an die sowjetische Regierungsspitze. Kaum war er an der Macht, begann die Sowjetunion den USA ein Zugeständnis nach dem anderen zu machen und taumelte damit in Richtung Zusammenbruch. Daher war die Aussage Reagans zutreffend, als er vor Verlassen des Weißen Hauses gefragt wurde, welcher der größte seiner Erfolge als Präsident war: *„Man sagt, ich hätte den Kalten Krieg gewonnen.“*

Somit hatte sich mit dem Ende der Regierungszeit Reagans ein grundlegender Wandel in der weltpolitischen Lage eingestellt. Die sogenannte Entspannungspolitik war endgültig vorbei. Die Sowjetunion geriet stark ins Wanken, nachdem sie erneut zum Wettrüsten getrieben worden war und ihre Wirtschaft zermürbt wurde. Daneben trug die Unterstützung der sowjetischen Dissidenten und der Oppositionellen das Ihrige dazu bei. Auch wurde eine internationale Medienkampagne gegen die sowjetische Ideologie gestartet. Von einer Entspannungspolitik war also seitens der USA nichts mehr übrig geblieben. Vielmehr lancierten sie einen politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Großangriff gegen die Sowjetunion, der zu einem Rückgang ihres Einflusses bzw. ihrer Einflussbemühungen außerhalb ihres eigenen Vitalbereichs und zu einem inneren wirtschaftlichen Zusammenbruch führte. Daneben traten Oppositionsgruppen zur sowjetischen Politik in Erscheinung, die zunächst innerhalb der Sowjetunion und des Ostblocks und später weltweit aktiv wurden. Dieser Zustand hielt an, bis es zum Zusammenbruch der Sowjetunion zu Beginn der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts kam und die USA nun anders als zuvor konkurrenzlos zur Weltmacht Nr. 1 wurden.

Zusammengefasst stellt sich die Veränderung der Lage der Staaten in der Welt wie folgt dar: In der Vergangenheit wurde die Welt vom Osmanischen Staat sowie von Preußen, Russland, Österreich, England und Frankreich dominiert. Diese Staaten bestimmten die Geschehnisse der Welt und entschieden über Krieg und Frieden. Dann traten die Vereinigten Staaten in Erscheinung, setzten diesen Staaten Grenzen, beschränkten ihren Einfluss auf die alte Welt und hielten sie vom amerikanischen Kontinent fern. Danach büßte Österreich seinen Großmachtstatus ein, so dass fünf Weltmächte übrig blieben, nämlich Russland, Deutschland, England, Frankreich und der Osmanische Staat. Schließlich sackte auch Letzterer ab, so dass vier Großmächte übrigblieben, die die Welt beherrschten: Russland, Deutschland, Frankreich und England. Nach dem Ersten Weltkrieg geriet Russland, nachdem es kommunistisch wurde und die kommunistische Partei dort die Macht übernommen hatte, in eine Isolation. Auch Deutschland schied nach seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg aus, so dass nur noch die beiden Großmächte England und Frankreich übrig blieben. Hierbei hatte England die Zügel der Welt – mit Ausnahme des amerikanischen Kontinents – in der Hand, während ihm Frankreich hinterherhechelte. Zu Beginn der Dreißigerjahre, nämlich 1933, übernahm die nationalsozialistische Partei die Macht und arbeitete daran, die Stellung Deutschlands zu heben, bis es schließlich wieder zu einer Großmacht aufstieg. Kurz zuvor hatte Mussolini die Regierungsmacht in Italien übernommen und das Gleiche mit Italien geschafft. Auch der Stern Japans stieg auf. Sein Einfluss vergrößerte sich, nachdem es zu einem Industriestaat geworden war. Nun zählte es ebenfalls zu den Großmächten. Auch die Sowjetunion kam wieder zu Kräften und erlangte internationale Präsenz, so dass sie wieder als Großmacht betrachtet werden konnte. Die Großmächte bestanden jetzt aus sechs Staaten: die Sowjetunion, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Die

USA befanden sich noch in ihrer Isolation. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Deutschland, Italien und Japan besiegt. Ihre Stellung war nun stark geschwächt. Daneben traten die USA aus ihrer Isolation heraus und brachen los, um die Geschicke der Welt mitzubestimmen. Sie sorgten dafür, dass Frankreich und Großbritannien weiterhin als Großmächte bestehen blieben. Somit existierten nun vier Großmächte: die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und die USA. Nach dem sowjetisch-amerikanischen Abkommen von 1961 schieden sowohl Frankreich als auch Großbritannien als Großmächte aus, und es blieben nur noch die USA und die Sowjetunion als Großmächte übrig. Durch ihre Übereinkunft waren sie zu einer einzigen Macht geworden, die sich aus zwei Staaten zusammensetzte. Es existierten keine anderen Großmächte mehr, die außer ihnen die Welt beherrschten. Dieser Zustand blieb bis kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion bestehen.

Mit der Regierungsübernahme Gorbatschows 1985, also kurz nach Beginn der zweiten Amtszeit Reagans, begann die Sowjetunion den USA ein Zugeständnis nach dem anderen zu machen, was sie letztlich in den Niedergang trieb. Wie bereits erwähnt, war damit auch Reagans Feststellung richtig, dass er den Kalten Krieg gewonnen habe, als Antwort auf die Frage, was sein größter politischer Erfolg gewesen sei. Somit kehrte die Dominanz über die weltpolitische Lage in die Hand einer einzigen Weltmacht zurück. Die Sowjetunion verlor ihren Status als Großmacht und zerfiel schließlich ganz. Russland erbt das sowjetische Waffenarsenal und Militärpotential. Doch war das Land politisch bankrott und hatte seine ideologische Identität verloren. Hinzu kamen noch seine ökonomischen und politischen Probleme im Innern, die der Kommunismus hinterlassen hatte. Dies führte zu einem Rückgang des russischen Einflusses auf die globale Politik.

Damit wurden die USA zur einzigen Supermacht auf dem Globus, d. h. zur Weltführungsmacht, die die Fähigkeit besitzt, die Weltpolitik zu steuern, ohne dass ein Rivale ihr diese Position streitig machen könnte. Die europäische Dreierachse, bestehend aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland, versuchte – und versucht noch immer – in den Kampfring einzutreten. Sie versuchte es im Zuge der irakischen Besetzung 2003 und ebenso durch ihre Zusammenkünfte zum Aufbau einer europäischen, von der NATO getrennten Militärmacht im gleichen Jahr. Ferner zeigten sich diese Versuche in ihren Debatten rund um das US-Projekt für den Nahen Osten, welches den G-8-Staaten im Juni 2004 vorgelegt wurde. Doch diese Bemühungen vermochten es nicht, der Weltmacht wirklich Konkurrenz zu machen. Es waren vielmehr Versuche, sich mit den USA an der Beeinflussung der Weltpolitik zu beteiligen.

So stellt sich die gegenwärtige Lage dar. Es ist wichtig zu wissen, dass im Laufe der Geschichte die Geschicke der Welt von den Großmächten und insbesondere von der Weltführungsmacht bestimmt wurden. Großmächte können an Stärke verlieren und andere Staaten an ihre Stelle treten, die die weltpolitische Lage verändern. Diese Veränderung verursacht wiederum einen Wandel in den Beziehungen unter den Großmächten. Darin liegt auch die unterschiedliche Stärke und Schwäche im Zustand der Weltführungsmacht und dem der übrigen mit ihr konkurrierenden Staaten begründet. So kann die Position der Weltführungsmacht schwächer werden, wie im Falle Großbritanniens, als es von Deutschland bedrängt wurde, und umgekehrt auch an Stärke gewinnen, wie es im Falle der USA geschehen ist, als sie den Einfluss Großbritanniens und Frankreichs kappten und ihn nach dem Wiener Treffen nur noch auf sich und Russland bündelten. Die Weltführungsmacht kann diese Position auch ohne die Existenz eines Rivalen besetzen, so, wie es nach dem Zerfall der Sowjetunion der Fall war. All dies muss präzise und den jeweiligen

Entwicklungen entsprechend erfasst werden, damit ein Begreifen der Weltpolitik möglich wird.

Die Motive zwischenstaatlicher Konflikte

Internationale Konflikte lassen sich seit Anbeginn der Geschichte bis zum Tag der Auferstehung stets auf zwei Motive zurückführen: das Streben nach Herrschaft und Ruhm oder die Gier nach materiellem Profit. Was das Streben nach Herrschaft anlangt, so handelt es sich entweder um das Streben nach Herrschaft für eine Nation oder ein Volk, wie im Falle des nationalsozialistischen Deutschland und des faschistischen Italien, oder für eine Ideologie, die es zu verbreiten gilt. Dies traf ca. 1300 Jahre auf den islamischen Staat und dreißig Jahre auf die Sowjetunion zu, bevor Letztere Anfang der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts zusammenbrach – siebzig Jahre nach ihrer Gründung.

Das Motiv, den Machtzuwachs eines anderen Staates einzudämmen, wie es die Staaten mit Napoleon, dem islamischen Staat oder dem nationalsozialistischen Deutschland taten, so fällt es ebenso unter das Streben nach Herrschaft. Denn es geschieht aus keinem anderen Grund, als sich der Herrschaft anderer entgegenzustellen.

Seit dem Niedergang des islamischen und des sowjetischen Staates besteht das weltweit dominierende Motiv nur noch in der Gier nach materiellem Profit. Dies wird so lange anhalten, bis der islamische Staat als Großmacht wieder präsent ist und auf das internationale Kräftefeld Einfluss nimmt. Mit ihm wird das Motiv der Herrschaft der Ideologie und ihrer Verbreitung wieder zurückkehren.

Das gefährlichste aller Motive für zwischenstaatliche Auseinandersetzungen ist das Motiv des Kolonialismus in all seinen Erscheinungsformen. Er war die Ursache für Kleinkriege und ebenso für die beiden Weltkriege. Er war das treibende Moment hinter den Golfkriegen und den Kriegen in Afrika. Ebenso verursachte er den

Afghanistan- und den Irakkrieg. Darüber hinaus stellt der Kolonialismus den Grund für Unruhen und Krisen in der Welt dar.

Alle heute offen oder verborgen ausgetragenen Rivalitäten, Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und Russland bezüglich des Iraks, Afghanistans, des Nahen Ostens oder anderer internationaler Fragen werden schlichtweg aus kolonialistischen Gründen und zur Kontrolle der Bodenschätze und Ressourcen geführt. Der Kolonialismus beherrscht also gegenwärtig die internationalen Konflikte. Darin eingebettet sind der Kampf um Einfluss und Ressourcen und der Wettstreit um Hegemonie in all ihren Arten und Erscheinungsformen.

Tatsächlich hat das Streben nach materiellem Profit – und hier vor allem die unbändige Gier des Kolonialismus – zu heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten geführt, die dann wirklich in regionale und globale Kriege mündeten. Um sie zu verhindern, hat man den so genannten Frieden bzw. Weltfrieden ins Leben gerufen und den Vorwand geschaffen, Sicherheit und Frieden wahren zu wollen.

Der Vorwand der Erhaltung von Sicherheit stellt in der Welt nichts Neues dar. Vielmehr ist er schon alt und existiert seit Beginn des 19. Jahrhunderts. So wurde 1818 das so genannte **Aachener Abkommen** zwischen den fünf Großmächten unter dem Vorwand geschlossen, die internationale Sicherheit wahren zu wollen. Mithilfe dieses Abkommens bzw. dieses Pakts haben sich die fünf Großmächte selbst zum Beschützer von Sicherheit und Ordnung in der Staatengemeinschaft erhoben und sich immer dann in die Angelegenheiten anderer Staaten eingemischt, sobald sie ihres Erachtens eine Gefahr für Frieden und Ordnung witterten. Dieser Vorwand der Wahrung von Sicherheit und Ordnung in der Staatengemeinschaft wurde anschließend als Rechtfertigung für Interventionen der Groß-

mächte und für Kriege genutzt. Er wurde zur internationalen Devise erhoben, um ihn als Werkzeug für die Aufrechterhaltung von Kolonialismus und Hegemonie zu benützen.

Laut ihrer Behauptung wurde dieser Frieden durch Allianzen gewahrt, die unter den Großmächten geschlossen wurden, bzw. durch internationale Konferenzen. Nach dem Ersten Weltkrieg geschah dies durch die internationalen Organisationen. In den Friedensverträgen von 1919 wurde die Gründung einer internationalen Organisation – des Völkerbundes – zur Sicherung des Friedens schriftlich fixiert. Es war vorgesehen, dass diese Organisation die Aufgabe der Friedenssicherung übernimmt. Doch dieselben Staaten, die sie ins Leben gerufen haben, hielten sich nicht an die vereinbarten Verpflichtungen und verstießen gegen das Gründungsziel der Organisation. So sollten die Staaten eigentlich ihre Souveränität abtreten und die Organisation die Friedenssicherung und die Verhinderung von Kriegen selbst in die Hand nehmen. Die Großmächte verzichteten jedoch nicht auf ihre Souveränität und auch nicht auf ihre Kolonien, ihr Zustand blieb also unverändert. Vielmehr galt ihre Sorge dem Erhalt des Gleichgewichts unter den verschiedenen Mächten und der Wahrung ihrer Interessen. Hinzu kam, dass sie die ehemals zu Deutschland und dem Osmanischen Staat gehörenden Gebiete unter sich aufteilten und Großbritannien den Löwenanteil davon erhielt. Dadurch wurde der Frieden ins Wanken gebracht, zu dessen Wahrung die Organisation eigentlich gegründet wurde, und es kam zu zahlreichen Kriegen, die schließlich im Zweiten Weltkrieg mündeten. Nach dessen Ende bemühte man sich erneut um die Gründung einer weltweiten Organisation zur Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit. So diskutierten die Großmächte USA, Sowjetunion und Großbritannien, später ließen sie auch Frankreich daran teilhaben, über die Notwendigkeit, eine Nachkriegswelt aufzubauen, und zwar in einer neuen Form, die die Stabilisierung des

Friedens und die Verhinderung eines Krieges gewährleistet. Zusätzlich sollten die wirtschaftliche Kooperation zwischen den unterschiedlichen und mannigfaltigen Systemen erleichtert und die Menschenrechte geschützt werden. Seitdem gilt die UNO als Beschützerin des Weltfriedens. Der Begriff „Frieden“ bzw. „Weltfrieden“ war nun als internationale Devise in aller Munde. Er wird seitens der Großmächte als Rechtfertigung zur „Friedenssicherung“ benutzt und um andere Länder daran zu hindern sich zu befreien und sich aus der Schlinge des Kolonialismus zu lösen. Auf diese Weise entwickelte sich die Idee der Friedenssicherung, bis sie sich schließlich in jener Form festigte, in der wir sie heute vorfinden.

Die Frage der Friedenswahrung im Rahmen einer internationalen Organisation rief die Mär von der so genannten Abrüstung hervor. Der Völkerbund versuchte in dieser Frage Schritte zu setzen, und Großbritannien nutzte sie als Mittel zur Schwächung Frankreichs, spornte dann aber Deutschland zur Aufrüstung an, um ein Gleichgewicht in Europa zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen. Das Thema Abrüstung war damit gescheitert, und der Zweite Weltkrieg brach aus.

Auch die Vereinten Nationen nahmen sich der Abrüstungsfrage an. Allerdings hat es bis heute keine Großmacht geschafft, einen anderen Staat so zu täuschen, wie es seinerzeit Großbritannien mit Frankreich im Rahmen des Völkerbundes schaffte. Ebenso wenig ist in der UNO etwas davon sichtbar oder aber für die Menschen spürbar, und so bleibt die Abrüstung ein inhaltloser Begriff.

Aus den Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten resultierten die so genannten „internationalen Konferenzen“ und die „Allianzen“. Was die Konferenzen betrifft, galt der Wiener Kongress von 1815 als erste in diesem Zusammenhang. Vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges fanden zahlreiche Konferenzen, darunter die

Berliner Konferenz, statt. Auf ihr einigte man sich darauf, der Existenz des islamischen Staates ein Ende zu bereiten und dessen Gebiete aufzuteilen. Zahlreiche Konferenzen folgten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, darunter die von Berlin, Genf und Paris. Nach der Übereinkunft zwischen den USA und der Sowjetunion (Russland) und ihrem Zusammenschluss zu einer globalen Macht fanden keine weiteren Konferenzen mehr statt, mit Ausnahme des Jahres 1969, als Delegierte der Großmächte Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion (Russland) und USA eine im Arbeitsfeld der UNO eingebettete Konferenz abhielten, um die so genannte Nahostkrise zu erörtern. Deren Einberufung durch die Präsidenten der Staaten kann jedoch nicht als Konferenz bezeichnet werden, da sie innerhalb der UNO eingegrenzt war.

Die Konferenzen nach dem Zweiten Weltkrieg dienten der Erörterung von Problemen, die zwischen den beiden Blöcken existierten. Der Ostblock hatte innerhalb der UNO den schwächeren Part, deswegen trachtete die Sowjetunion (Russland) danach, die Zügel der Initiative aus der Hand des westlichen Blocks zu nehmen und die USA aus der Weltführungsmachtstellung zu verdrängen. Sie versuchte, die Probleme aus der UNO hinauszutragen und konnte während der Konferenz von Berlin die Kluft zwischen Großbritannien und Frankreich auf der einen und den USA auf der anderen Seite erfolgreich vergrößern. Auch der Entschluss zur Einberufung der Konferenz von Genf bedeutete einen Erfolg für die Sowjetunion. Die Abhaltung solcher Konferenzen schwächten die USA und stärkten im Gegenzug die Sowjetunion (Russland). Auch Großbritannien unternahm Versuche, Konferenzen mit den USA einzuberufen, um die Probleme außerhalb der UNO zu behandeln. So fand die Konferenz von Bermuda statt – allerdings konnten die Briten dabei keinen Erfolg verzeichnen. Innerhalb der Westmächte fanden danach keine Konferenzen mehr statt; man beschränkte sich nur noch auf konven-

tionelle britisch-amerikanische Treffen. Die USA erkannten, dass Konferenzen außerhalb der UNO ihre Position schwächten und damit zu einer Schwächung ihrer internationalen Stellung führten. Folglich waren sie mit Konferenzen, die außerhalb der UNO stattfanden, nicht mehr einverstanden, insbesondere nach der Übereinkunft oder besser gesagt dem Pakt zwischen ihnen und der Sowjetunion (Russland) nach dem Wiener Treffen von 1961.

Was die zwischenstaatlichen Allianzen betrifft, so gibt es sie schon sehr lange. Die Staaten gehen sie ein, um gegenüber einer anderen Macht an Stärke zu gewinnen oder um sich gegenseitig daran zu hindern, das existierende Gleichgewicht zu stören. So ist das Aachener Abkommen aus dem Jahre 1815 nichts anderes als so eine Allianz. Die Allianzen, die zwischen England und Frankreich bzw. zwischen Deutschland und Österreich geschlossen wurden, dienten der Machterweiterung und der Wahrung des Gleichgewichts. Das zwischen Großbritannien und Frankreich geschlossene und gegen Deutschland gerichtete Bündnis während des Ersten Weltkrieges und das Bündnis zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der UdSSR im Zweiten Weltkrieg – ebenfalls gegen Deutschland – waren Allianzen, die gegen eine Großmacht gerichtet waren. Sowohl die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete und gegen die Sowjetunion (Russland) gerichtete NATO als auch der gegen den Westblock gerichtete Warschauer Pakt waren Allianzen, die sich gegen andere Mächte richteten. Somit handelt es sich bei den Bündnissen genau wie bei den internationalen Konferenzen um Mittel zur Machtsteigerung gegenüber anderen Staaten bzw. zur Wahrung des internationalen Gleichgewichts. Diese Allianzen gelten auch als Instrument der internationalen Auseinandersetzung.

Darüber hinaus kommt es zu Bündnissen und Abkommen, die – initiiert von den Großmächten – zwischen den kleinen Staaten bzw. zwischen den Großmächten selbst und den kleinen Staaten geschlos-

sen werden. Diese zählen allerdings nicht zu den Instrumenten der direkten internationalen Auseinandersetzung, sondern gelten als Mittel des Kolonialismus bzw. als Mittel zur Stärkung der Großmacht, unter deren Aufsicht der Abschluss dieses Bündnisses erfolgt. So wurde die zwischen der Türkei und dem Irak geschlossene Allianz und das vor dem Zweiten Weltkrieg geschlossene Abkommen, das unter dem Namen „*Sa‘d-Ābād*-Bündnis“ bekannt wurde, unter Leitung Großbritanniens geschlossen, um den dortigen britischen Einfluss zu konsolidieren und ein festeres internationales Standbein gegenüber den anderen Großmächten wie Frankreich und der Sowjetunion zu erlangen. Des Weiteren dienten die Verträge, die Großbritannien vor dem Zweiten Weltkrieg mit dem Irak und Ägypten abschloss, als Mittel, seinen dort betriebenen Kolonialismus zu festigen. Sie wurden nicht aus Kriegsgründen geschlossen. In gleicher Weise sind die nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossenen Bündnisse Großbritanniens, wie der Bagdad-Pakt, und der USA, wie der Südostasien-Pakt, anzusehen. Auch die Bezeichnung Kuwaits, Pakistans, Ägyptens, Marokkos, Argentinens, Südkoreas, Bahrains, Australiens, Neuseelands, Thailands, der Philippinen sowie Israels als sogenannte „strategische Verbündete der USA außerhalb der NATO“ dient dem Kolonialismus und der Festigung des amerikanischen Einflusses. Auch dabei handelt es sich nicht um Kriegsallianzen oder um Instrumente der direkten internationalen Auseinandersetzung. Hier von spricht man erst dann, wenn es um Allianzen zwischen den Großmächten geht.

Eigentlich wäre die Rolle der NATO mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Pakts beendet gewesen. Doch die USA bestanden auf die Fortführung dieses Bündnisses und sahen sogar seine Ausdehnung vor. Dies haben sie auch in die Tat umgesetzt, als sie viele der osteuropäischen Staaten in die NATO aufnahmen. Nun streben sie danach, noch weitere Länder einzugliedern.

Zurückzuführen ist dies auf eine Zielverschiebung der NATO. Diese richtet sich nämlich nicht mehr gegen den Ostblock, sondern mittlerweile gegen die eigenen Mitgliedsstaaten des westlichen Lagers. Denn die USA haben die Versuche der Europäer wahrgenommen, sich aus dem amerikanischen Zangengriff zu lösen. Und so hielten sie an der NATO fest, um die Europäer unter US-Vormundschaft zu halten, zumal die USA es sind, die die NATO kontrollieren. Auf diese Weise bleibt die Sicherheit und Verteidigung Europas mit den USA verbunden.

Gegenwärtig sind die Staaten, die sich am Zweiten Golfkrieg sowie an der Besetzung des Irak an der Seite Amerikas beteiligt haben und als „Koalition der Willigen“ bezeichnet werden, ein Beispiel für jene Bündnisse, die der Stärkung des US-Einflusses in der Region dienen sollen. Sie dienen auch der Stärkung der unilateralen Ausrichtung der US-Administration und stellen ein Mittel des modernen amerikanischen Kolonialismus dar.

Dies sind die Grundlagen, auf denen die Weltpolitik allgemein basiert sowie die Politik eines jeden Staates, der einen Einfluss auf die Weltpolitik ausübt. Auf Basis dieser Grundlagen ist es nun möglich, politische Akte in der Welt zu verstehen und sie auf eine Weise zu deuten, die der Wahrheit entspricht und mit der Realität übereinstimmt bzw. dieser nahe kommt. Politische Handlungen eines Staates – ob Großmacht oder nicht – können nur auf Basis dieser Grundlagen oder dessen, was aus ihnen hervorgeht und von ihnen abhängt, verstanden werden. Auf diese Weise wird die Handlung selbst erkannt, wo sie stattfindet, welche Begleiterscheinungen zu berücksichtigen sind, und sie wird mit einer der vorhergehenden Grundlagen verknüpft. Erst dann können die Realität einer Handlung und ihre wahren Motive begriffen und sogar deren Resultate erfasst werden.

Die großen Weltfragen

Politische Vorgänge in der Welt sind unzählbar und haben mit zahlreichen Angelegenheiten zu tun. Die wesentlichsten lassen sich aber in sechs große Themenbereiche zusammenfassen: die Europafrage, die Nahostfrage, die Zentralasienfrage, die Frage um den indischen Subkontinent, die Fernostfrage und die Afrikafrage.

Die Eingrenzung der Analyse auf diese sechs Problemfelder hat folgende Gründe:

Erstens: Die Konflikte unter den Großmächten bzw. die Rivalitätskämpfe unter ihnen finden in den genannten Regionen statt. Daher gelten diese natürlicherweise als die wesentlichsten aller globalen Angelegenheiten.

Zweitens: Unter den Völkern dieser Regionen brodelte es heftig und ein immenses Chaos hat sich dort breit gemacht. Deshalb ist es notwendig, den Zustand dieser Völker nach Möglichkeit zu kontrollieren, zumal die Mehrzahl dieser Gebiete von islamischen Völkern bewohnt wird, die darauf brennen, sich ihrer Herrscher zu entledigen und den islamischen Staat zu errichten.

Drittens: Die meisten der politischen Geschehnisse weltweit finden faktisch in diesen Gebieten statt. Deswegen sind sie ein gutes Beispiel für das Verständnis anderer politischer Probleme.

Viertens: Diese Gebiete sind außerordentlich reich an Bodenschätzen und Ressourcen, weshalb sich die kolonialistischen Staaten und Monopolkonzerne um sie reißen. Sie streben mit aller Macht danach, diese Regionen zu beherrschen und sich ihre Bodenschätze und Ressourcen einzuverleiben.

Fünftens: Die Gebiete auf dem amerikanischen Kontinent gelten seit der Monroe-Doktrin von 1823 als konfliktfreie Zone. Sie

besagt, dass sich europäische Großmächte aus dem amerikanischen Kontinent rauszuhalten hätten und dort vorhandene vitale US-Interessen nicht bedrohen dürften. Deshalb werden internationale Konflikte im klassischen Sinne dort nicht ausgetragen. Amerikanische Interessen befinden sich in diesen Ländern jenseits einer tatsächlichen Bedrohung. Was die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Kuba Ende der Fünfziger- und Anfang der Sechzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts anlangt, so wurden sie von den USA geduldet, weil sie die Sowjetunion dazu verleiten wollten, ihre Verpflichtungen auf Gebiete außerhalb des sowjetischen und osteuropäischen Territoriums auszudehnen. Auf diese Weise sollte der Sowjetunion zusätzlich eine sowohl wirtschaftliche als auch militärische Last aufgebürdet werden. Denn die Sowjetunion wäre in diesem Fall gezwungen, Kuba vor einer drohenden US-Gefahr zu schützen. Die erschwerte Last für die Sowjetunion, die aus dem Schutz Kubas resultierte, ließ die USA über sowjetische Kontakte zu Kuba stillschweigend hinwegsehen. Als jedoch die Lage eskalierte und man kurz vor der Einrichtung atomarer Stützpunkte stand, setzten die USA alle Hebel in Bewegung, um diese Militärbasis aus Kuba zu entfernen.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass sich der amerikanische Kontinent außerhalb internationaler Konflikte im klassischen Sinne befindet. Was sich ereignen kann, sind innere Unruhen, von denen die USA als Drahtzieher nicht weit stehen.

Daher sind die sechs oben erwähnten Problemfelder als Hauptproblemgebiete der Welt zu betrachten. Bevor wir uns ihnen jedoch zuwenden, wäre es zunächst zweckmäßig, die Großmächte kennen zu lernen, die die Weltpolitik beeinflussen. Denn die Klassifizierung eines Problemgebiets als große globale Angelegenheit setzt voraus, dass die entsprechende Region eine Bühne für wirkungsvolle politische Handlungen darstellt. Da die zu berücksichtigenden politischen

Handlungen jene sind, die von den Großmächten ausgehen, ist es erforderlich, die Großmächte jeder Epoche zu kennen.

Als Großmächte gelten jene Staaten, die sowohl die Weltpolitik als auch andere Staaten durch ihre Handlungen beeinflussen. Als Großmacht gilt somit nicht der Staat, dessen Einwohnerzahl besonders hoch ist oder der über besonderen Wohlstand verfügt und Ähnliches, sondern ein Staat, der durch Einfluss auf die Weltpolitik und auf andere Staaten präsent ist. Somit gelten die USA als die Weltführungsmacht der gegenwärtigen Zeit (1425 n. H. / 2004 n. Chr.), da sie mit dem stärksten Einfluss auf die Weltpolitik nahezu allein die weltpolitische Lage beherrschen. Alle übrigen Staaten sind nicht in der Lage, den USA diese Position streitig zu machen oder die weltpolitische Lage zu beherrschen. Russland, das das Erbe der Sowjetunion angetreten hat, welche bis zu ihrem Zusammenbruch als Großmacht galt, war vor dem Zweiten Weltkrieg neben Großbritannien und Frankreich eine Großmacht. Und noch immer halten diese drei Staaten zäh an ihrer Präsenz in der Weltpolitik fest und vollziehen - im Alleingang oder über den Umweg Europas - Handlungen, die eine wenn auch schwache Wirkkraft sowohl auf die Weltpolitik als auch auf die USA haben. Sie sind den USA für ihre Position in der Weltpolitik zwar keine wirkliche Konkurrenz im bekannten Sinne, doch können diese drei Staaten – wenn man in der Wortwahl etwas großzügig ist - trotzdem als Großmächte bezeichnet werden. So gehen von Großbritannien politische Handlungen aus, die dem Land durchaus eine Präsenz oder zumindest etwas Präsenz in der Weltpolitik bescheren. Auch Frankreich und Russland unternehmen Versuche, um ihre Präsenz auf der Bühne der Weltpolitik zu behaupten, wie es bei der Krise um den Irakkrieg der Fall war.

Was Deutschland betrifft, so galt es sowohl hinsichtlich seines Volkes als auch seines Staates in der Vergangenheit als Großmacht. Nach seiner Niederlage im Zweiten Weltkrieg verlor es jedoch

diesen Status, genau wie es diesen auch nach seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg verloren hatte. Deutschland besitzt deshalb die Fähigkeit – und mag es noch so lange dauern -, erneut zu einer Großmacht aufsteigen, wie es auch einige Zeit nach dem Ersten Weltkrieg geschehen ist. Das gemeinsame Vorgehen mit Frankreich in einigen internationalen Fragen ist ein Indiz dafür.

Im Falle Chinas hingegen ist es schwierig, es im klassischen Sinne als Großmacht einzustufen, die auf die Weltpolitik, d. h. auf die Welt oder auf viele ihrer Regionen, Einfluss nimmt. Obwohl Chinas Bevölkerungszahl die 1,2 Milliarden erreicht hat, von Russland gefürchtet wird und im internationalen Kalkül der USA Berücksichtigung findet, kann es aus zwei Gründen nicht als Großmacht betrachtet werden. Zum einen war es zu keinem Zeitpunkt eine Großmacht, und niemals besaß es in der Vergangenheit weltpolitischen Einfluss. Darüber hinaus hat China seit seinem Dasein als kommunistischer Staat bis heute weder Interesse an der weltweiten Verbreitung des Kommunismus noch an der Einflussnahme auf verschiedene Weltregionen gehabt. Chinas Interesse war regional eingegrenzt, insbesondere nachdem politische Bemühungen in Afrika und in einigen asiatischen Ländern fehlschlagen. Die diesbezüglichen chinesischen Aktivitäten zeigten keinerlei Wirkung und konnten nicht weiter verfolgt werden, so dass sich China wieder auf sein eigentliches Terrain zurückzog.

Was Indien anbelangt, so ist sein weltpolitischer Einfluss trotz seiner inzwischen mehr als 935 Millionen Einwohner und seiner Nuklearwaffen so gut wie nicht vorhanden. Daher wäre es falsch auf die Idee zu kommen, Indien als Großmacht zu bezeichnen, weil die Wahrscheinlichkeit, dass es jemals einen Einfluss auf die Weltpolitik ausüben könnte, nicht gegeben ist. Japan hingegen erlangte vor dem Zweiten Weltkrieg während der Epoche der Achsenmächte einen weltpolitisch relevanten Einfluss, der jedoch ähnlich wie im Falle

Italiens nur von kurzer Dauer war. Deswegen werden weder Japan noch Italien den Großmächten zugerechnet.

Was die islamische Umma betrifft, so war sie bis zur Zeit der Kreuzzüge eine Großmacht und erlangte erneut diesen Status, nachdem sie die Kreuzzüge siegreich überwinden konnte. Des Weiteren besaß sie bis ins 19. Jahrhundert hinein einen Einfluss auf die Weltpolitik, der allerdings immer weiter abnahm, bis ihr Staat zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nach dem Ersten Weltkrieg, zerstört wurde.

Doch die Faktoren einer Großmacht sind in dieser Umma noch immer latent vorhanden. Bereits Ende des letzten Jahrhunderts begannen sich die Anzeichen ihres geballten Potentials zu entfalten. Fast schon dämmert ihr Morgenlicht am Horizont, um als Großmacht, ja sogar als Weltmacht, zurückzukehren, so es Allahs Wille ist.

Es ist daher unerlässlich, die eingangs erwähnten Völker und Staaten kennenzulernen, denn sie beeinflussen die großen weltpolitischen Angelegenheiten:

Erstens sollen die führenden Großmächte behandelt werden; dies sind die USA, Großbritannien, Frankreich und Russland.

Zweitens werden die Nationen untersucht, die in der Vergangenheit Großmächte waren und das Potential besitzen, wieder zu Großmächten aufzusteigen; dies sind die islamische Umma und Deutschland.

Drittens: Den oben erwähnten Völkern und Staaten ist das japanische Volk hinzuzufügen, denn als wirtschaftliche Macht hat es einen starken wirtschaftlichen Einfluss auf die Hauptprobleme der Welt, auch wenn Japan keine Großmacht im herkömmlichen Sinne ist.

Was China betrifft, so ist es zwar eine Großmacht, jedoch nur auf die regionale Umgebung beschränkt. Das heißt, man könnte China als lokale Großmacht bezeichnen, deren Einfluss auf internationale Angelegenheiten – mit Ausnahme des regionalen Umfelds von China – in den unterschiedlichen Orten der Welt gering ist. Deswegen werden wir die Erörterung Chinas nicht im Zusammenhang mit den weltweit einflussreichen Staaten und Völkern vornehmen, sondern uns dann damit befassen, wenn wir die Fragen des regionalen Umfeld Chinas behandeln.

Beginnen wir die Erörterung der Staaten und Völker auf folgende Weise:

1. Die islamische Umma

Die islamische Umma trat in Erscheinung, als Allah (t) Seinen Gesandten Muhammad mit dem Islam entsandte, um die Menschen aus der Finsternis der Unwissenheit ins Licht des Islam zu retten. Daraufhin trat der Staat des Islam, der Staat dieser Umma, in Erscheinung, nachdem der Gesandte Allahs nach Medina ausgewandert war.

Der islamische Staat blieb über die Zeit des Gesandten hinweg bis in die Zeit der rechtgeleiteten Kalifen und der Kalifen nach ihnen weiter bestehen. Er führte Eröffnungen durch und verbreitete das Gute in den verschiedensten Gebieten der Welt, bis er zu Beginn des letzten Jahrhunderts zerstört wurde. Seine Rückkehr wird mit dem Willen Allahs in naher Zukunft erwartet.

Getragen wurde der Staat zunächst von den Arabern. Dann breitete sich der Islam überall in der Welt aus, und es schlossen sich ihm Menschen der unterschiedlichsten Völker an: Araber ebenso wie Nichtaraber. Sie verschmolzen miteinander im Schmelztiegel des Islam, ohne Unterscheidung eines Arabers von einem Nichtaraber – außer aufgrund von Gottesfurcht.

Da die Araber nun die ersten Träger des Islam waren, ist es notwendig, das arabische Volk im Besonderen und anschließend die islamische Umma im Allgemeinen näher kennen zu lernen.

Das arabische Volk lebte von Eroberungen und war an das Führen von Kriegen gewöhnt. Infolgedessen hat sich bei ihm eine so genannte militaristische Natur entwickelt und ein Verantwortungsbewusstsein für andere. Deswegen waren gerade die Araber dafür prädestiniert, die islamische Botschaft mit der von Allah vorgesehenen Methode zu tragen: durch Dawa² und Dschihad, d. h. durch den materiellen Kampf, der der Verbreitung des Guten und nicht der Versklavung diene. Sie traten in Kriege mit anderen Völkern ein, nachdem sie ihnen den Islam in einer ihre Aufmerksamkeit weckenden Weise dargelegt hatten, und zwar mit dem Ziel, die von ihnen getragene islamische Idee zu verbreiten - nicht um diese Völker zu kolonialisieren und zu versklaven. Beim arabischen Volk etablierte sich die Idee, eine Kerze zu sein, die verbrennt, um Licht zu spenden. Zu seinen prägnantesten Merkmalen sollte es gehören, die Verantwortung für andere zu tragen und sie als gleichberechtigt zu betrachten.

Nach dem Eintritt in den Islam wuchs die islamische Umma zu einem Volk zusammen und eignete sich eine militaristische, vom *Ĝihād*³ dominierte Mentalität an. Schließlich gilt der *Ĝihād* als Speerspitze ihrer Glaubensordnung. In der Umma war die Idee verankert, den Menschen die Rechtleitung zu bringen und der Menschheit zu helfen. So sehr sich die Umma auch im Niedergang befinden und sich die Zeitspanne zwischen ihr und ihren Ursprüngen vergrößern mag, als ihre Urväter den Islam angenommen und ihn in seiner ihm eigenen Methode der *Daʿwa* und des *Ĝihād* weitergetragen

² mit Dawa wird die Einladung zum Islam bezeichnet

³ Bewaffneter Kampf zur Beseitigung der materiellen Barrieren, die der Verkündung des Islam im Wege stehen, ohne aber die Menschen zu zwingen, den Islam anzunehmen.

haben, bleibt sie hinsichtlich ihrer Mentalität insgesamt militaristisch und am *Ĝihād* orientiert. Darüber hinaus hat sie das so genannte Verantwortungsbewusstsein für andere und den Drang, die Rechtleitung an die Menschen heranzutragen, beibehalten. Ihre Situation entspricht jener der Araber, die die ersten Träger des Islam waren und mit den anderen zum Islam konvertierten Völkern ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft im Schmelztiegel des Islam verschmolzen.

2. **Das deutsche Volk** ist ein altehrbares, tief in der Geschichte verwurzeltes Volk. Es ist stark, unbeugsam, widerstandsfähig und mutig, aber übertrieben in seinem Selbstbewusstsein und dem Herrschaftsanspruch über andere. Militarismus und Kriegführung gelten als Teil seiner Charaktereigenschaften, d. h. wie natürliche, angeborene Attribute. Genau dieser deutsche Militarismus schürt die Furcht seiner Nachbarn, besonders die der Großmächte wie Großbritannien, Frankreich und Russland. Das deutsche Volk hat lange Jahre der inneren Auseinandersetzungen und Kriege hinter sich. Über zahlreiche Generationen hinweg war es auch in Kriege mit seinen Nachbarländern verstrickt, wie z. B. mit Frankreich. Seine Lebensgrundlage basierte hauptsächlich auf der Industrie, insbesondere auf der hochentwickelten Kriegsindustrie. Trotz des Verbots Atomwaffen zu besitzen weckt Deutschland die Angst seiner Nachbarn und sorgt bei seinen Rivalen und Gegnern für Schrecken. Aus diesem Grund haben sich die gegnerischen Mächte zumeist gegen Deutschland verschworen, um es daran zu hindern, in die Reihen der Großmächte aufzusteigen. Trotzdem sind die Deutschen ein vitales Volk, das das Potential zum erneuten Aufstieg zu einer Großmacht hat. Denn das Wachstum eines lebendigen Körpers überwindet im Normalfall alle Hindernisse. Genau wie bei den anderen westlichen Völkern ist auch bei den Deutschen mit der Annahme des Kapitalismus das Profitdenken zu einem Teil ihres Lebens geworden. Und deshalb wird Deutschland, die Heimat des deutschen Volkes, als ko-

lonialistischer Staat betrachtet. Vor dem Ersten Weltkrieg war er auch im Besitz von Kolonien, und er trat mit der Absicht in den Zweiten Weltkrieg ein, die abhanden gekommenen Kolonien wieder in Besitz zu nehmen, sich die Kolonien anderer Staaten anzueignen und neue Kolonien zu schaffen. Folglich ist der Kolonialismus eine Politik Deutschlands und nicht, wie angenommen, nur die Politik Hitlers. Der Kolonialismus liegt auch dem heutigen Deutschland nicht fern. Selbst wenn ihm der direkte, umfassende Kolonialismus verwehrt ist, so steht Deutschland doch an der Speerspitze der Staaten, die den Kolonialismus in wirtschaftlicher Form betreiben. Heute ist es dabei, sich wirtschaftlich breit zu machen, besonders in den Ländern Osteuropas, die Deutschland seiner ausgeprägten wirtschaftlichen Hegemonie unterstellt hat.

Was das Regierungssystem anlangt, so blieb trotz der Behauptung, Deutschland sei demokratisch, der Despotismus in deutlicher Form sichtbar. Er offenbarte sich in der Handlungsweise aller Regenten Deutschlands, in der Vergangenheit wie in der Gegenwart.

Auch wenn Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg harte Bandagen angelegt wurden, so war es dennoch in der Lage, sie zu überwinden und erneut zur Großmacht aufzusteigen. Zwei Faktoren erwiesen sich hierbei als hilfreich: Zum einen stellte sich ein intellektuelles Empfinden bei seinen Bürgern ein, was sie zur tatkräftigen Arbeit für die Rückkehr als Großmacht antrieb. Der zweite Faktor bestand in der Tatsache, dass Großbritannien beabsichtigte, das internationale Gleichgewicht zwischen sich und Frankreich ins Wanken zu bringen. Deshalb animierte es Deutschland heimlich dazu, den Konkurrenzkampf mit Frankreich wiederaufzunehmen und erneut als sein Rivale aufzutreten. Das ermöglichte Deutschland, wieder als Großmacht aufzusteigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings fehlte jeder Faktor für eine Rückkehr Deutschlands als Großmacht. Deutschland wurde von ausnahmslos allen Alliierten jede mögliche

Fessel angelegt, um seine Wiederkehr als Großmacht zu verhindern. Die wesentlichsten Faktoren, die der Rückkehr der Deutschen als Großmacht bis heute im Wege stehen, sind folgende: Der erste besteht darin, dass die Deutschen mit der Wirtschaft beschäftigt und von der Kriegsindustrie abgelenkt wurden. Als Folge fehlte ihnen damit der weltpolitische Einfluss. Ihr Interesse wurde auf den wirtschaftlichen Bereich gelenkt, so dass ihre Empfindungen und Aktivitäten nicht mehr auf die Kriegsindustrie ausgerichtet waren, welche einem Staat erst den Status einer einflussreichen Großmacht verleiht und ihm in politischer Hinsicht ermöglicht, produktiv zu sein. Der zweite Faktor ist die permanente Wachsamkeit Russlands (der Sowjetunion) gegenüber der deutschen Gefahr, die nicht einen Moment außer Acht gelassen wird. So hat Russland gegenüber Deutschland eine harte, erbarmungslose Politik bar aller Werte eingenommen. Diese Politik gegenüber Deutschland wird allein von einem Gedanken beherrscht, nämlich Deutschland für immer zu brechen. Deshalb wird jeder Bewegungsversuch Deutschlands von russischer Seite im Keim zerstört. Dies ist auch der Grund für den mangelnden Erfolg der USA, den deutschen Militarismus nach 1955 wiederzubeleben. Ebenso wenig gelang es Großbritannien, Deutschland wiederzuvereinigen. Auch Frankreich scheiterte, als De Gaulle sich zur Unterstützung Deutschlands bei der Aufrüstung und der Wiedervereinigung um die Einheit Europas bemühte. Jeder Versuch schlug fehl, weil Russland (die Sowjetunion) sich mit aller Härte dagegenstellte.

Die deutsche Wiedervereinigung war kein Resultat der Politik bzw. kein Ergebnis politischer Aktionen und Pläne deutscher Politiker, sondern Folge der Zugeständnisse, die Russland den USA während des Zusammenbruchs der Sowjetunion machte. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die USA die europäische Einheit mithilfe der deutschen Wiedervereinigung torpedieren wollten. Dem eu-

ropäischen Einigungsprozess wollten sie Hindernisse in den Weg legen bzw. ihn verzögern, indem der Bundesrepublik Deutschland, dem Hauptfinancier der europäischen Union, durch die Vereinigung mit dem ökonomisch schwachen Ostdeutschland wirtschaftliche Probleme aufgebürdet werden. Deutschland gelang es jedoch, diese Schwierigkeit zu überwinden, und fing an nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, sich dem Druck der USA zu entziehen. Es begann nach Europa zu blicken, insbesondere Richtung Frankreich, um im Aktionsfeld der politischen Ereignisse zu versuchen, Einfluss auf diese zu nehmen. Tatsächlich spielte Deutschland eine aktive Rolle in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, aus der später die Europäische Union hervorging. Doch Deutschland strebt den Einfluss nach wie vor durch wirtschaftliche Mittel an. Dies bedeutet, dass Deutschland mittels seiner wirtschaftlichen Investitionen Einfluss auf europäische Länder, besonders auf osteuropäische, erlangen wird. Das bedeutet jedoch nicht, dass Deutschland dadurch eine Rolle in der Weltpolitik spielen kann. Denn ein Einfluss auf die Weltpolitik stützt sich hauptsächlich auf militärische Stärke und politisches Handeln, das zur Umsetzung und zur Verwirklichung politischer Strategien führt. Und an dem mangelt es Deutschland noch immer, obwohl es bereits in Absprache mit Frankreich begonnen hat, dahingehende Versuche zu unternehmen. Diese Bemühungen stellen jedoch eher Reaktionen denn tatsächliche Aktionen dar. Trotzdem haben sich diese Reaktionen so weit gesteigert, dass sie gegenüber den USA Wirkung zeigten, wie sich bei den Ereignissen um den US-Angriff auf den Irak zeigte. Ferner wurde die neue deutsche Ausrichtung in den Bemühungen mit Frankreich und später mit Großbritannien sichtbar, eine von der NATO getrennte gemeinsame europäische Verteidigungsstreitmacht aufzubauen. Diese Pläne beunruhigten die USA, obwohl dieses Verteidigungskorps sich noch in der Entstehungsphase befindet.

All dies ist ein Indiz dafür, dass Deutschland begonnen hat, nach einer Rolle in der Weltpolitik Ausschau zu halten. Und selbst wenn dies noch einige Zeit in Anspruch nehmen sollte, ist die erneute Rückkehr Deutschlands als Großmacht wahrscheinlich. Denn so sehr es den künstlich geschaffenen Faktoren auch gelingen mag, die Entwicklung vitaler Völker zu verhindern, wird deren Erfolg nur vorübergehend und von befristeter Dauer sein. Letztendlich wird das Wachstum des lebendigen Organismus die Störfaktoren unabdingbar überwinden.

Die gegenwärtige Politik Deutschlands lässt sich daher folgendermaßen zusammenfassen:

Die Europapolitik Deutschlands baut auf europäisch-pragmatischen Grundlagen auf. Einerseits kooperiert es mit Frankreich hinsichtlich des Aufbaus einer deutsch-französischen Achse, da diese den Eckpfeiler einer zukünftig einheitlichen Europapolitik bildet. Andererseits berücksichtigt Deutschland die US-Interessen in Europa und den strategischen US-Schutz für die deutsche Sicherheit nach dem Zweiten Weltkrieg. Deutschland setzt keine US-Interessen aufs Spiel, sondern hat sie stets zur obersten Priorität erhoben. Ein drittes Merkmal besteht darin, dass die deutsche Politik dem wirtschaftlichen Aspekt besondere Beachtung schenkt, was sich in dem Versuch widerspiegelt, die Wirtschaft der osteuropäischen Staaten alleine zu dominieren und sich diese ohne Mitbeteiligung seiner europäischen Partner einzuverleiben.

Seit kurzem ist auch zu beobachten, dass sich die deutsche Politik zunehmend für militärische und politische Aspekte globaler Tragweite interessiert. Beispiel dafür ist die verstärkte Beteiligung an NATO-Einsätzen – wie in Afghanistan, in Bosnien und im Kosovo geschehen – und die Teilnahme des deutschen Außenministers an politischen Aktivitäten seiner französischen und britischen Amtskol-

legen – wie beim Besuch der drei Minister im Iran, um Druck auf diesen auszuüben, das Zusatzprotokoll zur plötzlichen Inspektion seiner Nuklearanlagen zu unterzeichnen. Hierunter fällt auch die aktive und erfolgreiche Vermittlerrolle Deutschlands bei dem Gefangenenaustausch zwischen dem Judengebilde und der Hisbollah.

Und so ist eine Entwicklung in der deutschen Politik erkennbar, die sich in der Herauslösung aus der bisherigen Isolation zeigt, welche sich lediglich auf die wirtschaftlichen Aspekte konzentrierte. Für den Beobachter wird die stärker werdende politische Rolle der Deutschen sichtbar, die sich auf gleicher Augenhöhe mit der französischen und der britischen Rolle zu befinden scheint.

Wenn Deutschland seine Rückkehr als Großmacht beschleunigen möchte, muss es sich der Kriegsindustrie zuwenden und diese für sich zur Schicksalsfrage erheben. Deutschland muss zudem ein politisches Bewusstsein bezüglich seiner Zusammenkünfte mit Frankreich und Großbritannien entwickeln, da diese, wie man weiß, die Instrumentalisierung der Europäischen Union zwecks ihres eigenen internationalen Einflusses anstreben. Frankreich versucht sich mithilfe Deutschlands zu stärken, um selbst in Europa hervorstechen, während Großbritannien seine politische Verschlagenheit bei seinen Treffen mit Deutschland und Frankreich dazu nutzt, eigene Interessen zu verwirklichen. Deutschland obliegt es nun, auch wenn es seine Kooperation mit Frankreich im Speziellen und mit den übrigen EU-Staaten im Allgemeinen fortsetzt, sich dem Aufbau einer eigenen militärischen Macht mit deutschem politischem Gewicht innerhalb der EU zuzuwenden, um nicht bloß als Instrument für die Interessen anderer zu dienen. Es muss die weltpolitische Lage aus einer deutschen, nicht aus einer europäischen Perspektive betrachten und aus der Geschichte Europas eine Lehre ziehen.

3. **Das japanische Volk** ging aus Handel und Schifffahrt hervor und lebte auf einer beengten Landfläche. Mut gehört zu seinen hervorstechendsten Charakterzügen und richtiges Herangehen an die Dinge zu seinen wichtigsten Eigenschaften. Aus diesem Grund begann es unverzüglich mit dem Aufbau einer Industrie, sobald die industrielle Revolution einsetzte. Und so wurde Japan zu einem Staat, der trotz seiner kleinen Landesfläche zu den Großmächten zählte. Unbekümmert trat es in einen Krieg mit China ein, um ihm einen Teil seines Territoriums abzurufen, und zögerte nicht lange mit einem Angriff auf die USA, da diese von Japan als Bedrohung erachtet wurden. Deswegen gehörte es zu den wichtigsten US-Plänen, die japanische Industrie nicht auf militärischer Grundlage, sondern auf Basis von Handel und Wirtschaftswachstum aufzubauen, um Japan auf diese Weise unter Kontrolle zu halten. Dies hatte den Zweck Japan daran zu hindern, auf internationaler Bühne eine aktive Rolle zu spielen. Gegenwärtig ist Japan eine Wirtschaftsmacht, mit der man zweifelsohne zu rechnen hat.

4. **Das amerikanische Volk** ist ein Volk mit großem Wohlstand, das in einem Land mit immensen Reichtümern lebt. Es hat einen erbitterten Kampf mit den europäischen Staaten hinter sich, von denen es kolonialisiert wurde. Dieser Kampf wurde insbesondere mit Großbritannien geführt. Es erlangte bewusst und in voller Erkenntnis seine Unabhängigkeit durch den Einsatz von Waffengewalt. Dies rief in den Amerikanern eine ihrer wichtigsten Charaktereigenschaften hervor: den Pragmatismus, d. h. die Philosophie, dass der Zweck die Mittel heiligt. Der Widerstand gegen den europäischen Kolonialismus schuf in ihnen die Leidenschaft und die Achtung für hohe Werte. Die Amerikaner eigneten sich allerdings wie die übrige christliche Welt die kapitalistische Ideologie an, so dass von nun an zwei Faktoren auf sie einwirkten: der Faktor der Bescheidenheit und Rechtschaffenheit auf der einen und der des

Nutzens und des Kolonialismus auf der anderen Seite. Großbritannien nutzte den ersten Faktor für sich aus, als dieser die Amerikaner noch beherrschte, und setzte ihn als Instrument ein, um sich selbst militärisch und wirtschaftlich zu stärken. Kaum war jedoch der Zweite Weltkrieg ausgebrochen und das amerikanische Volk durch das Golf-Öl auf den Geschmack des Kolonialismus gekommen, wurde es vom zweiten Faktor dominiert, nämlich vom Nutzen und vom Kolonialismus. Es ließ sich nun von der kapitalistischen Ideologie leiten und trat aus seiner Isolation heraus, um die Völker zu kolonialisieren und die Welt seiner Hegemonie und seiner Kontrolle zu unterwerfen. Das amerikanische Volk wird sich sicherlich kein zweites Mal in seine Isolation zurückbegeben, es sei denn durch Gewalt. Denn es wird von der kapitalistischen Ideologie beherrscht, und diese bestimmt sein Leben. Sein Verhalten orientiert sich jetzt allein am Nutzen. Zudem ist es von Selbstherrlichkeit und Arroganz erfüllt.

Amerika war zunächst eine Kolonie der europäischen Staaten, insbesondere Englands, und war in zahlreiche Länder aufgeteilt. Zuerst versuchte es den Druck des englischen Kolonialismus zu reduzieren und führte anschließend einen erbitterten Unabhängigkeitskrieg, der mit der Vertreibung der Engländer endete. Diese einzelnen Staaten einigten sich daraufhin auf die Bildung einer Union und die Errichtung eines einheitlichen Staates, was schließlich realisiert wurde. Auch die übrigen Staaten schlossen sich ihnen – entweder aus freien Stücken oder durch Einsatz militärischer Gewalt – als Bundesstaaten an, bis die USA ihre gegenwärtige Form erhielten und heute einundfünfzig Staaten zählen. Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden als ein starker Staat gegründet und nahmen auch auf internationaler Ebene diese Position ein. Sie waren in der Lage, beide amerikanischen Kontinente vor der Hegemonie der europäischen Staaten zu schützen und wurden so zu einer

anderen Welt, der so genannten „Neuen Welt“. Die USA wurden von einem fleißigen Volk getragen, das in einem Land mit großen Reichtümern lebte. Sie schufen sich eine Regierungsordnung, die, obwohl sie zu den demokratischen Ordnungen zählt, dennoch das Resultat eines tiefgründigen Denkens und eines praktischen Begreifens der Bedeutung von Herrschaft war – als eine von Menschen praktizierte Herrschaft über Menschen. Das Bild der idealen Herrschaft wurde also nicht rein logisch betrachtet, sondern in seiner praktisch-realistischen Natur verstanden. Dies spiegelt sich sehr gut in der Methode wider, wie der amerikanische Präsident aufgestellt wird, in der Tatsache, dass ihm umfangreiche Befugnisse übertragen wurden, und in der Rolle, die ihm im Staatsgefüge zukommt. Es zeigt sich auch in der Festlegung der Befugnisse der übrigen Staatsapparate und in der starken Einheit, die sich im Staat manifestiert, obwohl es sich um ein föderalistisches System handelt. Ferner sieht man dies am großen Freiraum, der dem Volk bei der Wahl des Staatspräsidenten und der Staatsapparate zukommt. Dies hatte einen großen Einfluss auf die Stärke der USA und auf das Anwachsen dieser Stärke mit immenser Geschwindigkeit. Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg traten die USA aus ihrer Isolation heraus und nahmen nun aktiv an der Leitung der Weltgeschichte teil. Sie versuchten sogar, diese allein in die Hand zu nehmen. Später ließen sie ihren Feind, die Sowjetunion, von 1961 bis 1979 daran teilhaben. Die Ambitionen der übrigen Großmächte wurden gekappt. Danach sahen die USA ihre Ziele aus der Entspannungspolitik und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion (Russland) als erfüllt an, andererseits brachte diese Politik aber einige Nachteile mit sich. Denn die europäischen Staaten versuchten sich aus dem Griff der USA zu befreien und eigenständige Beziehungen zur Sowjetunion aufzubauen. Des Weiteren wurde sichtbar, dass die Sowjetunion gewagte – wenn auch nicht erfolgreiche – Versuche unternahm, in der Weltpolitik Fuß zu fassen, um sich

so als internationaler, von der US-Politik unabhängiger Pol durchzusetzen. Nachdem die USA dies alles wahrgenommen hatten, entschlossen sie sich zu einer Eskalationspolitik mit der Sowjetunion zurückzukehren und ein erneutes Wettrüsten durchzuführen, das einen neuen Kalten Krieg entfachen sollte. Die USA traten nun mit der Sowjetunion und dem Ostblock in einen kulturell-ideologischen sowie ökonomischen Krieg. Durch bilaterale Abkommen wurden der Sowjetunion die Hände gebunden, was letztlich zu deren Zusammenbruch führte und die USA als einzige Weltmacht und einflussreichster Pol in der Weltpolitik übrig blieben.

Zwei zentrale Parteien existieren in den USA: die Republikanische und die Demokratische Partei. Große Unterschiede zwischen den Parteiprogrammen beider Parteien kann man jedoch nicht erkennen, nicht einmal in der angewandten Politik. Beide Parteien folgen so gut wie demselben Plan, und beim Machtwechsel zwischen den beiden Parteien ist kaum ein Wandel zu erkennen. Dies gilt sowohl für die Innen- als auch für die Außenpolitik. Sollte es einmal doch zu Veränderungen kommen, so ergeben sie sich aufgrund veränderter Umstände und nicht aufgrund unterschiedlicher Parteiprogramme.

Allerdings verfügt die demokratische Partei über tiefere Wurzeln. Sie ist die eigentliche Volkspartei und besitzt im Volk eine gewaltige Mehrheit. Deswegen ist auch die Kongressmehrheit zumeist auf Seiten der Demokraten. Die republikanische Partei hingegen ist hinsichtlich ihrer Entstehung jünger. Sie stellt die Partei der Reichen und Großvermögenden dar. Die meisten ihrer Mitglieder sind Inhaber von Großkapital und Besitzer von Monopolfirmen. Auch eine große Anzahl Intellektueller befindet sich unter ihnen. Auf das Gewinnen der Massen legt sie wenig Wert und ebenso wenig darauf, die Mehrheit auf ihrer Seite zu haben. Wäre das amerikanische Präsidentenwahlsystem der republikanischen Partei nicht zugute gekommen, wäre sie bei Präsidentenwahlen niemals erfolgreich ge-

wesen. Daher handelt es sich in ihrem Falle um eine Minderheits- und nicht um eine Mehrheitspartei.

Die Vereinigten Staaten werden wie die übrigen kapitalistischen Staaten von Monopolkonzernen und Unternehmern dominiert. Deren Einfluss beherrscht die Politik der USA. Doch angesichts der Tatsache, dass jeder Einzelne in der Tat das Staatsbürgerrecht genießt und in der Lage ist, Einfluss auf die Herrschaft auszuüben – sei es durch die Wahlen oder die Rechenschaftsforderung –, wird in den USA deutlicher als in den übrigen kapitalistischen Staaten sichtbar, dass es sich hier um die Herrschaft des ganzen Volkes handelt. Angesichts ihrer Reichtümer, welche eine unerschöpfliche Quelle darstellen, angesichts des Kontingents an Akademikern, Intellektuellen und Denkern und angesichts des dort herrschenden Geistes von Freiheit und Fleiß ist die Stärke der USA authentisch und nicht nur oberflächlicher Natur. Und obwohl das Volk keines mit tiefen Wurzeln ist, sondern sich aus einzelnen Individuen und Gruppen aus unterschiedlichen Ursprungsländern zusammensetzt, wird es durch die Staatsbürgerschaft in einer starken Bindung tatsächlich miteinander vereint. Selbst ein Migrant, der sich erst wenige Jahre dort aufhält, das Recht auf Einbürgerung erhält und Staatsbürger wird, ist um den Staat, um das Volk und dessen Interessen besorgter als um sein eigenes Herkunftsland. Dies ist ein Resultat der Stärke, die das Land durch seine Bewohner und durch die Beziehungen unter den Menschen ausstrahlt.

Was die Außenpolitik betrifft, so besteht sie aus der Politik der Reichen und der Besitzer der Monopolkonzerne. Anders ausgedrückt, es ist eine reine Kolonialpolitik ohne Platz für edle Werte. Trotz der Einfalt, in der amerikanische Politiker erscheinen und die zuweilen fast an Idiotie grenzt, sind sie tiefgründiger im Denken als viele andere Politiker auf der Welt. Sie verfügen über immense Kapazitäten, um rasch Veränderungen herbeizuführen, Methoden ab-

zuwandeln und Probleme zu lösen. Vielleicht spielt die kolonialistische Motivation neben dem hohen Bildungsniveau eine Rolle bei ihrer politischen Aktivität. Sie betrachten die übrige Welt als ihre Farm und die ehemaligen Großmächte als zu inkompetent für den Einfluss, den diese besitzen, so dass die USA es nun für gekommen sehen, dass die ehemaligen Großmächte in den Ruhestand treten und sich wie die übrige Welt damit zufrieden geben, sich der Kontrolle der Mächtigen zu unterwerfen.

Das heutige Amerika verfügt über ein gewaltiges nukleares Arsenal, das das Arsenal aller übrigen Atommächte zusammen um ein Vielfaches übertrifft. Die Militärausgaben der USA in Relation zu denen der übrigen Großmächte demonstrieren den Umfang der amerikanischen Überlegenheit. Im Jahre 2002 sahen die Militärausgaben der westlichen Großmächte folgendermaßen aus:

• Großbritannien	–	35 Milliarden Dollar
• Frankreich	–	32 Milliarden Dollar
• Deutschland	–	23 Milliarden Dollar
<hr/>		
Gesamt:	–	90 Milliarden Dollar

Dagegen gaben die USA allein 350 Milliarden Dollar aus – vom qualitativen Unterschied der Waffen und den Expertenaussagen, die USA seien den Europäern technologisch gesehen um Jahrzehnte voraus, ganz zu schweigen. Darüber hinaus beherrschen die USA die Vereinten Nationen und deren untergeordnete Organisationen und verfügen über das höchste Geldkapital in der Weltbank und im Internationalen Währungsfond (IWF) und somit über den umfangreichen politischen Einfluss, den der Internationale Währungsfond auf die Länder weltweit ausübt. Ferner trieben die USA ihren Handel über die Globalisierungspolitik voran, wofür die Welthandelsorganisation mobilisiert wurde und ihnen als Instrument für die Einmi-

schung in lokale Märkte diente, und zwar unter dem Vorwand der Festlegung eines einheitlichen Zolltarifs. Sie arbeiteten damit auf eine Befreiung des Welthandels hin. Aufgrund ihrer starken wirtschaftlichen Kraft und ihres Besitzes der größten Anzahl multinationaler bzw. globaler Konzerne profitierten die USA vom juristischen Mantel, den die Welthandelsorganisation ihnen durch die Öffnung der Märkte bot. Es waren Märkte, die beinahe verschlossen waren oder sich nicht in die von den USA dirigierte offene globale Wirtschaft integrieren lassen wollten.

Diese gewaltigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kapazitäten erlaubten den USA die Einmischung in sämtliche Staaten unserer heutigen Welt und ließen sie weltweit zu einem Teil der nationalen Politik eines jeden Landes werden. Amerika versucht eine Hegemonialpolitik über alle Staaten zu betreiben, und zwar ausnahmslos und ohne Unterschied zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Und obgleich die USA nicht immer damit Erfolg haben, lassen sie von ihren Hegemonialbemühungen nicht ab.

Die USA haben bei allen herrschenden Problemen in der Welt stets ihre Hände im Spiel und heizen die Spannungsherde in den Krisenregionen an. Staaten wurden mit neuen Begriffskategorien belegt, wie etwa mit dem Ausdruck „Achse des Bösen“ oder „Schutzstaaten des Terrors“ und Ähnliches. Nicht einmal verbündete Staaten oder solche, die sich in ihrem Schlepptau befinden, blieben davon verschont. Sie zwangen sogar die Welt dazu, entweder auf ihrer oder auf Seiten des Terrors zu stehen. Dass man aber weder auf ihrer noch auf Seiten des Terrors steht, wurde nicht akzeptiert.

Die USA lösen Krisen aus, entfachen Probleme und schüren Spannungen. Daraufhin verwalten sie diese Krisen und versuchen Lösungen für sie zu finden. All das ist Teil der Strategie, die Welt ihrer Hegemonie zu unterwerfen.

Die USA haben somit ihre militärische und wirtschaftliche Macht auf perfide Weise in den Dienst ihrer politischen Handlungen gestellt. Damit beschränkt sich ihr Einfluss nicht bloß – wie es bei den klassischen kolonialistischen Staaten üblicherweise der Fall ist – auf den ökonomischen und kommerziellen Bereich. Vielmehr erstreckt er sich über sämtliche Gebiete des zivilen Lebens, sodass Bildung, Medien, soziales Leben, Denken, Kultur und Sicherheit davon betroffen sind.

In der Frage der Bildung ist ihre Rolle bei der Änderung der Lehrpläne gemäß ihrer ideologischen Sichtweise nunmehr deutlich geworden. So finden wir arabische Staaten wie Saudi-Arabien, Kuwait, Jordanien, Ägypten und andere Länder vor, die es sich zur Pflicht gemacht haben, ihre Lehrpläne mit dem Vorwand zu überarbeiten, sie weiterzuentwickeln und der Zeit anzupassen. Saudi-Arabien z. B. nahm in seinen Schulbüchern an einem der wichtigsten Lehrstoffe des Religionsunterrichts, dem Prinzip von „*al-Walāʿ wa l-Barāʿ*“⁴ Änderungen vor. Auch Jordanien, Ägypten, Kuwait und andere Länder modifizierten jene Lehrstoffe, die den *Ǧihād*, den Kampf gegen die ungläubigen Aggressoren aus den Reihen der Juden und Christen und ähnliche islamische Ideen, die den USA verhasst sind, zum Inhalt hatten.

Was die Medien betrifft, so stellten die USA hunderte Millionen von Dollar bereit, um einen medialen Einfluss auf die arabischen und muslimischen Massen auszuüben. So gründeten sie den Rundfunksender „*Radio Sawā*“ und den Fernsehkanal „*Al-Ḥurra*“, um ihr Gift in allen Wohnstuben der arabischen Länder zu versprühen.

⁴ wörtl. „Verbundenheit und Lossagung“. Unter diesem Titel wird das islamische Prinzip der Verbundenheit (*al-Walāʿ*) mit Allah, Seinem Gesandten und den Gläubigen zusammengefasst sowie die Lossagung (*al-Barāʿ*) von all jenen, die sich Allah und Seinem Gesandten widersetzen und einem anderen Weg als dem der Gläubigen folgen.

Im Bereich des sozialen Lebens fixierten die USA ihr Augenmerk auf die Frau, um sie von den islamischen Werten zu entfernen. Es wurden Gelder aufgewendet und Druck auf Regierungen ausgeübt, um Frauenkonferenzen abzuhalten und Frauen den Weg in die Regierungen und Parlamente zu ebnen. Sie ließen die Idee von der Freiheit der Frau in neuem Gewand und unter neuen Vorzeichen wieder aufleben.

Was Denken und Kultur betrifft, rekrutierten die USA Institute für Geistesbildung, Demokratie und Pluralismus und gründeten Menschenrechtsorganisationen. Diese sollen - der amerikanischen Methode folgend - die Freiheitsideen nach westlichem Verständnis propagieren. Unterstützt wurde die Arbeit dieser Institute und Organisationen durch das Ausstrahlen von Hollywoodfilmen und aufwändigen High-Tech-Produktionen, die das Programm der meisten arabischen und nichtarabischen Fernsehkanäle dominieren.

Im Bereich der Sicherheit zielten ihre Bemühungen darauf ab, die Sicherheitsapparate der arabischen Länder und die der Staaten in der islamischen Welt mit den eigenen Nachrichtendiensten zu verknüpfen, insbesondere mit der CIA und dem FBI. Und so kann man erleben, wie amerikanische Sicherheitsagenten völlig frei und unter dem Schutz des Gesetzes in den Städten der islamischen Länder umherpatrouillieren können, wie es im Sudan, im Jemen, in Kenia, in Tansania, in Libyen, in Pakistan und anderswo der Fall ist. Diese Sicherheitsverknüpfungen umfassen die Auslieferung von Verdächtigen an die USA und die Erlaubnis zu speziellen Militäraktionen gegen so genannte „Terroristen“, durchgeführt von US-amerikanischen Sondereinheiten.

Somit gelang es den USA, ihren Arm so weit zu verlängern, dass er sowohl in den Gesellschaften der islamischen als auch der nichtislamischen Länder bis an die Angeln des täglichen Lebens reicht und

dort nach Belieben Unheil anrichten kann. Genau dies tun die USA im Nahen Osten, in Afrika, in Südasien und in Lateinamerika, wo sie Aristide, den gewählten Präsidenten Haitis, stürzten und ins Ausland verbannten. Derzeit versuchen sie, den venezolanischen Staatspräsidenten Chávez aus dem Amt zu jagen. Auf diese Weise ist es den USA fast gänzlich gelungen, an die Schlüsselzentren der schwachen Staaten heranzukommen. Zurückzuführen ist dies auf die Fügsamkeit der Regenten dieser Staaten, die sich den USA vollkommen unterworfen haben.

Allerdings wird diese amerikanische Hegemonie nicht von langer Dauer sein. Sie befindet sich trotz der augenscheinlichen US-Präsenz in allen Teilen der Weltkugel und der Kooperation der dortigen Herrscher und Regierungen bereits auf dem Rückzug. Denn der anschwellende Zorn vor allem der islamischen Völker gegen die USA und der wachsende Hass der breiten Massen auf die Amerikaner, bedingt durch deren Hochmut, deren Arroganz, deren Parteinahme für die Juden, den von ihnen betriebenen Kolonialismus und deren Unterjochung anderer, rufen überall den Widerstand und den Kampf gegen die amerikanische Präsenz wach, ob auf ihrem eigenen Kontinent oder anderswo. Zu ergänzen ist auch der Druck, dem die anderen Großmächte ausgesetzt sind, und die Zerschlagung derer Interessen durch die USA. Die Ursache hierfür sind der Hochmut der USA, ihr Streben nach alleiniger Ausbeutung der Ressourcen, ihr Drang nach fortwährender Hegemonie und ihr Versuch, die internationalen Angelegenheiten allein in die Hand zu nehmen.

Steht ein Staat an der Spitze der Welt, der sich die kapitalistische Ideologie angeeignet hat, die auf Kolonialismus und die Ausbeutung anderer beruht, ohne dass ein anderer Staat vorhanden wäre, der mit ihm um die Führung der Welt konkurriert, so wird die Welt in ein dauerhaftes Elend gestürzt und ununterbrochen von Problemen und Krisen heimgesucht. Beleg dafür ist die real sichtbare, weltweite

Verbreitung von Verderben und Unheil durch die USA und die permanente Hervorrufung von Krisen.

Das Leid und das Elend, das die kapitalistischen Staaten, insbesondere die USA, verursachen, werden nicht eher ein Ende haben, bis der Staat des Kalifats errichtet ist, der die Ideologie der Wahrheit zur Anwendung bringt: den großartigen Islam, den Allah als Gnade für alle Menschen auf Seinen Gesandten herabsandte. Dann wird die Gerechtigkeit des Islam die hässliche Fratze des Kapitalismus mit seiner materiellen Idee und seiner kolonialistischen Methode aufdecken. Die edle Kraft des Islam wird die Tyrannei und die Selbstherrlichkeit der USA zerstören und sie wieder in ihre Isolation und ihre Neue Welt – wenn ihnen eine solche noch bleiben sollte – verbannen. Das Gute wird überall Verbreitung finden, und die Welt wird erleichtert aufatmen, nachdem sie lange Zeit von Leid und Elend heimgesucht wurde.

5. Was das englische Volk betrifft, so herrschte bei ihm seit seiner Entstehung das Boots- und Fischereigewerbe vor. Später entwickelten sich Schifffahrt und Handel. Dies weckte bei ihm den Trieb nach Profit und Ausbeutung, und die Händlernatur wurde zu einem Teil seiner Persönlichkeit. Angesichts seines territorial begrenzten Lebensraums war es auf die Unterstützung anderer angewiesen, vergleichbar mit den Fischern, die auf hoher See der Hilfe anderer bedürfen und selten allein aufs Meer hinausfahren. Dann hielt die kapitalistische Ideologie Einzug, die von den Engländern verinnerlicht wurde und das Profitdenken bei ihnen zu einem Wesenszug machte. Deswegen baut das politische Leben in England - seit seiner Entstehung bis heute - auf die Zuhilfenahme anderer auf und auf das Auswerfen eines Köders, wann immer man etwas fangen wollte. Dies gilt sowohl für kolonialisierte Länder als auch für solche, deren Hilfe England in Anspruch nehmen wollte. So basiert die gesamte englische Politik auf Allianzen, Blockbildungen und der Be-

teiligung am Kolonialismus. Es hat daher im 19. Jahrhundert andere Staaten am Kolonialismus teilhaben lassen und ihnen freie Hand bei der Kolonialisierung mancher Länder gelassen, mit dem Ziel, sie bei der Verteidigung englischer Interessen an ihrer Seite zu wissen. So wurde Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg mit in den Nahen Osten involviert, um im Falle einer Bedrohung für die Region an der Seite Englands zu stehen und bei Gefahr als Schutzwall zu fungieren, so dass man davon zu sprechen begann, England kämpfe bis zum letzten französischen Soldaten.

So war die Fischermentalität für die Formung einer gewissen Eigenschaft im englischen Volk verantwortlich, welche darin bestand, die Hilfe anderer in Anspruch zu nehmen, um eigene Interessen zu verwirklichen.

Ein weiterer Charakterzug, der zu seinen wichtigsten zählt, ist typisch für Großbritannien: das Festhalten an Althergebrachtem, ohne es durch Veränderung oder Weiterentwicklung aufzugeben. Tut man es doch, dann nur langsam und nur, wenn es unvermeidbar ist. Die Engländer sind im wahrsten Sinne des Wortes ein konservatives Volk. Bis heute werden sie von alten Adelsfamilien, Wohlhabenden und Großkapitalisten beherrscht. Obwohl das Volk davon ausgeht, demokratisch zu sein und der Demokratie zu folgen, wird bei genauerer Betrachtung offensichtlich, dass dies den Tatsachen widerspricht. Das Volk hat nicht den geringsten Einfluss auf die Einsetzung der Regenten; vielmehr sind es die Adelsfamilien und Monopolträger, die – sei es in der Vergangenheit oder Gegenwart – für die Aufstellung der Regierenden verantwortlich sind, nicht aber das Volk selbst. Damals wie heute bestimmen die alten Familien und die Kapitalbesitzer die Geschicke des englischen Volkes. Seit frühester Zeit hat man jede Volksbewegung in England mit Hinterlist bekämpft und sie mit ihren eigenen Mitteln geschlagen. So stellt der Cromwell-Aufstand, dessen sich die Engländer rühmen, keinen

Volksaufstand dar, sondern war der Aufstand des Adels gegen den Aufstand des Volkes. In jener Zeit kam es nämlich zu einem Volksaufstand, der die Herrschaft der Adelsfamilien und Kapitalisten beseitigen wollte. Dieser wäre beinahe gelungen, doch die Adelsfamilien ersannen eine List und entsandten Cromwell, um einen Aufstand zu organisieren, mit dem er nur einige Rechte einfordern sollte. Viele schlossen sich ihm an, und einigen seiner Forderungen wurde nachgegeben. Damit gelang es ihm, dem eigentlichen Volksaufstand den Wind aus den Segeln zu nehmen und ihn im Keim zu ersticken. Regiert wird England bereits seit Jahrzehnten von der Konservativen Partei. Die Labour Party stellt nichts anderes als ein Instrument dar, das immer dann zum Einsatz kommt, wenn in England der Bedarf danach besteht oder wenn die Konservative Partei zur Lösung bestimmter Fragen nicht in der Lage ist. In diesem Fall bedient man sich der Labour Party, um eine Lösung herbeizuführen. Und es scheint, als wenn die Parteiführung der Labour Party sich dieser Tatsache bewusst geworden ist und nun versucht, sich damit zu arrangieren. Der Regierungswechsel zwischen beiden Parteien scheint nun eher einem Rollenwechsel zwischen den Konservativen und der Labour Party zu gleichen, als dass die Labour Party ein Instrument in Händen der Konservativen wäre. Deswegen sehen wir, dass Tony Blair, der gegenwärtige Parteichef der Labour und Premier Großbritanniens, den Charakter der Partei verändert und sich in vielen politischen Inhalten den Konservativen angenähert hat. Sein politisches Erscheinungsbild zeigt sich auf eine Weise, die sich nicht von hochrangigen Vertretern der Konservativen Partei unterscheidet. Hinsichtlich seiner Innen- und Außenpolitik nahm er sich sogar Margret Thatcher, die ehemalige Parteichefin der Konservativen, zum Vorbild. Die Labour Party unterscheidet sich nun kaum mehr von den Tories, sodass beide Parteien zu einem Zwillingsbild der Republikaner und Demokraten in den Vereinigten Staaten geworden sind.

Kommen Labour-Angehörige gar dahinter, dass England im Grunde vom alten Adel und den Kapitalbesitzern regiert wird, werden sie in Umstände verstrickt, die sie den Einfluss auf die Partei und damit auf die Politik kosten. Das Labour-Mitglied Bevan in den Dreißiger- bis Sechzigerjahren und George Brown in den Sechzigerjahren sind das beste Beispiel dafür, dass die Konservativen sogar die Labour Party beherrschen und jeden beseitigen, der die Dominanz der herrschenden Kraft auf die Regierung einschränken will. Die Konservativen selbst wählen ihre Führung nicht. Vielmehr wird sie vom Vorgänger bestimmt. So ist es im Falle McMillans geschehen, als er Lord Hume bestimmte, und ebenso, als Margret Thatcher John Major als ihren Nachfolger festlegte. Auch wenn Heath und Major gewählt wurden, so handelte es sich dabei um formelle Wahlen, da sie zuvor ernannt und erst dann pro forma gewählt wurden. Aus diesem Grund handelt es sich beim Regierungssystem in England, auch wenn es als demokratisch bezeichnet wird, um eine Ernennung, die von einer bestimmten Schicht vorgenommen wird, nämlich vom Adel, den Kapitalbesitzern und den Monopolisten.

In Anbetracht der Tatsache, dass Großbritannien eine Insel ist, die sich mitten im Ozean befindet und ihre Bewohner nicht ausreichend versorgen konnte, stellte die Suche nach dem Lebensglück außerhalb der Insel eine notwendige Konsequenz dar. Doch als sie hinauszogen, geschah dies in kolonialistischer Absicht und nicht in ihrer Eigenschaft als Händler, auch wenn es ihnen zunächst um den Handel ging. Sie trugen nicht die Absicht, Geschäfte zu machen, sondern das Blut der Völker auszusaugen und ihre Reichtümer zu plündern. Anfangs besaßen sie nämlich keine eigenen Kapitalien, um damit Handel zu treiben. Also zogen sie aus, um sich Reichtümer anzueignen. Dies war ihre Situation, seit sie von der Insel aufbrachen. Nach Annahme der kapitalistischen Ideologie mit dem untrennbar damit verbundenen Profitdenken harmonierte diese Ideolo-

gie mit der Mentalität der Engländer. Die kolonialistische Seite verankerte sich so fest bei ihnen, dass sie zu einem kolonialistischen Staat ersten Ranges wurden. Da sie aber zahlenmäßig gering waren und sich stärkeren Mächten nicht entgegenstellen konnten, bedienten sie sich anderer Völker und Staaten, um sich selbst zu helfen. Dies nahm die Form von Zusammenschlüssen an, wie die Gründung von Allianzen, das Abhalten von Konferenzen oder das Schließen von Abkommen. Aus diesem Grund ist die blockbildende Seite ein unverzichtbarer Bestandteil der englischen Politik. Auch wenn die Intelligenz der Engländer nicht jene anderer Völker übertrifft, so haben sie doch die Fähigkeit, diese Intelligenz bis zur äußersten Grenze in Anspruch zu nehmen. Auf diese Weise stachen sie durch ihren Sinn für Politik, für politische Aktionen und durch ihre Fähigkeit zur Bewältigung von Problemen hervor. In deutlicher Form bildete sich bei ihnen ein Verstand zur Problemlösung aus. Angesichts ihres dringenden Bedürfnisses nach Ausdehnung bauten sie ihre Industrie auf Grundlage der Kriegsindustrie auf. Dies verhalf ihnen im wahrsten Sinne des Wortes zu einem Staat aufzusteigen. Sie verfügten nun über eine Kriegsmacht, entsprechendes Kriegsgerät und ein industrielles Potential, zusätzlich zu ihrem ausgedehnten Politik- und Regierungsverständnis sowie ihrer Verschlagenheit, die zumeist von Hinterlist gekennzeichnet ist.

Was die englische Außenpolitik betrifft, so basiert sie auf der Grundlage des Kolonialismus. Zwei Aspekte treten hierbei hervor: die Wahrung des internationalen Gleichgewichts und die Sicherstellung der englischen Präsenz in der Weltpolitik – gleich zu welchem Preis. Deswegen beteiligten sich die Engländer auf markante Weise an den Kreuzzügen und stellten sich im Rahmen der Heiligen Allianz in die vorderste Reihe unter den Großmächten. Als Napoleon seine Eroberungszüge unternahm, standen sie an der Spitze derjenigen Staaten, die ihn vernichtend schlugen und Frankreich wieder in seine

ursprünglichen Grenzen zurückdrängten. Als Deutschland zur Zeit Bismarcks aktiv wurde, beteiligte sich England an der Berliner Konferenz. Es hatte unter anderem das Ziel, die Macht Deutschlands einzudämmen. Und nachdem es ein auffällig starkes Wachstum Deutschlands wahrgenommen hatte, erklärte es ihm den Krieg und führte zwei Weltkriege gegen das deutsche Reich. Danach versuchte England die ganze Welt in einen Weltkrieg zu zerren, um die Weltkarte umzugestalten und die beiden Giganten jener Zeit (USA und UdSSR) zu schwächen, die die Welt in der Phase der Entspannungspolitik beherrschten. Nachdem es im Anschluss an das zwischen den beiden Supermächten geschlossene Abkommen aus der Weltpolitik verdrängt wurde, verhielt es sich wie jemand, der sein Machtbasis verloren hatte. Es begann sich nervös und aggressiv zu verhalten und versuchte verzweifelt, auf die Weltbühne zurückzukehren und an der Weltpolitik teilzuhaben. Großbritannien stützt sich darauf, Deals mit Staaten abzuschließen und Männer auf seine Seite zu ziehen und zu beeinflussen. Es schreckt nicht davor zurück, dem Gegner den Löwenanteil zu überlassen, um mit ihm einen Handel abzuschließen. In der Politik kennt es weder Freund noch Feind, sondern nur das Interesse und nichts anderes. So etwas wie „internationale Moral“ betrachtet es lediglich als Täuschungsinstrument und glaubt nicht an dessen Existenz. In seiner Politik wird die Lüge als effektive Waffe eingesetzt, auch wenn es versucht, dies zu vertuschen, um Vertrauen herzustellen. Auf einem gemeinsamen Treffen mit Roosevelt und Stalin zur Erörterung des Krieges und der Zukunft Deutschlands äußerte der damalige britische Premierminister Churchill in aller Offenheit: *„Die Wahrheit ist im Krieg so wertvoll, dass sie durch ein ganzes Heer an Lügen geschützt werden muss.“* Dies zeigt, wie essentiell die Lüge in der britischen Politik erachtet wird.

Dies sind die Fakten um Großbritannien und seine Politik. Es muss auf der Grundlage behandelt werden, dass es ein kolonialis-

tischer Staat ist und dass es von der Ausbeutung seines Volkes lebt. Auch gewaltige Ereignisse und Jahre des Ungemachs vermochten es nicht, an dieser Methode etwas zu ändern. Großbritannien schaffte es, sämtliche Volksaufstände auf seinem Boden hinter Licht zu führen, sodass kein einziger davon erfolgreich war. In gleicher Weise wird der Widerstand gegen den britischen Kolonialismus nur dann erfolgreich sein, wenn seine arglistigen Mittel erkannt werden. Auch muss man ihm in einer unerbittlichen Weise entgentreten, die von Verschlagenheit begleitet wird. Eine Verschlagenheit, die nach außen hin einfältig erscheint, in Wahrheit aber mit verdeckten Mitteln arbeitet. Seine Stärke im Inland lässt sich mit folgendem Dichterspruch zusammenfassen: „*Er heilte mich mit dem, was eigentlich die Krankheit war.*“ Seine Stärke im Ausland verbirgt sich in der Ausnutzung anderer, selbst derjenigen, die Widerstand gegen Großbritannien leisten. Es gibt keinen anderen Weg, Großbritannien zu besiegen, als es seiner traditionellen politischen Waffen zu berauben und ihm allein - ohne seine Helfer oder Partner - entgegenzutreten.

6. **Das französische Volk** hat sich im Herzen Europas einen Staat mit tiefen Wurzeln geschaffen. Es rühmt sich vor den übrigen Staaten Europas, die erhabenen Ideen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit hervorgebracht zu haben. Frankreich ist dafür bekannt, die Wiege außerordentlicher Männer im Bereich von Politik und Denken zu sein. Doch handelt es sich dabei in jedem Fall um einen kolonialistischen Staat, der dadurch gekennzeichnet ist, dass ihn die Freiheitsideen besonders beeinflussten, zunächst als individuelle Eigenschaft, die sich später zu einer Mentalität und zu einem Naturell der Franzosen entwickelt hat.

Seitdem das französische Volk die Freiheitsidee verinnerlichte, wurde die Zersplitterung zu einem seiner Wesenszüge. Von nun an glich es eher einer Gruppe von Individuen als einer Nation, einem

Volk oder einer Gemeinschaft. Deshalb finden sich bei ihm selten starke Regierungen oder eine starke Führung vor. Aus diesem Grund war es für England ein Leichtes, Frankreich des Öfteren auszunutzen. Und so folgte Frankreich nach dem Untergang Napoleons bis zur Zeit De Gaulles dem Fahnenzug Englands. Die Ursache hierfür liegt in der Freiheitsidee begründet. Selbst als Frankreich sich zur Kolonialisierung Amerikas, Asiens und Afrikas aufmachte, tat es dies auf Initiative Englands, das sich hiermit Verstärkung schaffen wollte, auch wenn an der Oberfläche der Kolonialgeschichte von einer Rivalität zwischen beiden Staaten die Rede ist.

Demzufolge lässt sich über das französische Volk nichts Wesentlicheres sagen, als dass es durch die Freiheitsidee gekennzeichnet ist. Die Gedankenfreiheit brachte die Philosophen, Dichter und Denker etc. ... hervor. Die politische Freiheit schuf den Stolz, die Würde und das Selbstbewusstsein und kreierte dieses große Kontingent an außergewöhnlichen Männern. Die persönliche Freiheit verwandelte Paris in eine Stätte der Prostitution, der Unzucht, der Begierde und der Lust. Es war die Freiheit, die jene Lücken in Frankreich erzeugte, die es den Fremden, insbesondere den Engländern, ermöglichte, sich Zutritt zu verschaffen. Folglich ist die Freiheit in ihrer absoluten Bedeutung die eigentliche Ursache für das französische Dilemma.

Es ist auch nicht möglich, von Parteien in Frankreich zu sprechen und davon, dass die Partei X so und die Partei Y so ist. In einem Volk wie diesem ist es schwer, ja fast unmöglich, dass sich Parteien im eigentlichen Sinne finden lassen. Es handelt sich vielmehr um Gruppierungen, die sich aus Individuen zusammensetzen und sich selbst als Parteien bezeichnen. Somit ist die Bildung einer starken bzw. stabilen Regierung schwierig. Denn jeder Franzose ist sein eigener Regent und trachtet danach, Regent zu werden. Aufgrund dessen kann man keine bestimmte französische Innen oder Außenpolitik ausmachen. Vielmehr hängt die Innenpolitik stets von der

Stimmung der Regierenden und ihrem Freiheitsverständnis ab, während die Außenpolitik von der Fähigkeit Frankreichs abhängt, andere zu überwältigen, um sie zu kolonialisieren und Einfluss auf sie zu nehmen. Frankreich zählt zu den kolonialistischen Staaten, da es sich die kapitalistische Ideologie angeeignet hat. Das Profitdenken ist zu einem essentiellen Bestandteil seines Lebens geworden. Deshalb ist es auf den Kolonialismus und den Erhalt seiner Kolonien bedacht.

Will man trotzdem eine Idee über die französische Außenpolitik vermitteln, dann die, dass sie – wie zu beobachten ist - auf der Grundlage der Herstellung eines Einflusses im Ausland beruht. Dies geschieht entweder durch die Gründung von Kolonien oder durch den Aufbau eines kulturellen oder wirtschaftlichen Einflusses. Politische Aktionen, die sich gegen Großmächte richten, haben den Zweck, Persönlichkeit zu demonstrieren und an Ruhm und Vorherrschaft teilzuhaben. Doch Frankreich beherrscht die politischen Kniffe nicht, sondern folgt zumeist einem Konfrontationskurs. Deshalb ist es dieser Tage nicht schwer, einen Konflikt zwischen Frankreich und den USA auszumachen, während es im Falle anderer Staaten, insbesondere Großbritanniens, schwieriger ist. Um den Aktionen Frankreichs begegnen zu können, ist es daher am besten, dessen Stolz nicht zu verletzen und ihm keine Möglichkeit zu geben, die Initiative zu ergreifen. Man darf Frankreich auch nur in dem Maße als Großmacht ansehen, wie es von den anderen Großmächten auf der weltpolitischen Bühne akzeptiert wird.

7. Das russische Volk ist arbeitsam. Es besitzt Vitalität und Kraft, ist jedoch naiv und unbedarft. Obwohl es zunächst die kapitalistische Ideologie verinnerlichte, dann die kommunistische und schließlich wieder zur kapitalistischen zurückkehrte, fiel es hinter Europa zurück und gelangte nicht auf die Stufe, die von den europäischen Völkern erreicht wurde. Bei den Russen löste dies gegenüber

den Europäern einen Minderwertigkeitskomplex aus, der sich negativ auf ihr Verhalten auswirkte.

Das russische Volk ist ein kriegserprobtes, couragiertes Volk innerhalb der eigenen Landesgrenzen. Außerhalb des Landes verschwinden jedoch diese Besonderheiten. Es war daher lange vorherzusehen, dass den Russen die Kontrolle über die osteuropäischen Staaten entgleiten würde. Und genau dies ist nach dem Verlust der Sowjetunion auch eingetreten. Die historischen Tatsachen belegen, dass das russische Volk außerhalb seiner eigenen Grenzen niemals einen Sieg davontragen konnte. Sein Dilemma in dem kleinen Land Tschetschenien ist ein Beweis dafür. Hingegen hat das russische Volk seine Feinde besiegt, wenn es im eigenen Land angegriffen wurde. Zu den bedeutendsten Triumphen nach einem Angriff auf das eigene Land zählen die Siege über Napoleon und Hitler.

Ogleich sich Russlands Herrschaftsform der Zarenzeit von dem der kommunistischen Zeit und dem der Gegenwart unterscheidet, handelte es sich stets um ein autoritäres System. Was den Zaren betraf, konnte er sich besonders auf die Feudalherren stützen. Im Verbund mit dem Geldadel haben die Großgrundbesitzer wie Herren über das Land geherrscht und die Innen- und Außenpolitik des Zaren vollends unterstützt. Alle gemeinsam beuteten sie auf widerwärtige Weise das Volk aus, was schließlich zum Niedergang des Landes und zur Rückständigkeit des Volkes führte.

Russland war vor dem Ersten Weltkrieg hinter Europa zurückgefallen und wurde von einigen europäischen Ländern ausgenutzt. So befanden sich die Hauptindustriezweige in den Händen Frankreichs, Englands und Belgiens. Die wichtigsten Bergbaubetriebe waren im Besitz der Franzosen. Die Kohleindustrie im Donetzbecken befand sich ebenso in ausländischer Hand, und fast die Hälfte aller Erdölfelder war im Besitz der Engländer und Franzosen. Ein Großteil

der erzielten Gewinne aus der russischen Industrie floss auf ausländische Konten, besonders auf die der Engländer und Franzosen. So befand sich das Land bis zum Jahr 1914 sowohl hinsichtlich des Regierungssystems als auch im Bereich von Wirtschaft, Kultur und Bildung in Rückständigkeit. Trotz allem stellte Russland eine Großmacht dar und zählte international zu den weltpolitisch einflussreichen Großmächten. Nach der Machtübernahme durch die kommunistische Partei änderte sich die Herrschaftslage lediglich im Stil. Denn die Kommunisten regierten das Land mit eiserner Faust, durch Töten, Blutvergießen, Repressalien und Terrorisierung. Ihre Herrschaft festigten sie auf den Leichen des Volkes. Es gelang ihnen jedoch, die Weltführungsmacht zu zwingen, von der Idee abzulassen, sie weiter zu bekämpfen. Mit ihr wurden Abkommen geschlossen, bis sie zu einem Verbündeten oder zumindest zu einem Beinahe-Verbündeten wurde. Somit wurde die Sowjetunion (Russland) zu einem Partner der Weltführungsmacht USA in der Steuerung der Weltangelegenheiten, mehr noch, die gesamte Welt wurde nun von beiden Supermächten, der Sowjetunion und den USA, beherrscht. Die Politik des kommunistischen Russland basierte auf der Idee, den Kommunismus zu verbreiten. Ihre Methode ist Sabotage, Zerstörung, Vernichtung und das Provozieren von Widersprüchen (Dialektik). Die Sowjetunion nahm jede Gelegenheit zu einem Versuch wahr, den Kommunismus in andere Länder zu tragen, und sie trachtete danach, jene Staaten zu beherrschen, deren Staatsform kommunistisch wurde.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus fand sich das russische Volk samt seiner Führung in einem Zustand wieder, der einer neuen Identität bedurfte, welche sich sowohl vom zaristischen Russland als auch von der kommunistischen Ära unterschied. Sie wandten sich dem Kapitalismus zu, wodurch das Land jedoch vom Regen in die Traufe geriet und die Armut nur noch größer wurde.

Das Bild Russlands war erschüttert und ebenso seine Position in der Welt.

Das Herrschaftssystem Russlands hat sich zu einem kapitalistischen System gewandelt und ähnelt nun jenem aus der Zarenzeit, allerdings unter Wahrung einiger Elemente der kommunistischen Ära. So betraten die Schicht der Kapitalisten und Großvermögenden wieder die Bildfläche und konnten wie in der Zarenzeit ihren Einfluss auf die Herrschaft ausüben. Jedoch mit dem Unterschied, dass Russland diesmal nicht von Zaren, sondern von Ex-Agenten des früheren Sowjetgeheimdienstes KGB und von ehemals kommunistischen Politikern, die ihre Farbe wechselten und gemäß der „neuen Mode“ zu Kapitalisten wurden, regiert wird.

Was die Außenpolitik Russlands anlangt, so ist sie darauf ausgerichtet, lediglich eine Rolle zu spielen, ohne einen globalen Blick für die Außenpolitik zu haben. Dadurch ging Russlands Präsenz auf der internationalen Bühne stark zurück. Nun sucht es lediglich nach irgendeiner internationalen Rolle, um nicht vollends an den Rand der Weltpolitik gedrängt zu werden. Dieser Zustand einer mangelnden intellektuellen, auf einem Überzeugungsfundament fußenden Identität beim russischen Volk sowie der politische Bankrott auf der Führungs- und auch auf der Volksebene schaffen die Gelegenheit, der Politik Russlands entgegenzutreten, indem Handelsbeziehungen mit Russland aufgebaut werden, die es den Muslimen erlauben, in Russland Fuß zu fassen, während den Russen dadurch die Gelegenheit geboten wird, den Islam auf lebendige Weise in den Beziehungen der Menschen wahrzunehmen. Den Bemühungen Russlands, Einfluss auf die Weltpolitik zu nehmen, kann entgegengewirkt werden, indem ihm von Anfang an keine Gelegenheit dazu geboten wird und sich die Beziehungen mit ihm auf den Handel beschränken. In allen anderen Bereichen muss ihm wie den übrigen kapitalistischen Staaten Widerstand geleistet werden. Denn die Außenpolitik Russlands ba-

siert auf Ausbeutung und Kolonialismus, auch wenn dies lediglich in den Nachbarstaaten offensichtlich wird.

Die vier letzterwähnten Völker, das amerikanische, englische, französische und russische Volk, sind die Völker jener Staaten, die derzeit als Großmächte gelten und das Bestreben haben, die Weltpolitik in den verschiedenen Gebieten der Erde zu kontrollieren und um diese Kontrolle miteinander konkurrieren, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Stärke dieser Staaten sich sehr unterscheidet. Verfolgt man den Einfluss dieser Staaten auf die Weltpolitik in diesem 21. Jahrhundert, so kann man die generellen Richtlinien der Politik dieser vier Staaten in folgender Weise zusammenfassen:

Was die USA betrifft, so hat ihre Macht seit dem plötzlichen Zusammenbruch der Sowjetunion rasch zugenommen. Sie sind zur Supermacht mit dem größten Einfluss in der Welt geworden, insbesondere da das von der Sowjetunion hinterlassene Machtvakuum von keiner anderen Großmacht ausgefüllt werden konnte. Und so wurden die USA unangefochtenen zur einzigen Supermacht, ohne dass bis heute es irgendeiner Großmacht gelungen wäre, zur Position der zweiten Weltmacht, welche die Sowjetunion innehatte, aufzusteigen. Diese eigenartige Situation in der weltpolitischen Lage, die es den USA ermöglichte alle anderen Staaten zu überflügeln, ließ die amerikanischen Politiker im Umgang mit anderen zu Arroganz und Hochmut neigen. Vielleicht wird dieser Zustand durch die folgende Aussage der ehemaligen amerikanischen Außenministerin aus der Clinton-Ära, Madeleine Albright, am treffendsten wiedergegeben: *„Die USA sind als Nation eine Notwendigkeit. Sie tragen die globale Verantwortung und sind bereit alles zu tun, wann immer es ihnen beliebt. Alle sollen wissen, dass wir tun, was wir wollen, und verändern, was wir wollen. Nichts kann sich uns in den Weg stellen, denn die Welt gehört uns. Die Welt gehört den Amerikanern.“*

Von dieser Arroganz, diesem Hochmut in der amerikanischen Politik wurden sogar die Europäer, die eigentlich ihre Verbündeten waren, angewidert, sodass auch sie die Überheblichkeit der Amerikaner und den arroganten Ton in ihren Erklärungen nicht mehr aushalten können. Deswegen antworteten sie ihnen durch die europäischen Zeitungen, die ihre Verärgerung über die USA zum Ausdruck brachten. So antwortete die französische Zeitung „Le Monde Diplomatique“ auf Albrights Erklärung mit den Worten: *„Die amerikanische Hegemonie darf kein unabdingbares Schicksal sein. Die USA müssen von jetzt an verstehen, dass sie ihre Regeln nicht allein nach ihren Interessen den fünf Kontinenten aufzwingen können. Ebenso werden sie nicht für immer „Weltpolizist“ in den Spannungs- und Krisengebieten der Erde sein.“*

Demzufolge gehen die USA in ihrer Politik von der Sicht aus, dass diese Welt ihnen gehört und dass nur sie Anspruch darauf hätten und ihrer würdig sind. Ganz offen erklären sie, dass sie die Weltführer sind, wie es Bush in seiner Wahlkampftour durch die amerikanischen Bundesstaaten im August 2004 verkündet hat. Sie geben auch Projekte zur Gestaltung der Welt bekannt, wie „die neue Weltordnung“, „der neue Mittlere Osten“, „der große Mittlere Osten“ etc. Diese Arroganz und Überheblichkeit der USA werden aber letztlich böse Folgen für sie haben. Die Anzeichen dafür sind bereits erkennbar. So sehen wir, wie die USA im irakischen und afghanischen Sumpf ertrinken. Sie wurden gedemütigt, ihr Stolz mit Füßen getreten, trotz ihres verbrecherischen blinden Bombardements von Zivilisten und der schrecklichen Schandtaten, die sie in den Gefängnissen begangen haben. Nichtsdestotrotz kehren ihre Soldaten als Leichen in ihre Heimat zurück, nachdem sie in Afghanistan und im Irak getötet wurden. Die Völker dieser Region sind voller Hass auf die Amerikaner, wegen der Bestialität ihrer Verbrechen, von der

weder Mensch noch Baum noch Stein verschont geblieben ist. Ihre Untaten umfassen sogar Lehrpläne, Medien und Denken.

Auch die Menschen in Europa, Asien und Afrika sind angewidert von den Machenschaften der USA, von der amerikanischen Ausbeutung ihrer Reichtümer, der ständigen Aggression gegen Länder und Völker und dem Streben nach alleiniger amerikanischer Hegemonie in allen Gebieten der Welt.

Was die amerikanische Politik somit auszeichnet ist einerseits Arroganz und Überheblichkeit und Brillanz in der Kunst des Verbrechens sowie die Betrachtung der Welt als eigene Farm. Andererseits ist sie mit großem Hass konfrontiert und einer gewaltigen Abscheu seitens aller Völker der Erde, sowohl seitens ihrer Feinde als auch jener, die einmal ihre Freunde waren. All das weist auf ein schlimmes Ende der USA hin und auf einen schrecklichen Absturz, der sie in gleicher Weise erfassen wird, wie er alle anderen Tyrannen auf Erden erfasst hat.

Was Großbritannien anlangt, so setzt es einen Fuß nach Europa und den anderen in die USA. Einerseits befindet es sich im Sog der europäischen Ausrichtungen und Konflikte, andererseits wird es durch seine angelsächsische Zugehörigkeit bestimmt. Und so versucht es eine Balance zwischen beiden Seiten zu bewahren.

Diese Balance ist zum Eckpfeiler seiner Politik gegenüber den USA und Europa geworden. Großbritannien spielt also auf beiden Bühnen und zieht Nutzen aus seiner Beziehung zu beiden Seiten. Es versucht sich gleichzeitig durch Europa und die USA zu stärken und kann sich weder von Amerika trennen noch sich aus dem Gefüge Europas herauslösen. Allerdings neigen sich seine Interessen immer mehr Europa zu. Deswegen sehen wir, wie sich Großbritannien mit der Zeit immer stärker an Europa annähert. Sein Eintritt in die Europäische Union ist ein Beweis dafür. Zuletzt war Großbritannien

auch an der Gründung des Kerns einer europäischen Streitmacht beteiligt, die unabhängig von der NATO operiert. Es tat dies in Zusammenarbeit mit Frankreich und Deutschland, trotz des starken Protests seitens der Vereinigten Staaten. So stellt sich die europäische Politik Großbritanniens dar und der Winkel, von dem seine politischen Aktionen in Europa ausgehen.

Frankreich hingegen baut seine Politik im Unterschied zu Großbritannien auf einer rein europäischen Grundlage auf. Um die USA kümmert es sich nicht. Vielmehr versucht es die Europäische Union zu stärken und diese zu beherrschen, damit sie zu einer vereinten politischen europäischen Kraft wird, die von den USA vollkommen getrennt ist. Diese europäische Kraft soll sich in sämtlichen politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Aspekten auf gleicher Augenhöhe mit den USA befinden und sich nicht nur auf eine ökonomische oder formelle politische Zusammenarbeit beschränken.

Seine Annäherung an Deutschland nützt Frankreich als Eckpfeiler, um diese Politik zu realisieren, sodass es die deutsch-französische Achse als Fundament dieser unionistischen Europapolitik erachtet.

Auf diese Weise stellt sich Frankreichs Europapolitik dar. Es ist eine eigenständige Unabhängigkeitspolitik mit klarer unionistischer Ausrichtung, die Frankreich und Deutschland zum Herzen der europäischen Kraft macht und zum Dynamo seiner Entwicklung.

Was Russland betrifft, so lässt sich seine Europapolitik in den folgenden beiden Punkten zusammenfassen:

Erstens: Der Eintritt in den europäischen Klub und die Teilnahme an der Erörterung der europäischen Angelegenheiten als gleichwertiger Partner. Teilweise ist dies Russland auch gelungen.

So konnte es Mitglied im Europarat werden und ebenso in der Vereinigung der sieben Industriestaaten (G7). Allerdings konnte es nicht in die Europäische Union eintreten und nicht einmal Anwärter-Status erhalten.

Zweitens: Der Versuch des Erhalts besonderer Beziehungen zu den Staaten, die früher Teil der Sowjetunion waren, und ebenso zu jenen, die sich in der sowjetischen Hemisphäre befanden, und zwar mit dem Ziel, dauerhafte Vormundschaftsbeziehungen aufzubauen. Allerdings ist es in diesem Vorhaben kläglich gescheitert. So hat Russland seine Kontrolle über die Länder Osteuropas, nämlich über Bulgarien, Rumänien, Tschechien, die Slowakei, Polen, Ungarn und die Staaten Ex-Jugoslawiens, vollständig verloren. Es beginnt auch einen Teil seiner Kontrolle über Georgien, Aserbaidshan, Armenien, die Ukraine, Weißrussland, Moldawien und die muslimischen Republiken Zentralasiens zu verlieren. Eine vollkommene Herrschaft hat es nur noch über Kasachstan. Zuvor hatte es bereits früh seinen gesamten Einfluss in den drei baltischen Staaten - Estland, Lettland und Litauen - verloren.

Zusammenfassend kann man über die russische Europapolitik sagen, dass Russland es nicht vermocht hat, sich europäisch in dem Maße zu qualifizieren, wie es seinerseits geplant und angestrebt war. Vielleicht liegt es daran, dass Russland ein eurasischer, d. h. ein europäisch-asiatischer Staat ist. So kann es nicht von sich behaupten, ein rein europäischer Staat zu sein und somit seine gewaltige asiatische Ausdehnung ignorieren. Auch kann es seine Beziehungen zu Nichteuropäern und seine immensen Interessen in diesen Ländern nicht aufgeben. Russland ist also damit beschäftigt, seinen ausgedehnten Vitalbereich festzulegen. Deswegen hat es einen diffusen Fokus und kann sich nicht allein auf Europa konzentrieren.

Nun haben wir die Völker der heutigen Großmächte (USA, Großbritannien, Frankreich und Russland) kennengelernt und ebenso die islamische Umma, deren Großstaat, das rechtgeleitete Kalifat, sich in seiner Rückkehr bereits ankündigt. Zudem wurde das deutsche Volk vorgestellt, von dem über kurz oder lang zu erwarten ist, dass es als Großmacht wiederaufersteht. Auch das japanische Volk fand aufgrund seines großen wirtschaftlichen Einflusses Erwähnung.

Der Einfluss dieser Völker auf die Weltpolitik sowie ihre eigene diesbezügliche Beeinflussung werden deutlich, wenn wir uns die großen Weltfragen vor Augen führen.

1. Die Europafrage

Seit Jahrhunderten stellt die Europafrage das primäre Weltproblem dar. Die Europafrage ist mit den Großmächten und dem Kräftegleichgewicht zwischen ihnen verbunden. Ferner hängt sie mit der kolonialistischen Welthegeemonie und deren militärischem, ökonomischem, politischem und kulturellem Ausmaß zusammen. Die Europafrage zählt zu den ältesten Problemen überhaupt und zu den größten Bedrohungen des so genannten Weltfriedens.

Dass sie zu den ältesten Problemen zählt, geht aus der Tatsache hervor, dass aus der Europafrage die so genannte Staatenfamilie bzw. Völkergemeinschaft hervorgegangen ist und sie auch der Anlass für das Entstehen des so genannten Völkerrechts war. Damit Europa sich dem Islam entgegenstellen konnte, bildeten die christlichen Staaten Europas eine Staatenfamilie, und um Napoleon zu schlagen und die Ausdehnung Frankreichs zu verhindern, schuf man die so genannte Heilige Allianz. Anschließend hat man den Ersten Weltkrieg geführt, um Deutschland vom Erdöl des Nahen Ostens fernzuhalten und dessen Macht einzudämmen. Danach, um Deutschland erneut aufzuhal-

ten und daran zu hindern, das Kräftegleichgewicht in Europa zu verletzen, einigten sich die vier Großmächte England, Frankreich, die USA und die Sowjetunion auf die Zerstörung Deutschlands und die Verhinderung seines Wiederaufstiegs zur Großmacht. Und um die europäische Einigung und die Stärkung Deutschlands zu verhindern, fanden politische Manöver statt, die die Gründung der Europäischen Union um Jahre verzögerten und die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang aufhielten. Zu diesem Zweck setzten die beiden Supermächte politische Handlungen, und zwar sowohl vor als auch nach der Entspannungsepoche. Frankreich hatte dabei anfangs noch seine Hände im Spiel, rückte später davon jedoch ab und strebte dann die Stärkung Europas mithilfe Deutschlands an. Auch Großbritannien setzte Aktivitäten in diese Richtung, auch wenn es nach außen hin das Streben nach der Einheit Europas demonstrierte. Demzufolge zählen die Europafrage und alle damit einhergehenden Zusammenhänge zu den ältesten Problemstellungen überhaupt.

Dass die Europafrage eine der größten Gefahren für den so genannten Weltfrieden darstellt, ist auf das Verhalten und die Handlungsweise Frankreichs, Englands, Deutschlands und der beiden Supermächte USA und Sowjetunion zurückzuführen, und zwar sowohl vor als auch nach Abschluss ihres gemeinsamen Entspannungsabkommens. Auch nach Ende der Entspannungsphase und sogar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks sowie der Auflösung des Warschauer Paktes setzte sich diese Politik fort. Die Staaten Frankreich, England und die USA haben vor dem Entspannungsabkommen der beiden Supermächte den westlichen Militärblock gebildet, und die Europafrage spiegelte sich darin wider, die Folgen des Zweiten Weltkriegs zu überwinden. Zwischen den beiden Blöcken kam sie dadurch zum Ausdruck, dass die Zukunft Westeuropas und Deutschlands erörtert wurde. Der westliche Block trat für die Einheit Europas als Bollwerk gegen die Sowjetunion ein. Hierbei

zogen die USA insbesondere die Wiederbelebung des deutschen Militarismus und den Aufbau einer schlagkräftigen deutschen Armee in Betracht, um einerseits der Sowjetunion entgegenzutreten und andererseits ein neues Gleichgewicht zwischen Deutschland, Frankreich und England zu schaffen. Die Sowjetunion repräsentierte hingegen den Ostblock und lokalisierte die wahre Bedrohung für sich in Europa, insbesondere in Deutschland. Aus diesem Grund stand die Sowjetunion der Wiedervereinigung Deutschlands und der Einheit Europas entgegen. Sie wandte sich außerdem gegen eine europäische Armee und gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands. Durch den Kalten Krieg und mithilfe politischer Aktionen und diplomatischer Aktivitäten war die Sowjetunion in diesem Vorhaben erfolgreich. Jahrzehntlang konnte sie Europa daran hindern, nur einen Schritt in seiner Angelegenheit vorwärts zu kommen.

Nach dem Aufkommen der beiden Supermächte und dem Abschluss des Entspannungsabkommens zwischen Chruschtschow und Kennedy, änderte sich die Lage. Denn die USA und die Sowjetunion waren sich nun in der Deutschland- und Europafrage einig. Dies wurde unmittelbar nach ihrem Gipfeltreffen deutlich. So gab John F. Kennedy, der damaligen US-Präsident, folgende Erklärung ab: *„Die Befürchtungen der Sowjetunion, von Europa aus militärisch angegriffen zu werden, haben ihre Berechtigung. Denn Russland wurde in der Geschichte zweimal von Europa aus angegriffen, das eine Mal von Frankreich in der napoleonischen Zeit und das zweite Mal von Deutschland in der Hitlerzeit. Deswegen muss etwas vorhanden sein, das der Sowjetunion garantiert, dass keine Gefahr mehr für sie von Europa ausgeht, wie die Abrüstung Mitteleuropas z. B.“* Diese Erklärung belegt auf unmissverständliche Weise, dass die Sowjetunion und die USA in der Europa- und insbesondere in der Deutschlandfrage nun dieselbe Meinung vertraten. Nach dem Ende der Entspannungspolitik blieb die Anschauung der USA im Hinblick auf

Europa unverändert. Sie bestand darin, dass die Ambitionen Europas auf Unabhängigkeit und auf Beteiligung an der Gestaltung der Weltpolitik sowohl kontrolliert als auch blockiert werden müssen. Europa sollte daran gehindert werden, in seine früheren Einflusssphären zurückzukehren und der ihr verbliebene Einfluss in Südostasien und der Golfregion sollte beendet werden. Die USA wollten Europa unter der US-Hoheit der NATO belassen und jeden europäischen Versuch durchkreuzen, eine eigene europäische Streitmacht aufzubauen. Denn als Europa spürte, dass mit der Entspannungspolitik die Kriegsgefahr in weite Ferne rückte, es wieder zu Kräften gekommen war und sich wirtschaftlich gestärkt hatte, entwickelte es Ambitionen, gemeinsam mit den beiden Supermächten an der Gestaltung der Weltpolitik mitzuwirken und seine Politik gegenüber den USA auf Grundlage einer gleichwertigen Partnerschaft – nicht eines Untergebenenverhältnisses - aufzubauen. Auch hatte Europa damit begonnen, an einer Rückkehr in seine ehemaligen Kolonialgebiete zu arbeiten, besonders Frankreich und Großbritannien, was die USA dazu veranlasste, die Bewegungen Europas genau ins Visier zu nehmen. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Auflösung des Warschauer Pakts beeilten sich die USA, durch den Aufbau von Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten das dort entstandene Vakuum aufzufüllen. Damit wollte man der Europäischen Union – insbesondere Deutschland - den Weg zu einer Osterweiterung abschneiden. Zudem beharrten die USA auf eine Aufrechterhaltung der NATO. Auch wandten sie sich – und tun es noch immer - gegen den Aufbau einer europäischen, NATO-unabhängigen Streitmacht. Russland hingegen, das das sowjetische Erbe angetreten hatte, machte aus seinen Befürchtungen gegenüber einer Osterweiterung der EU keinen Hehl und versuchte Garantien einzufordern. Doch aufgrund der internationalen Lage, die sich aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks ergab, und aufgrund seines Schwä-

chegefühls gegenüber den USA, sah Russland keinen anderen Ausweg, als mit den Staaten der EU zu kooperieren, um einen Konsens in Sachen Osteuropa zu erreichen. Darüber hinaus versucht es in Abstimmung mit einigen EU-Staaten einen Einfluss auf die Weltpolitik auszuüben. Dies veranlasste Russland dazu, gegenüber der EU und ihren Mitgliedsstaaten eine weniger strikte Haltung einzunehmen, im Gegensatz zu seiner Haltung kurz nach dem Zweiten Weltkrieg sowie während der Entspannungsphase und kurz danach.

Was Frankreich betrifft, so setzte es sich seit der Regierungsübernahme De Gaulles bis zu seinem Besuch in den USA und seinem Zusammentreffen mit Nixon im März 1969 für die Einheit Europas ein, das zu einer zwischen beiden Blöcken stehenden, dritten Macht werden sollte. Deswegen setzte sich De Gaulle für eine Stärkung Deutschlands ein, ohne dass es den Grad einer Gefahr für Frankreich erreicht, und strebte die Schaffung einer Konföderation zwischen den Staaten Europas an, wobei die Oberhoheit Frankreichs garantiert werden sollte. Er bemühte sich hierbei so weit er konnte, England auf Distanz zu Europa zu halten. Denn er war der Überzeugung, dass die traditionelle Politik Englands seit frühester Geschichte darauf ausgerichtet war, die Einheit Europas mit allen Mitteln zu verhindern. Doch nach dem Rücktritt De Gaulles im Jahr 1969 und seinem Tod im Jahr darauf traf 1971 der französische Präsident Pompidou mit dem britischen Premierminister Edward Heath zusammen, um ausführliche und intensive Verhandlungsgespräche zu führen, woraufhin Pompidou einem Beitritt Großbritanniens zustimmte.

Noch immer bemühen sich auf besondere Weise Frankreich und Deutschland um die Fortentwicklung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, insbesondere da Deutschland sich des Umfangs des Widerstands bewusst ist, der gegen ein Auftreten als deutsche Macht entstände. Deshalb bemüht es sich in Kooperation mit Frankreich, als Macht im Rahmen der Europäischen Union aufzutreten.

Auf diese Weise hat es viele seiner spezifischen Ziele, wie die Ausdehnung nach Osten, erreicht. Während des Irak-Kriegs im Jahre 2003 gelang es beiden Staaten, als einheitliche Antikriegsfront aufzutreten. Dies könnte das Klima dafür vorbereiten, dass Deutschland und Frankreich zum Dreh- und Angelpunkt einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik werden. Das Streben beider Staaten nach einer neuen europäischen Verfassung und einem gemeinsamen, von der NATO unabhängigen europäischen Generalstab dient ausschließlich dem Zweck, Europa zu einer globalen Macht mit weltpolitischem Einfluss aufzubauen.

England hat wiederum während der Entspannungsphase versucht, seine Beziehungen zu Deutschland zu vertiefen und ihm gegenüber die Verschwörungen der USA und Russlands (der Sowjetunion) aufzudecken, die gegen die Entwicklung Deutschlands und sein Erstarren gerichtet waren. England beschloss im Anschluss an das ausgedehnte und intensive Treffen zwischen Pompidou und Heath 1971, sich trotz eines starken innenpolitischen Widerstandes dem gemeinsamen europäischen Markt anzuschließen. Großbritannien hat sowohl vor als auch nach dem Zerfall der Sowjetunion versucht, sich durch Europa zu stärken, um den beiden Supermächten entgegentreten zu können. Allerdings nahm es keine offen feindselige Haltung gegenüber den USA ein, was durch die Notwendigkeit der damaligen Phase bedingt war. Denn Europa befand und befindet sich noch immer am Anfang seines Weges zu einer Weltmacht, und der Weg ist von Gefahren gesäumt. Womöglich wird das Vorhaben auch nicht vom gewünschten Erfolg gekrönt werden, zumal die USA auf die Ziele Frankreichs und Deutschlands ein wachsames Auge haben und als der Stärkere auf der internationalen Bühne stets darum bemüht sind, deutsch-französische Pläne zu torpedieren. Dafür verfügen die USA auch über die entsprechenden Kapazitäten, die sie immer einsetzen werden, sobald sich ihnen die Gelegenheit bietet. Die

gegenwärtige Politik Großbritanniens basiert darauf, sowohl einen Fuß nach Europa als auch einen nach Amerika zu setzen, um sich die Vorteile, wo immer sie auch sein mögen, herauszupicken.

Diese mannigfaltige (nationale) Realität der europäischen Staaten, besonders der Großmächte unter ihnen, stellt ein Hindernis auf dem Weg zu einem starken, einheitlichen Europa dar, das gemeinsam die Weltpolitik beeinflussen könnte. Dies wird auch durch die Information bestätigt, die wir während der Vorbereitung dieses Buches erhielten, dass die Sitzung der aus 25 Staaten bestehenden Europäischen Union am 18. Juni 2004 in Dublin aufgelöst und auf einen späteren Termin verschoben wurde, ohne dass man sich auf die Wahl eines EU-Ratspräsidenten einigen konnte. Dessen ungeachtet und trotz des Nationalismusfaktors und des von den EU-Mitgliedstaaten verinnerlichteten kapitalistischen Profitdenkens - wobei diese beiden Faktoren die eigentlichen Hinderungsgründe für eine wahre Einheit Europas darstellen - ist die EU zu einer gewaltigen ökonomischen Macht und zu einem Konkurrenten für die Wirtschaftsmacht USA aufgestiegen. So ist der Euro zu einem Konkurrenten für den Dollar im internationalen Handelsvolumen geworden. Ebenso ist ein gewisser Einfluss auf internationaler politischer Ebene vorhanden. Und obgleich die Interessen ungleich sind und die USA die Staaten der EU mithilfe bestehender starker Beziehungen zu einigen von ihnen, besonders zu denen Osteuropas, die seit dem 1. Mai 2004 zur EU gehören, durchdrungen haben, stellt die Europäische Union dennoch bis zu einem gewissen Grad einen heißen Störfaktor für die amerikanischen Wirtschaftspläne dar.

Kurzum: Wäre ein fester Zusammenhalt innerhalb der EU vorhanden, wäre sie fähig, den USA den internationalen Einfluss sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer und bis zu einem gewissen Grad sogar in militärischer Hinsicht streitig zu machen. Doch es handelt sich um eine lose Föderation, was ihre Macht stark beeinträchtigt.

tigt. Das ist typisch für jede Föderation: Es fehlt ihr an der Stärke, die durch die Einheit entsteht.

Die Europäische Union ist ein Wirtschaftsriese, den die USA fürchten. Sie unternehmen alles in ihrer Macht stehende, um ihn zu spalten, da er wirtschaftlich gesehen zu einem echten Konkurrenten für sie geworden ist. So berichtete die AFP am 19. April 2003: *„Die USA stützen sich in großem Maße auf die Investitionen der EU, um ihr großes Defizit in den laufenden Kosten, welches laut Fred Pergeon, dem Direktor des Instituts für internationale Wirtschaft, einem Privatinstitut in Washington, im Jahre 2000 die 500-Milliarden-Grenze überschritten hat.“* Am 16. April 2003 erfolgte in Athen die Unterzeichnung der zehn Staaten zum Beitritt in die bis dato aus fünfzehn Staaten bestehende EU. Beitrittstermin war der 1. Mai 2004. Dadurch wurde Europa zur größten Handelszone der Welt, die 450 Millionen Einwohner umfasst.

Im Vergleich zu den USA gilt die EU auf dem politischen und militärischen Sektor als schwach. Einige Faktoren sind dafür verantwortlich, dass die EU von den USA erfolgreich geschwächt werden konnte:

- a) Die NATO wurde weiter aufrechterhalten, obwohl sie mit Ende des Warschauer Paktes, welcher von der auseinander gebrochenen Sowjetunion angeführt wurde, eigentlich hätte aufgelöst werden sollen. Die USA beharren jedoch mit dem Vorwand auf die Erhaltung der NATO, dass es nötig sei, die europäischen Staaten vor Russland und anderen Staaten zu schützen. Somit bleibt die militärische US-Vorherrschaft über Europa bewahrt. Romano Prodi, der Vorsitzende der EU-Kommission, äußerte sich gegenüber der AFP am 19. April 2003 mit folgenden Worten: *„Die Europäische Union sollte sich innerhalb der NATO Gehör verschaffen. Dann erst haben wir ein Bündnis, das*

sich auf zwei Pfeilern stützt, dem europäischen und dem amerikanischen.“ Er fügte hinzu: „Dieses wird dann die wahre NATO sein, anstatt des Bündnisses, an das wir bis jetzt gewöhnt waren und das lediglich der Stimme der USA folgte.“ „Wir können nicht Europa die Verantwortung über die Finanzen übertragen, während wir den USA den Sicherheitsbereich überlassen“, sagte er weiter.

- b) Die britische Politik, die nicht will, dass Großbritannien mit der EU verschmilzt und zu einem Staat wie z. B. Luxemburg wird. Deshalb setzt sie einen Fuß in die EU und den anderen in die USA. Und so überschneiden sich die Interessen Großbritanniens mit denen der USA im Hinblick auf die Schwächung der Europäischen Union: Großbritannien, damit es weiterhin selbst den Einfluss auf Europa ausübt, und die USA, damit Europa nicht zu einem Konkurrenten für sie wird, sollte es zu einer einheitlichen Macht werden.
- c) Die zehn Staaten, die am 16. April 2003 den Beitritt zur EU zum 1. Mai 2004 unterzeichneten, gehören mehrheitlich zur Einflusszone der USA, oder wie Prodi es am 19. April 2003 ausdrückte: *„Einige der neuen EU-Staaten pflegen im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen starke Beziehungen zu den USA.“*
- d) Die zunehmende Kontrolle der USA über Erdölquellen verleiht ihnen eine zunehmende Kontrolle über die EU-Staaten, die das Erdöl benötigen. Mit ihrer wachsenden Kontrolle über die Herrscher in der Dritten Welt können die USA alleine von den lukrativen Geschäften profitieren und die Ressourcen dieser Länder ausbeuten, was zur Folge hat, dass die Staaten Europas von diesen Gewinnen ausgeschlossen bleiben.

Aus diesem Grund lässt sich sagen, dass die europäische Kräfte-sphäre inkohärent ist. Es ist so gut wie keine einheitliche europäische Macht vorhanden. Vielmehr handelt es sich um mächtige Staaten innerhalb Europas, an deren Spitze Frankreich steht. Es bemüht sich um die Bildung eines Blockes aus weiteren europäischen Staaten, um auf diese Weise eine europäische Macht aufzubauen. Großbritannien hingegen schert sich nicht um die Schaffung eines starken europäischen Blocks. Vielmehr will es sich selbst als den einflussstarken Staat in Europa sehen.

Und so machen die Wechselwirkungen der Europafrage, die Beziehungen der europäischen Staaten untereinander und mit den USA sowie untereinander in Bezug auf die anderen brisanten Weltfragen die Europafrage zu einer äußerst wichtigen internationalen Angelegenheit. Die wechselnden Kräfteverhältnisse innerhalb Europas und die gegensätzlichen Interessen und Beziehungen lassen die Europafrage zu einer Gefahr für den so genannten Weltfrieden werden, sowohl was seine Stabilisierung als auch Destabilisierung anlangt.

Deswegen sind weder der Einfluss der Europafrage auf die übrigen fünf Weltfragen noch ihre Wechselwirkung und Verflechtung mit diesen außer Acht zu lassen. Aus diesem Grund muss die Europafrage in einer Weise betrachtet werden, die mit ihrer Realität und Brisanz im Einklang steht, und zwar beginnend mit der Zeit, als Europa noch aus verfeindeten Staaten bestand, bis hin zu der Zeit, als es sich zu einem einheitlichen Wirtschaftsmarkt und schließlich zur Europäischen Union entwickelte, die nach einem spezifischen Gewicht in der Welt strebt. Dies wird bei der Darlegung der übrigen Weltfragen und des europäischen Bezugs dazu deutlich werden.

2. Die Nahostfrage

Die Nahostfrage bzw. das Problem des Mittleren Ostens⁵ ist mit dem Islam und seiner Gefahr für den Westen verbunden. Sie betrifft auch die strategische Lage des Nahen Ostens, der die Verbindungsrouten zwischen Europa, Afrika und Asien kontrolliert. Des Weiteren geht es um das Zionistengebilde und seine Funktion als erste Verteidigungslinie westlicher Interessen. Es geht auch um den Kolonialismus und die sich daraus ergebenden materiellen Profite, insbesondere das Erdöl. Ein Problem, das mit dem Islam, der strategische Lage, dem Judenstaat, dem Kolonialismus und dem Erdöl zu tun hat, ist zweifelsohne von höchster Wichtigkeit, nicht bloß für die Bewohner dieser Region und die Muslime, sondern für die gesamte Welt.

Was den Islam betrifft, so stellte er und stellt noch immer die größte Bedrohung für die USA und den Westen dar. Die Region des Nahen Ostens wird als der natürliche Ausgangsort der islamischen Botschaftsverkündung (*Da'wa*) in die Welt betrachtet. Deswegen verwundert es nicht, dass die USA den Islam nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zu ihrem hauptsächlichen und einzigen Feind erklärt haben. Die Schlagwörter „Terrorismus“, „religiöser Extremismus“ und „Fundamentalismus“ werden von den USA als Deckmantel für ihren Feldzug gegen den Islam und die muslimische Bevölkerung dieser Region verwendet. Sie suchen mit aller ihnen zur

⁵ Im englischen und arabischen Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff „*Middle East*“ (Mittlerer Osten) bzw. „*Aš-Šarq al-Awsaṭ*“ das gesamte Gebiet von Marokko am Atlantischen Ozean bis zum Iran, dem Persischen Golf und dem Arabischen Meer. Der deutsche Begriff „Naher Osten“ wird eher eingeschränkter verstanden und schließt oft Gebiete, die zum englischen Terminus gehören, aus. Im vorliegenden Fall wird der Begriff „Naher Osten“ aber als Synonym für den englischen Terminus „*Middle East*“ verwendet und umfasst somit das gesamte Gebiet, das der englische Begriff bezeichnet.

Verfügung stehenden Macht, die islamisch-politischen Bewegungen von der Herrschaft fernzuhalten, und zwar durch Unterdrückung, Gewalt, Folter und Vereinnahmung. Alles Mittel, die von ihren Vasallenregierungen in der Region eingesetzt werden. So rief Bush ganz offen einen neuen Kreuzzug gegen die Muslime aus. Und John Ashcroft, der amerikanische Justizminister, erklärte: *„Offen gesagt, der Terrorismus verbirgt sich im Islam selbst und nicht in einigen Personen, die den Islam als Glauben tragen.“* Allah spornte im Koran zum Terrorismus an, behauptete er.

Hinsichtlich der strategischen Lage des Nahen Ostens und seiner Kontrolle der Verbindungsrouten, so steckt seine strategische Bedeutung in der Tatsache, dass er sich im Knotenpunkt der drei alten Kontinente Afrika, Europa und Asien befindet. So unterliegt die Meerenge von Gibraltar, der Bosphorus, die Meerenge Adens, die Straße von Hormus, der Suezkanal, das Mittelmeer, das Schwarze Meer, das Rote Meer und der Persische Golf seinem Kontrollbereich. Zudem stellt der Nahe Osten den Schnittpunkt der Waren- und Rohstoffrouten zwischen den drei Kontinenten dar. Seine strategische Bedeutung stellte vor der Entspannungsphase einen kritischen Punkt im Verhältnis zwischen dem West- und dem Ostblock dar. Denn der Nahe Osten bildete den westlichen Verteidigungsgürtel innerhalb der gegen die ehemalige Sowjetunion gerichteten Militärmaßnahmen. Dieser Gürtel stellte die erste westliche Verteidigungslinie für den Nahen Osten und Afrika in der Konfrontation mit der Sowjetunion dar. Aufgrund dessen wurden Militärstützpunkte im Nahen Osten aufgebaut, darunter auch Nuklearbasen. Zahlreiche Versuche wurden unternommen, die Staaten des Nahen Ostens in Militärallianzen zu binden. Man baute auch eine große Anzahl an Flughäfen und breit angelegter Straßen, die als „*Autostrad*“ (Autobahnen) bezeichnet wurden. Ihnen kam eine strategische Rolle zu. Nach dem Abkommen von 1961 zwischen den beiden Super-

mächten verlor der Nahe Osten seine militärische Bedeutung, und den Militärallianzen wurde aufgrund dessen weniger Beachtung geschenkt. Auch die Nuklearbasen wurden wieder abgezogen. Die beiden Supermächte schritten nun gemeinsam zur Entfernung der englischen Stützpunkte voran, und es gelang ihnen, die britischen Stützpunkte in Aden, Libyen und östlich des Suezkanals zu beseitigen. Des Weiteren bemühten sie sich um die Entfernung der britischen Stützpunkte auf Zypern. Somit hatte der Nahe Osten damals seine strategische Bedeutung verloren. Doch erlangte er sie nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion zurück. Dies gilt insbesondere für die USA in ihrem Ringen mit Russland und Europa. Daher widmeten sich die Amerikaner wieder dem Einrichten von Militärstützpunkten in der Golfregion und besetzten Afghanistan und den Irak. Sie erklärten nach Bahrain auch Pakistan und Kuwait zu „strategischen Verbündeten“.

Schließlich betrachteten sie den Nahen Osten als vorderste Linie in der Verteidigung der Sicherheit der Vereinigten Staaten. Zu diesem Zweck riefen sie ein Projekt ins Leben und nannten es „Projekt für den großen Mittleren Osten“, das sie später in „Projekt des Mittleren Ostens und Nordafrikas“ umbenannten. Den Entwurf zu diesem Projekt legten sie im Juni 2004 dem G-8-Gipfel in Sea-Island vor.

Auf jeden Fall lässt sich feststellen, dass der Nahe Osten eine sehr wichtige Lage einnimmt. In seiner Ausdehnung von Westen nach Osten erstreckt er sich von Marokko am Atlantik bis zum Iran und zum Irak am Persischen Golf und von der Türkei im Norden bis zur großen afrikanischen Wüste im Süden. Damit umfasst er alle arabischen Länder samt der Türkei und dem Iran. Diese wichtige Lage machte ihn zum Fokus für Habgierige und zum Zentrum kolonialistischer Interessen, da ihm eine so gewaltige Bedeutung in Sachen Transport und Verkehr zukommt. Dies gilt nicht erst seit heute, sondern bereits seit den Kreuzzügen bis in die Gegenwart.

Was den Judenstaat anlangt, der in Palästina implantiert wurde, so bildet er den Kern des Nahostproblems und ist nicht nur für den Nahen Osten, sondern für die gesamte Welt der Grund für Instabilität geworden. Dies wurde von der westlichen Bevölkerung selbst eingestanden, als sie bestätigte, dass die Probleme der islamischen Welt, welche dem Westen große Sorge bereiten, zu 90 Prozent auf das Problem um die Existenz des jüdischen Staates in Palästina, dem Herzen der islamischen Welt, zurückzuführen sind.

Was die koloniale Bedeutung des Nahen Ostens betrifft, so ist sie die Ursache des Desasters, und sie beraubte ihn seines Status‘ als Groß- und Weltmacht. Sie hat ihn in eine westliche Kolonie verwandelt, in der die westlichen Staaten um Hegemonie und Kolonialisierung miteinander konkurrieren. Das dort vorhandene Erdöl umfasst mehr als die Hälfte des gesamten Erdölvorkommens. Die in Jordanien, im Irak, in Syrien, in der Türkei, im Iran und anderswo befindlichen Rohstoffe stellen immense Reichtümer dar, die das Zehnfache der Reichtümer Europas und der USA zusammen ausmachen. Deswegen wettstreiten die Staaten um die Kolonialisierung des Nahen Ostens und ringen miteinander um Vorherrschaft. Die von den USA geführten Kriege am Golf mit dem Zweck ihn zu beherrschen führen dies offenkundig vor Augen.

Das Zusammenkommen dieser vier Kernfaktoren, nämlich Islam, Erdöl, strategische Lage und „Israel“, in einer einzigen politischen Angelegenheit reicht aus, um sie zu einem der gefährlichsten und kompliziertesten Probleme überhaupt zu machen. Das Problem des Nahen Ostens hat den Grad eines Zentralproblems erreicht und ist zur Problemursache schlechthin geworden. Es ist zu komplex, als dass die Großmächte es zu lösen, und zu umfassend, als dass sie es zu erfassen vermögen. Es ist dornenbehaftet und hochgradig kompliziert. Eine Lösung können die Großmächte nicht bieten. Nur durch

die Gründung des islamischen Staates (des Kalifats) wird dieses Problem gelöst werden können.

Der Nahe Osten unterstand bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts der Herrschaft und dem Einfluss des Islam und des islamischen Staates. Seit der Konferenz von Berlin, also ungefähr seit Ende des 18. Jahrhunderts, begannen die Großmächte mit Invasionsversuchen im Nahen Osten. So sind Frankreich, England und auch Italien dort eingefallen. Ununterbrochen war der Nahe Osten Invasionen ausgesetzt, bis mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Staates der islamische Staat zerstört wurde und das Kalifat damit aufhörte zu existieren. Der Nahe Osten unterstand danach englischer Kolonialherrschaft und war englischer Kontrolle und englischem Einfluss unterworfen. Die gesamten Staaten des Nahen Ostens, auch die nicht kolonialisierten, wie z. B. die Türkei oder Afghanistan, waren davon betroffen. Frankreich blieb lediglich ein kleiner Happen, der sich auf den nördlichen Teil von *Aš-Šām*⁶ mit Namen Syrien beschränkte. Darin eingeschlossen war ebenfalls dessen südwestlich gelegene Küstenregion namens Libanon. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs blieb dieser Zustand unverändert. Danach wurde Frankreich auch von dort vertrieben. Der englische Kolonialismus nahm nun neue, veränderte Züge an. Das Zerstückeln der Region sollte nun gefestigt werden, indem jedem einzelnen Teilstück der Status eines Staates erteilt wird. Mit Ende des Zweiten Weltkriegs wurde somit der gesamte Nahe Osten zum westlichen, konkreter noch zum englischen Kolonialgebiet. Er wurde deshalb der freien Welt zugerechnet und als Teil des westlichen Militärblocks erachtet. Der Ostblock hingegen hatte dort keinerlei Präsenz. Der Alleingang Englands in der Kolonialisierung des Nahen Ostens wurde durch zwei Faktoren be-

⁶ *Aš-Šām* ist die arabische Bezeichnung für das gesamte Gebiet, das heute die Länder Syrien, Palästina, Jordanien und den Libanon umfasst. In der Geschichte bildete dieses Gebiet stets eine Einheit.

günstigt: Zum einen war Frankreich in politischer, wirtschaftlicher und internationaler Hinsicht zu schwach, um bei der Kolonialisierung des Nahen Ostens mit England mithalten und konkurrieren zu können. Der zweite Faktor besteht darin, dass die USA nach dem Ersten Weltkrieg weiterhin an ihrer Isolationspolitik festhielten. So konnte England während des gesamten 19. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts den Nahen Osten im Alleingang kolonialisieren. Nach 1950 jedoch änderte sich die Lage von Grund auf. Das koloniale Ringen zwischen England und den USA trat nun in Erscheinung und äußerte sich in den Kriegen, Putschen, Manövern und Verschwörungen, die in der Region stattfanden. Das Ringen hielt an - mal in verschärfter, mal in abgeschwächter Form -, bis es den USA gelang, die Initiative im Nahen Osten in die Hand zu nehmen. Großbritannien war so weit geschwächt, dass es zu einer offenen Konfrontation mit den USA nicht mehr in der Lage war. Doch es klammerte sich weiterhin an dem fest, was es sich an Kolonien noch bewahren konnte und achtete darauf, in der Region, wenn auch nur partiell, präsent zu bleiben, indem es an US-Projekten mitwirkte, wie im Falle der Besetzung des Irak.

Daher lässt sich sagen, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg das Ringen um den Nahen Osten effektiv auf die USA und Großbritannien in folgender Weise konzentrierte:

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die britische und amerikanische Politik in der Frage des Nahen Ostens von Partnerschaft geprägt. Man einigte sich untereinander und traf politische Absprachen. Beide Staaten koordinierten ihre Pläne und Vorgehensweisen miteinander. Großbritannien ließ die USA einige Profite einstreifen, insbesondere aus dem Erdöl der Arabischen Halbinsel. Manchmal zeigte sich Großbritannien gegenüber den USA willfährig. Sah es aber seine Interessen bedroht, stellte es sich ihnen entgegen.

Mit dem Auftreten der Judenfrage in Palästina entschieden sich die USA für die dortige Errichtung eines jüdischen Staates, um ihn als Instrument zur Kolonialisierung der Region einzusetzen. Großbritannien hatte bezüglich der Errichtung eines jüdischen Staates noch keine Entscheidung getroffen. Es schwankte darin, ob aus Palästina ein Staatsgebilde unter jüdischer Kontrolle oder explizit ein jüdischer Staat werden sollte. Es hatte vor, das Ganze in Einklang mit seiner Kolonialisierung der übrigen arabischen Staaten zu bringen. Deswegen traf es diesbezüglich keine definitive Entscheidung, sondern reichte die Angelegenheit an die UNO weiter. Nachdem die UNO durch Einwirkung der USA die Errichtung eines jüdischen Staates beschloss, nahm Großbritannien dies stillschweigend hin und ließ die Zeit darüber entscheiden, ob die Region die Existenz eines jüdischen Staates inmitten der Muslime verdauen kann oder der islamische Körper ihn abstoßen wird. Und so beruhte die britische Politik gegenüber dem jüdischen Staat auf das Abwarten wie sich die Angelegenheit mit der Zeit entwickelt.

Was die USA betrifft, so begannen sie intensive Schritte zu setzen, um „Israel“ zu festigen und alles aus dem Weg zu räumen, was dessen Festigung entgegensteht. Großbritannien hingegen störte sie bei diesem Vorhaben, allerdings im Verborgenen. So entbrannte eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und den USA über die Existenz des jüdischen Staates.

Daneben versuchten die USA, eine Erdölpipeline über Jordanien, Syrien und den Libanon zum Mittelmeer hin zu verlegen. England stellte sich dem jedoch in den Weg, zumal es die tieferen Wurzeln in der Region hatte und in der Lage war, Einfluss auf sämtliche Regenten dieser Region zu nehmen, da es sich um seine Vasallen handelte. Die USA sahen für eine Veränderung der Lage in der Region nur noch ein Mittel, und zwar die Anwendung der gleichen Politik, die sie auch in Südamerika angewendet hatten. Diese bestand

darin, Militärregenten einzusetzen und Umstürze durchzuführen. Den ersten Militärputsch unternahmen sie mit Husni Az-Za‘im in Syrien. Er übertrug den USA die Konzession zur Verlegung der Erdölpipe-line. Die Pipeline wurde verlegt, damit hatten die USA dieses Problem überwunden. Großbritannien, dem inzwischen bewusst geworden war, dass die USA die Region kolonialisieren und ihm entreißen wollten, begann sich vehement gegen die USA zu wehren, jedoch durch den Einsatz politischer Mittel und Manöver und über den Weg der Nahost-Bevölkerung selbst.

Nach dem Putsch Husni Az-Za‘ims und dem heftigen Widerstand Großbritanniens gegen sämtliche Pläne Amerikas, nachdem nun die versteckte Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten in einen halb offenen Konflikt ausartete, wurde den diplomatischen US-Vertretern im Nahen Osten bewusst, dass die militärischen und wirtschaftlichen US-Interessen in der Region bedroht waren. Sie konstatierten ferner, dass eine Fortführung der US-Politik Seite an Seite mit der britischen Politik die USA in dem Zustand belassen würde, wie er vor dem Zweiten Weltkrieg vorherrschte, nämlich als Instrument im Dienste Englands, zufrieden mit einem kleinen Köder, um in der Region aufgehalten und zur Verteidigung der britischen Interessen eingesetzt zu werden. Der Zugang zu allen Reichtümern in der Region bliebe den USA verwehrt, und die gesamte Region verbliebe ausschließlich unter englischer Hegemonie. Genauso sahen es auch die diplomatischen US-Vertreter bei der arabischen Staaten-gruppe. Sie gelangten zu der Überzeugung, dass eine Einführung grundlegender Korrekturen in den politischen Direktiven Washingt-tons nötig war und diese einer erneuten Überarbeitung bedurften. Die Kooperation mit der Bevölkerung sollte eine Grundlage werden, um diese Politik weiterzuentwickeln und zu optimieren. Gleichzeitig sahen sie sich aber mit einer großen Anzahl an Problemen konfrontiert, zusätzlich zum Problem der Gründung „Israels“ und dem Ausmaß

der Abscheu und des Hasses, den die Muslime diesem Staat gegenüber hegen. Sie sahen es daher als dringend an, sich zunächst der Bewältigung dieser Probleme zu widmen, bevor man zu ernsthaften Überlegungen übergehen und damit beginnen konnte, die Region von einer britischen in eine amerikanische Basis zu verwandeln. Aus diesem Grund luden sie zu einer internen Konferenz ein, um diesen Sachverhalt zu erörtern. Im November 1950 kamen sie zu einer ersten Konferenz in Istanbul zusammen. Den Vorsitz hatte George C. McGhee inne, Staatssekretär im US-Außenministerium für den Nahen Osten und Nordafrika. Die Konferenz dauerte fünf Tage lang an. Im Rahmen dieser Geheimkonferenz wurden die prägnantesten politischen, strategischen und wirtschaftlichen Zustände in der Region dargelegt. In der Folge wurde entschieden, dass keine weitere Möglichkeit mehr für eine Bindung der amerikanischen an die britische Politik bestehe, wenn die USA den Nahen Osten tatsächlich in einen US-Stützpunkt umwandeln und die Kooperation mit der Bevölkerung als Mittel zu dieser Umwandlung einsetzen wollten. Die Ereignisse in Syrien galten für sie als greifbarer Beleg für die Richtigkeit ihrer Ansicht. So hatte ihnen der dortige Präsident Shukri Al-Kuwatli die Konzession für die Erdölpipeline verwehrt, an die sie dennoch mithilfe des Putsches von Husni Az-Za'im gelangten. Die Engländer unternahmen jedoch im selben Jahr, also 1949, ebenfalls einen Putsch, den Al-Hinnawi durchführte und Husni Az-Za'im beseitigte. Syrien war damit wieder in englischer Hand. Dies bestärkte die Amerikaner in ihrer Ansicht, die Verknötung der amerikanischen mit der englischen Politik lösen zu müssen, wenn die USA in der Region eine aktive Rolle spielen wollten. Die erwähnte Konferenz galt als eines der wichtigsten Weisungsinstrumente der US-Diplomatie auf dem arabischen Terrain. Es ergingen Empfehlungen an das Weiße Haus, an das Außenministerium, das Verteidigungsministerium und an die Marine. Diese Empfehlungen wurden mit einem

wichtigen Vorwort eingeleitet, das die wesentlichsten Punkte umriss und wie folgt zusammengefasst werden kann:

Die Erfahrungen aus dem letzten Weltkrieg belegen, dass der Mittlere Osten eine zentrale Basis darstellt, die alle für einen Krieg gegen die Sowjetunion notwendigen Elemente in sich vereint. Sie belegen ebenfalls, dass die Überlegung zu einem Angriff auf russische Erdölfelder im Kaukasus und zum Abschneiden des sowjetischen Kriegsgeräts von den erdölreichsten Quellen nicht von Erfolg gekrönt sein würde, wenn sie sich ausschließlich auf die militärische Kooperation mit der Türkei stützt. Voraussetzung dafür ist die Schaffung regulärer Luftstützpunkte in Syrien, im Libanon und in Palästina, wobei der Irak und Ägypten in ein großes Reservoir zu verwandeln sind, um den Nachschub an Soldaten, Waffen und Proviant zu garantieren. Mit anderen Worten bedarf es eines ganzen Offensivplans, der darauf abzielt, die sowjetischen Erdölfelder in Baku und generell im Kaukasus einzukesseln und zu blockieren.

Ferner haben die Feldzüge gegen Griechenland, Sizilien und Italien während des Zeitraums von 1941 bis 1944 in unstrittiger Weise verdeutlicht, welche Bedeutung der Mittlere Osten für die Versorgung und den Nachschub bei solch entscheidenden Militäroperationen einnimmt. Diese haben auch den Sieg der Alliierten im Krieg garantiert und die Einschließung der feindlichen Armeen in der europäischen Festung.

Das Vorwort endete mit Vorschlägen, die mit der Zustimmung aller Konferenzteilnehmer in Form von vier Empfehlungen festgehalten wurden:

Erstens: Die Trennung von der britischen Politik in sämtlichen Angelegenheiten, die mit ihr und der arabischen Welt zusammenhängen.

Zweitens: Die Unterstützung nationaler Forderungen der Araber als Basis amerikanischer Nahostpolitik.

Drittens: Die Unterstützung Ägyptens in seinen Forderungen an Großbritannien und der Ansporn zur Entwicklung einer solchen Bewegung im Irak.

Viertens: Die Beendigung der offenen diplomatischen und wirtschaftlichen Parteinahme für „Israel“ und die Ermutigung der UNO, den Plan zur Aufteilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat durchzuführen. Ferner sollen die Sicherheitsratsresolutionen zur Lösung des Problems der arabischen Flüchtlinge umgesetzt werden, und zwar auf Basis der Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat oder der Entschädigung jener, die nicht zurückkehren wollen.

Es heißt auch, dass sie eine spezielle Empfehlung bezüglich Ägyptens abgegeben hätten, die besagt, dass die USA Ägypten den Briten entreißen müssten und Großbritannien von dort zu vertreiben sei. Es solle dann eine starke Regierung in Ägypten installiert werden, die die gesamte Region anführt, zumal die Geschichte bewiesen habe, dass Ägypten das Tor zum Nahen Osten darstellt.

Diese Vorschläge wurden dem Regierungsapparat der Vereinigten Staaten vorgelegt, der damals von der Demokratischen Partei geführt wurde. Die Demokratische Partei tendiert üblicherweise dazu, den Engländern entgegenzukommen. Zu jener Zeit war Truman Präsident der Vereinigten Staaten. Er kam mithilfe zweier Faktoren an die Macht: zum einen durch den jüdischen Einfluss und zum anderen durch den britischen Einfluss auf einige amerikanische Kreise. Truman ging auch gegenüber Großbritannien und ebenso gegenüber den Juden mehrere Verpflichtungen ein. Aufgrund dessen wurde diesen Beschlüssen nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die sich die

Diplomaten erhofft hatten, auch wenn ihnen dann in der Zeit Eisenhowers Bedeutung beigemessen wurde.

Auf jeden Fall wurde die US-Politik im Nahen Osten nach der erwähnten Diplomatenkonferenz aktiv. Die USA unternahm einen gewagten Versuch, einen Friedensschluss zwischen den arabischen Staaten und „Israel“ herbeizuführen und England aus Jordanien und dem Irak zu verdrängen. So nahm die US-Diplomatie Kontakt zu König Abdullah auf und verhandelte mit ihm über einen Deal, der, kurz gefasst, darauf hinausläuft, dass sich Abdullah von England abkehrt und den USA folgt. Dafür würden ihm die USA freie Hand bei der Angliederung des Irak und des *Hiğāz* lassen, um so einen aus Jordanien, dem Irak und dem *Hiğāz* bestehenden Staat zu schaffen. Diesem sollten außerdem Syrien und der Libanon angeschlossen werden, und zwar als Gegenleistung für einen Friedensvertrag mit „Israel“. Die USA würden ihm auch Kredite und Hilfen gewähren, die für die wirtschaftliche Belebung des neuen Staates notwendig wären. König Abdullah stimmte dem zu und schritt zur Verwirklichung dieses Plans über. Er reiste in den Irak und traf Abdul-Ilah und Nuri as-Said. Er eröffnete ihnen den Sachverhalt und forderte sie auf, sich ihm anzuschließen. Diese hingegen wussten nichts Besseres zu tun, als den britischen Botschafter in Bagdad zu kontaktieren und ihn über den Plan König Abdullahs in Kenntnis zu setzen. Die Engländer erteilten ihnen daraufhin das Verbot, ihm zu folgen. Daher gaben die beiden dem König weder eine Zu- noch eine Absage und ließen die Sache in der Schwebe. Abdullah kehrte anschließend nach Jordanien zurück und schickte nach Riad al-Sulh, damit sich dieser ihm anschließt und ihn bei dem Plan unterstützt. Riad al-Sulh, der sich offenbar den Amerikanern zugewandt hatte, stimmte dem zu. Die Engländer beeilten sich daraufhin, Riad al-Sulh in Amman auf dem Weg zu seinem Flug nach Beirut zu ermorden. Nur eine Woche später wurde auch König Abdullah in der Jerusale-

mer Al-Aqsa-Moschee ermordet, was das Resultat einer offensichtlichen, von Glubb⁷ organisierten Verschwörung war. Nur einen Tag zuvor hatte ihn der amerikanische Botschafter vor der Reise und vor Verschwörungen gewarnt. Damit war dieses Projekt gestorben. Im selben Jahr, d. h. 1952, fanden in den USA die Präsidentschaftswahlen statt, aus denen die Republikanische Partei mit Eisenhower als Sieger hervorging. Er übernahm Anfang 1953 die Regierungsmacht. Mit seiner Regierungsübernahme verschärfte sich die Auseinandersetzung zwischen England und den USA. Denn Eisenhower war bekannt dafür, dass er die hohen US-Interessen in militärischer und internationaler Hinsicht über den jüdisch-britischen Druck stellte. Aus diesem Grund nahm der Konflikt zwischen den beiden Staaten USA und Großbritannien nun scharfe Züge an. Zu den wichtigsten Ausprägungen dessen gehörten das Entreißen Ägyptens aus britischer Hand und die Vertreibung Großbritanniens von dort. Zuvor hatten die USA bereits für einen Umsturz in Syrien gesorgt, der ihren Agenten Adib Shishakli an die Macht hievte. Damit waren sowohl Ägypten als auch Syrien in amerikanische Hände geraten. Von diesem Zeitpunkt an waren die gesamten arabischen Länder zu einem ausgedehnten Schauplatz anglo-amerikanischen Ringens geworden. Unzählige Aktivitäten verwandelten die Region in einen Spielball, der zwischen den USA und Großbritannien hin- und herwechselte. Sichtbar wurde dies an den zahlreichen Aktionen, welche die Staaten Ägypten, Syrien, Jordanien, Irak, Saudi-Arabien und Jemen umfassten. Die meisten davon erfolgten in Syrien, da es einen Knotenpunkt mit einem generellen Potential zur Beeinflussung aller arabischen Staaten darstellt. Daher fanden in Syrien zahlreiche politische Aktionen statt, wobei die gehäuften Umstürze zu den markantesten zählten. Kaum war Husni az-Za‘im in einer Weise hingerichtet

⁷ John Bagot Glubb (auch Glubb Pasha genannt), war britischer Offizier und stand von 1939-1956 der jordanischen Armee vor.

worden, die den englischen Hass auf ihn demonstrierte, und seiner Herrschaft damit ein Ende gesetzt, begann England, die Regierungsmacht in Syrien auf demokratischer Basis aufzubauen. Großbritannien arbeitete darauf hin, Syrien dem Irak anzugliedern, und zwar als ein Schritt zur Errichtung des fruchtbaren Halbmonds⁸. Es kam daraufhin tatsächlich zu Wahlen in Syrien. Auch eine Verfassung wurde niedergelegt. Die Volkspartei beherrschte zusammen mit der Nationalen Partei nun die Macht im Staat, und beide kündigten in ihren Parteiprogrammen eine Union mit dem Irak an. Die USA ihrerseits versuchten die Bemühungen Englands zu torpedieren, ohne dass sich jedoch die passende Gelegenheit dazu fand, bis Adib Al-Shishakli an die Macht kam. Die Macht übte er zunächst hinter den Kulissen aus und schließlich in offener Form. Er erhob sich selbst zum Präsidenten der Republik, womit Syrien in die Hände der USA wechselte, was bis Februar 1954 anhielt. Dann nämlich unternahmen die Vasallen Englands mit irakischer Unterstützung einen Putsch gegen Al-Shishakli, womit Syrien wieder in die Hände der Engländer fiel und man erneut zur parlamentarischen Herrschaft zurückkehrte. In dieser Zeit begann England damit, den Bagdad-Pakt in die Realität umzusetzen. Und kaum hatte das Jahr 1955 begonnen, geriet die Region in eine erbitterte Phase harten anglo-amerikanischen Ringens. Die USA begannen über den Weg Ägyptens, das Spiel von Befreiung, Einheit und Sozialismus zu inszenieren. Nasser begann damit, sich stellvertretend für die USA mit den Engländern eine bittere Schlacht zu liefern. Auf Weisung der USA handelte er einen großen Waffendeal mit dem Ostblock aus und suggerierte den Völkern, er habe dies für den Kampf gegen „Israel“ und zu dessen Vernichtung getan. Dies löste ein gewaltiges Echo bei den gesamten arabischen

⁸ Gebiet des Zweistromlandes zwischen Euphrat und Tigris im Irak, der Küstengebiete Syriens und Palästinas bis ins nördliche Nildelta. Es wird als „fruchtbarer Halbmond“ bezeichnet, weil es die Form eines Halbmondes hat und sehr fruchtbar ist. Es gilt auch als Wiege der Zivilisation.

Massen aus. Nasser adoptierte auch den arabischen Nationalismus und erklärte Ägypten zu einem arabischen Staat, was er in der Staatsverfassung Ägyptens verankern ließ. Er rief zur sozialen Gerechtigkeit und zur Einheit auf. Diese Aktionen führten dazu, dass sich die arabischen Volksmassen um ihn scharten und er zu einem Pol der arabischen Länder wurde. Dazu hat auch die von den USA angewandte Vorgehensweise beigetragen, um England zu vertreiben und Unruhe unter den Bewohnern der Region zu erzeugen. Ungeachtet der damals tief sitzenden Feindschaft zwischen den USA und der Sowjetunion (Russland) wandten die USA nämlich Mittel an, um die Sowjetunion in die Region zu locken, sie dort zu einem internationalen Faktor zu erheben und gegen England einzusetzen. Trotz des Kampfes der USA gegen den Kommunismus überzeugten sie Nasser, den Regenten Ägyptens, vom Sozialismus und dessen Propagierung. Der Waffendeal Ägyptens mit dem kommunistischen Block stellte einen Faktor dar, mit dem die Sowjetunion (Russland) Zugang zur Region fand. Nassers Werbung für den Nationalismus war der Hauptfaktor für die Wiederbelebung des arabischen Nationalismus, nachdem dieser bereits ausgestorben bzw. so gut wie ausgestorben war. Die Adoption des Sozialismus, der sich aus der Idee der sozialen Gerechtigkeit entwickelte, stellte einen effektiven Faktor für den Linksruck in der öffentlichen Meinung der Region dar. Das Attackieren ausländischer Bündnisse, vor allem des Bagdad-Pakts, war besonders wirksam, um von Nasser den Verdacht des Vasallentums gegenüber Amerika abzulenken, insbesondere da er den amerikanischen Imperialismus attackierte. So hatte das gesamte arabische Volk nicht den geringsten Zweifel daran, dass Nasser der große Retter war, der von Allah zu dieser Umma geschickt wurde, um sie vom Kolonialismus zu befreien. Daher klammerten sich die Menschen alle an ihn – mit Ausnahme einer einzigen Gruppe, die versuchte, ihn zu entlarven, und ihn attackierte. Doch dies zeigte nicht die geringste

Wirkung. Nasser beherrschte die öffentliche Meinung vollständig. Mit dieser Dominanz befanden sich die Vasallen Englands in Jordanien und im Irak in ihrer Eigenschaft als Regenten auf wackeligem Boden. Ebenso war es um die Popularität der Vasallen Englands in Syrien und im Libanon schlecht bestellt. So entstand das ideale Klima für die USA, um den englischen Einfluss zu beseitigen, ohne dass die Region merkte, dass die stattfindenden Handlungen der Einflussnahme Amerikas auf die Region dienten, um die Stelle Großbritanniens einzunehmen. Der Region hätte bewusst sein müssen, dass sie verpflichtet gewesen wäre, den Kolonialismus beider Staaten, den der USA und Großbritanniens, loszuwerden, anstatt den einen durch den anderen zu ersetzen.

In dieser Zeit kam es in Syrien zu inneren Entwicklungen, deren Triebfeder die Anziehungskraft Nassers auf das Volk war. Die Baath-Partei hatte sich mit der sozialistisch-arabischen Partei zu einer Einheit zusammengetan. Diese Allianz sorgte für eine Präsenz der Baath-Partei in der Armee. Beide Parteien erhoben die Slogans „*Einheit, Freiheit, Sozialismus*“ zu ihrer Devise. Beide zusammen konnten sie die Macht im Land beeinflussen, sie beteiligten sich auch tatsächlich an ihr. Sie witterten in Nasser und in dem, was er propagierte, eine Chance, das Volk um sich zu scharen, und markante Schritte auf dem Weg der angestrebten sozialistischen Einheit zu setzen. Und so wurde Syrien von Regierungen beherrscht, die von der Baath-Partei dominiert wurden, um sich vor deren Übel zu schützen und aus Furcht vor deren vermeintlicher Popularität im Volk, die man fälschlicherweise annahm. Deswegen war Syrien faktisch gesehen auf Seiten der Engländer, wurde aber von den Ideen der Einheit und des Sozialismus beherrscht, weil diese so einen Einfluss auf die öffentliche Meinung ausübten. Schließlich verstaatlichte Nasser den Suezkanal, und es kam zur Suezkrise und dem Angriff

der Drei-Staaten-Allianz⁹ auf Ägypten. Die Popularität Nassers stieg nun ins Unermessliche. Die Vasallen Englands wagten sich von da an nicht mehr auf die Bühne; ihre Stimme wurde immer leiser und war fast nicht mehr zu vernehmen.

Im August 1957 kam es zu einem Treffen einiger Offiziere, bei dem sie die Regierungstreue Syriens gegenüber dem Westen thematisierten sowie das Ausmaß, zu dem das Land vom westlichen Einfluss durchdrungen war. Sie entschlossen sich, die Regierungsgewalt unter ihre Kontrolle zu bringen, die Regierung aber im Amt zu belassen. Mit anderen Worten sollten der Präsident der Republik sowie der Premierminister in ihren Ämter bleiben, während sie, die Generäle, die Angelegenheiten steuern und die Regierungsbelange wahrnehmen. In der Tat sorgten sie für die Loslösung Syriens vom westlichen Kolonialismus. Vorher war Syrien de facto in englischer Hand. Nach außen galt es jedoch als an Amerika gebunden. Denn die vorherrschenden Ideen waren die gleichen, für die Nasser warb, nämlich Freiheit, Sozialismus und Einheit. Die Baath-Partei, die in der öffentlichen Meinung außen vor stand, erschien nach außen hin als Freund Nassers bzw. als sein Verbündeter. Die Loslösung Syriens vom Westen galt deswegen als gegen die USA gerichtet, auch wenn sie in Wahrheit eher gegen die Engländer gerichtet war als gegen die USA. Trotzdem nahmen die Engländer diese Trennung stillschweigend hin und rührten keinen Finger. Die USA hingegen waren vollkommen außer sich und in offensichtlicher Nervosität bemüht, den Offiziersaufstand zu zerschlagen, damit Syrien wieder ins westliche Gehege zurückkehrt. Zahlreiche Versuche wurden zu diesem Zweck unternommen, die jedoch alle fehlschlügen. Nach dem Unvermögen Amerikas, das Problem zu beheben, trat Nasser in Erscheinung, um sich des Problems anzunehmen. Er entsandte Mahmud Riad, der sich

⁹ Angriffsallianz der drei Staaten England, Frankreich und Israel gegen Ägypten 1956

um eine Föderation zwischen Syrien und Ägypten bemühte, wobei Ägypten die Herrschaft in Syrien in die Hand nehmen sollte. Dadurch konnten die USA die Kontrolle erneut an sich reißen und arbeiteten nun darauf hin, Großbritannien aus dem Irak und Syrien zu vertreiben. Mit Beginn des Jahres 1958 kam es zur Revolution im Libanon und anschließend im Irak. Syrien, der Irak, der Libanon und Ägypten waren nun in US-Hand. Den Engländern blieb lediglich Jordanien erhalten. Doch Nasser blieb ihnen auch dort an den Fersen, so dass sie fast vollständig aus der Region verdrängt wurden. Großbritannien kapitulierte aber nicht und agierte weiter von seiner Basis Jordanien aus. Mit Beginn des Jahres 1961 hatte es seine Macht in Syrien ausgebaut. Sämtliche politischen Kräfte – die Volkspartei, die Nationalpartei und die Baath-Partei bzw. die Baath- und die sozialistische arabische Partei – rotteten sich gegen Nasser und gegen die Union zusammen. Es erfolgte die Abspaltung Syriens von Ägypten, und die Vasallen Englands kehrten wieder an die Macht zurück. Doch die USA putschten nun im Irak Abdulkarim Qasim aus dem Amt, nachdem dieser sich ihnen gegenüber aus dem Vasallentum gelöst und sich den Kommunisten zugewandt hatte. Im Irak bildete sich nun eine proamerikanische Regierung, die von der Baath-Partei geführt wurde. Sie war darum bestrebt, die Situation in Syrien und Jordanien dahingehend zu verändern, dass sie beide dem Irak angegliedert werden. Dies weckte wiederum die Sorgen der Engländer, worauf ihre Vasallen in Damaskus einen inszenierten Umsturz durchführten und die Baath-Partei als Deckmantel ihrer Herrschaft benutzten. Im Jahr 1971 allerdings, nachdem Hafiz al-Assad nach Ägypten gereist und der Viererunion¹⁰ beigetreten war, kehrte er mit verändertem Antlitz nach Syrien zurück. In Ägypten wurde er nämlich davon überzeugt, dass er trotz seiner Zugehörigkeit zum nusai-

¹⁰ Union zwischen Ägypten, dem Sudan, Libyen und Syrien

ritischen Alewitentum Präsident der Arabischen Republik Syrien werden könne. Damals schien es, als ob die USA dahinter steckten und ihm den Rücken stärken würden, solange er ihnen folgte. Ägypten würde seine Leute in Syrien dazu anhalten, ihn zu unterstützen. Des Weiteren würde sich Ägypten mit den USA im Rücken um die Beseitigung aller Hindernisse kümmern, die Assads Einsetzung als Präsident der Republik im Wege stünden, da er Alewit war und die Menschen in Syrien nur einen Muslim und keinen Alewiten als Präsidenten akzeptieren würden. Auf diese Weise ebneten ihm die USA den Pfad und räumten ihm die Schwierigkeiten aus dem Weg, nachdem er sich einverstanden erklärte, ihnen zu folgen. Die Realisierung dieses Vorhabens wurde nun in Angriff genommen. Assad arbeitete schrittweise daraufhin, Präsident der Republik zu werden. Hierzu stattete er zunächst dem Norden einen Besuch ab und nahm anschließend Kontakte zum Volk auf. Nachdem er sah, dass das Volk dem Regenten folgt und keine offenkundige Opposition gegen ihn vorhanden war, ging er zur praktischen Umsetzung über. So wurde Hafiz al-Assad für das Amt des Präsidenten der Arabischen Republik Syrien nominiert. Der 12. März 1971 wurde als Wahltermin festgelegt und Assad wurde Präsident der syrischen Republik. Syrien geriet damit erneut in die Klauen der USA und blieb es bis zum heutigen Tag.

Dies sind Beispiele für das anglo-amerikanische Ringen in Syrien, das die stärkste Ausprägung des Konflikts verkörpert. Was die übrigen arabischen Staaten betrifft, blieb Jordanien der englischen Kontrolle unterworfen. Das Volk besteht nämlich zu zwei Dritteln aus Palästinensern, von denen viele von der Versorgungskarte der Vereinten Nationen und vom Einkommen ihrer im Ausland beschäftigten Kinder leben. Das verbleibende Drittel besteht aus den Beduinen Ostjordaniens, von denen die meisten von den Gehältern ihrer Söhne in der Armee leben. Daher fanden die USA in Jordanien nicht

den fruchtbaren Boden vor, den sie in Syrien vorgefunden hatten. Es erfolgten dort keine politischen Handlungen, in denen das internationale Ringen hätte sichtbar werden können, abgesehen von den Protesten gegen den Bagdad-Pakt und dem von König Hussein inszenierten Putschversuch 1957, den er vorgaukelte, um einige Agenten Nassers aus dem Land zu treiben. Demzufolge kann man nicht sagen, dass in Jordanien irgendwelche nennenswerten politischen Handlungen stattgefunden hätten, die im Bezug zum anglo-amerikanischen Ringen stünden, auch wenn das Land aufgrund seiner gewaltigen Schätze im Erdinneren und unter Wasser zu den bedeutendsten Plätzen gehört, um die sich der anglo-amerikanische Konflikt dreht.

Was den Irak betrifft, so befand sich Abdussalam Arif, der den Baathisten an die Macht folgte, im Schlepptau Nassers. Trotzdem fanden die Vasallen Englands unter den Politikern und Armeeführern die passende Chance vor, um aktiv zu werden. Mit etwas Aufwand brachten sie die Armee und das Wirtschaftstreiben unter ihre Kontrolle. Der Irak war damit wieder in englischer Hand. Auch wenn die USA in der Zeit Abdurrahman Arifs in den Irak zurückkehrten, so gelangten die britischen Vasallen unter den Baathisten und anderen 1968 wieder an die Macht. Der Einfluss Englands im Irak hielt bis zum 9. April 2003 an, dem Tag, an dem Bagdad, das Saddam-Regime und die Baath-Regierung fielen und der Irak unter US-amerikanische Besatzung geriet.

Was Ägypten betrifft, so gilt es, seitdem Nasser sich der Regierung bemächtigte, als größte amerikanische Basis in der Region. Bis heute stellt es den wichtigen amerikanischen Stützpunkt dar. Es fanden dort jedoch keine wesentlichen politischen Aktionen statt, die im Zusammenhang mit dem anglo-amerikanischen Ringen stünden. Ausnahme sind die Ereignisse kurz nach dem Tod Nassers, als nämlich drei Bedingungen erfüllt gewesen wären, um Ägypten erneut in die Hände Englands zu treiben:

Erstens: Es kam eine schwache Regierung zustande, die nicht in der Lage war, sich selbst zu halten, geschweige denn die Lücke zu füllen, die Nasser hinterlassen hatte.

Zweitens: In Ägypten kam es innerhalb der Armee und des Volkes zu Aktivitäten, die zum Krieg und zur Vertreibung der Russen (Kommunisten) aufriefen und die vollständige Befreiung forderten.

Drittens: Es kam zu Kontakten zwischen den Engländern und Ägypten, die mit dem Besuch Douglas-Homes, dem Außenminister Englands, ihren Anfang nahmen, als dieser unter dem Vorwand, dem Begräbnis Nassers beiwohnen zu wollen, dorthin reiste. Weitere Besuche der Engländer unter der Vermittlung Libyens folgten. Offiziell wurde das Ganze dann nicht nur durch den Besuch Muhammad Hasanein Haikals, sondern auch durch das offizielle Memorandum und die offene Forderung an Ägypten, die Beziehungen mit den Engländern zu stärken. Die Rückkehr Ägyptens zu England wurde angesichts der wackeligen Position Sadats zu Beginn seiner Regierungsübernahme nur mehr zu einer Frage der Zeit und nicht der Bemühungen. Trotzdem gelang es den USA, Sadat im Regierungsamt zu festigen. Die USA inszenierten den Krieg 1973, um dem Friedensschluss mit „Israel“ den Weg zu ebneten. So machten sie aus Sadat einen Helden und ermöglichten ihm, die Zügel in die Hand zu nehmen. Damit verschwand das internationale Ringen innerhalb Ägyptens, und es blieb bis in die Gegenwart die größte und wichtigste Basis der USA.

Was die nordafrikanischen Staaten anlangt, so fiel Marokko seit seiner Unabhängigkeit in der Zeit Mohammads V. unter die Kontrolle Amerikas. Auch Algerien wurde dank Ahmed Ben Bella pro-amerikanisch. Doch dieser Zustand hielt nicht lange an, denn Mohammad V. starb und sein Sohn Hassan übernahm die Macht und schlug sich auf die Seite der Engländer. Was Ben Bella betraf, so be-

reiteten die Engländer durch den Einsatz König Hassans und Muhammad Khaidars einen Staatsstreich gegen ihn vor. Sie zogen Tahir Al-Zubairi und Boumédiène auf ihre Seite, die gegen Ben Bella putschten und ihn aus dem Weg räumten. So wurden die USA aus Algerien hinausmanövriert und England wurde zum Einfluss nehmenden Akteur. Was Libyen und Tunesien betrifft, so waren die USA nicht in Lage, dort Zugang zu finden oder in einem der beiden Länder politische Aktionen hervorzurufen. Vielmehr blieb der englische Einfluss erhalten. Daher waren sie in das anglo-amerikanische Ringen nicht involviert. Ebenso sind der Jemen und die gesamten Golfstaaten, mit Ausnahme „Saudi-Arabiens“, dem Einfluss Englands unterworfen. Ein Konflikt im klassischen Sinne findet dort außer im Jemen nicht statt. Im Jemen ist die Vorherrschaft Englands dem amerikanischen Druck und einem gegenseitigen Tauziehen ausgesetzt. In Saudi-Arabien ist es den USA gelungen, einige Mitglieder der Königsfamilie zum Seitenwechsel zu bewegen. Den Engländern blieben auch weiterhin ihre Männer in der Königsfamilie erhalten. Die englisch-amerikanische Auseinandersetzung findet dort über den Weg der Angehörigen der Königsfamilie statt. Mit der Machtübernahme von Fahd Bin Abdulaziz z. B. agierte Saudi-Arabien im Rahmen amerikanischer Politik. Sollte sich der Zustand ändern und einer der Gefolgsmänner Englands, wie etwa der derzeitige Kronprinz Abdullah, an die Macht kommen, würden der *Ḥiǧāz* und der *Naǧd* wieder in den britischen Einflussbereich zurückkehren usw.. Nach dem 11. September 2001 jedoch unternahmen die USA Versuche, ihren Einfluss in Saudi-Arabien zu stabilisieren, ohne das Hin- und Herschwenken der königlichen Familienangehörigen fürchten zu müssen. Dies soll durch eine Veränderung in der derzeit angewandten Regierungsform erreicht werden. Offenbar wird diese Option von den politischen Gestaltern in Washington gerade untersucht, wie es in einigen Medienberichten kursiert.

Der anglo-amerikanische Konflikt wurde in den Fünfziger- und Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts in den arabischen Ländern aus Heftigste geführt. Und die Palästinafrage blieb währenddessen der Kern dieses Konflikts, denn die Briten gelangten 1964 zur Überzeugung, dass in der Region die Bereitschaft fehlte, einen fremden, implantierten Staat hinzuzunehmen. Das Experiment der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina war für sie gescheitert. Besser wäre es, einen laizistischen Staat nach libanesischem Vorbild zu errichten und auf den Weißbuch-Plan von 1939 zurückzugreifen, der aus der Feder Großbritanniens stammte. Ihn machten sie zur Grundlage für die Lösung des Problems. Sie legten ihn den jüdischen Führern vor, die sich von der Idee überzeugen ließen. Daraufhin unternahm Tunesiens Präsident Habib Bourguiba Besuche nach Ägypten, Jordanien, in den Libanon, nach Kuwait und Saudi-Arabien, um den arabischen Führern und einigen palästinensischen Persönlichkeiten den erwähnten britischen Plan zu unterbreiten. Er konnte eine generelle Zustimmung zu diesem Plan gewinnen, so dass die Briten zum Versuch einer Umsetzung schritten. Doch die USA vermochten es mithilfe ihres Vasallen Nasser, der sich heftig gegen den Plan wehrte, ihn zum Scheitern zu bringen.

Aus all dem wird ersichtlich, dass das Nahostproblem aus internationaler Sicht eigentlich ein Problem der Auseinandersetzung zwischen den Bewohnern der Region und den Kolonialmächten hätte sein sollen. So geschah es im Falle der USA selbst, als sie sich des Kolonialismus entledigten und die Vereinigten Staaten von Amerika gründeten. Dasselbe geschah mit China nach dem Zweiten Weltkrieg, als es die japanischen Kolonialisten vertrieb und sich vom Fremdeinfluss befreite. Es errichtete danach einen kommunistischen Staat, der durchaus seine Stellung in der Welt einnahm. In natürlicher Weise gilt dies für jedes kolonialisierte Land, das die entsprechenden internationalen und nationalen Möglichkeiten erhalten hat,

um sich von fremden Einflüssen zu befreien und sich in einen Staat mit internationalem Gewicht zu verwandeln. Doch zum großen Bedauern traf dies auf das Nahostproblem nicht zu. Vom internationalen Aspekt her war es von einer erbitterten Auseinandersetzung zwischen den USA und Großbritannien um die Kolonialisierung und Ausbeutung der Region geprägt. Dadurch sollten dem Nahen Osten neue, straffe Fesseln angelegt werden, die verhindern, dass die Bewohner der Region auch nur einen Gedanken der Befreiung und Loslösung fassen können. Der britisch-amerikanische Konflikt setzte sich in den Siebziger- und Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts weiter fort, jedoch in abgeschwächter Form.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu Anfang der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts und dem Erfolg der USA bei der Invasion des Irak und der Ausdehnung ihrer Hegemonie über Kuwait und die Golfregion änderte sich die Kräftebalance in der Welt. Die USA begannen nun eine neue Karte für die Region zu zeichnen, wodurch die Briten zu einem zweitrangigen Spieler wurden und der Auseinandersetzung mit den USA nicht mehr gewachsen waren. Es sank ihr Rang und ebenso ihr Gewicht in der Region. Sie waren nun gezwungen, auf Intrigen und schwache List zurückzugreifen und waren auch genötigt, sich auf die EU zu stützen, um ihre an sich schon blassen Pläne durchzusetzen. Beispiel dafür ist das Oslo-Abkommen, bei dem sie versuchten die USA zu umgehen. Doch den USA gelang es, das Abkommen auf eine andere Schiene zu lenken, das ihren Zielen diene. Danach war Großbritannien gezwungen zuzugeben, dass sein Plan von einem laizistischen Staat gescheitert war und es trug ihn offen zu Grabe. Es akzeptierte nun den US-Plan, der die Gründung eines arabischen Staates in Palästina neben dem jüdischen vorsieht. PLO-Führer Arafat rückte daraufhin 1988 auf der palästinensischen Nationalkonferenz in Algier offiziell von der Idee eines laizistischen Staates ab und gab von dem Tag an seine offiziel-

le Zusage zur Zweistaatenidee auf allen internationalen Bühnen bekannt. König Hussein war nun ebenfalls und widerwillig dazu gezwungen, die gesetzliche und administrative Trennung zwischen dem West- und Ostufer des Jordanflusses zu proklamieren, und akzeptierte die Notwendigkeit der Gründung eines palästinensischen Staates.

Die Pläne zu einem laizistischen Staat brachen somit sowohl auf praktischer als auch auf formeller Ebene zusammen, so dass lediglich der US-Plan erhalten blieb, der in der Gründung eines palästinensischen Staates neben „Israel“ besteht. Dieser Plan entwickelte sich zu einer internationalen Forderung, die neben den USA auch von der UNO, der EU und von Russland übernommen wurde. Es bildete sich daher die internationale Quadriga (Vierergruppe), die sich aus diesen vier Seiten zusammensetzt, um die Idee von der Gründung eines palästinensischen Staates neben „Israel“ zu forcieren, und zwar im Rahmen der von Bush vorgeschlagenen, so genannten „Roadmap“. Derzeit arbeiten die USA allerdings nicht ernsthaft an der Umsetzung der Roadmap, denn dieses Jahr (2004) ist ein Wahljahr in den USA, und so wollen sie die Region lediglich beschäftigen. Die USA haben es sich nämlich zur Gewohnheit gemacht, die Region mit einem Plan nach dem anderen zu beschäftigen, bis sich der richtige Moment für die Verwirklichung ihrer Interessen ergibt. Die Juden werden dann ihrerseits den USA zu Willen sein, wenn diese sie zur Umsetzung ihrer Pläne ernsthaft anhalten. Sie können nämlich keine Anweisungen der USA ablehnen, wenn diese sie auf ernste Weise an sie richten, insbesondere da ihnen bewusst ist, dass die USA mit den Plänen zur Realisierung ihrer Interessen in der Region gleichzeitig auch die Interessen des Judenstaates berücksichtigen. So, wie Großbritannien gezwungen war, sich den USA in der Idee eines palästinensischen Staates anzuschließen, war es auch gezwungen, sich bei der Invasion des Irak an ihre Fersen zu heften, um seinen Vasallen Saddam Hussein zu beseitigen. Dadurch wollte es sich einige Pfrün-

de erhalten, die ihm den Status einer Großmacht bewahren, jedoch im Dunstkreis Amerikas.

Den USA war es zudem gelungen, ihren Einfluss neben dem der Briten in intensiver Weise auf sämtliche Golfstaaten, den Jemen und Jordanien auszudehnen. Des Weiteren schafften sie es, mit dem britischen und französischen Einfluss in Nordafrika und der Türkei in Wettstreit zu treten. Somit besitzen die USA die eigentliche Hegemonie über die Staaten der Nahostregion, die mehr als 24 Staaten umfasst, während Großbritannien den USA hinterherhechelt, um noch einige Krümel zu ergattern, gleichzeitig aber aus dem Hinterhalt gegen die USA Unruhe stiftet. Anders als früher wagt es Großbritannien nicht mehr, eigene Pläne, mit denen es die US-Pläne in der Region bekämpft, offen vorzulegen. Deswegen kann man sagen, dass die offene Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten seit Ende des letzten Jahrhunderts beendet ist. Bis heute hat sich an dieser Situation nichts geändert. Die Auseinandersetzung hat sich zu einer Art Teilhaberschaft und dem Ausmachen von Deals gewandelt, wobei die USA zum obersten Führer in der Region gekrönt wurden, mit dem Recht auf den Löwenanteil, während Großbritannien die Rolle des Pagen besetzt, um im Rampenlicht zu bleiben. Die derzeitige Fähigkeit Großbritanniens, ja der gesamten EU, Lösungspläne für die Region einzubringen, ist schwach. Deswegen sehen wir, wie Großbritannien und die EU die Pläne der USA aufgreifen und in deren Rahmen agieren. Weder Großbritannien noch die EU sind in der Lage, irgendetwas umzusetzen, ohne dass die USA dabei eine aktive Rolle spielen. Trotzdem kann nicht gesagt werden, dass die Rolle Großbritanniens in der Region beendet sei. Großbritanniens Gefühl der Größe und des Großmachtstatus existieren noch immer. Ebenso ist die politische Verschlagenheit Großbritanniens noch nicht erloschen. Ferner „atmen“ seine Vasallen noch. Mit anderen Worten

ist die Macht Großbritanniens weiterhin latent vorhanden und gerät ab und zu in Bewegung.

Was Frankreich anlangt, so kämpft es um Einfluss in Algerien, Tunesien und im Libanon, und zwar durch die dort vorhandenen Personen mit französischer Bildung, nachdem es seinen Einfluss in Marokko und Mauretanien vollständig verloren hat.

„Israel“ hingegen passte seine Politik den amerikanischen Interessen an und verschmolz vollkommen mit ihnen, insbesondere in der Zeit der Neokonservativen unter Bush Junior. In rasanter und leidenschaftlicher Weise schwamm es auf die Welle der Verteidigung der US-Interessen auf. Im Gegenzug hielten die USA „Israels“ Position als regionale Großmacht in dem Gebiet aufrecht und erachteten die Verteidigung der Existenz „Israels“ als Verteidigung der USA selbst. Es blieb das „verwöhnte Kind“, das der Vater nicht verärgern will.

In Bezug auf die Regenten der arabischen Länder, so gingen sie in ihrer Dienerschaft gegenüber den USA bis an die Grenze der Sklaverei und verloren dadurch jeden Rest an Glaubwürdigkeit bei ihren Völkern. Ihre Herren verachten sie und vertiefen sich darin, sie zu erniedrigen und weitere Konzessionen von ihnen zu fordern. So wurden sie zu leicht austauschbaren Instrumenten in den Händen ihrer Feinde, wie es mit Saddam passiert ist und möglicherweise auch mit anderen von ihnen passieren wird. Ihren Rückhalt im Volk haben sie verloren und können sich nur noch mit der Stütze ihrer Herren, von deren Gnade sie abhängig sind, an der Macht halten. Ihre Situation ist nun schwieriger als früher, denn sie befinden sich in der Zwickmühle zwischen ihren Völkern und ihren Herren und gleichen einem Werkstück zwischen Hammer und Amboss. Die Nahostregion ist somit ein Pulverfass, das jeden Moment explodieren könnte. Sie stellt einen fruchtbaren Boden dar für die Geburt eines wahren

islamischen Staates, dessen Vorzeichen bereits deutlich und klar ersichtlich sind.

3. Das Fernostproblem

Das Fernostproblem ist anders als die Nahostfrage. Obwohl es sich ebenso um eine strategische Frage und um einen Problemfall des Kolonialismus handelt, unterscheiden sich beide Sachverhalte diametral voneinander. Wenn wir den indischen Subkontinent heute als eigenes Problemfeld ausklammern, so gehen wir im Fernen Osten von fünf Völkern aus: Chinesen, Japaner, Koreaner, das Volk Indochinas und die Indonesier. Jedes dieser Völker hat seine eigene Problemstellung. Vor der Erörterung der Einzelangelegenheiten in Fernost wollen wir das Problem in allgemeiner Form zusammenfassen. Aus strategischer Sicht ist der Ferne Osten sowohl für die USA als auch für Russland von Bedeutung. Vom Pazifik her grenzt er an die USA, wobei zwei große Mächte eine potentielle Gefahr für die USA darstellen: China und Japan. Auch für Russland verkörpern sie eine mögliche Bedrohung. Aus diesem Blickwinkel ist das Fernostproblem als strategische Frage zu betrachten. Daher waren die USA stets darauf bedacht, Streitkräfte in Fernost zu besitzen und dort permanent präsent zu sein, selbst vor dem Angriff der Japaner auf Pearl-Harbor im Zweiten Weltkrieg. Nach dem Angriff wurde der Ferne Osten aus strategischer Sicht zu einer bedeutenden Region für die USA, so dass ihre Kriegsschiffe und Flugzeuge die Region unentwegt durchkreuzen. Die Philippinen galten bereits vor dem Zweiten Weltkrieg als US-Basis und sind es auch heute noch. Die USA widmen sich mit höchster Aufmerksamkeit dieser Region, um sich vor jeder dort lauenden Gefahr zu schützen. Was Russland betrifft, so hat es, da es unmittelbar an die Region angrenzt und im Gegensatz

zu Amerika durch keinen Ozean von ihr getrennt ist, diesbezüglich keine militärischen Vorkehrungen getroffen, obwohl es seine Grenzen zu China gefestigt hat und stets versucht, seine Beziehung zu Japan auf der Basis von Freundschaft und Eintracht zu halten.

Was den kolonialistischen Aspekt anlangt, so ging er in der Vergangenheit fast ausschließlich von England, Frankreich, Holland und Portugal aus. Die USA haben sich damals nicht an der Kolonialisierung von Ländern außerhalb der Neuen Welt beteiligt, als die kolonialistische Welle im 19. Jahrhundert einsetzte. Gleichwohl hatten sie die Kontrolle über die Philippinen, die zu ihrer Kolonie bzw. beinahe zu einer ihrer Kolonien wurde. Deswegen kann man behaupten, dass in erster Linie England, Frankreich und Holland mit der Kolonialisierung des Fernen Ostens begannen. Zu einem geringen Anteil war auch Portugal daran beteiligt. England kolonisierte neben Indien die an der südöstlichen Küste Chinas gelegene Insel Hongkong sowie die Malaiische Halbinsel, Singapur, den Nordteil der Insel Borneo, Burma und Ceylon. Die gesamte Politik Englands basierte auf der Aufrechterhaltung seiner Kolonialgebiete. Vor dem Zustandekommen der Vereinbarung zwischen den beiden Supermächten, als der Westblock noch eine zusammenhängende Einheit darstellte, stand die Politik Großbritanniens in Bezug auf den Fernen Osten im Widerspruch zu jener der USA, obwohl Großbritannien der US-Unterstützung dringend bedurfte, um seine Kolonien in der Region zu erhalten. England betrachtete China als Absatzmarkt und sah deswegen dessen Positionierung auf der Seite des Ostblocks nicht als Gefahr für seine Präsenz in Fernost an. Aus diesem Grund sah England keine Rechtfertigung dafür, China anzugreifen oder zu reizen. Es bemühte sich vielmehr um Ruhe und Stabilität in der Region, denn jede Bewegung dort hätte für Unruhe in seinen Kolonien gesorgt.

Aufgrund dessen widersetzte es sich dem indonesischen Freiheitskampf zur Vertreibung der Holländer. Großbritannien zeigte sich auch dem kommunistischen China gegenüber wohlgesinnt und erkannte es an. Es öffnete China das Tor zum Handel und stellte sich, was die Fernostpolitik betraf, gegen die USA. All dies diente der Aufrechterhaltung der Kolonien, denn diese stellten nicht bloß einen Absatzmarkt für Englands Waren dar. Es handelte sich vielmehr um Länder, die reich an Rohstoffen waren und allein von England ausgebeutet wurden. England hatte sich dort seit alter Zeit festgesetzt und die Länder ausgebeutet. Deswegen war die Haltung Englands gegenüber dem Fernen Osten davon geprägt, seine Kolonialisierung dieser Länder in welcher Form auch immer aufrechtzuerhalten und seinen Einfluss in der Region zu wahren.

Was Frankreich betrifft, so hat es nach dem Zweiten Weltkrieg Indochina zurückgewonnen, das aus Vietnam, Laos und Kambodscha besteht. Es galt als wertvollstes und größtes Kolonialgebiet Frankreichs, da es aufgrund seines Reichtums an Rohstoffen eins der größten Einnahmequellen Frankreichs darstellte. Frankreich konnte diese Kolonie jedoch nicht halten, weil von der einen Seite China, von der anderen Seite die USA die Oberhand darüber gewannen. So war Frankreich gezwungen, das gesamte Kolonialgebiet aufzugeben und von dort abzuziehen. China hatte die ehemalige Befreiungsbewegung in Vietnam, die „Vietminh“, wieder ins Leben gerufen und ließ ihr die nötige Unterstützung zukommen. Diese Revolutionsbewegung schaffte es Frankreich zu besiegen, das nun gezwungen war, sich aus weiten Teilen Vietnams zurückzuziehen. Frankreich war sowohl militärisch als auch politisch geknickt und musste sich schließlich endgültig aus seiner Kolonie zurückziehen. Die USA hingegen hatten die Absicht, Frankreich die Kolonie Indochina zu entreißen. Während sie nach außen hin Frankreich unterstützten, hetzten sie mit verdeckten Mitteln zum Aufstand gegen die Franzosen auf. Auf diese

Weise hielten sie Frankreich einerseits in der Hoffnung auf einen Verbleib in seinen Kolonien, da es die Unterstützung des Westblock, insbesondere der USA, hinter sich wähnte, andererseits geriet es zunehmend in Verzweiflung wegen der mangelnden Aussicht auf einen Sieg über die Revolution. Schließlich kam es zur Genfer Konferenz, auf der die Indochina-Frage behandelt wurde. Resultat war der Abzug Frankreichs aus Indochina, wobei die USA seinen Platz in Laos, Südvietnam und Kambodscha einnahmen. In Nordvietnam nahm China die Stelle Frankreichs ein, und zwar über die Ausrufung eines unabhängigen Staates Nordvietnam (dem später Südvietnam angegliedert wurde). Somit war Frankreich vollständig aus der Region verdrängt worden.

Was Holland anlangt, so haben die USA die Indonesier zur Revolution gegen Holland angestiftet. Es kam zu einem erbitterten Aufstand, den sowohl die Sowjetunion (Russland) als auch die USA trotz ihrer Differenzen unterstützten. Großbritannien stellte sich hingegen auf die Seite Hollands gegen Indonesien. Im Endeffekt jedoch erlangten die Indonesier den militärischen Sieg über Holland, und die Angelegenheit wurde vor die UNO gebracht. Indonesien wurde von den USA unterstützt, und die UNO beschloss, Indonesien die Unabhängigkeit zu gewähren. Die Holländer mussten Indonesien verlassen, lediglich West-Irian (West-Papua) blieb in ihrer Hand. Die Indonesier blieben ihnen aber mit amerikanischer Unterstützung auf den Fersen, bis sie auch von dort vertrieben wurden. Holland war nun vollständig aus der Region verdrängt und hatte keine kolonialistische Präsenz mehr.

Was Portugal betraf, so hatte es das indische Goa kolonialisiert. Als Indien jedoch sah, wie Holland aus der Region vertrieben wurde, war es motiviert, auch Portugal aus seiner Kolonie zu treiben. Mit Hilfe Englands und Amerikas wurde es dazu ermutigt, Goa zu

besetzen und Portugal hinauszutreiben. Und somit wurde Goa zu einem Teil Indiens.

Damit blieben von den Kolonialmächten in der Region lediglich England und die USA übrig. England war sich vor dem gemeinsamen Abkommen zwischen den beiden Supermächten (den USA und der ehemaligen Sowjetunion) seines weiteren Verbleibs in der Region sicher. Nach dem Abschluss des Abkommens jedoch und der Veränderung der weltpolitischen Lage begann England sich um seine Kolonialgebiete zu sorgen. Es war nun bedroht, da die USA Versuche unternahm, es aus der Region zu drängen, um dessen Platz mit neuen kolonialistischen Methoden einzunehmen. Dazu benutzten die Amerikaner die Idee der „Befreiung vom Kolonialismus“ mit dem damit verbundenen Aufruf, den Völkern ihre Unabhängigkeit zu gewähren. Diese Idee, wurde auch von der UNO übernommen. Und so begannen die USA Großbritannien in Bedrängnis zu bringen und Druck auf die Briten auszuüben, um den Völkern ihre Unabhängigkeit zu gewähren. Dem begegnete Großbritannien mit einer List: Es gründete eine Union zwischen dem Nordteil der Insel Borneo, Sarawak, Sabah, der Malaiischen Halbinsel und Singapur und kreierte daraus einen föderativen Staat unter der Bezeichnung „Malaysia“. Damit wandelte England die Form des Kolonialismus um, blieb aber trotzdem die dortige Kolonialmacht. Im Gegenzug wiegelten die USA Indonesien mit der Einforderung Nordborneos gegen die Briten auf. Indonesien begann daraufhin Borneo, die Malaiische Halbinsel und Singapur durch die Attacken von Aufständischen indirekt anzugreifen und wiegelte die Bevölkerung zur Revolte gegen England auf. Zwischen Indonesien und Malaysia herrschte bald ein kriegsähnlicher Zustand, der als Konfrontationspolitik bezeichnet wurde und jahrelang anhielt. Als die beiden Supermächte zu ihrer gemeinsamen Übereinkunft gelangten, in deren Rahmen die Beseitigung der weltweiten Militärstützpunkte und die Verdrängung Englands aus Fern-

ost vereinbart wurden, stieg der Druck auf die Engländer in dieser Region. England beschloss daher, die Basis in Singapur aufzugeben und seine Streitkräfte östlich von Suez und aus Fernost abzuziehen. Mithilfe seiner Vasallen wurde England in Indonesien im Widerstand gegen Sukarno aktiv, der die Konfrontationspolitik anführte. Nun gaben die USA ihr Einverständnis, Sukarno von der politischen Bühne Indonesiens zu stoßen und ihn durch andere amerikanische Vasallen aus der Armee - mit Suharto an der Spitze - zu ersetzen. Nach dem Abzug Englands aus seiner Basis in Singapur wurde das Land von Malaysia getrennt. Malaysia bestand nun aus Nordborneo, Sarawak, Sabah und der Malaiischen Halbinsel.

Nach diesen Operationen kehrte ein wenig Ruhe in die Region ein, und die Aktionen konzentrierten sich auf die Vorbereitungen für einen Angriff gegen China. Zu den Plänen der beiden Supermächte in Fernost gehörte offenbar, Großbritannien endgültig aus der Region zu entfernen und keinerlei britische Präsenz mehr zuzulassen. Es war also zu erwarten, dass die beiden Supermächte darauf hinarbeiten würden, der dort bestehenden englischen Präsenz ein Ende zu bereiten, nachdem die Akte China geschlossen werden würde. Doch die Ereignisse überstürzten sich, und die USA begannen direkt im Anschluss an den Vietnamkrieg erneut in eine Eskalation mit der Sowjetunion einzutreten. Hinzu kam, dass China sich den Forderungen der beiden Supermächte fügte. Ferner glaubten die USA, durch die Einbindung Malaysias in die Wirtschaftsprojekte und in die lokalen Organisationen den Platz Englands dort einnehmen zu können. All diese Umstände verhinderten die geplante endgültige Vertreibung Englands aus der Region. Somit verfügen die Briten bis heute noch über einen Einfluss in Fernost.

Mit den Philippinen sind die USA durch kolonialistische Abkommen verbunden, die weitgehend jenen Abkommen ähneln, mit denen Ägypten, Jordanien, der Irak und andere Länder an Großbri-

tannien gebunden waren. Auch wenn die Philippinen theoretisch keine US-Kolonie darstellen, so sind sie es in praktischer Hinsicht durchaus. Nachdem es den USA gelungen war, Holland aus Indonesien zu vertreiben, versuchten sie, dessen Stelle einzunehmen. Doch die Indonesier leisteten lange Jahre Widerstand. Nachdem sie sich einer Kolonialisierung entledigt hatten, weigerten sie sich, gleich die nächste zuzulassen. Die USA begannen daraufhin, Indonesien Hindernisse in den Weg zu legen und Aufstände anzuzetteln. Sie nahmen Englands Versuche, mithilfe von Vasallen Fuß in Indonesien zu fassen, stillschweigend hin und motivierten die Chinesen nach Indonesien auszuwandern. Auch unterstützten sie das Vordringen des Kommunismus. Im Zuge dieser Störmaßnahmen gaben die Führer Indonesiens dem Druck nach und akzeptierten die US-Kredite und die Militärhilfen. Indonesien unterwarf sich damit dem Einfluss Amerikas und zählt nun seit der Regierungszeit Sukarnos zu den Gefolgsstaaten der USA. Mit der Übereinkunft der beiden Supermächte (USA und die ehemalige Sowjetunion) wurde die Position der USA in Indonesien gestärkt. Das Land war nun in ihrer Hand. Sie kontrollieren insbesondere die Armee und das Wirtschaftsgeschehen. Dieser Zustand dauert bis heute an.

Neben Indonesien vereinnahmten die USA den Großteil Indochinas, nachdem Frankreich vertrieben war, und Südkorea im Anschluss an den Koreakrieg. Nach wie vor versuchen sie, Großbritannien in seinen Kolonien in Fernost zu beerben, sobald sie es von dort verdrängt haben. Sollten sie Erfolg damit haben, wird sich die Fernostregion von einer internationalen Angelegenheit in eine US-Farm verwandeln.

So sieht der Zustand in Fernost in genereller Weise aus. Was die fernöstlichen Völker betrifft, so befinden sie sich intellektuell gesehen unter dem Niveau der Nahostvölker. Doch die Idee der Befreiung aus den kolonialistischen Fesseln, die kurz vor dem Zweiten

Weltkrieg und währenddessen Verbreitung fand und danach immer weitere Kreise zog, beeinflusste die Völker dieser Region mehr als die des Nahen Ostens. Dies liegt daran, dass die Kommunisten diese Idee einbrachten, die ein Bestandteil des kommunistischen Kampfes gegen den Kapitalismus darstellte. Diese Idee fand von der Sowjetunion (Russland) aus über China in besonders ausgeprägter Form den Weg zu den Völkern in Fernost und mobilisierte sie. Aus diesem Grund konnte man beobachten, dass sich die Bevölkerung Indochinas sowohl vor als auch nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die Franzosen auflehnte und die Indonesier gegen die Holländer. Das koreanische Volk nahm die kommunistische Idee an und wurde davon beeinflusst. Sogar auf der Malaiischen Halbinsel, in Nordborneo und in Singapur rebellierten die Völker gegen die Engländer. Im Zuge dieser Aufstände erhielt Indonesien seine Unabhängigkeit und Holland wurde vertrieben. Nordvietnam erlangte den Status eines starken Staates und England wurde zur Errichtung der malaiischen Föderation genötigt. All dies geschah aufgrund der Idee der Befreiung vom Kolonialismus, die die Region dominierte.

Den USA und auch Großbritannien war diese Tatsache bewusst. Deswegen konzentrierten sie ihre Bemühungen darauf, den alten kolonialistischen Anstrich ihres Einflusses in der Region zu kaschieren und wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen sowie andere Abkommen in den Vordergrund zu stellen, so dass sie nach außen nicht als kolonialistische Vorgaben, sondern als internationale Beziehungen wahrgenommen werden.

Zwei Punkte sind bezüglich der Fernostfrage noch anzumerken:

Erstens: Was die USA hinsichtlich Nordkoreas und der Beseitigung seiner Nuklearwaffen aufwerfen.

Zweitens: Die wachsende islamische Strömung in der Region, insbesondere in Indonesien und Malaysia.

Was die Frage um Nordkorea anlangt, so haben die USA sie angeregt, um ein Pulverfass an der Grenze Chinas zu schaffen. Die kontinuierliche Politik der USA in der Region besteht darin, China mit mächtigen Staaten bzw. mit brennenden Problemen zu umgeben, um es damit zu beschäftigen. So kann es seine Fühler nicht nach außen ausstrecken und den USA bei ihrem Hegemonialstreben Konkurrenz bereiten. Auch kann es keinen Einfluss auf die amerikanischen Interessen nehmen. Wenn es ihnen möglich gewesen wäre, hätten die USA wie im Falle Vietnams nicht damit gezögert, Korea wiederzuvereinen, um starke Staaten um China herum aufzubauen. So, wie sie es mit Indien gegenüber China tun.

Zu erwarten ist, dass die USA weiterhin die Angelegenheit in Bewegung halten werden, um sie unentwegt brennen zu lassen, jedoch mit der Bedingung, dass auch China damit beschäftigt wird und es nicht allein ein Problem der USA ist. Aufgrund dessen bestanden die USA darauf, die Länder der Region am Koreaproblem zu beteiligen. Es wurden Sechsertreffen abgehalten, die sich aus den USA, Nordkorea, China, Russland, Japan und Südkorea zusammensetzen.

Die Schaffung von Problemherden innerhalb Chinas bzw. an dessen Grenzen stellt eine klare Linie in der US-Außenpolitik dar. Dafür suchen die USA stets den passenden Zeitpunkt. So heizen sie die Situation mal über Indien an, mal im Innern unter dem Motto der Menschenrechte oder aber durch das Verschärfen des Klimas mit Korea an der chinesischen Grenze. Auch andere Mittel werden eingesetzt. Jede sich bietende Möglichkeit wird in diesem Zusammenhang genutzt. Eine günstige Gelegenheit hat sich zeitlich gesehen den USA geboten, als sie einen Angriff auf den Irak planten. Sie wollten ihn durchführen, nachdem sie mit Afghanistan fertig waren. Die Rechtfertigung für das Vorgehen gegen den Irak waren die Massenvernichtungswaffen. Angeklagt waren in diesem Zusammenhang der Irak und der Iran – beides islamische Länder. Um jedoch nicht

den Anschein zu erwecken, nur dann gegen Massenvernichtungswaffen vorzugehen, wenn sie im Besitz von Muslimen sind, während man ansonsten keinen Finger rührt, sah Bush die passende Gelegenheit, die Sache mit den nordkoreanischen Waffen aufzuwerfen und Nordkorea neben dem Irak und dem Iran der Achse des Bösen hinzuzufügen, wie er es in seiner Erklärung im Januar 2002 bekanntgab. Damit wollte er sich von dem Verdacht freimachen, den Irak nur deswegen anzugreifen, weil es sich um ein muslimisches Land mit angeblichen Massenvernichtungswaffen handle. Vielmehr zählten die USA auch andere, kommunistische Staaten neben dem Irak und dem Iran zur Achse des Bösen. Beabsichtigt war jedoch der Angriff auf den Irak, wie es der Erklärung Colin Powels vor dem Kongress zwei Wochen nach Bushs Äußerung über die Achse des Bösen zu entnehmen war. So sagte er in Bezug auf den Iran und Nordkorea: *„Es existiert kein Plan, einen Krieg gegen diese Staaten zu beginnen [...] wir planen nicht, Nordkorea zu bekämpfen oder mit dem Iran eine Auseinandersetzung zu führen.“*

Es ist daher unwahrscheinlich, dass die USA die Situation so weit zum Eskalieren bringen, dass es zu militärischen Handlungen kommt, um das Problem der Massenvernichtungswaffen auf diese Weise zu lösen.

Was die wachsende islamische Strömung anlangt, so bereitet sie den Großmächten, den USA im Besonderen und dem Westen im Allgemeinen, große Sorge. Ihre Angst lässt sie unentwegt die Gefahr wittern, die im Islam und in der islamischen Renaissance verkörpert ist, wenn man sich vor Augen hält, dass 250 Millionen Muslime in der Region leben. So gilt Indonesien als das größte islamische Land und als das bevölkerungsreichste Land der Erde direkt nach China, Indien und den USA.

Indonesien und Malaysia haben das Potential, eine schlagende Kraft in der Region zu werden, die den einflussreichen Großmächten dort in nichts nachstünde. Voraussetzung ist, dass Indonesien und Malaysia den Islam als Ideologie und Lebensordnung heranziehen. Die Möglichkeit Indonesiens und Malaysias, sich mit der restlichen islamischen Welt zu verbinden, ist mit dem heutigen wissenschaftlichen Fortschritt in der Kommunikationstechnologie und im Verkehrswesen durchaus gegeben.

Dies unterstreicht die Gründe, den Fernen Osten zu einer internationalen Frage zu erheben.

4. Die zentralasiatische Frage

Das zentralasiatische Problem stellt sich anders dar als das des Fernen und Nahen Ostens. Auch wenn Zentralasien geographisch gesehen an den Nahen Osten angrenzt und auch vom Fernen Osten nicht zu trennen ist, so unterscheidet sich die Frage doch durch die Art des Kolonialismus und des Einflusses, der dort betrieben wird. Folglich handelt es sich in dieser Region um einen anderen Typ der Auseinandersetzung mit anderen Zielen. Die Region Zentralasiens war bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion ein Teil davon. Die Auseinandersetzung um Zentralasien und den Kaukasus begann überhaupt erst nach dem sowjetischen Kollaps, daher sind andere Konfliktparteien beteiligt als im Nahen und Fernen Osten. Die Ziele der Auseinandersetzung bestehen für die USA darin, Russland aus seinen Einflusszonen zu verdrängen und es durch die Schmälerung seiner vitalen Sphäre einzuengen, indem es aus den Kaukasus-Staaten und aus Zentralasien vertrieben wird.

Entstanden ist diese Problematik nach 1991, nachdem die Sowjetunion aufgelöst wurde und sich auf ihrem Gebiet fünfzehn neue

Republiken bildeten, darunter fünf zentralasiatische mit muslimischer Mehrheit. Diese bestehen aus Usbekistan, der größten und wichtigsten Republik, aus Kasachstan, Turkmenistan und Kirgistan, in denen Sprachen gesprochen werden, die mit dem Türkischen verwandt sind, sowie aus der Republik Tadschikistan, in der persisch gesprochen wird.

Unter diesen fünf Republiken herrscht sowohl in geografischer als auch in ethnischer Hinsicht eine Verbundenheit. Zusammen mit dem angrenzenden westlichen (muslimischen) Teil Chinas werden sie als Turkestan bezeichnet (Ostturkestan ist der chinesische und Westturkestan der zentralasiatische Teil). Sie befinden sich östlich und nördlich des Kaspischen Meeres. Vom Osten her grenzen sie an China, das einen Teil Ostturkestans besetzt. Nördlich grenzen sie an Russland, während sie westlich ebenfalls von Russland und vom Kaspischen Meer umgeben sind und südlich an Afghanistan und den Iran angrenzen.

Vor der Erörterung der Details der dortigen Auseinandersetzung ist es nötig, einen Blick auf die strategische Bedeutung Zentralasiens und des Kaukasus zu werfen. Aus strategischer Sicht wird die Region als die asiatische Erweiterung Russlands bis hin zum Nahen Osten gesehen, denn dieser ist durch keine natürliche Grenze wie durch ein Meer oder einen Ozean von Russland getrennt. Gleiches gilt für China. Das Gebiet wird als hintere Pforte Chinas betrachtet. Angesichts der großen muslimischen Mehrheit in der Region fürchtet China deren Einfluss auf die in China lebenden Muslime der Provinz Ostturkestan. Aufgrund dieser strategischen Bedeutung hegen die USA seit der Auflösung der Sowjetunion Pläne, einerseits Zugang in die Region zu finden und Russland zurückzudrängen, andererseits China einzukreisen und es an der Einflussnahme auf die Nachbarregionen zu hindern.

Mit der Verwirklichung einiger ihrer Ziele waren die USA erfolgreich. So haben sie Militärstützpunkte in Usbekistan errichtet, nachdem sich ihnen der dortige Herrscher Karimow unterwürfig und demütig gefügt hat. Des Weiteren gelang es ihnen im Namen des Kampfes gegen den Terror, Militärkooperationen mit Tadschikistan zu schließen und wirtschaftliche und kulturelle Kooperationen mit Kirgistan einzugehen, die darüber hinaus auch auf Kasachstan ausgedehnt werden sollen. Ihre Bemühungen sind noch immer darauf ausgerichtet, die übrigen Länder der Region zu durchdringen und sie Russland zu entreißen. Im Kaukasus gelang es ihnen, Schewardnadse zu Fall zu bringen und eine proamerikanische Regierung in Tiflis zu installieren, was ein heftiger Schlag gegen Russland bedeutete und es in seinem Inneren bedrohte. Grund dafür ist das Verschwinden der Pufferzone, die sich zwischen den NATO-Stützpunkten in der Türkei und der Grenze Russlands befand, nachdem nun in Georgien eine proamerikanische Regierung an die Macht gelangt ist.

Was den kolonialistischen Aspekt anlangt, so ist Zentralasien und insbesondere die Region des Kaspischen Meeres reich an Erdöl und Edelmetallen wie z. B. Gold. Sie gilt wie der Nahe Osten als die Region mit dem größten Volumen an natürlichen Ressourcen und Bodenschätzen, was den US-Kapitalisten das Wasser im Munde zusammenlaufen ließ und sie dazu bewegte, alle Mühen und Anstrengungen darauf zu verwenden, die Großkonzerne unter dem Vorwand der Investition in die Region einzuschleusen. Genauso geschah es im Nahen Osten, wo der kolonialistische Aspekt eine seiner größten Plagen verkörpert und den Hauptgrund für den dortigen Konflikt ausmacht.

Der Kolonialismus in Zentralasien und im Kaukasus nahm im 18. Jahrhundert, der schlimmsten Phase des europäischen Imperialismus, seinen Anfang. Russland bemächtigte sich gewaltsam jener riesigen Territorien Zentralasiens und des Kaukasus, die Teil des

osmanischen und des safawidischen Staates waren. Diese gliederte es dem russischen Zarenreich an. Nach der bolschewistischen Revolution hielt Russland eisern an Zentralasien und dem Kaukasus fest und überließ den übrigen Staaten nicht die geringste Möglichkeit zur Intervention. Doch der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Schwäche, von der Russland befallen wurde, motivierten die USA dazu, den Fuß in die Region zu setzen und sogar anhaltend Versuche zu unternehmen, den russischen Einfluss in der Region zu verdrängen. Der Grund liegt im Anspruch Amerikas verborgen, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Ostblocks als Alleinerbe die Welt zu übernehmen. Den gleichen Anspruch hatten die USA, als sie nach Ende des Zweiten Weltkriegs das Vermächtnis des westlichen Kolonialismus antreten wollten, als die Sowjetunion noch existierte. Sie betrachteten sich nun selbst als die Erben der Sowjetunion, nachdem diese aufhörte zu existieren. Die USA sind so sehr von Hochmut und Arroganz befallen, dass sie meinen, den größten Anspruch auf die Welt zu haben. Deswegen streben sie eifrig danach, alle Staaten der Erde ihrer Hegemonie zu unterwerfen. Erreichen wollen sie dies durch die Vertreibung der Großmächte – darunter auch Russland – aus deren Kolonialgebieten und Einflusszonen.

Russland versuchte seinerseits, das Vermächtnis der Sowjetunion in Zentralasien und im Kaukasus anzutreten. Aus diesem Grund beeilte es sich, das Gerüst der ehemaligen Sowjetrepubliken wieder aufzurichten, indem ein Commonwealth der unabhängigen Staaten geschaffen wurde bzw. die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS), der sich die ehemaligen Sowjetrepubliken anschlossen. Ferner hielt Russland an der föderalen Form fest, um einen großen Teil des Kaukasus, wie Tschetschenien, Inguschetien, Dagestan und andere Gebiete, weiterhin zu kontrollieren.

Die Bemühungen der USA in Usbekistan und Georgien und die Besetzung Afghanistans, das direkt an Zentralasien angrenzt, waren von Erfolg gekrönt. Sie haben des Weiteren die strategische Partnerschaft in Asien verkündet und auch Pakistan zum strategischen Partner erklärt, und sie sind dabei, Vorbereitungen zur Stärkung ihrer Position in Zentralasien zu treffen, nachdem sie den Irak besetzt haben. Amerikanische Konzerne haben mittlerweile auch die Nase vorn bei der Gewinnung von Erdöl und Mineralien in Zentralasien und im Kaukasus. Trotzdem steht der politische Kampf um Einfluss noch am Anfang, und die Entscheidung der Auseinandersetzung zugunsten der USA erfordert weiterhin Zeit. Denn die Region stellt die Lunge dar, mit der Russland atmet, und dessen Pforte zu den übrigen Gebieten der Erde, auch wenn es von vitalem Interesse für Amerika ist. Aus diesem Grund ist es nicht einfach, dass Russland sich von dort zurückzieht. Es ist unwahrscheinlich, dass Russland in absehbarer Zeit die gesamte Region räumen wird.

Um die Strategie der USA in Zentralasien zu begreifen, muss man die Äußerungen der US-Verantwortlichen und ihrer Vasallen in dieser und den Nachbarregionen heranziehen:

Zu Anfang des laufenden Jahres 2004 unterbreitete Pervez Musharraf die Idee, sein Land in einen Korridor für Handel und Energiepipelines für die drei Gebiete Zentralasien, Südasien (Indien) und Westasien (Nahost) zu verwandeln. Dabei könne man die zentral gelegene Lage seines Landes ausnutzen. Islamabad baute daraufhin eine Reihe großer Häfen am Arabischen Meer, angeschlossen an ein modernes Netz an Schnellstraßen nach amerikanischem Muster, die bis an die afghanische Grenze reichen.

In diese Projekte gab Powell einen kurzen Einblick, als er am 27. März 2004 eine Erklärung vor dem US-Senatsausschuss für Militärausgaben abgab und sagte: „*Die Region des Kaukasus sowie*

Zentral-, West- und Südasien bieten viele Möglichkeiten, wenn sie an das Handels- und Verkehrsnetz angeschlossen werden. Dies wird jedoch nur dann möglich, wenn wir es schaffen, Sicherheit und Frieden herzustellen.“ Er fügte hinzu: „Pakistan befasst sich mit dieser Angelegenheit [...] Wir werden mit dem Aufbau des Verkehrsnetzes in Afghanistan mithilfe unserer saudischen und japanischen Partner fortfahren.“

Die diplomatischen US-Aktivitäten verweisen auf die Versuche der USA, die Region davon zu überzeugen, wirtschaftliche, militärische oder politische Allianzen zu bilden, die an der pakistanisch-afghanischen Grenze beginnen und durch Teheran und Kabul verlaufen. Dadurch soll der Weg zur Wiederherstellung der Karte strategischer Allianzen geebnet werden, die für die USA im Zentrum stehen. Politische Quellen in Islamabad geben die Vermutung preis, dass es möglich wäre, dass beide militärischen Institutionen sowohl in Washington als auch in Islamabad ein neues Bündnis eingehen würden, das über den Kampf gegen den Terrorismus hinausginge. Die Rede ist von der amerikanischen Vorstellung einer nach Art der europäischen NATO aufgebauten asiatischen „NATO“ unter US-amerikanischer Führung. Diese soll neben den traditionellen Bündnispartnern Washingtons in der Region auch neue Partner in Usbekistan, Turkmenistan, Kasachstan und Aserbaidschan umfassen. Ziel soll der Aufbau eines regionalen Systems sein, das den nötigen militärischen und sicherheitspolitischen Schutz für das Energiepipelinennetz gewähren soll. Dadurch soll jedes hegemoniale Aufblühen von chinesischer oder russischer Seite unterbunden werden.

Darüber hinaus traten die gegensätzlichen Positionen Washingtons und Moskaus bezüglich der Problematik der ehemaligen Sowjetrepubliken zutage. Sichtbar wurde dies im Rahmen des Moskaubesuchs von US-Außenminister Colin Powell am 26. Januar 2004, als der US-Botschafter in Moskau kurz vor dem Besuch äußerte, dass

Powell vor habe, Fragen, die mit den ehemaligen Sowjetrepubliken in Verbindung stehen, mit der russischen Seite zu diskutieren. Er wies darauf hin, dass eines der wichtigsten Ziele des Besuchs in der Suche nach „Schnittpunkten“ zwischen der russischen und der amerikanischen Position in Fragen der ehemaligen sowjetischen Hemisphäre liege. Der US-Botschafter gestand die Existenz „gewisser Schwierigkeiten“ ein, die der Glättung der Beziehungen zwischen beiden Seiten in der Region im Wege stünden, während Moskau dementierte, dass es so etwas wie einen „Deal“ zwischen beiden Seiten gab, um die Einflussphären in dieser Region aufzuteilen. Amerikanische Quellen weisen hingegen auf „Schwierigkeiten“ hin, die den Beziehungen beider Länder bezüglich des Umgangs mit diesem Dossier im Wege stünden. Es scheint, als ob die Eskalation des Streits in dieser Angelegenheit mit dem Durchsickern einiger Informationen aus westlichen Medien einherging, die auf so genannte „Arrangements“ zum Abschluss eines russisch-amerikanischen „Deals“ hindeuten, mit dem Ziel, den Einfluss in den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion aufzuteilen. Russische Analysten erachteten die Erklärung des amerikanischen Botschafters in Moskau als Signal für eine Einigung zwischen beiden Seiten.

Es ist bekannt, dass Moskau über den wachsenden amerikanischen Einfluss in einer Vielzahl der Länder aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten besorgt ist, insbesondere in Zusammenhang mit der US-Militärpräsenz in den zentralasiatischen Republiken und in Georgien. Zudem wird die so bezeichnete direkte US-Einmischung in die Re-Organisierung der innenpolitischen Zustände in Staaten wie Georgien angeprangert.

Im Zuge des Powell-Besuches hatten russische Politiker gefordert, diese Frage mit dem US-Außenminister zu debattieren. Konstantin Kossatschow, Präsident der Kommission für außenpolitische Angelegenheiten des russischen Parlaments, forderte dazu auf, die

US-Militärpräsenz in der Region in den Arbeitsplan des Besuchs mit aufzunehmen.

Das bisher Gesagte macht deutlich, dass die USA sich noch immer am Anfang ihres Weges nach Zentralasien und in den Kaukasus befinden und die amerikanischen Pläne die erste Etappe noch nicht überschritten haben. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Auseinandersetzung in der Region noch jung ist, zumal die Region bis vor kurzer Zeit noch das alleinige Revier der Sowjetunion war. Doch angesichts der Tatsache, dass dieser Kampf um die Region die Bedrohung vitaler Interessen Russlands in sich schließt und eine regionale Bedrohung für China bedeutet und darüber hinaus strategische US-Interessen verkörpert, um Pläne zu verwirklichen, die die einzige Weltmacht auf Erden zu bleiben, erfordert es zum einen die Vertreibung Russlands aus seinen Einflusszonen und zum anderen die Eingrenzung Chinas. Alles zusammen macht diese Angelegenheit zu einer bedeutenden internationalen Frage, die die Auseinandersetzung um das Gebiet aus den regionalen Grenzen heraustreten lässt.

Darüber hinaus ist ein weiterer Faktor vorhanden, der dieses Gebiet ins Zentrum der Wachsamkeit regional und international einflussreicher Staaten rückt und diese Angelegenheit zu einer internationalen Angelegenheit erhebt. Dieser Faktor besteht in der Rückkehr dieser Region zu ihrem Islam, nachdem er ihr in der fast 70 Jahre währenden kommunistischen Ära gewaltsam vorenthalten wurde. Die Menschen eilten auffällig kraftvoll zu ihrem Islam zurück, und dies nicht bloß in Form der gottesdienstlichen Handlungen (*ʿIbādāt*). Vielmehr halten sie erstaunlich hochgradig Ausschau nach der islamischen Herrschaft und nach der Kalifatsordnung, so dass „**Hizb-ut-Tahrir**“ mit ihrem Aufruf zum „**Kalifat**“ Abertausende anzog – Männer wie Frauen. Ihre Überzeugung war erstaunlich. Sie überwan-

den die Schwierigkeiten und fürchteten in Allah den Tadel eines Tadelnden nicht.

Doch ihre Regenten, die noch der vergangenen Ära zugehören, waren über diese starke Rückkehr zu den Wurzeln nicht erfreut und gingen mit Repressionen und Unterdrückung gegen ihre eigenen Völker vor, wobei sie die Unterstützung der Russen, der Amerikaner, der Briten und selbst der Juden in Anspruch nahmen, um eine Rückkehr des politischen Islam an die Macht zu verhindern. Die regionalen Geheimdienstapparate setzten sich in Kooperation mit denen der Russen, der Amerikaner und der Briten in Bewegung, um dem islamischen Wachstum, das diese Länder überflutet, Einhalt zu gebieten. Sie bedienten sich zu diesem Zweck jeder erdenklichen Repression und Unterdrückung. Des Weiteren wendeten sie Methoden gegen die islamische Idee an, die sie als zweifelhaft und verschwommen erscheinen lassen, während die laizistische Idee ausgeschmückt und farbig präsentiert wurde. Doch der Islam hatte sich in den Herzen der Menschen bereits festgesetzt und nimmt täglich an Kraft zu. Ihre teuflischen Methoden werden die Menschen von ihrem Islam und ihrem Iman nicht abbringen können. Dem Westen wurde bewusst, wie sehr sich der Islam in den Herzen dieser Völker gefestigt hatte, und dass er zu einer brennenden Fackel geworden war. So meinte etwa Robert D. Caplan, US-Experte für die Dritte Welt: *„In Zentralasien [...], in diesem Teil der Welt wird der Islam aufgrund seiner absoluten Unterstützung der Unterdrückten und Verfolgten die größte Anziehungskraft haben. Diese sich auf weltweiter Ebene unaufhörlich ausbreitende Religion ist die einzige, die zum Kampf und zur Auseinandersetzung bereit ist.“*

Die Region wurde zu einer wichtigen Hochburg des Islam. Sie stellt die Spitze des islamischen Bogens dar, der sich von Indonesien und Malaysia im Südosten Asiens bis in die Nahostregion erstreckt. Ferner versetzt die Möglichkeit der geographischen Anbindung der

Region an Pakistan und an den Iran die Russen und Amerikaner in Alarmbereitschaft, da es sich um einen gewaltigen islamischen Staat und um eine atomare Macht handeln würde, die in diesem großflächigen und ausgedehnten Gebiet entstehen könnte. Deswegen stellte die Kontrolle der Region aus nächster Nähe einen der Gründe für die Besetzung Afghanistans seitens der Amerikaner dar, zumal die dortigen Regenten dem Wesen der Umma fremd sind und untergehen werden.

Die bedrohliche Situation, die aus den zunehmenden islamischen Strömungen in den Ländern resultiert, ist der Grund für die turnusmäßig stattfindenden Konferenzen dieser Staaten mit China und Russland als Teilnehmer, um die aus dieser Region kommenden Gefahren abzuwehren. Zu den wichtigsten gehört die Konferenz von Shanghai, die die Gefahr des so genannten islamischen Fundamentalismus und der islamischen Bewegungen auf ihre Prioritätenliste gesetzt hat.

Demzufolge stellen die in dieser Region in großer Fülle vorhandenen Reichtümer, ihre für Russland und China strategisch wichtige Lage und die Begierden Amerikas – neben dem dort zunehmenden islamischen Erwachen – ein Geflecht dar, das Zentralasien zu einer bedeutenden internationalen Frage erhebt.

5. Das Problem des indischen Subkontinents

Die Frage des indischen Subkontinents stellt ein altes Problem dar, war in der Vergangenheit jedoch nicht von solcher Evidenz wie heute. Auch gehörte es nicht zu den großen und zentralen Problemen der Welt. Durch die Wirkung dreier Faktoren hat es sich jedoch zu einer großen und zentralen Angelegenheit entwickelt: die wachsende islamische Strömung, die durch das Kaschmirproblem ausgelöst wur-

de, die zunehmende Macht Chinas in der Region und der Eintritt Indiens und Pakistans in den Klub der Atommächte.

Was die wachsende islamische Strömung anlangt, so ist sie nicht mehr ohne weiteres unter Kontrolle zu bekommen. Ein Motiv für die US-Besetzung Afghanistans war daher der neue Kreuzzug gegen die islamischen Bewegungen, die die Muslime Kaschmirs unterstützen. Die Stärke der Muslime wurde insbesondere 1999 sichtbar, als islamische Milizen mit pakistanischer Unterstützung die Kargil-Höhen an der indisch-pakistanischen Grenze im Kaschmir-Gebirge einnahmen. Sie standen kurz vor dem Sieg über die indische Armee und der Befreiung Kaschmirs, hätten Nawaz Sharif, damaliger Premierminister, und Pervez Musharraf, sein damaliger Generalstabschef, nicht Verrat begangen und auf US-Befehl hin den Rückzug der angreifenden Truppen angeordnet.

Gerade dieses Ereignis ließ die Alarmglocken der Amerikaner läuten. Es veranlasste sie, der wachsenden Kraft der Muslime in der Region mit großer Vorsicht zu begegnen. Sie setzten daher ihren Vasallen, den pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf, unter Druck, um die islamischen Militärcamps in Pakistan zu zerschlagen und aufzulösen, und zwar unter dem Vorwand, dass diejenigen, die in Kaschmir gegen Indien kämpfen, aus diesen Camps stammten und es sich um Terroristen handle.

Des Weiteren wurde Pervez Musharraf dazu gedrängt, darauf zu verzichten, die Frage des islamischen Kaschmir politisch zu unterstützen. Auch diesen amerikanischen Forderungen kam er nach. Er verkündete seinen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes in Kaschmir, woraufhin tatsächlich mit Verhandlungen zwischen den Staaten Indien und Pakistan in Islamabad begonnen wurde, um die Kaschmirfrage auf bilateraler Basis zu lösen. Die Verhandlungen starteten auf der Grundlage der Anerkennung des Rechts der Hindus

auf Kaschmir seitens der pakistanischen Regierung. Man wollte nun eine Vereinbarung aushandeln, um dieses Recht zu legitimieren, nicht um die hinduistische Besatzung aus Kaschmir zu vertreiben.

Der Druck der USA auf ihren Vasallen Musharraf in der Kaschmir-Frage diene nicht nur dem Zweck, der zunehmenden islamischen Kraft in Pakistan entgegenzuwirken, sondern auch, um das Gleichgewicht in der Region aufrechtzuerhalten. Indien sollte nämlich in keine Auseinandersetzung mit Pakistan verwickelt werden, so dass China als einzige Macht in der Region übrig bleibt. Die USA wollen vielmehr die Situation zwischen Indien und Pakistan beruhigen, damit sich Indien mit gesicherter Westgrenze zu Pakistan China entgegenstellen kann. Deswegen wurden sowohl Indien als auch Pakistan in den SAARC-Block integriert, der Kooperation südasiatischer Staaten. Auf diese Weise kann Indien zu einer starken Macht werden, die das angemessene Potential besitzt, ein Bollwerk gegen China zu sein. Würde nämlich der pakistanisch-indische Konflikt weiter anhalten, wäre Indien nicht imstande, sich China in den Weg zu stellen oder ihm auf gleicher Augenhöhe entgegenzutreten, zumal sich China zu einer enormen wirtschaftlichen und zur weltweit größten demographischen Macht entwickelt hat. Darüber hinaus besitzt es einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat und ist seit langem eine Atommacht. Es handelt sich also um eine nach allen Maßstäben aufstrebende Macht. China beging ferner nicht den gleichen Fehler wie Russland, d. h., es bewahrte seinen inneren Zusammenhalt. Deng Xiaoping, der mächtige Führer, der als Nachfolger von Mao Zedong, China modernisierte, sagte einmal: *„Der größte Fehler, den Gorbatschow beging, bestand darin, dass er die politische Freiheit zuließ, bevor er die Wirtschaft erneuerte.“*

So hegen die USA, was die zunehmende Macht Chinas betrifft, große Bedenken und möchten China daher in die Probleme dieser Region verwickeln. Dies wollen sie durch die Schaffung einer weite-

ren Macht erreichen, die sich der Macht Chinas in den Weg stellt. Folglich haben sie ein Interesse daran, die Streitigkeiten zwischen Indien und Pakistan zu beenden, um sich China zuzuwenden. Dies erklärt das Stillschweigen Amerikas und sein Einverständnis mit dem pakistanischen und indischen Besitz nuklearer Waffen, und es erklärt in besonderer Form, warum es Indien ermöglicht, in den Besitz hoch entwickelter Waffen zu gelangen und ihm den Zugang zu fehlender Waffentechnologie erleichtert. Der Beweis dafür ist, dass die USA es „Israel“ untersagten, moderne Falcon-Radarflugzeuge an China zu verkaufen, während sie „Israel“ den Verkauf dieser Flugzeuge an Indien erlaubten. Daneben gingen die USA selbst strategische Partnerschaftsabkommen mit Indien ein. Mit anderen Worten begannen sie Indien so zu behandeln wie „Israel“, obgleich es sich weder um einen westlichen noch um einen angelsächsischen Staat handelt.

Das sind die hervorstechendsten Aspekte dieser Frage. Es sind dies die islamische, die chinesische und die nukleare Ausbreitung. Aus diesem Grund haben die USA ihre Strategie für diese Region so festgelegt, dass sowohl der islamischen als auch der chinesischen Ausbreitung Einhalt geboten wird. Die Balance zur Macht Chinas soll erreicht werden, indem die Lage in der Region beruhigt wird und die dortigen Konfliktursachen beseitigt werden, damit Indien zu einer Großmacht wird, die China ebenbürtig und gleichwertig ist.

6. Die Afrikafrage

Die Afrikafrage ist jung und wurde auf internationaler Ebene erst nach 1960 sichtbar, wobei es sich hier um ein rein kolonialistisches Problem handelt. Afrika ist intellektuell gesehen ein rückständiges Gebiet. Immense Rohstoffreserven und ein unvorstellbarer Reichtum an Pflanzen und Tieren sind charakteristisch für Afrika.

Als die Kolonialmächte am Ende des 18. Jahrhunderts und im Verlauf des 19. Jahrhunderts zur Kolonialisierung aufbrachen, gehörte der afrikanische Kontinent mit zu ihren Zielgebieten. Jeder Staat begann damit, von diesem Kontinent so viel er nur konnte in kolonialen Besitz zu nehmen. Dabei kam es unter den Kolonialstaaten zu keinen gravierenden Konflikten. So konnten sich die meisten Kolonialmächte dort festsetzen und der gesamte Kontinent verwandelte sich in eine europäische Kolonie. Großbritannien, Frankreich, Spanien, Holland, Deutschland, Italien, Portugal und Belgien verfügten über afrikanische Kolonien. Den Löwenanteil davon besaß Großbritannien, hier nach kam Frankreich, Belgien und dann Portugal. Diese acht Kolonialmächte kontrollierten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ihre afrikanischen Kolonien. Mit Einführung der Charta der Vereinten Nationen wurden Artikel aufgenommen, die sich auf die Beendigung des Kolonialismus bezogen. Sie wurden jedoch in einer Form formuliert, die eine schrittweise Beendigung des Kolonialismus vorsah. Daher kam es unter den Großmächten erst nach 1960 zur Erörterung einer Beendigung des Kolonialismus in Afrika. Zuvor kam es dazu, dass einige Kolonien, wie etwa die italienischen, einer Mandats Herrschaft unterstellt wurden, als Vorstufe zur Beendigung des dortigen Kolonialismus. Politische Handlungen fanden als vorbereitende Schritte zur Beendigung des Kolonialismus statt. Zu den wichtigsten dieser Handlungen zählte die Idee der „positiven Neutralität“, die in die Konferenz der Blockfreiheit bzw. der Blockfreien Staaten mündete. Was die Idee der „positiven Neutralität“ bzw. der „Blockfreiheit“ betrifft, so handelt es sich ursprünglich um eine englische Idee, die Premierminister Churchill an den englischen Vasallen Nehru herantrug. Er verlangte von ihm, diese Idee als Politik Indiens zu proklamieren und sie in den asiatischen Staaten zu propagieren. Der Hintergrund dieser Aktion war die Auffassung Großbritanniens, dass seine Kolonien in Fernost und in ganz Asien von den USA und der

Sowjetunion (Russland) bedroht seien. Von Seiten der Sowjetunion bestand die Gefahr in der Aufwiegelung der Bevölkerung, sich des Kolonialismus zu entledigen. Schließlich konnte England mit ansehen, was in Indonesien geschah. Seitens der USA drohte Gefahr in Form eines auf Großbritannien ausgeübten Drucks, die Kolonien in die Unabhängigkeit zu entlassen, so dass die USA dann über den Weg der Kreditvergabe und der Experten die Kolonien auf ihre Seite ziehen könnten. Bezüglich der Idee der Unabhängigkeit war Großbritannien Vorreiter darin, die Unabhängigkeit als Instrument für eine neue Form des Kolonialismus zu verwenden. So gewährte England einigen seiner Kolonien die Unabhängigkeit, machte sie zu eigenen Staaten und bildete aus ihnen das britische Commonwealth. Aus diesem Grund machte es sich nicht viele Gedanken um die Idee der Unabhängigkeit, hieß sie gut und handelte in ihrem Sinne. Denn England wusste diese Idee gut einzusetzen, um seinen Kolonialismus weiter zu festigen. Allerdings befürchtete Großbritannien, dass die USA durch Kreditvergaben, Hilfen und Experten die Kontrolle über die unabhängigen Staaten gewinnen könnten. Deshalb kam England auf die Idee der Blockfreiheit, die an Nehru herangetragen wurde, um sie zu propagieren und damit den USA und der Sowjetunion entgegenzutreten. In der Tat warb Nehru für die Idee der Blockfreiheit und wurde in augenfälliger Weise aktiv. Der Sowjetunion hingegen war die Tragweite dieser Idee bewusst. Sie billigte die Idee und begann damit, sie für sich zu nutzen. Denn die Wahrung der Neutralität bzw. der Blockfreiheit seitens der unabhängigen Staaten bedeutete die Hoffnung, sie vom Westen abzukoppeln. In den USA hingegen waren die Politiker diesbezüglich gespalten. Den einen gefiel die Idee gut, weil sie den USA ermöglichte, die blockfreien Staaten mit der Annahme von Krediten und Hilfen auf ihre Seite zu ziehen. Andere hingegen lehnten sie mit der Begründung ab, dass sie dem Kommunismus die Einmischung in diese Länder ermögliche. Nehru

schritt in der Werbung für die Blockfreiheit voran und wollte diese Idee in materielle Handlungen umsetzen. Er nahm Kontakt zu China auf und rief zu der Idee einer Konferenz blockfreier Staaten auf, was China auf der Stelle akzeptierte. Es wurde daraufhin ein Vorbereitungskomitee für diese Konferenz ins Leben gerufen, das einige Staaten, die zuvor kolonialisiert waren und schließlich ihre Unabhängigkeit erlangten, kontaktierte und zur Teilnahme an der Konferenz blockfreier Staaten einlud. Indonesien, das bis dato noch nicht auf die Seite der USA gezogen worden war, gehörte diesem Komitee an, befürchtete aber trotzdem, dass ihm das als Sympathieakt für den Kommunismus angerechnet werden könnte. Es scheint, dass es sich diesbezüglich an die Meinung der USA anlehnen wollte, und die USA ermunterten Indonesien zu dieser Idee. Zu jener Zeit war Eisenhower an der Macht, der für die Idee der Blockfreiheit eintrat. Indonesien setzte sich nun kraftvoll für diese Idee ein und schlug vor, die Konferenz in Indonesien, nämlich in Bandung, abzuhalten. Dem stimmte das gesamte Komitee zu, so dass die Konferenz 1954 tatsächlich in Bandung abgehalten wurde. Sowohl die Sowjetunion und China als auch Großbritannien und die USA versuchten einen Vorteil aus dieser Konferenz zu ziehen. Das Resultat stellte die Sowjetunion, China und die USA zufrieden, weil auf der Konferenz Resolutionen verabschiedet wurden, die zur Befreiung aufforderten, doch war Großbritannien weniger glücklich, denn es wollte, dass allein das Thema Blockfreiheit erörtert wird bzw. dass dieses Thema die Konferenz dominiert. Die USA konnten aus dem Gipfel einen immensen Nutzen ziehen. Sie brachten Tito, Sukarno und Nasser dazu, sich dieser Konferenz und dieser Idee ganz besonders anzunehmen. Die drei hefteten sich an Nehru, dem Vasallen Großbritanniens und eigentlichen Initiator der Idee, und begannen sie als Instrument zu benutzen, um zur Befreiung vom Kolonialismus und gegen die kolonialistischen Staaten aufzurufen. Ihre Anstrengungen konzentrierten

sich in erster Linie auf Afrika. Und kaum war das Jahr 1960 angebrochen, hatte die Idee den afrikanischen Kontinent erfasst und die USA sich dort ihre Vasallen geschaffen. Von diesem Moment an griff die Auseinandersetzung auch auf den afrikanischen Kontinent über. Die USA begannen nun, ernsthafte Versuche zu unternehmen, die Kolonialmächte aus Afrika zu vertreiben und deren Stelle einzunehmen. Sie übten Druck auf die Kolonialstaaten aus, den Kolonialgebieten ihre Unabhängigkeit zu gewähren. Zuvor und insbesondere 1954 hatten es sich die USA zur Aufgabe gemacht, den Aufstand in Algerien zu entfachen. Es gelang ihnen, sich dort Vasallen zu schaffen. Auch brachten sie Ägypten und die arabischen Länder dazu, den Aufstand zu unterstützen. Dieser hatte eine weit reichende Wirkung auf die Kolonialmächte, um ihre Kolonialgebiete aufzugeben. Was Großbritannien betraf, so hatte es Erfahrung in der vielseitigen Bedeutung der Gewährung von Unabhängigkeit. Deswegen entließ es in relativ kurzer Zeit eine Reihe von Kolonien in die Unabhängigkeit, so dass die Staaten Sansibar, Tansania, Nigeria, Uganda, Nordrhodesien, Südrhodesien, Njassaland usw. entstanden. Frankreich hingegen zögerte zunächst. Doch nachdem De Gaulle erkannte, wie schnell sich die Weltlage verändert hatte, schlug er den gleichen Weg wie England ein und entließ mehrere Staaten in die Unabhängigkeit. So entstanden unter anderem die Staaten Marokko, Tunesien, Algerien, Senegal und Gabun. Der Kongo war eine belgische Kolonie und ist die Schatztruhe Afrikas. Er birgt die größte Menge an Uran, dem wesentlichen Rohstoff zur Herstellung von Atombomben. Aus diesem Grund war es nicht so einfach, dem Kongo die Unabhängigkeit zu gewähren, zumal England die Bergwerksbetriebe in Katanga, einer der Provinzen des Kongo, kontrollierte. Dem Kongo die Unabhängigkeit zu gewähren, stellte daher ein großes Problem dar. Doch der Druck der USA auf Belgien war so immens, dass es den Kongo schließlich in die Unabhängigkeit entließ und er damit ein eigenstän-

diger Staat wurde. England war entsetzt und mobilisierte seinen Vasallen Moïse Tschombé, der die Unabhängigkeit Katangas ausrief. Die USA brachten daraufhin die Angelegenheit vor die UNO, die internationale Truppen dorthin entsandte, um Katanga wieder zurückzuführen. Der Besuch des damaligen UNO-Generalsekretärs Hammarskjöld endete jedoch mit dessen Ermordung, hinter der eine Intrige der Engländer steckte. Der britisch-amerikanische Konflikt verschärfte sich und hielt jahrelang an, bis es den USA gelang, die Oberhand über das Land zu gewinnen und dort eine proamerikanische Regierung einzusetzen. Tschombé wurde aus dem Land gejagt. Damit beruhigte sich die Lage im Kongo, wenn auch nur für eine gewisse Zeit. Während dieser Zeit sorgte sich England auch um die Föderation aus Nord- und Südrhodesien sowie aus Njassaland und löste den Staatenbund auf. Es gewährte Njassaland die Unabhängigkeit, das unter der Bezeichnung „Malawi“ ein eigener Staat wurde. Das Gleiche geschah mit Nordrhodesien, dem der Name „Sambia“ gegeben wurde. Im Falle Südrhodesiens versuchte England es in einen Zustand zu setzen, der ihm die weitere Kolonialisierung des Landes sichert. Doch der beharrliche Druck der USA in dieser Frage zwang England dazu, das Land später unter dem Namen „Zimbabwe“ in die Unabhängigkeit zu entlassen.

Die USA waren ebenso erfolgreich dabei, die Staaten des Horns von Afrika und die Staaten der großen Seen – Uganda, Ruanda, und Burundi – den Franzosen zu entreißen. Allerdings scheiterten sie im Falle des Tschads Ende der Neunzigerjahre. Die Angelegenheit wurde dort von den Truppen Idriss Débys, dem Vasallen Frankreichs, entschieden, nachdem er die Truppen Hissène Habrés, der in seiner Loyalität schwankend war, besiegte. Dieser war zunächst Frankreich zugewandt, wurde dann aber von den USA auf ihre Seite gezogen. Das veranlasste Frankreich dazu, seinen Vasallen Idriss Déby mit aller Kraft zu stützen und ihm so an die Macht zu verhelfen.

Oberst Idriss Déby war ein Gefolgsmann Habrés und sein starker Verbündeter. Bis April 1989 war er Oberkommandierender der tschadischen Streitkräfte. Er führte die Armeen Habrés in den Kämpfen um Faya-Largeau im Jahr 1983 an und es gelang ihm, die libysche Armee aus dem Tschad zu vertreiben. Stammesstreitigkeiten führten allerdings dazu, dass Déby mit seinem Verbündeten Hassan Djamous einen gescheiterten Putschversuch unternahm, nachdem er im April 1989 als Armeechef abgesetzt wurde. Anschließend floh er in den Sudan, von wo aus er die Patriotische Wohlfahrtsbewegung organisierte. Sie umfasste das Bündnis zweier Stämme, die sich der Regierung des Präsidenten Habré widersetzen: die Zaghawa und die Hidjara. Beide Stämme bewohnen die Grenzregionen zwischen dem Tschad und dem Sudan. General Déby pflegte starke Beziehungen zu Frankreich, war Absolvent des französischen Militärinstituts und besuchte 1958 einen militärischen Lehrgang an der Pariser Kriegsakademie. Daher stellen der Sieg Débys und die Niederlage Habrés einen Schlag gegen den US-Einfluss und eine Stärkung des französischen Einflusses dar. Denn damit hatte Frankreich die Zügel wieder in der Hand und dem zunehmenden US-Einfluss den Weg abgeschnitten.

Mit der Machtübernahme der Neokonservativen in Amerika begannen die USA, neue Methoden bei der Einnahme des afrikanischen Kontinents anzuwenden. Sie begnügten sich nicht mehr mit dem Entfachen von Bürgerkriegen und Krisen und der Unterstützung von Rebellenorganisationen, um die Vasallen der europäischen Staaten zu vertreiben und amerikanische Vasallen in den afrikanischen Staaten an die Macht zu bringen. Diesen Methoden fügten sie die Methode der direkten militärischen Intervention hinzu, wie es in der US-Verteidigungs- und Außenpolitik üblich ist. Sie begannen mit dem Versuch, im Namen des „Kriegs gegen den Terror“ militärische Beziehungen zu einer Anzahl nord-, west- und zentralafrikanischer

Staaten aufzubauen und Militärabkommen mit ihnen abzuschließen. Dies lässt darauf schließen, dass neben den üblichen Methoden eine direkte US-Militärintervention in der nächsten Zukunft eine Hauptrolle in der Auseinandersetzung um Afrika spielen wird. Daher lässt sich sagen, dass in nächster Zeit heftigere Auseinandersetzungen in Afrika zu erwarten sind. Die USA haben bereits Militärstützpunkte errichtet und versuchen in Nord-, West- und Ostafrika weitere aufzubauen, um auf diesem Weg Rebellenbewegungen zu unterstützen und ein Druckmittel gegen die regionalen Regierungen in der Hand zu haben. Dies soll der Vertreibung sämtlicher europäischer Staaten, insbesondere Englands, aus ihren verbliebenen Kolonien dienen. Doch aufgrund der Verflechtungen europäischer Interessen in Afrika wird diese Phase von Blutvergießen und Grausamkeit gekennzeichnet sein, zumal in Afrika lediglich materielle Erwägungen und das Ausbeuten der natürlichen Ressourcen zählen. Daher stellt die Auseinandersetzung in Afrika einen Kampf zwischen den Kolonialmächten dar und wurde so zu einem internationalen Problem. Bis heute ist es ein solches geblieben. Die Afrikafrage zählt also zu den Problemen von internationaler Dimension.

So hatte sich also der Konflikt um den afrikanischen Kontinent unter den Großmächten seit den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts verschärft. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion (Russland) konnten ihren Einfluss neben dem der europäischen Kolonialmächte auf diesem Kontinent geltend machen. Doch die eigene Schwäche und das Nichtvorhandensein eines kolonialistischen Erbes in Afrika zwangen die Sowjetunion (Russland) dazu, Afrika zu verlassen. Dies erfolgte mit dem Rückzug aus Angola in den Achtzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts. Ebenso zogen sich die übrigen kleinen Kolonialstaaten Europas aus Afrika zurück. Lediglich Großbritannien und Frankreich blieben noch übrig. Beide hielten ihren Einfluss im Rahmen des britischen Commonwealth und der franzö-

sischen Organisation der frankophonen Staaten aufrecht. Die USA traten dann mit all ihrem Gewicht in einen scharfen Konkurrenzkampf mit Großbritannien und Frankreich, bei dem es um die Vorherrschaft in Afrika ging. Dadurch sahen sich die Briten und Franzosen veranlasst, die dortigen Interessen Europas zu verteidigen. Sie taten dies durch das Abstimmen ihrer Positionen und durch gemeinsame Besuche der Außenminister beider Staaten in den verschiedenen Ländern des afrikanischen Kontinents.

Noch immer schwelt die Auseinandersetzung in Afrika unter diesen drei Staaten, die sich in den über 20 Bürgerkriegen auf dem Kontinent manifestiert. Die hervorstechendsten Schauplätze dieses Kampfes befinden sich heute in Sierra Leone, Liberia, der Elfenbeinküste, Somalia, Uganda, dem Kongo, Ruanda, Burundi und dem Sudan.

Der Schwarze Kontinent wurde aufgrund dieser kolonialistisch motivierten Auseinandersetzung von blutigen Waffenkämpfen heimgesucht. In den letzten Jahren wurden mehr als 26 Kriegsherde gezählt, an denen mehr als 30 Länder beteiligt waren. Diese künstlich erzeugten Auseinandersetzungen haben dazu beigetragen, dass die Verschuldung des Kontinents über 370 Milliarden Dollar beträgt und 65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Kontinents ausmacht. Aufgrund dieser Kämpfe sind in über 18 Ländern mehr als 30 Millionen Minen gelegt worden, was mehr als ein Viertel der weltweit verlegten Bodenminen ausmacht.

Erwähnenswert ist die Tatsache, dass diese Auseinandersetzung um Afrika unter den westlichen Kolonialmächten manchmal in Deals und Übereinkünfte zwischen den Großmächten mündet. So kam es zu einem amerikanisch-britischen Deal im Hinblick auf die Spaltung des Süd- vom Nordsudan, und zu einem amerikanisch-französischen Deal, was die Elfenbeinküste betraf. Doch der wirtschaftliche und

politische Wettkampf unter den Kolonialmächten bleibt das dominante Charakteristikum in dieser Auseinandersetzung.

Und so verlagerte sich die globale koloniale Auseinandersetzung nach Afrika, und die Afrika-Frage wurde so zu einer internationalen Angelegenheit. Noch heute stellt sie ein internationales Problem dar. Zwar einigten sich England, Amerika und Frankreich auf eine Dachorganisation, die sie als Konferenz afrikanischer Staaten und später als Afrikanische Union bezeichneten, um die Staaten Afrikas darin zusammenzuschließen, doch der Konflikt zwischen den Staaten sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser Konferenz bzw. Union schwelt weiterhin, insbesondere zwischen den USA und Großbritannien. Mit dem Ende der Aufteilung der Welt in einen westlichen und östlichen Block und dem Entschluss der USA, die europäischen Staaten, insbesondere Großbritannien, aus ihren letzten Kolonien in Afrika zu vertreiben, ist sichtbar geworden, dass die USA versuchen, unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung in die afrikanischen Staaten einzudringen, um so mit den Armeen dieser Staaten Kontakt aufzunehmen. Die USA haben in Afrika bereits Militärstützpunkte errichtet und versuchen in Nord-, West- und Ostafrika weitere Stützpunkte zu errichten, um auf diesem Weg Rebellenbewegungen zu unterstützen und ein Druckmittel gegen die regionalen Regierungen in der Hand zu haben. Dies soll der Vertreibung sämtlicher europäischer Staaten, insbesondere Englands, aus ihren verbliebenen Kolonien dienen. Doch aufgrund der Verflechtungen europäischer Interessen in Afrika wird diese Phase von Blutvergießen und Grausamkeit gekennzeichnet sein, zumal in Afrika lediglich materielle Erwägungen und das Ausbeuten der natürlichen Ressourcen zählen. Somit zählt die Afrikafrage zu den internationalen Problemen.

Dies waren die zentralen Angelegenheiten, in deren Rahmen politische Handlungen stattfinden, was nicht heißen soll, dass ausschließlich innerhalb dieser Angelegenheiten politisch gehandelt

wird. Es bedeutet vielmehr, dass diese Fragen die wichtigste Erscheinungsform zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen darstellen.

Die Auseinandersetzung unter Staaten, die in Friedenszeiten stattfindet, wird in Form politischer Handlungen ausgetragen, die von militärischen Aktionen begleitet sein können. So geschah es im Falle Vietnams und jüngst im Nahen Osten (Kuwait, Irak und Afghanistan). Sie können aber auch ohne militärische Aktionen erfolgen. Dies geschah in der Vergangenheit in Rhodesien und Südafrika und in jüngerer Zeit in Tunesien und Libyen. Da nun diese Auseinandersetzungen wegen bestimmter Fragen und Angelegenheiten geführt werden und die sechs zuvor ausgeführten Problemgebiete zu den wichtigsten Fragen gehören, die für Reibungen zwischen den Staaten sorgen, haben wir sie als Beispiele für politische Handlungen herangezogen. Politische Handlungen finden aber auch in anderen Gebieten statt, sie können sogar ohne das Vorhandensein eines diesbezüglichen Ringens zwischen den Weltmächten stattfinden. Solange es jedoch Großmachtrivalitäten gibt und diese Staaten gegeneinander intrigieren, so lange werden sie gegeneinander politisch agieren müssen, um dem anderen Staat Fallen zu stellen oder ihn zu schwächen oder um die eigene Macht zu stärken. Es können auch andere Gründe vorliegen. Unzählige Beispiele ließen sich dafür anführen. So wurde beispielsweise die Idee der Abrüstung, als sie Eingang in den Völkerbund fand, von Großbritannien als Instrument zur Schwächung Frankreichs verwendet. Zur Umsetzung dieser Idee wurde von englischer Seite Druck auf Frankreich ausgeübt. England präsentierte sich selbst als Staat, der die Initiative zur Reduzierung der Waffen ergriffen hatte. Frankreich glaubte dies, nahm seine eigene Abrüstung tatsächlich in Angriff und schränkte seine Rüstungsaktivitäten deutlich ein. Dabei handelte es sich um eine Falle, die von England gestellt wurde, um Frankreich gegenüber Deutschland und England zu schwächen. Im Zweiten Weltkrieg war Frankreich daher außerstan-

de, Deutschland standzuhalten. Der Zusammenbruch Frankreichs trat daher sehr schnell und massiv ein. Die Übernahme der Abrüstungs-idee war dabei von entscheidendem Einfluss.

Als beispielsweise der Zweite Weltkrieg ausbrach, zeigte sich die Sowjetunion (Russland) in China aktiv, wo sie für die Schaffung einer starken kommunistischen Partei sorgte. Sie stützte sie, um ihr in China an die Macht zu verhelfen. Die USA hingegen standen hinter der damals an der Macht befindlichen Regierung. Dann begannen sie jedoch, Chiang Kai-shek zu unterstützen, und hielten ihn anfangs dazu an, die Kommunisten mitzubeteiligen, bis sie schließlich eine gewisse Macht und ein Gewicht erlangt hatten. Danach allerdings spalteten sich die Kommunisten von ihm ab und begannen ihn zu bekämpfen. Nach außen hin standen die USA hinter Chiang Kai-shek und unterstützten ihn – jedoch in begrenztem Rahmen – mit Geld und Waffen, während sie die kommunistische Partei heimlich ermutigten und Chiang Kai-shek in seinen Aktivitäten einschränkten. In einem heimlichen, jedoch konzentrierten Gang schritten die USA voran, bis es schließlich zum landesweiten Sieg und zur Machtübernahme durch die Kommunisten in China kam. Chiang Kai-shek wurde vertrieben und sein Machtbereich auf die Insel Formosa (heute Taiwan) reduziert. Chiang Kai-shek ist all das nicht entgangen, und er wunderte sich darüber. Er konnte sich nicht vorstellen, dass die USA China in einen kommunistischen Staat verwandeln wollten, und führte dies auf die Unwissenheit der Amerikaner zurück, die die Situation nicht begriffen hätten. Später wurde klar, dass die USA den Plan hatten, China in einen kommunistischen Staat zu verwandeln, damit es sich der Sowjetunion (Russland) entgegenstellt. Der kommunistische Block sollte auf diese Weise gespalten und zerschlagen werden. Und tatsächlich ging der Plan der USA auf – wenn auch etwa 20 Jahre später. Dies ist das Beispiel einer politischen Handlung, die von den USA durchgeführt wurde, und die zu den großen internatio-

nalen Fallen zählt. Ein weiteres Beispiel ist Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, das geschlagen, verarmt und von der Sowjetunion bedroht aus dem Krieg hervorging und sich Hilfe suchend den USA in die Arme warf. Die USA kamen dem Hilferuf unverzüglich nach. Sie stellten den Marshall-Plan auf, und die Hilfe aus den USA strömte nach Europa. Diese floss jedoch in Form von Wirtschaftsmitteln, Rüstung und Experten. Über diesen Weg konnten die Amerikaner als Partner in die Unternehmen einsteigen, und sie motivierten die Intellektuellen zur Auswanderung in die USA. So wurde die europäische Wirtschaft an die US-Wirtschaft gebunden. Und es dauerte nur wenige Jahrzehnte, bis sich Europa in der Gefolgschaft der USA und unter ihren Fittichen befand. Die Ökonomie Europas war nun generell Eigentum der US-Konzerne geworden. Die US-Hilfe für Europa stellte folglich eine Falle dar, um Europa an die USA zu binden, die Intellektuellen abzuwerben und die USA an der Wirtschaft Europas zu beteiligen.

Deutschland beispielsweise ging schwer entkräftet und industriell ruiniert aus dem Zweiten Weltkrieg hervor. Die USA kamen Deutschland eilig zu Hilfe, wobei ihnen ein wichtiger Aspekt bezüglich des Aufbaus der Industrie von Staaten bewusst war. Ein Staat ist nur dann im internationalen Sinne ein Industriestaat, wenn er seine Industrie auf Grundlage der Kriegsindustrie errichtet und seine gesamte Industrie auf diesem Fundament aufbaut. Wenn nun die Industrie Deutschlands auf dieser Grundlage aufgebaut worden wäre, hätte es seinen Status als Großmacht schnell wieder zurückerlangt. Aus diesem Grund traten die USA an Deutschland heran und nahmen eine Neuprogrammierung der deutschen Industrie vor. Sie bauten die Industrie auf einem ökonomischen, nicht auf einem Kriegsfundament auf, und auf dem Prinzip des Wachstums, nicht auf Grundlage der Kriegsindustrie. Zu diesem Zweck haben die USA amerikanische Firmen nach Deutschland gelotst und die deutsche Industrie mit US-

Geldern aufgebaut. Somit hatten sie Deutschland als Militärmacht geschlagen. Dafür entstanden in Deutschland Riesenfabriken, und es stellte sich ein industrieller Aufschwung der deutschen Wirtschaft ein. Ökonomisch brachte es Deutschland nun zu mehr Wohlstand als vor dem Zweiten Weltkrieg. Der Welt wurde vor Augen geführt, in welcher rasanter Geschwindigkeit Deutschland seine Industrie wieder aufgebaut hatte.

Die Wahrheit ist jedoch, dass es für Deutschland mit dieser Industrie in dieser Form den Suizid bedeutete. Deutschland wird so lange in der internationalen Politik kein richtiges Standbein erlangen, solange es nicht von neuem seine Industrie überdenkt, von Grund auf säubert und sie auf Basis der Kriegsindustrie aufbaut. Ebenso wird Deutschland nur dann wirtschaftlich vorwärts kommen, wenn es sich der amerikanischen Unternehmen samt den amerikanischen Geldern entledigt. Die US-Hilfen an Deutschland in dieser Form waren politische Handlungen, die eine Falle darstellten. Sie haben Deutschland einen Schlag versetzt, anstatt es wirklich zu unterstützen.

Ein weiteres Beispiel ist die Kontaktaufnahme von Kubas Führer Castro mit dem kommunistischen Block, als er die Sowjetunion zu Hilfe zog. Die USA waren hierüber nicht besorgt, obgleich die Monroe-Doktrin es sämtlichen Staaten untersagte, auf den amerikanischen Kontinent vorzustoßen. Als die Sowjetunion damit begann, Castro mit Waffen zu versorgen, ignorierten die USA dies, obwohl ein solcher Akt im Gewohnheitsrecht der Staaten eine direkte bewaffnete Einmischung in amerikanische Gefilde bedeutete, denn Kuba befindet sich nur wenige Schritte von den USA entfernt. Es handelte sich hierbei jedoch um eine Falle, damit die Sowjetunion (Russland) in Richtung Neue Welt gezerrt wird, um den russischen Radius so weit zu erweitern, dass die Sowjetunion außerstande sein würde, diesen zu schützen. Dadurch sollte sie geschwächt werden und die USA über die Sowjetunion die Oberhand gewinnen. Viele

Politiker, unter ihnen sogar einige russische, sahen diese Vorgehensweise der Sowjetunion in Kuba als Torheit an. Wäre es nicht zu der Wiener Vereinbarung zwischen beiden Supermächten gekommen, hätte sich die russische Ausdehnung nach Amerika in einen Fluch für die Sowjetunion verwandelt.

Es wäre daher verkehrt zu sagen, die USA seien verärgert gewesen und beinahe in einen Krieg hineingeraten, wäre die Sowjetunion (Russland) nicht so vernünftig gewesen, die Atomraketen abzuziehen, die sie in Kuba stationiert hatte. Davon kann man deshalb nicht ausgehen, weil die Drohungen Kennedys gegen die Sowjetunion wegen der Raketen in Kuba und deren Abzug durch Chruschtschow eine von beiden Seiten einvernehmlich inszenierte Aktion war. Denn zu der Summe an Vereinbarungen, die zwischen Kennedy und Chruschtschow getroffen wurden, gehörte der Abbau der US-Nuklearbasis in der Türkei sowie der sowjetischen Nuklearbasis in Kuba. Die USA wären durchaus in der Lage gewesen, ihre Basis ohne großes Aufsehen aus der Türkei abzuziehen, denn die Türkei hatte aus der Beseitigung des Stützpunktes keinen Schaden zu erwarten. Auch hätte es zu keinen Missstimmungen zwischen den USA und der Türkei geführt. Allerdings hätte der Abzug der nuklearen Basis aus Kuba auf sowjetischen Wunsch hin bedeutet, dass die Sowjetunion die Verteidigung Kubas aufgegeben hätte. Dies hätte alle kommunistischen Staaten auf die Barrikaden gebracht, ganz besonders Kuba. Es wäre hier sehr wohl zu Missstimmungen zwischen der Sowjetunion und Kuba gekommen. Deshalb musste ein Weg gefunden werden, diese Basis zu entfernen, ohne dass die Sowjetunion vor den kommunistischen Staaten ihr Gesicht verliert. Man einigte sich daher auf die Konstruktion eines Grundes seitens der USA, der zur Auslösung einer internationalen Krise führen sollte. Die Folge sollte dann der Abzug der Basis sein. Dafür wählte Kennedy einen Zeitpunkt aus, den er zu seinem Vorteil nutzte. Er stellte

nämlich fest, dass England seine Truppen in Aden und Bihan zusammenzog, um im Jemen gegen die ägyptische Armee zu intervenieren und sie aus dem Jemen zu vertreiben, und er konnte beobachten, dass England tatsächlich damit begonnen hatte, die ägyptische Armee zu provozieren und sie von Bihan aus anzugreifen. Als er dies erkannte, entfachte er die Frage der Atomraketen auf Kuba und rief eine internationale Krise hervor, die so weite Kreise zog, dass England und Frankreich den Ausbruch eines Weltkrieges befürchteten. Daraufhin verzichtete England auf eine Intervention im Jemen, und auch Chruschtschow demonstrierte Einsicht und gab vor, bereit zu sein, seinen Stützpunkt aufzugeben, wenn die USA ihrerseits ihre Basis aus der Türkei abzögen. Kennedy gab nun vor, dies zu überdenken und die Nuklearbasis wurde aus der Türkei abgezogen. So sehen die tatsächlichen Fakten zu dieser Angelegenheit aus. Es handelte sich hier um eine inszenierte Aktion, um den Abzug der Basis aus Kuba durch die Sowjetunion rechtfertigen zu können, was zudem als Instrument der Einschüchterung Großbritanniens eingesetzt wurde.

Den Beweis, dass das Stillschweigen Amerikas zur Stationierung einer atomaren Basis in Kuba durch die Sowjetunion einen Hinterhalt und eine internationale Falle darstellte, demonstrieren die Ereignisse in Griechenland nach dem Zweiten Weltkrieg. Als dort die kommunistische Revolution ausbrach, schlug Tito Stalin die Intervention Jugoslawiens in Griechenland vor, um dort einen kommunistischen Staat zu errichten, der dem kommunistischen Block angeschlossen werden sollte. Doch Stalin waren die Gefahren dieses Vorschlags bewusst. Er antwortete Tito in aller Deutlichkeit: *„Wollen Sie, dass wir einen Stützpunkt im Mittelmeer gegen den mächtigsten und reichsten Staat der Welt errichten?! Wären wir denn in der Lage, diesen Stützpunkt zu schützen? Alles, was wir können, ist, die USA zu stören. Jedoch Griechenland aus der Hand der USA zu*

nehmen, dazu sind wir nicht in der Lage. Über so etwas denken wir auch nicht nach.“

Als beispielsweise der Zweite Weltkrieg ausbrach, befürchtete Hitler den Kriegseintritt der Türkei an der Seite Englands, d. h. an der Seite der Alliierten. Er wusste, dass die regierende kemalistische Clique in der Türkei, die so genannte Volkspartei, den Engländern nahe stand und ihnen so einiges zu verdanken hatte. Nichts wäre für die Engländer einfacher gewesen, als sie an ihrer Seite zum Kriegseintritt zu bewegen. Dies war Hitler wohl bewusst, und er fürchtete, dass die Türkei gegen Deutschland in den Krieg eintritt. Aus diesem Grund wollte er die Neutralität der Türkei sichern. Er wusste, dass ihm ein Kriegseintritt der Türkei gegen ihn in dreierlei Hinsicht schaden würde. Zum einen gilt das türkische Volk als mutiges Volk – mutiger als die Engländer, die Franzosen oder die Russen. Ein Kriegseintritt an der Seite der Alliierten hätte für sie eine zusätzliche Stärke bedeutet, die durchaus ein Gewicht im Krieg bedeutet hätte. Zum Zweiten ist das türkische Volk ein muslimisches Volk. Der Kriegseintritt hätte die Emotionen der Muslime – Araber wie Nicht-araber – gegen Deutschland aufgebracht. Dies hätte sich auf die weltweite Propaganda ausgewirkt. Zum Dritten besitzt die Türkei eine ausgezeichnete strategische Lage. Im Falle einer Neutralität würde sie als Festung an der Südostfront fungieren und den Zugang der Alliierten nach Europa verhindern. Die Türkei wäre damit ein unüberwindbarer Schutzwall, der Hitler vor einem Angriff von hinten schützen würde. Aus diesem Grund war er auf die ungebrochene Neutralität der Türkei bedacht. Dazu entsandte er Von Papen, seinen gerissensten Mann, als Botschafter Deutschlands in die Türkei, und zwar mit der Mission, die Türkei neutral zu halten und ihren Kriegseintritt auf Seiten der Alliierten zu verhindern. Ein Kriegseintritt der Türkei gegen die Alliierten kam gar nicht in Frage und wurde in keiner Weise erhofft. Hitlers Interesse galt daher nur der Sicherstellung

des Nichteintritts der Türkei in den Krieg an der Seite der Alliierten gegen Deutschland. Für diese Aufgabe entsandte er seinen verschlagensten Diplomaten. Doch um seine wahren Absichten zu vertuschen, tarnte Hitler die Mission Von Papens als Bemühung, die Türkei auf Deutschlands Seite zu ziehen, und als Versuch, die Türkei davon zu überzeugen, an der Seite Deutschlands gegen die Alliierten in den Krieg einzutreten. Die Alliierten waren nun ihrerseits darauf bedacht, die Türkei neutral zu halten und ihre Botschafter arbeiteten ernsthaft auf dieses Ziel hin. Von Papen bemühte sich nach außen hin darum, die Türkei auf die Seite Deutschlands zu ziehen. Dies ließ die Alliierten mit allem Nachdruck darauf bedacht sein, die Neutralität der Türkei aufrechtzuerhalten. Mit diesem politischen Schachzug und der Gerissenheit Von Papens schaffte es Hitler, die Neutralität der Türkei während der gesamten Kriegsdauer sicherzustellen. Dabei wäre es für die Alliierten einfacher gewesen, Deutschland von der türkischen Flanke her anzugreifen, hätten sie die Türkei auf ihre Seite gebracht. Dies vermieden sie jedoch aus Furcht, eine solche Front zu eröffnen, und aus Bedachtsamkeit um die Aufrechterhaltung der türkischen Neutralität, um diese Front hierdurch zu schützen. Eine derartige politische Handlung zählt zu den einflussreichen Aktionen in einer Kriegssituation.

Dies waren Beispiele für internationale politische Handlungen, die die Staaten im Zuge der internationalen Auseinandersetzungen auf der Bühne der Weltpolitik gegeneinander ausführen, um politische Fallen zu stellen, um andere Staaten zu schwächen oder um politische Manöver oder Ähnliches durchzuführen. So, wie diese Handlungen auf der internationalen politischen Weltbühne stattfinden, so kommen sie auch in der Auseinandersetzung um die sechs Weltfragen vor. Wenn sie sich aber in Bezug auf diese Weltfragen ereignen, so sind sie auf einen Aspekt, auf die beiden betroffenen Staaten bzw. auf die an der Auseinandersetzung beteiligten Staaten beschränkt.

Ereignen sie sich jedoch allgemein auf der Weltbühne, so ist ihr internationaler Einfluss größer. Daher sollte der politische Mensch sein Denken nicht auf die sechs Hauptangelegenheiten und die diesbezüglich stattfindenden politischen Aktionen eingrenzen. Er sollte seinen Betrachtungsradius vielmehr so groß halten, dass er jede politische Handlung erfasst, die von einer Großmacht ausgeht. Tut er dies, sollte er zudem darauf achten, weder zu abstrahieren noch zu pauschalisieren. Er muss jede Handlung mit ihren Zusammenhängen und Begleitumständen in Verbindung setzen. Es wäre falsch, die Handlung getrennt von ihrem Zusammenhang und den dazugehörigen Begleitumständen zu betrachten oder den Sachverhalt zu generalisieren. Ebenso wäre es falsch, von einer Handlung auf andere einen Analogieschluss zu ziehen oder Handlungen nach logischen Regeln zu klassifizieren, um damit logische Resultate zu erhalten. Vielmehr muss man genau das vermeiden und sich davon fernhalten. Nichts ist gefährlicher für ein politisches Verständnis als Logik und Analogieschluss. Denn die Handlungen im Leben sind facettenreich und unterschiedlich; keine ähnelt der anderen. Vielmehr hat jede Handlung ihren eigenen Zusammenhang und ihre Begleitumstände. Daher muss man die Handlung mit den damit zusammenhängenden politischen Informationen verknüpfen und in den Kontext der Situation und der Begleitumstände setzen. Dann versteht man die Handlung auf eine Weise, die der Wahrheit am nächsten kommt. Die Beispiele hierfür sind zahllos. So stecken die täglichen Ereignisse, die auf der internationalen Bühne stattfinden und die im Rahmen der politischen Handlungen der Großmächte vorkommen, voller Beispiele. Wobei jede Handlung in ihrem Ursprung auf einer Grundlage beruht, die mit der Politik des Staates, mit der weltpolitischen Lage oder mit der Situation der einzelnen Staaten in Zusammenhang steht. Jede Handlung hat auch ihre eigenen Umstände und ihre spezifischen Zusammenhänge, die sie mit keiner anderen teilt. Beispielsweise

wurde im April 1969 in Fernost ein amerikanisches Spionageflugzeug von Nordkorea abgeschossen. Amerika war erschüttert, und der Nationale Sicherheitsrat wurde einberufen. US-Präsident Nixon trat daraufhin mit einem Beschluss an die Öffentlichkeit, der beinhaltete, dass die Vereinigten Staaten keinen Vergeltungsschlag für den Abschuss des Flugzeugs beabsichtigten. Es kam lediglich dazu, dass nun Spionageflugzeuge und -schiffe zum Schutz vor feindlichen Angriffen in geeigneter Weise bewacht wurden. Als Nordkorea hingegen 1968 ein Spionageschiff kaperte, Amerika erschüttert wurde und der Nationale Sicherheitsrat tagte, stieß Präsident Johnson Drohungen und Warnungen aus. Im Pazifik setzte sich die Siebte US-Flotte in Bewegung. Als die USA bemerkten, dass die Drohungen und der Nervenkrieg keine Wirkung zeigten, griffen sie auf das Mittel der Verhandlungen und des Entgegenkommens zurück, bis die Seeleute freigelassen wurden. Diese beiden Vorfälle sind von gleicher Art: ein kleiner Staat wie Nordkorea tritt einem großen Staat wie den USA entgegen, indem er dessen Flugzeug beschießt und die Besatzung tötet bzw. dessen Schiffe kapert und die Seeleute in Gefangenschaft nimmt. Warum wurden zu diesen beiden Ereignissen unterschiedliche Positionen eingenommen? Liegt es an den unterschiedlichen Personen? Wäre möglich. Oder liegt es an der Wirkungslosigkeit der Drohungen? Wäre ebenfalls möglich. Doch offenbar waren die internationalen Umstände zur Zeit der Schiffskaperung normal bzw. nahezu normal. China war mit der Kulturrevolution beschäftigt. Daher hätten die Drohungen zu keiner Gefahr einer möglichen Eskalation geführt. Was jedoch die Umstände des Flugzeugabschlusses betraf, so waren sie nicht normal. Die Sowjetunion (Russland) zog gerade ihre immensen Boden- und Lufttruppen in Mitteleuropa sowie ihre Marinestreitkräfte im Mittelmeer zusammen. China befand sich seinerzeit in einer Situation, in der es nach der durch die Kulturrevolution bedingte Isolation seine Präsenz in der

Welt demonstrieren wollte. Zu diesem Zweck begann es die Sowjetunion (Russland) zu provozieren. Wenn Nixon also Nordkorea mit Drohungen entgegengetreten wäre, hätte China möglicherweise darauf geantwortet, was zu einer Konfrontation und zu zunehmenden Spannungen geführt hätte. England könnte dies als Mittel benutzen, um gegen den Ostblock Front zu machen. Aus diesem Grund wäre es von amerikanischer Seite nicht vernünftig gewesen, irgendeine Drohung ausstoßen und einen Nervenkrieg zu führen. Daher schwieg Nixon. Demzufolge waren die Umstände beider Handlungen unterschiedlich, weshalb sich auch die diesbezüglichen Maßnahmen unterscheiden mussten.

Ein weiteres Beispiel ist der Besuch Nixons in Europa direkt nach seinem Amtsantritt als US-Präsident. Er behauptete, dass dieser Besuch der Rücksprache mit seinen Verbündeten bezüglich einer Kontaktaufnahme mit der Sowjetunion (Russland) anlässlich der Nahostkrise gelte. Seine Aussage wäre glaubwürdig gewesen, hätten nicht andere Umstände bestanden, die eher als Grund in Frage kämen. Bei genauerer Betrachtung wird nämlich deutlich, dass Großbritannien Kontakt mit den europäischen Staaten aufgenommen hatte, um sie in der Frage der Nahostkrise um sich zu scharen. Es beabsichtigte, sie davon zu überzeugen, sich an seiner Seite gegen die Sowjetunion zu stellen, auch wenn es den Ausbruch eines Weltkrieges gegen den Ostblock bedeutet hätte. Dieser Umstand war gefährlich und veranlasste Nixon unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Präsident zum Besuch der europäischen Staaten, noch bevor er irgendeine andere Handlung unternahm. Sein Europabesuch galt somit der Absicht, die europäischen Staaten von Großbritannien fernzuhalten.

Die Sowjetunion zum Beispiel besetzte Ende 1968 die Tschechoslowakei und beteiligte dabei den Warschauer Pakt, der sich mit Ausnahme Rumäniens komplett beteiligte. So marschierten die Trup-

pen des Warschauer Pakts unter dem Vorwand in die Tschechoslowakei ein, den Kommunismus bewahren und den kommunistischen Staat sowie die kommunistische Partei vor möglichen westlichen Angriffen schützen zu wollen. Möglicherweise hat davon etwas eine Rolle gespielt. Doch die Umstände dieses Ereignisses waren brisanter, als dass es nur um die kommunistische Partei und den Weitererhalt des Kommunismus gegangen wäre, zumal es sich lediglich um eine Auslegung des Kommunismus seitens der kommunistischen Parteiführer handelte. Bei präziser Betrachtung der Umstände wird nämlich klar, dass die sowjetische Flotte an den Küsten Ägyptens von England bedroht war. England zog gerade seine Truppen im Mittelmeer zusammen, und „Israel“ könnte einen Angriff auf Ägypten durchführen, so dass die Sowjetunion sich unter dem Vorwand der Bewahrung des Kommunismus gezwungen sehen könnte zu intervenieren. In diesem Fall wäre es möglich gewesen, dass Großbritannien zu einem Schlag gegen die Sowjetunion ausholt. Und so waren Vorbereitungen für einen Krieg und die Bereitstellung der Nachschubwege vonnöten.

Der Versorgungsweg aus der Sowjetunion über Gibraltar wäre im Kriegsfall nicht möglich gewesen, abgesehen davon ist er zu lang. Deswegen musste ein Zugang zum Mittelmeer geschaffen werden, der sich in der Nähe Ägyptens befindet. Dafür zog die Sowjetunion zwei Millionen Soldaten und dreitausend Flugzeuge in Mitteleuropa zusammen. Sie stationierte dort auch Nuklearwaffen und bereitete den Warschauer Pakt auf eine Kriegsbeteiligung vor. So marschierte der Warschauer Pakt in die Tschechoslowakei ein, um in aller Öffentlichkeit England durch Truppenmassierung in Mitteleuropa einzuschüchtern. Er war vorbereitet darauf, durch Jugoslawien und Albanien bis zum Mittelmeer durchzumarschieren, sollte die Sowjetunion (Russland) in einen Krieg mit England verwickelt werden. Hinter dem Einmarsch in die Tschechoslowakei unter dem Vorwand

der Bewahrung des kommunistischen Staates steckte somit die eigentliche Absicht, England zu bedrohen und sich auf einen Krieg vorzubereiten. Ferner sollte der Warschauer Pakt in Kriegsbereitschaft versetzt werden.

In dieser Form müssen die politischen Handlungen mit ihrem Ursprung verknüpft und mit den entsprechenden Zusammenhängen und Begleitumständen in Beziehung gesetzt werden. Sie sind am Tag ihrer Ausführung anders zu verstehen als noch am Tag davor. Zu berücksichtigen sind ebenfalls die täglich, ja sogar stündlich stattfindenden Entwicklungen und Veränderungen. Man darf nicht in der Vergangenheit verharren, auch wenn es sich um eine Stunde oder bloß um Minuten handelt. Vielmehr muss man sich mit dem Lauf der Zeit bewegen und die Dinge und Handlungen nach dem letzten Zeitaugenblick und den darin stattgefundenen Ereignissen und Taten verstehen.

Dies waren die großen globalen Angelegenheiten und die Großmächte, die die Weltpolitik beeinflussen. Es wurde ebenfalls die Methode dargelegt, wie die politische Handlung mit ihrem Ursprung verknüpft und in ihre Zusammenhänge und Umstände eingebettet wird. Aufgrund der schnellen Veränderung der Ereignisse und ihrer Bewegungen werden sie dann im Laufe desselben Tages, ja sogar derselben Stunde begriffen.

Die Gründe für das Unheil auf der Welt

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Welt unter den Großmächten zu leiden hat, seitdem sie die Welt als Großmächte beherrschen. Sie leidet auch unter den Folgen der Idee einer Staatenfamilie bzw. einer Völkergemeinschaft. Ebenso leidet sie unter dem Kolonialismus, seitdem die kapitalistische Ideologie geboren wurde und der Kolonialismus mit ihr entstanden ist. Die Welt wird auch so lange zu leiden haben, solange es das Märchen von der internationalen Völkergemeinschaft bzw. der Staatenfamilie gibt und solange die Großmächte um die Welt konkurrieren, die Welt von ihnen beherrscht wird und der Kolonialismus existiert – in welcher Form oder Prägung auch immer. Um die Welt vom Unheil, von dem sie heimgesucht wird, zu befreien und sie auf den Pfad des Glücks zu führen, müssen diese drei Probleme gelöst werden, d. h., die Welt muss von folgenden drei Faktoren befreit werden: vom Märchen einer internationalen Staatenfamilie, von der Hegemonie der Großmächte und ihrer Kontrolle sowie vom Kolonialismus und Monopolismus.

Was die internationale Staatengemeinschaft betrifft, so ist das Fundament, auf dem sie in ihrem Ursprung beruht, von Grund auf nichtig. Denn ursprünglich entstand sie als Staatenfamilie aus den christlichen Staaten Westeuropas, um einen Block gegen den islamischen Staat zu bilden. Später traten ihr auch die christlichen Staaten Osteuropas bei. Damit hatte sich die Gemeinschaft der christlichen Staaten Europas gegründet, und zwar vom 16. Jahrhundert an bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, nämlich bis 1856. Die Schwäche des islamischen Staates hatte da bereits eine Stufe erreicht, in welcher der Staat als „Kranker Mann“ bezeichnet wurde und man im Begriff war, Komplotte um die Aufteilung seines Nachlasses, d. h

seiner Länder, zu schmieden. In diesem Zeitraum, also während der Dauer von fast drei Jahrhunderten, war die Staatenfamilie gleichzusetzen mit „christlicher Staatenfamilie“ und der Feindschaft zum Islamischen Staat.

Obgleich es sich um eine Gemeinschaft christlicher Staaten handelte, die zudem auf die christlichen Staaten Europas beschränkt war und nichtchristliche Staaten keinen Zutritt hatten, wurde sie trotzdem als „Völkerfamilie“ und als „internationale Staatengemeinschaft“ bezeichnet. Damit wird ihr allein das Attribut der „Internationalität“ zugebilligt und die Erörterung internationaler Angelegenheiten zugestanden. Andere wurden davon ausgeschlossen; das Attribut der „Internationalität“ traf nicht auf sie zu. Es wäre nicht so schlimm gewesen, hätte sich diese christliche Gemeinschaft auf einen rein christlichen Zusammenschluss beschränkt und eine christliche Vereinigung als Gegenpol zum Islam geschaffen. Doch wurde der Gemeinschaft der internationale Anstrich gegeben und darauf hingearbeitet, sie für immer mit diesem Attribut zu verbinden. Die Idee einer internationalen Staatenfamilie gründete nämlich auf dem Fundament *christlicher* Staaten und formte sich auf dieser Grundlage aus. Es wurden aber der *internationale* Aspekt und die *internationalen* Angelegenheiten zur Sache dieser Gemeinschaft erklärt. Um dies zu regeln und dauerhaft zu manifestieren, wurden der Gemeinschaft traditionelle Prinzipien zugrunde gelegt, die später als „internationales Recht“ bezeichnet wurden. Sie griffen auf die internationalen Vereinbarungen zurück, die unter den christlichen Staaten getroffen wurden, und auf das Gewohnheitsrecht, das unter den christlichen Gemeinschaften als Gemeinschaften verbreitet war. Aus ihnen bildeten sie Normen, die sie zu internationalen Normen bzw. zum internationalen Recht erklärten.

Die internationale Staatenfamilie bzw. die Völkergemeinschaft basiert also ursprünglich auf der Grundlage einer christlich-euro-

päischen Völkerfamilie. Das internationale Recht geht auf Vereinbarungen zurück, die unter den christlichen Staaten getroffen wurden, und auf das unter den christlich-europäischen Staaten vorherrschende Gewohnheitsrecht. Damit ist die Bezeichnung „internationale Staatengemeinschaft“ für die rein christlich-europäischen Staaten ein falscher und irreführender Ausdruck. Denn die Welt besteht nicht bloß aus der christlich-europäischen Staatenfamilie. Ebenso stellt die Bezeichnung „internationales Recht“ für die Vereinbarungen und das Gewohnheitsrecht unter rein christlichen Staaten Lug und Trug dar. Die Ideen, die zur Bildung des internationalen Rechts geeignet wären, können nicht aus Vereinbarungen und Gepflogenheiten der rein christlich-europäischen Staaten bestehen. Dafür kämen ausschließlich Ideen in Frage, die aus der Summe des Gewohnheitsrechts aller in der Welt existierenden Gemeinschaften sowie aus den zwischen den Menschengemeinschaften in aller Welt geschlossenen Vereinbarungen und Abkommen bestünden. Aus diesem Grund ist die Konzeption der Staatenfamilie und des internationalen Rechts von Grund auf falsch. Das Ganze hätte vermieden werden können, hätten diese Staaten die übrigen Staaten der Welt anerkannt. Tatsächlich aber hat diese Familie keinen außer sich akzeptiert und sogar den Beitritt jener Staaten abgelehnt, die nicht christlich waren. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts akzeptierte sie dann den Eintritt einiger nichtchristlicher Staaten, die so als Teil der internationalen Völkergemeinschaft anerkannt wurden. Allerdings duldet sie keine anderen Normen als jene traditionellen, welche auf der Basis christlich-europäischer Staaten beruhten. Deswegen verlangte sie vom Osmanischen Staat, den Islam als Schiedsinstanz in internationalen Angelegenheiten aufzugeben, und setzte dies als Bedingung für seinen Beitritt voraus. Erst nachdem diese Bedingung akzeptiert wurde und der Osmanische Staat sich den traditionellen Normen der christlich-europäischen Staaten unterwarf,

wurde er aufgenommen. Das bedeutet, dass diese Staatenfamilie zwar einigen Staaten erlaubte, sich ihr anzuschließen, jedoch kategorisch verbot, dass andere Normen und Konventionen als die ihrigen irgendeine Rolle in den internationalen Beziehungen spielten. Dieser Zustand hielt bis zum Ende des Ersten Weltkriegs und dem Verschwinden des Islamischen Staates an. Nach dem Ersten Weltkrieg hätte sich diese Frage erübrigen können, da der Feind, dessentwegen die internationale Gemeinschaft gegründet und zu dessen Bekämpfung das internationale Recht hervorgebracht wurde, nicht mehr existierte. Die Sache gestaltete sich jedoch anders. Die Staaten hielten an der Grundlage fest, auf der die Völkergemeinschaft und das Völkerrecht entstanden waren. Daher einigten sie sich auf die Gründung einer internationalen Organisation, welche die Völkergemeinschaft verkörpern sollte. Diese stand jedoch nicht allen, sondern nur bestimmten Staaten offen. Einige nichtchristliche und auch nichteuropäische Staaten wurden in diese Organisation aufgenommen, ohne jedoch andere traditionelle Normen als die christlich-europäischen zu akzeptieren. Es wurde nicht der geringste Wert auf die Konventionen oder Ideen anderer Staaten gelegt. Darüber hinaus meinten sie, dass die Völkergemeinschaft aus den christlich-europäischen Staaten bestehe und dass jene Staaten, die in den Völkerbund eingetreten waren, in die christliche Völkerfamilie aufgenommen worden seien. Später, als die Vereinten Nationen gegründet wurden, bestand zunächst die Absicht, die Mitgliedschaft auf jene Staaten zu beschränken, die in den Krieg gegen Deutschland eingetreten waren, d. h. auf die christlichen Staaten und ihre Gefolgsstaaten. Doch um die Welt ihrer Hegemonie zu unterwerfen und die Staaten der Welt unter ihre Fittiche zu nehmen, dehnten die USA die Mitgliedschaft in der UNO aus und erlaubten allen Staaten den Beitritt. Allerdings erlaubten sie – d. h. die USA und die übrigen christlichen Staaten – es nicht, dass irgendwelche anderen Normen in das internationale Recht oder in die

Charta der Vereinten Nationen mit einfließen. Die Prinzipien der christlichen Staaten blieben die einzige Grundlage für das Völkerrecht, sie verkörperten es und bildeten die Charta der Vereinten Nationen. Selbst der von der Sowjetunion geführte Ostblock vermochte es nicht, seine Ideen in diese Charta mit einzubringen oder irgendetwas an den Grundlagen der internationalen Ordnung zu verändern, obwohl er die kommunistische Überzeugung trug, die dem kapitalistischen System und den Prinzipien der christlichen Staaten diametral widerspricht. Deshalb haben die traditionellen Prinzipien der christlichen bzw. kapitalistischen Staaten weiterhin allein die in der Welt existierenden Menschengemeinschaften dominiert und sich nicht im Geringsten um die Konventionen und Ideen anderer Staaten geschert. Es blieb bei der Tatsache, dass mit der Völkergemeinschaft eigentlich die christliche bzw. die kapitalistische Staatenfamilie gemeint war, auch wenn eine Vielzahl anderer Staaten der Völkergemeinschaft beitrug. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Konzeption der Staatenfamilie und der Völkergemeinschaft sowie die Bedeutung des Völkerrechts zu überdenken.

Was das Ganze jedoch noch zuspitzte, war die Tatsache, dass diese christlich-europäischen bzw. kapitalistischen Staaten die Anwendung der traditionellen Normen, die später das Völkerrecht ausmachten, nicht dem moralischen Faktor überließen, wie es beim Gewohnheitsrecht der Staaten der Fall ist. Auch wandten sie diese nicht nur auf diejenigen an, die sich ihnen verpflichtet hatten. Vielmehr ließen sie diese Normen mit Waffengewalt durchsetzen, und zwar auf sämtliche Staaten der Welt, egal ob sie sich zu diesen Normen verpflichtet haben oder nicht. So haben sich die Großmächte schon in früherer Zeit selber zur Schutzorganisation über Sicherheit und Ordnung innerhalb der Staatengemeinschaft erhoben. Sie mischten sich in die Angelegenheiten anderer Staaten ein, wo immer sich ihnen Anzeichen einer Bedrohung des Friedens oder einer Störung

der Ordnung boten. Nichts ließ sie vor einer Intervention, d. h. der Durchsetzung der traditionellen Normen, auf die sie sich geeinigt hatten, zurückschrecken, außer der Stärke des betroffenen Staates und ihr Unvermögen, sich ihm entgegenzustellen. Vor Beginn des Ersten Weltkriegs haben sich die christlich-europäischen Staaten – kollektiv oder einzeln – selbst zur Weltpolizei erkoren, um die internationale Ordnung durchzusetzen. Auch nach Gründung des Völkerbundes war dies der Fall. Später, als die Vereinten Nationen gegründet wurden, führten sich die kapitalistischen Staaten weiterhin als Weltpolizei auf, um „Gesetz und Ordnung“ durchzusetzen. Die Einmischung der USA und Großbritanniens im Nahen Osten 1958, die Stationierung von US-Soldaten im Libanon und von britischen Soldaten in Jordanien sowie die Invasion des Irak 2003 sind nur einige Beispiele für die Tatsache, dass die kapitalistischen Staaten sich selbst zur Weltpolizei erkoren haben, um das Völkerrecht bzw. das, was sie als „internationale Ordnung“ bezeichnen, durchzusetzen. Diese Vorgehensweise war eine der schlimmsten überhaupt und ist einer der Gründe für das Leid auf dieser Welt, ausgelöst durch eine Völkergemeinschaft nach europäischer Konzeption und das so genannte „Völkerrecht“. Deshalb muss dieses Problem behandelt werden, um die Welt von diesem Unheil zu befreien.

Was die Behandlung dieser Problematik betrifft, so darf man – wenn die Schaffung eines Staatenkollektivs in der internationalen Gemeinschaft schon nicht zu umgehen ist – die internationale Gemeinschaft nicht an einer herkömmlichen Menschengemeinschaft messen. Die herkömmliche Gemeinschaft bedarf einer staatlichen Struktur, die Ungerechtigkeiten aufhebt, Streitigkeiten entscheidet und Differenzen unter den Menschen beseitigt. Aus diesem Grund braucht jede Gemeinschaft einen Staat, einen Herrscher und ein Gesetz, das über die Menschen zwangsvollstreckt werden muss. Was jedoch die internationale Gemeinschaft betrifft, so handelt es sich um

ganze Menschengemeinschaften, d. h. Staaten, unter denen Beziehungen zustande kommen - nicht um einzelne Individuen. Jede dieser Gemeinschaften hat das Recht auf eigene Souveränität und auf einen absoluten, uneingeschränkten Willen. Jeder Zwang von außen auf die jeweilige Gemeinschaft bzw. den jeweiligen Staat bedeutet, ihn seiner Souveränität zu berauben, was nichts anderes heißt als Knechtschaft. Genau dies verkörpern Kolonialismus, Hegemonialherrschaft und gewaltsame Willkür. Sollte einer Gemeinschaft oder einem Staat die Durchsetzung seiner eigenen Beschlüsse in irgendeiner Weise verboten werden, so bedeutet dies, ihm Fesseln anzulegen, ihn zu lähmen und handlungsunfähig zu machen. Daher ist es unzulässig, dass eine Macht existiert, die über den verschiedenen menschlichen Gemeinschaften steht und wie über eine einheitliche Gemeinschaft herrscht. Anders ausgedrückt, ist es nicht zulässig, dass die Völkergemeinschaft zu einer Staatengruppe wird, über die eine Macht herrscht, die mit Befugnissen zur Betreuung von Angelegenheiten ausgestattet ist. Es darf mit anderen Worten keinen Weltstaat geben, der über andere Staaten regiert. Auch darf die Existenz eines solchen Weltstaates, der die Herrschaftsgewalt über eine Anzahl von Menschengemeinschaften besitzt, gar nicht zugelassen werden. Vielmehr sollte jede menschliche Gemeinschaft ihre eigene staatliche Struktur, ihre eigene Souveränität und ihren eigenen Willen besitzen. Sollte die Bildung einer Staatengemeinschaft aus diesen Gemeinschaften unumgänglich sein, darf es sich um keinen Weltstaat handeln. Sie sollte sich vielmehr aus jenen zusammensetzen, die freiwillig dazugehören wollen. Diese Gemeinschaft sollte nicht von einem spezifischen Staat erschaffen werden, der bestimmte Konzeptionen (*Mafāhīm*) trägt, oder von einem Staat, der stärker als die anderen Staaten ist. Ebenso wenig darf es sich um einen Weltstaat handeln. Diese Staatengemeinschaft sollte von all jenen gegründet werden, die ihre Gründung - aus freien Stücken - auch wünschen,

und zwar unabhängig von der Art ihrer jeweiligen Konzeptionen, vom Grad ihrer Macht und vom Umfang ihres Einflusses. Darüber hinaus sollte jedem Staat, der nicht zu den Gründungsmitgliedern gehört, die Freiheit gelassen werden, der Staatengemeinschaft jederzeit beitreten zu können, und zwar mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die der Gründerstaaten. Allen sollte es frei überlassen bleiben, die Staatengemeinschaft zu verlassen, wann immer sie es wünschen. Ferner sollte kein Staat mit Gewalt dazu gezwungen werden, getroffene Entscheidungen durchzuführen. Erst dann würde es sich um eine wahre Staatengemeinschaft handeln und um keine spezifische Staatenfamilie, die in fälschlicher und verlogener Weise als „internationale Gemeinschaft“ bezeichnet wird. Auch wäre es in diesem Falle kein Weltstaat, den man in fälschlicher und verlogener Weise als „Organisation der Vereinten Nationen“ bezeichnet.

So viel zur Staatengemeinschaft an sich. Was das Recht anlangt, so ist es nicht zulässig, dass die Völkergemeinschaft und die Staaten in der Welt ein Völkerrecht besitzen. Der Völkergemeinschaft sollte lediglich eine Verwaltungsordnung zugrunde gelegt werden, die ihre administrativen Angelegenheiten regelt und ihre Verwaltungsweise darlegt. Die Einigung darauf sollte sich durch Mehrheitsentscheidungen ergeben. Ebenso sollte die Mehrheit über Änderungen und Modifizierungen gemäß den Geschehnissen und jeweiligen Erfordernissen entscheiden.

Ein Völkerrecht darf also weder existieren noch von der Staatengemeinschaft festgelegt werden. Denn das Gesetz ist Sache des Herrschers. Es existiert jedoch weder ein globaler Staat noch ein globaler Herrscher. Vielmehr darf es einen globalen Staat mit einer Herrschaftsgewalt über alle Staaten nicht geben, da so etwas nicht möglich ist. Die Behauptung, dass so etwas existiere, wäre gleichbedeutend mit Kriegen und blutigen Auseinandersetzungen. Aus diesem Grund ist die Existenz eines globalen Staates oder einer globalen

Herrschaft nicht zulässig. Folglich darf es auch kein internationales Recht geben bzw. darf kein internationales Recht determiniert werden. Drei Gründe sind dafür ausschlaggebend. Erstens: Das Gesetz ist eine Angelegenheit der Herrschaft, und es gibt weder eine Herrschaft über die gesamten Staaten der Welt noch über die internationale Staatengemeinschaft. Daher kann es kein internationales Gesetz und kann es von Grund auf kein Völkerrecht geben. Zweitens: Das Gesetz ist stets zu vollstrecken. Hierzu ist aber eine Herrschaftsgewalt notwendig, die dieses Gesetz vollstreckt. Es ist jedoch nicht zulässig, dass eine globale Herrschaft existiert, deren Befehle mit Gewalt über alle Staaten durchgesetzt werden, da dies zu Kriegen und blutigen Auseinandersetzungen führen würde. Drittens: Das Gesetz regelt die Beziehungen. Die bilateralen Beziehungen zwischen den menschlichen Gemeinschaften entstehen aber auf freiwilliger Basis. So regeln zwei oder mehr Staaten ihre Beziehungen gemäß ihren Interessen und in gegenseitigem Einverständnis. Diese Beziehungen können nun anders aussehen als die Beziehungen anderer Staaten untereinander. Geregelt werden diese Beziehungen jedoch von Abkommen und nicht von einem Gesetz. Und die tatsächlich bestehenden Beziehungen zwischen Staaten werden ausschließlich von Abkommen geregelt. Folglich existiert kein internationales Gesetz, das die Beziehungen unter den gesamten Staaten regelt. Aus all dem geht hervor, dass es ein internationales Gesetz bzw. ein Völkerrecht nicht gibt.

Die Mehrheit der Menschen – selbst im Westen – erkennt die Existenz eines allgemeinen Völkerrechts nicht an und missbilligt es, die Staaten an irgendein Völkerrecht zu binden, d. h., sie zu dessen Ausführung zu zwingen. Seitdem die Idee von einem Völkerrecht aufkam, streiten sich die westlichen Rechtswissenschaftler über das Wesen der Völkerrechtsprinzipien. Viele hatten Zweifel an dessen verpflichtendem Charakter. So haben Kant und Hegel in Deutschland

sowie Hobbes, Austin und deren Anhänger in England die Existenz eines allgemeinen Völkerrechts geleugnet. Dieser Ansicht folgten viele der westlichen Rechtswissenschaftler. Sogar diejenigen, die von einem Völkerrechtsprinzip ausgehen, vertreten nicht die Ansicht, dass es das Völkerrecht als verbindliches Gesetz gibt. Sie behaupten vielmehr, dass es sich um eine moralische Grundlage handelt; ein Verstoß dagegen zieht jedoch keinerlei rechtliche Konsequenzen nach sich. Selbst bei jenen, die eine juristische Legitimität des Völkerrechts mithilfe von Kniffen zu erklären versuchen, weisen die Erklärungen auf die Nichtexistenz eines Völkerrechts hin. Vielmehr handelt es sich um eine internationale Konvention – nicht um ein Völkerrecht. Es finden sich deswegen nur wenige Denker – selbst im Westen –, die die Existenz eines allgemeinen Völkerrechts vertreten. Das, was nachweislich existiert, ist lediglich eine internationale Konvention und nichts weiter.

Konventionen unter den Menschengemeinschaften existieren. Dazu gehören allgemeine Konventionen, die seit der Frühzeit bis heute bei allen menschlichen Gemeinschaften vorhanden sind. Hierzu zählt z. B. die Gepflogenheit, keine Botschafter anderer Staaten zu töten, d. h. die so genannte Immunität der Botschafter. Es existieren aber auch spezifische Konventionen innerhalb bestimmter Gemeinschaften, wie die Konvention der Araber, niemandem den Besuch der Kaaba zu verwehren. Zweifelsohne existieren solche Konventionen. Sie stellen jedoch kein Gesetz dar. Es handelt sich vielmehr um Übereinkünfte, die aufgrund bestimmter, regelmäßig wiederkehrender Ereignisse von allen oder von bestimmten Gemeinschaften als Brauch akzeptiert wurden. Daher existiert also eine Völkerkonvention, wohingegen ein allgemeines Völkerrecht nicht vorhanden ist.

Bleibt noch die Frage der gewaltsamen Anwendung des Völkerrechts auf die Menschen zu erörtern. Diese Anwendung durch

Gewalt bzw. die erzwungene Umsetzung darf es nicht geben. Denn wenn diese von einer globalen Herrschaft ausgeht, d. h. von einem globalen Staat, so ist sie nicht möglich, weil es einen globalen Staat nicht gibt. Wenn sie von einer Staatengruppe aus zwei oder mehr Großmächten ausgeht, so gilt sie als Aggression und nicht als Vollstreckung eines Gesetzes. Denn wenn einer der Staaten, der die Ausführung übernommen hat, gegen das Gesetz verstößt, ist es für die übrigen Staaten unmöglich, das Gesetz auf diesen Staat anzuwenden, da dies Krieg bedeuten würde. Und wenn die beiden Staaten bzw. die Staatengruppe, die die Vollstreckung übernommen hat, das Gesetz selbst verletzt, wer würde dann das Gesetz gegen sie vollstrecken? Natürlich niemand. Folglich stellt die Gesetzesvollstreckung der mächtigen Staaten über die kleinen bzw. schwachen Staaten eine Aggression und keine Anwendung des Völkerrechts dar. Damit tritt klar zutage, dass das allgemeine Völkerrecht nicht auf alle Staaten Anwendung findet. Aus diesem Grund ist es nicht richtig, daran zu denken, das Völkerrecht mit Gewalt anzuwenden. Denn dies wäre nichts anderes als eine Aggression.

All dies macht deutlich, dass es ein internationales Recht nicht geben darf und dass es praktisch nicht einmal existieren kann. Was vorhanden ist, sind lediglich Vereinbarungen, die zwischen Staaten getroffen werden, sowie Konventionen bezüglich dieser Vereinbarungen und bezüglich der Kriegs- und Friedensbeziehungen, die unter den menschlichen Gemeinschaften geläufig sind. Wenn also die Schaffung einer internationalen Gemeinschaft unausweichlich ist, dann nur mit administrativen Regeln. Ihre Arbeit sollte sich auf die Untersuchung der internationalen Konventionen und ihre Verletzung beschränken sowie der Konventionen, die im Zusammenhang mit den internationalen Vereinbarungen stehen. Dazu zählen auch die Konventionen bei Abschluss, Durchführung und Auflösung der Verträge sowie bei ähnlichen Dingen. Dabei sollten nicht sämtliche

Völkerkonventionen herangezogen werden, sondern nur jene, die innerhalb der Staatengruppe entstanden sind, aus der sich die Völkergemeinschaft bildet. Diese Konventionen entstehen nicht durch Beschlüsse, die von Staaten getroffen werden. Dies wäre falsch und äußerst schädlich. Vielmehr entstehen sie - durch ihre Befolgung seitens der Staaten - über einen langen Zeitraum, bis sie sich schließlich als anerkannte Konventionen festigen. Dabei sind die Staaten aus freien Stücken zur Überzeugung gelangt, dass diese Konventionen einzuhalten sind. Was die Befolgung dieser Rechtsbräuche durch die Staaten anlangt, so geschieht dies durch die ständige Wiederholung der Norm, der Angelegenheit oder Konzeption, die als Konvention gilt. Denn die bloße Ausführung der Handlung durch die Menschen oder deren Einigung darauf macht noch keinen Rechtsbrauch aus. Vielmehr muss sich dies in Regelmäßigkeit wiederholen, um zu einer allgemeinen Konvention zu werden. Und genau diese allgemeine Konvention ist es, die von der Staatengemeinschaft untersucht werden soll, wenn sie sich mit internationalen Konfliktsituationen oder zwischenstaatlichen Differenzen auseinandersetzt. Die Völkerkonvention in ihrer wahren Bedeutung sollte also Objekt der Betrachtung sein, wenn man internationale Konflikte beilegen will. Es darf jedoch nicht daran gedacht werden, diese Völkerkonvention mit Gewalt auf die Staaten anzuwenden. Vielmehr hat dies durch die öffentliche Meinung und den moralischen Faktor zu geschehen. Denn die Mitgliedstaaten der Völkergemeinschaft haben sich erst dann dazu entschlossen, das betreffende Prinzip oder die betreffende Handlung als internationale Konvention anzuerkennen, nachdem sie sicher gegangen sind, dass es tatsächlich zu einer internationalen Konvention geworden ist. Somit wird auch die Überzeugung bei diesen Staaten vorhanden sein, dass die Konvention einzuhalten ist. Demzufolge besteht kein Bedarf zur gewaltsamen Durchsetzung. Darüber hinaus zwingt die Kraft der öffentlichen

Meinung den Staat, der gegen das Gewohnheitsrecht verstoßen hat, dazu, sich auf freiwilliger Basis und von selbst daran zu halten, und zwar mehr als durch äußeren, materiellen Zwang. Die Angst einer Menschengemeinschaft, dafür gescholten zu werden, dass sie einen Verstoß gegen das allgemeine Gewohnheitsrecht begangen hat, ist von noch größerer Effizienz als die Angst vor der Implementierung mit Gewalt. Deshalb sollte es der öffentlichen Meinung und dem moralischen Faktor überlassen werden, die Durchsetzung der Beschlüsse der Völkergemeinschaft zu übernehmen. Dies sollte die Methode ihrer Umsetzung sein.

Das der Welt zugefügte Leid durch die Großmächte resultiert nicht aus der Tatsache, dass es sich bei den Staaten um Großmächte handelt, sondern basiert auf dem Fakt, dass sich diese Staaten zu Blöcken zusammentun und sich untereinander auf die Aufteilung von Interessen und Vorteilen einigen. Diese Blockbildungen sind die Ursache des Unheils. Die Behebung dessen muss daher auf die *Blockbildung* der Großmächte fokussiert sein und nicht auf den Großmachtstatus eines Staates an sich. So wurde die *Heilige Allianz* als erste Blockbildung unter den Großmächten gegründet, um die Interessen und Vorteile unter diesen Staaten aufzuteilen. Sie kam zustande, um die Throne der alliierten Könige zu schützen und jede revolutionäre Bewegung gegen die Monarchen oder gegen die zwischen ihnen vereinbarten Maßnahmen zu unterdrücken. Dieser Block diente ebenfalls dem Zweck, in jedem Staat der Welt unter dem Vorwand einer Bedrohung für den Frieden oder für die Ordnung intervenieren zu können. Dieser Block wurde zu einem Fluch für die Welt und insbesondere für Europa. Es trifft zwar zu, dass es den europäischen Völkern gelungen ist, der Einflussnahme dieses Blockes einen Schlag zu versetzen und seine Kraft zu lähmen. So haben sie Revolutionen durchgeführt und seine Beschlüsse für nichtig erklärt. Doch die Idee der Blockbildung unter den Großmächten, um Interes-

sen und Vorteile aufzuteilen, beherrscht bis heute die Welt. Zwar hat Frankreich revoltiert, die Monarchie abgeschafft und die Republik ausgerufen. Auch Belgien rebellierte, spaltete sich von Holland ab und wurde unabhängig. Ebenso gelang es dem deutschen Volk, die Kleinstaaten, in die es aufgeteilt war, zu überwinden und eine deutsche Einheit zu bilden. All dies war gegen die Entente der fünf Monarchen gerichtet. Doch diese Großmächte selbst hielten nach der Veränderung ihrer Ordnung an der Idee einer internationalen Entente fest. Dieser Block war es, der zum Ersten und ebenso zum Zweiten Weltkrieg führte.

Es stimmt zwar, dass Amerika und die Sowjetunion (Russland) durch ihr gemeinsames Abkommen die beiden globalen Blöcke, den kommunistischen und den kapitalistischen Militärblock, abschafften und die Gefahr eines Dritten Weltkrieges nach dem Kennedy-Chruschtschow-Abkommen in Wien 1961 damit gebannt war. Umgesetzt haben sie dies jedoch durch einen neuen Block, der sich nun aus ihnen beiden zusammensetzte. Deshalb können sie nicht als jene gelten, die die Idee einer Blockbildung unter Großmächten überwunden hätten. Vielmehr haben sie die Blöcke zugunsten ihrer eigenen Interessen zu einem neuen gemeinsamen Block umgewandelt und damit eine neue Gefahr geschaffen, nämlich die Aufteilung der Welt unter zwei Großmächten. Dies wiederum schadete der weltpolitischen Lage. Auf diese Weise haben sie, anstatt das Problem der internationalen Blockbildung zu lösen, es verkompliziert und einen sehr festen Zusammenschluss geschaffen. Die Möglichkeit für die kleineren Staaten, die Differenzen der beiden Supermächte zur Unterstützung der eigenen Angelegenheiten auszunutzen, rückte damit in weite Ferne. Das Bündnis beider Supermächte verursachte so eine noch größere Gefahr für die Weltpolitik.

Demzufolge stellt ein Block, wo auch immer er zustande kommt, eine Gefahr für den Frieden dar und darüber hinaus eine

Gefahr für die übrigen Staaten – für Groß- ebenso wie für Kleinmächte. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine Allianz im klassischen Sinne handelt, bei der die Staaten ihre Beute (zu gleichen Teilen) aufteilen, oder um Allianzen in der gegenwärtigen Form. Das heißt, die Weltführungsmacht (gegenwärtig die USA) stellt die übrigen Partnerstaaten in ihren Dienst, um in erster Linie eigene Interessen zu verwirklichen, sich der gesamten bzw. des Großteils der Beute zu bemächtigen und den übrigen Blockpartnern lediglich einen winzigen Rest zu überlassen. So ist es der internationalen Koalition im Zweiten Golfkrieg ergangen, als Kuwait zu Beginn der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts vom Irak besetzt wurde und die USA anschließend eine brutale Aggression gegen den Irak führten, wobei sie eine „Allianz“ aus fast dreißig Staaten bildeten. Ebenso geschah es im Falle des amerikanischen Überfalls auf den Irak Anfang 2003, als die USA fast dreißig Staaten unter verschiedenen Koalitionsbezeichnungen mit in den Irak einmarschieren ließen.

Alle Blöcke, welcher Art auch immer, sorgen für schlimmes Übel auf der internationalen Bühne. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, eine rasche Lösung für die Idee internationaler Blockbildungen zu finden, gleichgültig ob die beteiligten Staaten Großmächte sind oder aber sowohl Groß- als auch Kleinmächte.

Die Lösung dieses Problems kann sich unserer Auffassung nach nur durch eine grundlegende Veränderung der Konzeption an sich ergeben. Denn das Verhalten des Menschen im Leben wird durch seine Konzeptionen über das Leben bestimmt. Daher ist es nötig, die Konzeption zuallererst bei jenen Völkern zu verändern, aus denen die Großmächte bestehen und die die Idee internationaler Allianzen tragen. Danach kann man dazu übergehen, die internationalen Blöcke gänzlich zu beseitigen. Erfährt diese Konzeption keine Veränderung, wird das von den Großmächten verursachte Unheil auf der Welt weiter bestehen und womöglich zunehmen. Die Methode zur Änderung

dieser Konzeption liegt darin, eine internationale öffentliche Meinung gegen Blockbildungen herzustellen. So sähe der erfolgreiche Lösungsweg aus. Beleg dafür ist die Tatsache, dass im 19. Jahrhundert die Idee der Kolonialisierung schwacher Völker bei sämtlichen Staaten Europas – sowohl bei den Groß- als auch den Kleinmächten – ein Gefühl von Stolz und Ehre erzeugte. Wie besessen wetteiferten sie um die Kolonialisierung der Völker und Nationen. Hierbei gab es weder einen Unterschied zwischen Großbritannien und Holland noch zwischen Deutschland und Belgien oder zwischen Frankreich und Spanien. Alle Staaten Europas brachen auf, um Völker zu kolonialisieren. Nachdem in Russland nach dem Ersten Weltkrieg der kommunistische Staat entstand, eignete er sich die Idee der Bekämpfung des Kolonialismus an. Er attackierte den Kolonialismus in scharfer und gnadenloser Weise. Die Völker der Welt wiegelte er zum Widerstand gegen den Kolonialismus auf und stachelte sie gegen die Kolonialherren an. Kaum hatte der Zweite Weltkrieg begonnen, war weltweit eine überwältigende öffentliche Meinung gegen den Kolonialismus hergestellt worden. Aus diesem Grund wurden Artikel in die Charta der Vereinten Nationen aufgenommen, die mit der Beendigung des Kolonialismus in der Welt verbunden sind. Die Befreiungsidee fand nun weite Verbreitung und die Kolonialstaaten mussten sich nach und nach vom Kolonialismus distanzieren. Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit waren sie gezwungen, die kolonialiserten Völker in die Freiheit und Unabhängigkeit zu entlassen, auch wenn einige Staaten dies als Mittel nutzten, die Form des Kolonialismus zu verändern. Wie dem auch sei, schaffte es die öffentliche Meinung, die Sichtweise auf die Idee des Kolonialismus zu verändern. Analog dazu verhält es sich mit den Großmächten oder, präziser ausgedrückt, mit der Idee der Blockbildung unter den Großmächten. Daher liegt es an den Völkern, die wegen der Großmachtblöcke Unglück und Unheil erlitten und erleiden, sich auf

ernsthafte Weise um die massive Bekämpfung dieser Idee zu bemühen, und zwar so lange, bis sie vollkommen ausgemerzt ist. Doch für die endgültige Beseitigung dieser Idee bedarf es eines starken Staates, der sich diesen Gedanken aneignet. Solange aber die derzeitigen Großmächte diese Idee aus den verschiedensten Blickwinkeln heraus unterstützen, um ihre Interessen zu bedienen, bleibt es für die Völker, welche unter der Blockbildungsidee zu leiden haben, schwierig, sie zu beseitigen – es sei denn, ihnen gelingt die Errichtung eines starken Staates, der sich den Gedanken der Beseitigung aneignet. Vielleicht stellt die Gründung des islamischen Staates die einzige Hoffnung für die unterdrückten Völker dar, diese Idee loszuwerden.

Bleibt noch die Frage des Kolonialismus bzw. der Ausbeutung der Reichtümer der Völker und deren Erniedrigung zu erörtern. Zwar hat die Welt bereits einen gehörigen Weg in der Bekämpfung dieser Idee zurückgelegt, gleichwohl führt sie weiterhin zu den gefährlichsten Machenschaften, unter denen die schwachen Völker zu leiden haben und die sowohl die regionale als auch die globale Stabilität bedrohen. Die jahrelange Krise im Kongo, der noch immer ein kolonialisiertes Gebiet darstellt, und die Nahostkrise sind lebendige Beispiele der Gefahr des Kolonialismus für die Stabilität. Deswegen zählt es zu den größten Notwendigkeiten, das Problem des Kolonialismus zu behandeln.

Der Kolonialismus ist ein untrennbarer Bestandteil der kapitalistischen Ideologie, mehr noch, er stellt die Umsetzungsmethode ihrer Idee dar. Deswegen gibt es keinen anderen grundlegenden Lösungsweg als die Bekämpfung der kapitalistischen Ideologie an sich und ihre vollständige Beseitigung. Aufgrund dessen müssen alle Anstrengungen aufgewendet werden, die kapitalistische Ideologie auszumerzen und zu zerstören. Der Kommunismus hat zwar seinerseits bereits eine Etappe bei der Überwindung des Kolonialismus und der Bekämpfung der kapitalistischen Ideologie zurückgelegt, doch ge-

schah dies mit einer falschen Idee und in Form eines holprigen Widerstandes. Der Kommunismus ist mit der Idee des dialektischen Materialismus gegen das säkulare (kapitalistische) Überzeugungsfundament vorgegangen. Die Idee des dialektischen Materialismus ist aber falsch und widerspricht der menschlichen Natur. Deswegen stieß sie auf keine Akzeptanz in den kapitalistischen Gesellschaften. Abgesehen davon hinterließ sie bei denjenigen, die sie angenommen hatten, keinen Einfluss auf ihr Verhalten im Leben. Wer nämlich an die Entwicklung der Materie glaubt, den hindert nichts daran, Religion von Staat zu trennen. Denn von der säkularen Idee können sowohl diejenigen überzeugt sein, die die Existenz Gottes anerkennen, als auch jene, die Dessen Existenz leugnen. Schließlich bedeutet diese Idee weder Atheismus noch Glaube. Sie besagt lediglich, dass die Religion in Angelegenheiten des Staates nichts zu entscheiden hat. Dies hat keinen Einfluss auf das Verhalten eines von der Entwicklung der Materie überzeugten Menschen. Daher konnte das kommunistische Überzeugungsfundament die kapitalistischen Gesellschaften weder beeinflussen noch eine Veränderung in ihnen herbeiführen. Was den Kampf des Kommunismus gegen den Kapitalismus betrifft, so begann er mit den Ideen Karl Marx' und der nachfolgenden kommunistischen Philosophen. Überzeugt wurden sowohl einzelne Individuen als auch Gemeinschaften. Die Ideen vermochten es jedoch nicht, aus ihrem bloßen Studium und ihrer Betrachtung ganze Völker zu überzeugen. Darüber hinaus war die Methode zu ihrer Verkörperung in einer Struktur, d. h. in einem kommunistischen Staat, falsch und utopisch. Sie ist deswegen falsch, weil sie die Gründung des Staates als Weg vorschreibt, um diesen endgültig abzuschaffen. Und sie ist utopisch, weil sie eine globale Revolution bezweckt, angefangen bei den industriell fortgeschrittenen Völkern, bis sie schließlich die gesamte Welt umspannt. Lenin war daher gezwungen, unter dem Vorwand der Interpretation von dieser Methode abzu-

weichen. So gründete er den kommunistischen Staat in Russland, das im Verhältnis zu Europa industriell rückständig war. Auch gründete er ihn allein in Russland. Nach einem Drittel Jahrhundert koalitierten schließlich die Nachfolger Lenins mit dem größten kolonialistischen Staat: den Vereinigten Staaten von Amerika. Mit anderen Worten schlossen sie ein Bündnis mit dem Kolonialismus. Das Resultat dessen war der endgültige Zusammenbruch des Kommunismus und das völlige Verschwinden seines Hauptstaates. Somit scheiterte der Kommunismus in der Realisierung seiner Ziele. Daher ist es notwendig, nach einer anderen Lösung zu forschen, um den Kapitalismus zu bekämpfen und dem Kolonialismus ein Ende zu bereiten. Und dazu ist nur der Islam in der Lage. Er stellt die einzige Lösung zur Beseitigung des Kolonialismus und der Vernichtung des Kapitalismus dar. Seine Lösung beruht darauf, die umfassende Idee über Mensch, Leben und Universum global zur Diskussion zu stellen und sie in eine Charta der internationalen Gemeinschaft einzubringen, die auf der Basis beruht, das Völkergewohnheitsrecht freiwillig und ohne Zwang zur Anwendung zu bringen. Ein solcher weltweit geführter Disput über die umfassende Idee über Mensch, Leben und Universum kann die Konzeptionen verändern, die falschen Verständnisse eliminieren und die Völkerkonventionen korrigieren. So stellt der Kolonialismus eine bestimmte Lebensanschauung dar. Solange diese nicht verändert wird, kann der Kolonialismus nicht beseitigt werden. Zwar stimmt es, dass die weltweite Öffentlichkeit, die sich gegen den Kolonialismus entwickelte, ihre Wirkung zeigte, doch konnte sie ihn nicht beenden und seine Präsenz auch nicht schwächen. Alles, was passierte, war die Veränderung seiner Methode. Die Länder, die in Afrika, Asien und Lateinamerika kolonialisiert wurden, sind es noch immer, auch wenn sie die Gestalt unabhängiger Staaten erhielten. Erst durch Revolutionen und durch lokale und internationale Kriege werden diese kolonialisierten Gebiete ihre Freiheit erlangen können.

Doch solange die Großmächte auf der Welt den Kolonialismus als Idee verinnerlichen und ihre gesamten Kapazitäten dafür aufwenden, wird es keinen Weg geben, den Kolonialismus aus der Welt zu schaffen, als dessen Idee als Lebensanschauung aus den Köpfen ihrer Träger zu eliminieren. Es ist zwar richtig, den Kolonialismus materiell zu bekämpfen, die gegen ihn gebildete öffentliche Meinung aufrechtzuerhalten und die Bemühungen dafür zu intensivieren. Doch ist dies nicht die Erfolg versprechende Lösung. Vielmehr besteht die wirksame Lösung darin, den Islam als umfassende Idee über Mensch, Leben und Universum auf der globalen Bühne zur Debatte zu stellen und unter allen Völkern und Nationen zu thematisieren. Diese Idee soll international Gegenstand der Erörterung und des Disputs unter allen Staaten und insbesondere in der Völkergemeinschaft werden. Dies ist die einzig erfolgreiche Lösung für den Kolonialismus. Praktisch kann das aber nur durch die Existenz eines auf internationaler Bühne starken islamischen Staates erfolgen.

Dies sind die drei Sachverhalte, unter denen die Welt zu leiden hat und die sie daran hindern, den Pfad des Glücks zu beschreiten. Es wurde zudem die Art und Weise dargelegt, wie diese drei Leiden zu heilen sind. Die Heilung davon bedeutet jedoch nicht, dass Kriege abgewendet oder Krisen und Unruhen verhindert werden. Es bedeutet auch nicht, dass keine internationalen Fallen mehr gestellt werden oder alle politischen Manöver und üblen Machenschaften ein Ende finden. Vielmehr bedeutet es das Ende eines bösen, kollektiven Alptraums, der schwer loszuwerden ist. Hingegen stellen Auseinandersetzungen unter Staaten etwas Natürliches dar. Auch das Zurückgreifen auf Kriege, List und Manöver ist für Staaten etwas Normales. Allerdings handelt es sich hierbei um Einzelaktionen bzw. um eingeschränkte Handlungen, die nicht die gesamte Welt in einen Krieg hineinzerren, wie im Falle der beiden vergangenen Weltkriege. Das Denken der Staaten wird sich dann nicht auf das Ausbeuten der

Völker konzentrieren, wie es derzeit der Fall ist. Was übrig bleibt, ist das, was der menschlichen Natur zueigen ist, wie Recht- und Irreleitung, Gut und Böse, Schönes und Unschönes. Es wird also sowohl das eine als auch das andere geben und nicht nur das Negative wie im jetzigen Zustand, seitdem die Idee der Blockbildung zwischen den Großmächten, die Idee der internationalen Staatenfamilie und des Kolonialismus existieren. Diesem Übel, das die Welt seit mehreren Jahrhunderten beherrscht, muss endgültig ein Riegel vorgeschoben werden. Es ist auch nötig, dass ein Staat errichtet wird, der dazu in der Lage ist. Dieser Staat ist das islamische Kalifat.

Wie die Weltpolitik beeinflusst werden kann

Man mag sich fragen, wie einzelne Individuen die globale Politik beeinflussen können. Ja wie kann es selbst Parteien möglich sein, Einfluss auf die Ausrichtung der Staaten auszuüben, insbesondere da diese Ausrichtung tief verwurzelt ist und seit Jahrhunderten besteht? Die Antwort darauf lautet, dass sowohl die Individuen als auch die Parteien nicht aus Gründen des intellektuellen Genusses und der geistigen Selbstverwöhnung politische Handlungen mitverfolgen dürfen und die internationale Politik zu verstehen suchen. Auch sollte dies nicht der eigenen Weiterbildung und der Kenntniserweiterung dienen, sondern verfolgt werden, um die Belange der Welt wahrzunehmen und über die Methode nachzudenken, mit der man die Welt beeinflussen kann. Mit anderen Worten dient die Verfolgung der politischen Ereignisse dem Zweck, ein politischer Mensch zu sein. Der politische Mensch sollte sich von der Absicht fernhalten, den intellektuellen Genuss zu suchen, selbst wenn er zu den größten Intellektuellen gehört. In gleicher Weise sollte ihm die geistige Selbstverwöhnung fern liegen, auch wenn er zu den tiefgründigsten Denkern zählt. Er sollte allein deswegen die Politik mitverfolgen und die weltpolitische Lage, die internationale Situation und die Weltpolitik verstehen, weil er ein Politiker ist, nicht weil er ein Intellektueller oder Denker ist. Die Tatsache, ein Politiker zu sein, bedeutet, darauf hinzuarbeiten, die Angelegenheiten der Welt wahrzunehmen, d. h., die internationale Politik zu beeinflussen. Dies zum einen. Zum anderen begnügt er sich nicht mit der Vorstellung, ein einzelnes Individuum zu sein, sondern wird in seiner Eigenschaft tätig, Teil einer Gemeinschaft zu sein, eingebettet in einer Struktur, d. h. in einem Staat. Auch wenn er nicht zu jenen gehört, die die Politik des Staates bestimmen oder umsetzen, so ist er doch

jemand, der danach strebt, sie zu bestimmen oder umzusetzen bzw. diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die dies tun. Somit hat er international Einfluss genommen, selbst wenn er ein Individuum ohne Entscheidungs- und Vollzugsbefugnisse bleibt. Treffen diese Voraussetzungen zu, dann nimmt er Einfluss. Denn der Staat, in dessen Struktur er lebt, übt durch Leute wie ihn Einfluss aus, bzw. er und seinesgleichen arbeiten dafür, dass der Staat die internationale Politik und die weltpolitische Lage beeinflusst. Dies ist es, was mit den Früchten der politischen Konzeptionen gemeint ist, nämlich dafür zu sorgen, dass der Staat die internationale Politik und die weltpolitische Lage beeinflusst. Das wird dadurch erzielt, dass politisch bewusste Individuen hervorgebracht werden, die die politischen Handlungen in der Welt begreifen, insbesondere jene, die von den Großmächten ausgehen. So besteht also der erste Schritt bei der Beeinflussung der internationalen Politik und der weltpolitischen Lage in der Herauskristallisierung der politischen Konzeptionen. Die Individuen dazu zu bringen, die politischen Handlungen zu verfolgen und die internationale Politik zu begreifen, d. h. die Hervorbringung von Politikern der Weltpolitik, stellt dabei den „ersten Ziegelstein“ dar. Daraus folgt in natürlicher Weise der Einfluss des Staates auf die internationale Politik und die weltpolitische Lage. Somit wird deutlich, wie groß die Notwendigkeit nach politischen Konzeptionen ist und wie wertvoll sie sind. Allerdings muss man wissen, dass der Staat nur durch die Beziehungen zu anderen Staaten eine internationale Präsenz erlangt. Ein Individuum in der Gesellschaft hat schließlich auch nur dann eine Präsenz in der Gesellschaft, wenn es Beziehungen zu anderen Individuen unterhält. Seine Position in der Gesellschaft und unter den Menschen manifestiert sich gemäß diesen Beziehungen und gemäß seinem Einfluss auf die Beziehungen unter den Menschen. Ebenso verhält es sich mit dem Staat. Dessen Präsenz manifestiert sich in seinen Beziehungen zu anderen Staaten. Sein

Rang steigt und sinkt entsprechend seinen Beziehungen zu diesen Staaten und entsprechend seinem internationalen Einfluss. Der islamische Staat ist ein ideologischer Staat. Seine eigentliche Tätigkeit, d. h. seine Aufgabe, besteht im Weitertragen der islamischen Botschaft in die Welt. Und so ist es unabdingbar, ja ein Teil seiner Struktur, dass er eine internationale Position besitzt und die internationalen Beziehungen beeinflusst. Deshalb ist es unabdingbar, dass die politischen Konzeptionen bei den Politikern Konzeptionen der internationalen und nicht der lokalen oder regionalen Politik sind. Mit anderen Worten ist es für die Politiker in ihrer islamischen Eigenschaft unvermeidlich, dass sie die politische Konzeption in internationaler und nicht einfach in lokaler oder regionaler Hinsicht tragen. Und so ist es für sie aus der Tatsache heraus, dass der Staat ein islamischer Staat ist, unausweichlich, sich das vollständige politische Bewusstsein anzueignen. Denn ihr Islam und die Tatsache, dass ihr Staat islamisch ist, dessen eigentliche Aufgabe darin besteht, die islamische Botschaft in die Welt zu tragen, gebieten ihnen, ein politisches Bewusstsein zu besitzen, das zudem vollständig sein muss.

Das politische Bewusstsein

Das politische Bewusstsein meint weder das Bewusstsein über die politischen Zustände noch über die weltpolitische Lage, die politischen Geschehnisse oder die Mitverfolgung internationaler Politik oder politischer Handlungen, auch wenn dies für seine Vollkommenheit notwendig ist. Vielmehr bedeutet das politische Bewusstsein die tiefe Betrachtung der Welt von einem bestimmten Blickwinkel aus. Was uns betrifft, so ist es der Blickwinkel des islamischen Überzeugungsfundaments (*‘Aqīda*), d. h. der Blickwinkel von **„*La ilaha illallah, Muhammadun rasulullah*“¹¹: „Ich wurde beauftragt, die Menschen so lange zu bekämpfen, bis sie sagen: *La ilaha illallah Muhammadun rasulullah*.‘ Wenn sie dies ausgesprochen haben, ist ihr Blut und ihr Vermögen - außer im Rechtsanspruch - vor mir gewahrt.“** So sieht das politische Bewusstsein aus. Die Welt aus einer unbestimmten Perspektive zu betrachten, ist oberflächlich und gibt kein politisches Bewusstsein wider. Ferner ist der Blick auf die lokale oder regionale Ebene bedeutungslos und gilt ebenso wenig als politisches Bewusstsein. Ein politisches Bewusstsein stellt sich nur dann ein, wenn zwei Elemente erfüllt sind: Die Betrachtung muss die Welt im Ganzen einschließen, und sie muss von einem besonderen, spezifischen Blickwinkel aus erfolgen, welcher Blickwinkel es auch sein mag. Dies kann eine bestimmte Ideologie, eine bestimmte Idee, ein bestimmtes Interesse oder auch etwas anderes sein. Das sei hinsichtlich der Realität des politischen Bewusstseins – wie es ist – gesagt. Selbstverständlich gilt auch für den Muslim ein bestimmter Blickwinkel, nämlich jener der islamischen *‘Aqīda*. Dies ist das politische Bewusstsein, das aufgrund seiner Realität dem politischen

¹¹ *Es gibt keinen Gott außer Allah und Muhammad ist der Gesandte Allahs*

Menschen natürlicherweise auferlegt, stets darum zu ringen, eine bestimmte Lebenskonzeption bei den Menschen zu formen, und zwar allerorts und in ihrer Eigenschaft als Menschen. Die Herausbildung dieser Konzeption stellt die höchste Verantwortung dar, die dem politisch bewussten Menschen auferlegt wird. Er wird keine Ruhe finden, bis er jede Anstrengung unternommen hat, um diese Verantwortung zu tragen und zu erfüllen.

Der politisch bewusste Mensch muss notwendigerweise den Kampf gegen alle Strömungen aufnehmen, die seiner eigenen widersprechen, und gegen sämtliche Konzeptionen, die seinen Konzeptionen entgegenstehen, während er gleichzeitig um die feste Verankerung seiner eigenen Konzeptionen und die Verwurzelung seiner eigenen Zielrichtung ringt. Sein Weg verläuft also im selben Moment zweispurig, bei dem die eine Spur nicht um eine Handbreit von der anderen zu trennen ist. Denn beide stellen ein Ganzes dar. So reißt er nieder und baut gleichzeitig auf, zerstört und errichtet, beseitigt die Finsternis und entzündet das Licht. Er ist, wie man sagt, „*das Feuer, das die Verdorbenheit niederbrennt, und das Licht, das den Weg der Rechtleitung erleuchtet*“. So, wie er sich der Festigung der Konzeptionen und der Verankerung der Zielrichtungen hingibt, die Ideen den Geschehnissen zuordnet und sich von Abstraktion und Logik fernhält, genauso begibt er sich in den Kampf gegen Strömungen, die der seinigen widersprechen, gegen Angriffe auf seine Lebenskonzeption, gegen die Tiefenkonzeptionen, die aus Epochen des Niedergangs stammen, gegen die irreführenden Einflüsse, die die Feinde über Ideen und Dinge aussprühen, und gegen das Abkürzen der erhabenen und weitreichenden Ziele auf kurzfristige Teilzwecke. Er kämpft an zwei Fronten gleichzeitig: an der inneren und der äußeren Front. Ebenso verläuft sein Kampf in zwei Richtungen, in Richtung des Niederreißen und des Aufbaus. Er ist auf zwei Ebenen tätig: der politischen und der intellektuellen Ebene. Kurz gesagt, begibt er sich

auf das höchste und erhabenste Feld der Kampfstätte des Lebens. Deswegen ist es unvermeidlich, dass die Menschen, die sich der politischen Angelegenheiten bewusst sind, auf Schwierigkeiten stoßen, sich an der Realität reiben und mit den Menschen und den Problemen des Lebens aneinander geraten. Dabei besteht kein Unterschied zwischen der inneren regionalen und der internationalen globalen Ebene. Bei diesem Zusammenprall sticht die Fähigkeit hervor, die von ihm getragene Botschaft und den bestimmten Blickwinkel, von dem aus er die Welt gemäß der ihm eigenen Konzeption betrachtet, zur Grundlage, zum Schiedsrichter, zum angestrebten Ziel und zum Zweck zu machen, um dessen Realisierung er sich bemüht. Doch angesichts der Tatsache, dass er sich an einen bestimmten Blickwinkel hält, einen bestimmten Geschmack besitzt und eine bestimmte – natürlich oder ideologisch bedingte – Neigung hat, ist zu befürchten, dass er – unbewusst - die realen Gegebenheiten mit dem von ihm bevorzugten Anstrich färbt, die Ideen auf die von ihm gewünschte Art interpretiert und die Nachrichten gemäß dem von ihm angestrebten Resultat versteht. Daher muss er sich davor hüten, dass seine Neigungen die Ansichten und Nachrichten beherrschen. Der eigene Wunsch, etwas für das eigene Ich, für die Partei oder die Ideologie zu erlangen, bringt ihn möglicherweise dazu, eine unwahre Meinung als wahr zu interpretieren bzw. sich eine wahre Ansicht als Lüge einzubilden. Es ist daher für den politisch bewussten Menschen unabdingbar, sich der Worte, die gesprochen werden, und der Tätigkeiten, die vollzogen werden, gewahr zu sein. Was die realen Fakten betrifft, seien es Dinge oder Ereignisse, so muss er sie mit seinen Sinnen wahrnehmen und sie auf logische Weise empfinden, jedoch so, wie sie sind, und *nicht*, wie er sie gern hätte. Was die Ideen anbelangt, so müssen sie entsprechend ihrer Realität verstanden werden. Er muss sich geistig nach außen begeben, außerhalb seines Verstandes. Mit seiner geistigen Wahrnehmungskraft muss er dann den

realen Fakt betrachten, der die Idee widerspiegelt. Er muss die Idee gemäß seiner Sicht auf den Fakt, der auf die Idee hinweist, verstehen, und zwar so, wie sich der Fakt darstellt, nicht wie es seinem Willen oder seiner Neigung entspricht. Es ist zwar richtig, dass ein Ausdruck allegorisch gemeint sein kann. Es kann sich auch um eine übertragene Bedeutung oder eine Metonymie handeln. Auch kann sich die Bedeutung eines Satzes aus seiner Gesamtaussage und nicht aus seinen Einzelausdrücken ergeben. Dies darf ihn aber nicht daran hindern, sich geistig nach außen zu begeben, um die Realität dessen zu erkennen, auf was die Aussage hinweist, und zwar nach den Regeln der Sprache und der Bedeutung, die von den Sprachgelehrten diesbezüglich dargelegt wurde.

Der politisch bewusste Mensch muss also der Wahrheit folgen, jedoch gemäß seiner Weltanschauung, die er über den Weg der Erkenntnis und der absoluten Gewissheit erlangt hat. Er muss die realen Gegebenheiten so sehen, wie sie sind, jedoch gemäß seiner sinnlichen und intellektuellen Wahrnehmung. Dadurch vervollständigt er sein Bewusstsein, weil ihm die Mittel der tiefen Betrachtung zur Verfügung stehen. Allerdings muss das Fundament jeder Sache, sei es das Betrachten, das Wahrnehmen, das Empfinden oder das Verstehen, stets die Betrachtung der Welt von einem bestimmten Blickwinkel aus bleiben.

Hierbei kann sich folgende Frage ergeben: Wie kann die erforderliche Unvoreingenommenheit, die den politisch bewussten Menschen auszeichnen muss, im Hinblick auf das Festhalten an der Wahrheit und die Sicht der Fakten, wie sie sind, mit der notwendigen Betrachtung der Welt von einem spezifischen Blickwinkel aus vereinbart werden? Diese Frage stellt sich allerdings nur bei einer oberflächlichen Betrachtung der Dinge. Wenn man sich weiter in die Untersuchung vertieft, ergibt sich eine solche Frage nicht. Es existiert nämlich ein wesentlicher Unterschied zwischen der *Realität*

einer Sache und ihrer *Beurteilung*. Was die Realität der Dinge betrifft, bestehen zwischen den Menschen keine Differenzen. Geht es um die visuelle Betrachtung, so kann jeder, der über Augenlicht verfügt, die Sache optisch so sehen, wie sie ist, es sei denn, derjenige ist einer optischen Täuschung verfallen. Hängt etwas mit der sinnlichen Empfindung zusammen, so kann jeder, der über sinnliche Empfindungsfähigkeit verfügt, die Sache wahrnehmen. Dies kann über den Geschmackssinn erfolgen, wie das Erschmecken von bitter und süß, über den Tastsinn, wie das Ertasten von weich und rau, oder über das Hören von Stimmen bzw. das Riechen von Düften. Die Menschen nehmen also die Dinge wahr, wie sie sind, wie unterschiedlich sie auch sein mögen. Worüber sich die Menschen allerdings uneins sind, ist die *Beurteilung* der Dinge und Handlungen. Die Betrachtung der Welt von einem bestimmten Blickwinkel aus hängt nämlich mit der Beurteilung der Dinge und Handlungen zusammen. Hingegen ist die Betrachtung der Gegebenheiten, wie sie sind, mit Empfindung und Wahrnehmung verbunden. So ist es notwendig, die Gegebenheiten, wie sie sind, zu sehen und bei der Wahrheit zu bleiben, gleichzeitig aber die Welt, die Ereignisse und Dinge aus einem spezifischen Blickwinkel heraus zu betrachten (und zu beurteilen).

Wie lässt sich das nun auf die globale Politik anwenden? Die Darlegung einiger Beispiele zeigt, wie die Betrachtung der politischen Ereignisse aus einem bestimmten Blickwinkel heraus erfolgt. Dazu werden wir einige Beispiele aus der Politik des Propheten (s), der Politik des Mittelalters und der Politik in der heutigen Zeit anführen. Der spezifische Blickwinkel, von dem aus der Gesandte Allahs (s) die Welt betrachtete, war das Verbreiten der islamischen Botschaft (*Da'wa*). Da der Stamm der Quraisch die damalige Großmacht auf der Arabischen Halbinsel war und das Haupt des Unglaubens verkörperte, das der *Da'wa* im Wege stand, richtete er sein Augen-

merk darauf, die politischen und kriegerischen Handlungen auf den Stamm der Quraisch zu beschränken. So entsandte er Leute zu ihrer Ausspähung, attackierte ihren Handel, focht mit ihnen Schlachten und Kriege aus und begnügte sich damit, dass die übrigen Staaten - d. h. die Stämme - reine Zuschauer blieben bzw. „die Neutralität wahrten“, wie man es heute zu sagen pflegt. Seine politischen und militärischen Aktionen ergaben sich also aus der Betrachtung der Welt aus einem bestimmten Blickwinkel heraus. Als der Gesandte erfuhr, dass Khaibar mit Quraisch einen Pakt aushandelte, um Medina anzugreifen, Muhammad zu vernichten und den Islam auszulöschen, setzte er den Blickwinkel dahingehend fest, mit den Quraischiten einen Waffenstillstand bzw. einen Friedensvertrag auszuhandeln, um den Rücken für die Vernichtung Khaibars freizuhaben. Aus diesem speziellen Blickwinkel heraus machte er die Friedenspolitik zur Basis seiner bevorstehenden Handlungen, da sie der Verwirklichung seines Zieles diene. Alle seine vorgenommenen Handlungen in dieser Zeit – sein Aufbruch zur *Umra*, das Akzeptieren der anfänglichen Ablehnung durch die Quraischiten, sein Nachgeben gegenüber ihrer Verbohrtheit, sein Widerspruch zu seinen Gefährten und anderes – erfolgten gemäß dieser Friedenspolitik. Seine Sicht auf die politischen Handlungen, die seinen Feind, auf den er sich konzentrierte, betrafen, ergab sich folglich aus einem spezifischen Blickwinkel heraus. Diese Sicht passte sich den Erfordernissen des speziellen Blickwinkels an.

Dies waren zwei Beispiele aus den Handlungen des Gesandten Allahs (s.). Einmal handelte es sich um eine allgemeine Handlung, nämlich das Fokussieren auf die Großmacht, den Kopf seiner Feinde, und zwar auf der Grundlage eines bestimmten Blickwinkels. Das andere Mal ging es um eine spezielle Handlung, bei welcher der Fokus auf einem bestimmten Ziel lag. Dieses Ziel war nun der spezifische Blickwinkel, von dem aus der Prophet (s) die politischen und militä-

rischen Aktionen betrachtete. Aus diesen Beispielen wird deutlich, wie die Betrachtung der politischen Ereignisse aus einem bestimmten Blickwinkel heraus die Aktionen und Handlungsweisen lenkt. Es wird auch ersichtlich, dass die Handlungen keine Bedeutung hätten, würden sie nicht aus einem bestimmten Blickwinkel heraus erfolgen.

Nach der Berliner Konferenz haben alle Großmächte die Plünderung der Besitztümer des islamischen Staates, d. h. des osmanischen Staates, als speziellen Blickwinkel für sich festgelegt. Es ging nicht um die Zerstörung des osmanischen Staates, obwohl beide Sachverhalte diskutiert wurden und man sich auch auf den zweiten einigte. Dieser, d. h. die Zerstörung des Staates, wurde jedoch nicht zum spezifischen Blickwinkel für ihre politischen Handlungen erhoben. Ihre gesamten Handlungen wurden deshalb ihrem eigentlichen spezifischen Blickwinkel angepasst, nämlich der Plünderung der Besitztümer, und sie traten untereinander in eine politische Auseinandersetzung ein, die mehr als ein Jahrhundert andauerte. Auch wenn diese Auseinandersetzung mit dem Verschwinden des islamischen Staates endete, war dies dennoch nicht der spezifische Blickwinkel, von dem aus die westlichen Staaten die politischen Ereignisse und Handlungen betrachtet haben. Vielmehr war die Plünderung des osmanischen Staates ihr eigentlicher Blickwinkel, der ihre Politik und ihre Sicht auf die politischen Handlungen bestimmt hat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA der Auffassung, die Welt sei eine Aktiengesellschaft, von der sie die meisten Aktien besäßen, weshalb die Leitung ihnen obliegen müsse. Diese Auffassung erhoben sie zum spezifischen Blickwinkel, von dem aus sie die Welt betrachteten. Ihre Handlungen wurden nun diesem Blickwinkel angepasst. Sie begannen nunmehr, die politischen Handlungen, die in der Welt vollzogen wurden, von diesem Blickwinkel aus zu betrachten. Dieser Blickwinkel veranlasste sie dazu, eine Einigung, ja sogar ein Bündnis mit der Sowjetunion abzuschließen und sich den Briten

und Franzosen zu verleugnen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion änderte sich ihre Sicht. Von nun an verleugneten sie sich nicht nur den Briten und Franzosen, sondern allen Staaten der Welt. Sie gingen sogar so weit, die internationalen Abkommen nicht anzuerkennen, auf die sich die Staaten der Welt geeinigt haben. So zogen sie sich aus dem Kyoto-Abkommen zurück und lehnten den Beitritt zum Abkommen über die Ächtung der Landminen ab. Ebenso wurde die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs und weitere Abkommen von den USA abgelehnt. Der spezifische Blickwinkel, von dem aus sie die Welt betrachteten, basierte nun auf der Grundlage, keine gleichgestellten Partner mehr zu haben, mit denen sie sich auf Augenhöhe verbünden könnten. Und so neigten sie sich dem Alleingang zu und begannen, die anderen Großmächte auf eine hegemoniale und dominante Weise zu behandeln.

Dies ist die Methode, mit welcher die Betrachtung der in der Welt stattfindenden politischen Handlungen von einem bestimmten Blickwinkel aus erfolgt. Dieser Blickwinkel kann sowohl allgemeiner Art sein, wie etwa die Verbreitung der islamischen *Da'wa* als Grundlage der Außenpolitik – dies wäre der besondere Blickwinkel, von dem aus die Welt betrachtet wird –, oder spezifischer Natur, wie die Feindschaft auf einen bestimmten Staat zu konzentrieren, dessen Bezwingung uns das Lospreschen in der *Da'wa* ermöglicht. Auch kann dieser Blickwinkel noch spezifischer sein, wie das Ausfechten einer bestimmten politischen Schlacht, um den übrigen Staaten ein Beispiel unserer politischen Auseinandersetzungen vor Augen zu führen. Somit ist es einfach, die Betrachtung aus einem spezifischen Blickwinkel heraus auf die politischen Handlungen und Ereignisse anzuwenden. Es erfordert lediglich, sich tatsächlich politisch zu betätigen. Zum Verständnis dessen genügt es, die politischen Handlungen tiefgründig zu studieren. Daraus wird ersichtlich, dass das Verfolgen der Politik und das Begreifen der politischen Konzeptionen

zur Bildung eines politischen Bewusstseins führen müssen und dieses politische Bewusstsein für die politische Betätigung notwendig ist. Ja es ist sogar unentbehrlich, um politische Ereignisse zu beeinflussen.

Wenn bereits für die Großmächte das politische Bewusstsein zur Selbstverständlichkeit und die Kenntnis der internationalen Politik zum täglichen Brot der Politiker geworden sind, so ist es für die Söhne der islamischen Umma, d. h. des islamischen Staates, umso dringender, sich aus der Palette politischer Konzeptionen zuallererst mit dem politischen Bewusstsein auszustatten. Es sollte die Basis zur Ausführung ihrer politischen Handlungen sein. Das politische Bewusstsein sollte unter den Menschen verbreitet und zu einer Maxime der Gesellschaft werden. Es sollte das tägliche Brot des politischen Menschen sein. Denn seine eigentliche Mission und seine Hauptaufgabe bestehen darin, die islamische Botschaft in die Welt zu tragen und die Rechtleitung unter den Menschen zu verbreiten. Dies ergibt sich aber nur dann, wenn er ein Politiker ist, die Welt aus einem bestimmten Blickwinkel betrachtet und ein vollständiges politisches Bewusstsein besitzt.

Damit nicht der Eindruck entsteht, dass der Sachverhalt des politischen Bewusstseins etwas Unüberwindliches und Gewaltiges darstellt, dessen sich ausschließlich die Klugen und Intellektuellen erfreuen können, muss man wissen, dass das politische Bewusstsein im Grunde etwas höchst Simples ist. Jeder Mensch kann es sich aneignen, selbst Analphabeten und Ungebildete. Schließlich bedeutet das politische Bewusstsein nicht, den gesamten Islam zu erfassen oder alles, was bei der Betrachtung der Welt zum spezifischen Blickwinkel erhoben werden müsste. Es bedeutet lediglich, die Betrachtung auf die Welt zu richten, mag man viel oder wenig über sie wissen, und diese Betrachtung von einem bestimmten Blickwinkel ausgehen zu lassen. Maßgebend ist also die globale Betrachtung,

auch wenn es sich um eine einzige politische Aktion handelt, und dass diese globale Betrachtung von einem bestimmten, spezifischen Blickwinkel ausgeht. Somit genügt das bloße Vorhandensein einer globalen Betrachtung, und zwar aus einem bestimmten Blickwinkel heraus, als Zeichen für ein politisches Bewusstsein.

Es ist richtig, dass dieses politische Bewusstsein je nach den Kenntnissen über die Welt und die politischen Ereignisse an Stärke und Schwäche variieren kann. Es kann auch gemäß dem Wissen über den spezifischen Blickwinkel schwanken. Doch in allen Fällen handelt es sich um ein politisches Bewusstsein und erzielt - wie different das Bewusstsein auch sein mag - dasselbe Resultat, nämlich das Abheben von Oberflächlichkeit in der Politik und von Banalität bei der Betrachtung der Dinge. Folglich ist das politische Bewusstsein nicht nur Sache der Politiker und Denker. Es wäre falsch, es allein den Politikern und Denkern zuzusprechen. Vielmehr ist es von umfassendem Charakter und muss auch von umfassendem Charakter sein, so dass es sich bei den Analphabeten und weniger Gebildeten genauso einstellt wie bei den Gelehrten und Gebildeten. Es sollte - zumindest generell - in der gesamten Umma erzielt werden. Denn schließlich ist die Umma der Boden, der Staatsmänner hervorbringt. So ist es notwendig, dass dieser Boden ein Boden politischen Bewusstseins ist, damit er Menschen mit einem korrekten Politikbewusstsein hervorbringt und die Umma in der Lage ist, die Machthaber zur Rechenschaft zu ziehen, die richtigen Personen zu würdigen und den äußeren Gefahren zu trotzen.

Was die Methode zur Herausbildung eines islamischen Bewusstseins sowohl bei den einzelnen Individuen als auch bei der Umma betrifft, so geschieht dies durch eine politische Ausbildung im wirklich *politischen* Sinne, sei es durch die Ideen des Islam und seine Gesetze oder durch das Verfolgen der politischen Ereignisse. So erlernt man die Ideen und Gesetze des Islam nicht in Form bloßer

Theorien, sondern durch ihre Anwendung auf die realen Ereignisse. Und man verfolgt die politischen Ereignisse weder auf die Art eines Journalisten, der nur die Nachrichten in Erfahrung bringen will, noch auf die eines Lehrers, der sich bloß Informationen aneignen möchte. Vielmehr betrachtet man die Ereignisse vom spezifischen Blickwinkel aus, um sie dann nach eigenem Ermessen zu beurteilen oder sie mit anderen Ereignissen und Ideen bzw. mit der Realität an politischen Handlungen, die sich vor einem abspielt, zu verknüpfen. Diese politische Ausbildung durch die Ideologie und die Politik ist die Methode, um das politische Bewusstsein bei der Umma und den Individuen aufzubauen. Sie ist es, die die islamische Umma dazu befähigt, ihre Hauptaufgabe und ihre eigentliche Mission in die Hand zu nehmen, nämlich das Tragen der *Da'wa* in die Welt und das Verbreiten der Rechtleitung unter den Menschen. Daher stellt die politische Ausbildung die Methode zur Schaffung eines politischen Bewusstseins sowohl bei der Umma als auch bei den Individuen dar. Aufgrund dessen ist es unabdingbar, die islamische Umma in weitestem Umfang politisch auszubilden. Denn dies ist es, was in der Umma ein politisches Bewusstsein hervorbringt und in ihrer Mitte ein ganzes Heer an kreativen Staatsmännern heranwachsen lässt.

Ġumādā At-Tāniya 1425 n. H.

August 2004 n. Chr.